Der Prestigegedanke in der deutschen Politik von 1890 bis 1914

Inaugural-Dissertation
der Philosophischen Fakultät I der
Universität Bern zur Erlangung
der Doktorwürde

vorgelegt von

Emil Wächter
aus Lauperswil

1941
Graphische Werkstätten H. R. Sauerländer & Co., Aarau

Der Prestigegedanke in der deutschen Politik von 1890 bis 1914

Inaugural-Dissertation
der Philosophischen Fakultät I der
Universität Bern zur Erlangung
der Doktorwürde

vorgelegt von

Emil Wächter
aus Lauperswil

1941
Graphische Werkstätten H. R. Sauerländer & Co., Aarau

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Von der philosophischen Fakultät I auf Antrag des Herrn Prof. Dr. W. Näf angenommen.

Bern, den 28. Februar 1940.

Der Dekan:
Prof. Dr. R. FELLER.

Meinen lieben Eltern

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Einleitung 9

1. Kapitel: Bestimmung der Begriffe Realpolitik und Prestigepolitik 9
2. Kapitel: Die Rolle des Prestigegedankens im letzten Jahrhundert . 11
3. Kapitel: Die Bedeutung des Prestigegedankens in der Politik Bismarcks 13

I. Abschnitt: Deutschlands Politik in Ostasien und der Südsee . . 23

4. Kapitel: Deutschlands Ostasienpolitik unter Wilhelm II . . . 23
5. Kapitel: Deutschlands Samoapolitik 46

II. Abschnitt: Deutschlands Politik in Afrika 55

6. Kapitel: Die deutsche Marokkopolitik 55
7. Kapitel: Die Burenfrage 80
8. Kapitel: Die Frage der portugiesischen Kolonien in Südafrika . 86
9. Kapitel: Die Kongofrage 90
10. Kapitel: Das ägyptische Problem 92

III. Abschnitt: Deutschlands Politik im Nahen Orient und auf der Balkanhalbinsel 95

11. Kapitel: Das Bagdadbahnproblem 95
12. Kapitel: Deutschlands Politik in Persien 113
13. Kapitel: Deutschlands allgemeine Türkenpolitik 118
14. Kapitel: Die Haltung Deutschlands im türkisch-italienischen Krieg 1911/12 und in der Meerengenfrage 132
15. Kapitel: Deutschlands Balkanpolitik im allgemeinen . . . 137
16. Kapitel: Die Haltung der deutschen Regierung während der Bosnischen Krise von 1908 143
17. Kapitel: Die deutsche Politik während der Balkankriege von 1912/13 150

IV. Abschnitt: Die Flottenfrage und das Abrüstungsproblem . . . 163

18. Kapitel: Die deutsche Flottenpolitik unter Wilhelm II. . . . 163
19. Kapitel: Deutschland und die Haager Friedenskonferenzen . . 189

V. Abschnitt: Das Verhältnis Deutschlands zu den europäischen Großmächten 196

20. Kapitel: Das Verhältnis zu Rußland 196
21. Kapitel: Das Verhältnis zu Frankreich 212
22. Kapitel: Das Verhältnis zu England 217
23. Kapitel: Das Verhältnis zu den Dreibundmächten 231

Schlußbetrachtung: 242

24. Kapitel: Das Wesen der deutschen Politik unter Wilhelm II. . . 242

EINLEITUNG

1. Kapitel

Bestimmung der Begriffe Realpolitik und Prestigepolitik

Die beiden Begriffe Realpolitik und Prestigepolitik sind der heutigen Zeit sehr vertraut geworden. Doch scheint mir der Zweifel berechtigt, ob wir uns über ihre Bedeutung auch völlig klar seien. Deshalb sei zunächst versucht, die beiden Begriffe zu bestimmen.

Eines ist uns allerdings gewöhnlich klar, daß die beiden Ausdrücke zwei einander begrifflich gegenüberstehende Arten von Politik bezeichnen. *Realpolitik* — das steckt schon im Wort — geht aus von der gegebenen Wirklichkeit, von einer bestimmten politischen Lage. Diese weckt in irgendeinem politischen Machtträger Aktionswillen, der sich in Tat umsetzen kann. Ausgangspunkt ist also bei aller Realpolitik nicht ein politischer Tatwille, sondern eine gegebene politische Lage. Eine einmal ausgelöste Handlung wird dann fortwährend weiter bestimmt durch die sich gleichbleibende oder möglicherweise verändernde Lage. Ihr Träger bleibt immer an die Forderungen der Wirklichkeit gebunden und trifft allein im Hinblick auf sie seine Entscheidungen. Der Maßstab, mit dem er die politische Lage mißt und beurteilt, ist die *Vernunft*. Nur von ihr läßt er sich leiten und vermeidet es, auf Wege abzuweichen, wohin sie ihm nicht mehr zu folgen vermag. Deshalb sind seiner Politik von vornherein Grenzen gesetzt: Sie geht nicht weiter, als es ihr die Vernunft gestattet; sie bleibt, anders ausgedrückt, stets im Rahmen der *Zweckmäßigkeit* und *Notwendigkeit*.

Aufgaben einer solchen Realpolitik sind entweder Sicherung und Erhaltung oder zweckmäßige Vermehrung der politischen Macht. Realpolitik kann also auch Machtpolitik sein, eine Machtpolitik aber, die immer im Rahmen der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit bleibt. Bismarck z. B. war Machtpolitiker und doch wesentlich Realpolitiker.

Eine Politik, die stets auf die Wirklichkeit bezogen bleibt, und deren Maßstab die Vernunft ist, wirkt *sachlich* und *nüchtern*. Sie vermeidet gefühlhafte Äußerungen durch Wort und Tat, verschmäht Kundgebungen, die nur auf den Schein berechnet sind und mit bloßen Scheinwerten rechnen. Ihr Verlauf ist gerade und durchsichtig, ihre Wirkung auf die Menschen beruhigend und abklärend.

Anders als sie geht die *Prestigepolitik* nicht von einer gegebenen politischen Lage, sondern von einem Tatwillen aus. Dieser wird bestimmt durch das Prestige, durch etwas, das nicht einfach gleichbedeutend ist mit Macht, wie fälschlicherweise recht häufig angenommen wird. Der Begriff Prestige bezeichnet vielmehr ein Machtverhältnis, ist gleichbedeutend mit Macht, *bezogen* auf andere Macht oder Unmacht.[1] Prestigepolitik ist folglich immer Machtpolitik, eine Machtpolitik aber, die sich nicht im Rahmen der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit hält, weil sie nicht durch die politische Lage, sondern durch den politischen Willen ihres Trägers bestimmt wird. Diesem Träger aber ist nicht die Vernunft Maßstab, sondern jener stark irrationale Begriff des Prestiges.

Prestigepolitik erstrebt, weil sie maßlos ist, eine höchstmögliche Steigerung der Machtfülle. Sie wird auch dann getrieben, wenn sie unzweckmäßig und vernunftwidrig ist. Sie ist Machtpolitik um der Machtgeltung willen, ist eine Politik der Maßlosigkeit, die keine Grenzen anerkennt.

Prestigepolitik ist dynamischer als Realpolitik. Es fehlt ihr der sachliche und nüchterne Ton. Gefühlhaftes wirkt stark mit und macht sie undurchsichtig und unberechenbar. Sie spielt mit Scheinwerten und liebt große Worte und eindrucksvolle Kundgebungen. Auf Menschen und Völker wirkt sie beunruhigend und verwirrend.

In der politischen Wirklichkeit ist freilich eine klare Trennung zwischen Prestigepolitik und Realpolitik unmöglich. In ihr gehen die verschiedenartigen Motive oft recht wirr durcheinander, und man kann höchstens feststellen, welche Motive, die prestigehaften oder die realpolitischen, überwogen haben. Da wir uns in dieser Arbeit darauf beschränken, das Prestigebedingte herauszuarbeiten, werden die Ereignisse nicht allseitig, sondern von einem ganz bestimmten Gesichtspunkt aus betrachtet werden. Daraus ergibt sich die Gefahr, daß der Leser die realpolitischen Motive außer Acht läßt und einseitig zu urteilen beginnt. Da es nicht möglich ist, diese Gefahr auszuschalten, so sei doch wenigstens darauf hingewiesen.

Und noch auf etwas sei aufmerksam gemacht. Beim Lesen dieser Arbeit könnte im Leser leicht das Gefühl aufkommen, als habe der Prestigegedanke einseitig nur die deutsche Politik belastet. Dieser Irrtum muß ausgeschlossen werden, denn tatsächlich hat der Prestigegedanke auch die Politik der andern Mächte stark beeinflußt. Um ein

[1] *W. Näf*, Kriegsursachen und Kriegsschuldfrage von 1914, Bern und Leipzig 1932, S. 48.

allseitiges und wahres Bild zu bekommen, sollte man auch die Entscheidungen der übrigen Großmächte nach dieser Hinsicht untersuchen. Auch dies ist im Rahmen dieser Arbeit unmöglich.

2. Kapitel

Die Rolle des Prestigegedankens im letzten Jahrhundert

Der Prestigegedanke spielte in der Zeit vor dem Weltkrieg, im Zeitalter des *Imperialismus,* eine große Rolle. Dies hatte seine bestimmten Gründe, die wir in der geschichtlichen Entwicklung des vergangenen Jahrhunderts suchen müssen.

Die Politik der Jahrhunderte vor der Französischen Revolution war eine Angelegenheit einzelner Herrscher oder Kabinette. Die Völker als ganze hatten keinen oder doch nur einen beschränkten Einfluß auf sie. In der Regel wurden den Völkern überhaupt nur die Ergebnisse politischer Entscheidungen bewußt, nicht aber die Motive. Es war ihnen deshalb unmöglich, zu diesen Stellung zu nehmen, weder vorschauend noch rückblickend. Für sie bedeutete Politik eine Fülle vollendeter Tatsachen, zu denen man sich nicht oder viel zu spät nur äußern konnte. Es war darum für die Staatsmänner leicht, Schlappen ihren Untertanen gegenüber zu verbergen. Eine allgemeine Kritik brauchten sie nicht zu fürchten, denn es fehlte die beurteilende und verurteilende Stimme: die *öffentliche Meinung.*

Eine große Umwandlung brachte dann die Französische Revolution mit sich. Durch den Gedanken der *Volkssouveränität* öffnete sie den Völkern den Weg in Staat und Politik hinein. Sie wurden im Laufe einer fortschreitenden Entwicklung politische Machtträger, die mehr oder weniger stark auf die staatliche Führung einzuwirken vermochten. In diesem Sinne können wir von einer *Demokratisierung* im 19. Jahrhundert reden, einer Bewegung, die sich im Westen Europas früher und entschiedener durchsetzte als im Osten. Verfassungsstaaten entstanden, in denen den Völkern bestimmte politische Rechte gesichert waren. In Versammlungen, bei festlichen Anlässen und vorwiegend in der Presse begannen die Völker zur Politik Stellung zu nehmen: eine öffentliche Meinung entstand.

Diese öffentliche Meinung vermochte in zunehmendem Maße die Haltung der Staatsmänner zu beeinflussen. Wo sich diese nicht außerordentlich sicher fühlten, wurden sie weitgehend von ihr abhängig. Es war jetzt kaum mehr möglich, ohne Rücksicht auf das Volk Poli-

tik zu treiben, denn bei jeder Entscheidung, die man traf, mußte man mit dem Urteil des Volkes rechnen und gewärtigen, daß politische Rückschläge die Stellung der Regierung empfindlich schwächten und gefährdeten. Dadurch erhielt der Prestigegedanke eine Bedeutung wie nie zuvor.

Hinzu kam, daß ebenfalls seit der Französischen Revolution der *Nationalgedanke* seine Rolle zu spielen begann. Er trug wie lange zuvor kein anderer Gefühlsmomente in die Politik hinein und belastete dadurch die Beziehungen zwischen den Staaten. Mit ihm verband sich leicht der Prestigegedanke und erhielt dadurch noch vermehrten Einfluß auf das politische Geschehen. Er rührte fortan an das Empfinden nicht nur einzelner Persönlichkeiten, sondern ganzer Nationen, die sich als solche nun fühlten und jeden politischen Rückzug als einen schmerzlichen Prestigeverlust empfanden. Die Völker wurden empfindlicher, die Konfliktsmöglichkeiten vermehrt.

Diese Entwicklung wurde im letzten Fünftel des 19. Jahrhunderts noch gefördert durch das Hinauswachsen der Politik und Wirtschaft aus dem europäischen Rahmen in die Welt. Überall suchten einzelne Unternehmer, Gesellschaften, endlich die Großmächte selbst, Wurzel zu fassen, eine wirtschaftliche und schließlich eine politische Machtstellung zu begründen und auszubauen. Man begehrte Kolonien, weil sie in zunehmendem Maße als Absatz- und Rohstoffgebiete geschätzt wurden und die Macht und das Ansehen des sie besitzenden Staates erhöhten. In dem Grade, wie sich die noch zur Verfügung stehende Welt verkleinerte, steigerten sich Hast und Erregung bei den hungrigen Mächten, verstärkte sich das Verlangen, bei jeder neuen Bereicherung anderer auch etwas zu gewinnen und nicht leer auszugehen. Gerade die spät in die Reihe der Kolonialmächte tretenden jungen Großmächte, unter ihnen das Deutsche Reich, empfanden das Bedürfnis, möglichst viel von den noch herrenlosen Territorien zu erwerben. Kein Wunder, daß der Prestigegedanke durch die Entwicklung der Politik zur *Weltpolitik* in verstärktem Maße die Entscheidungen der Mächte zu beeinflussen und die Beziehungen unter ihnen zu belasten begann.

Schließlich hob auch die Entwicklung der *Technik* mit ihrer Überwindung der räumlichen und zeitlichen Entfernungen die Bedeutung des Prestigegedankens. Dank ihren Errungenschaften wußten die Völker viel mehr von dem, was auf der Weltbühne gespielt wurde und, was wesentlich ist, vernahmen alles rascher als früher, so daß sie entschiedener Stellung nehmen konnten zu den einzelnen Ereignissen,

die sie berührten. Eine Politisierung der Völker setzte ein, die fast alle Staatsbürger erfaßte, die irgendwie imstande waren, politische Fragen zu beurteilen. Jedes Lebensgebiet wurde mehr oder weniger in den politischen Bereich einbezogen, und in jedes drang der Prestigegedanke, der sich immer dort zu äußern pflegt, wo Gefühlsmäßiges stark mitschwingt. Völker aber empfinden Politisches viel gefühlsmäßiger als einzelne Staatsmänner, die wegen ihrer Verantwortlichkeit gezwungen sind, möglichst sachlich zu urteilen.

Alle diese angeführten Tatsachen bewirkten, daß der Prestigegedanke die Politik um die Jahrhundertwende viel stärker beeinflußte als früher.

3. Kapitel

Die Bedeutung des Prestigegedankens in der Politik Bismarcks

Wenn wir in dieser einleitenden Betrachtung auf die Zeit der Kanzlerschaft Bismarcks zurückgreifen, dann ist dies berechtigt, ja, ich möchte sagen, notwendig. Das Jahr 1890 bedeutete nämlich für die deutsche Politik keinen Anfang, sondern die Weiterführung einer bereits in den Jahren 1870/71 begonnenen Politik. Das neue Deutsche Reich war unter Bismarck geschaffen worden, und zwar nach drei bedeutenden Siegen, die Deutschland in die Reihe der Großmächte stellten. Was Wilhelm II. übernahm, war das Erbe, das er der Politik des großen Kanzlers verdankte.

Nach der Einigung des neuen Deutschen Reiches war Bismarck der Ansicht, daß dieses alles besitze, wessen es bedürfe, daß selbst ein neuer siegreicher Krieg ihm keinen tatsächlichen Gewinn mehr einbringen würde. Für ihn war das Reich nunmehr «saturiert». Schon dies war bezeichnend für seine realpolitische Einstellung, denn Begriffe wie «saturiert sein» und «sich begnügen» konnten nur aus dem Munde eines Mannes stammen, der die Grenzen der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit anerkannte.

Es war ein politischer Grundsatz Bismarcks, «sich mit dem Erreichbaren zu begnügen, sobald man über die Nützlichkeit einer Sache nicht mehr im Zweifel sei.»[2] In seinen «Gedanken und

[2] Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme. Berlin 1922 bis 1927. (G. P.) Bd. IV, No. 833.

Erinnerungen» zitierte er einmal im gleichen Sinne das Wort: «Le mieux est l'ennemi du bien»[3] und wies darauf hin, daß das deutsche Volk mehr als andere Völker die Neigung habe, gegen dieses Sprichwort zu sündigen.

Sich begnügen hieß aber für Bismarck noch nicht, die Hände in den Schoß legen, im Gegenteil, er betrachtete es als seine Hauptaufgabe, das Erreichte zu sichern. Gesichert war es, solange kein Krieg ausbrach, der Deutschlands Bestand und Größe bedrohte. Es gab damals zwei gefährliche Konfliktsherde: Elsaß-Lothringen und die Balkanhalbinsel.

Was *Elsaß-Lothringen* anbetraf, so hatte Bismarck die Aneignung dieser Gebiete 1870/71 mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet. Er wußte, daß gerade durch sie das französische Nationalempfinden schwer verletzt worden war, und daß ein Haß gegen die Deutschen zurückblieb, der früher oder später einen Revanchekrieg auslösen konnte. Mit einem solchen rechnete der Reichskanzler immer, umsomehr als sich Frankreich schnell erholte und in den Augen der Mächte bald wieder bündnisfähig wurde. Bismarck sah vor allem Gefahr in der Möglichkeit eines Zusammenschlusses des neu aufsteigenden Frankreichs mit deutschfeindlichen Mächten wie Österreich, Italien und Rußland, denn dies konnte Deutschland in einen gefährlichen Mehrfrontenkrieg hineinreißen. Deshalb versuchte Bismarck durch eine ausgeklügelte Bündnispolitik Frankreich isoliert zu halten. Er erreichte dies durch die Bündnisse mit Österreich-Ungarn, Italien und Rußland. Auf dieses legte er besonders viel Wert, denn ein Zusammengehen Rußlands mit Frankreich hätte Deutschland in eine höchst unangenehme Zangenlage gebracht. Rußland mußte daher nach seiner Meinung immer irgendwie vertraglich an das Deutsche Reich gebunden bleiben. Als das Dreikaiserabkommen unmöglich wurde, ersetzte er es durch den Rückversicherungsvertrag von 1887. Nur unter Überwindung größter Schwierigkeiten und aller Gefühls- und Prestigemomente, die einer russenfreundlichen Politik entgegentraten, gelang es Bismarck, die vertraglichen Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten.

Was die *Balkanhalbinsel* anbetraf, so handelte es sich für Bismarck darum, die beiden Rivalen Österreich-Ungarn und Rußland dort auseinanderzuhalten und zwischen ihnen die Rolle des ehrlichen Maklers zu spielen, der in allen Streitfällen vermittelte. Ein Krieg

[3] *Otto Fürst von Bismarck*, Gedanken und Erinnerungen. Herausgegeben von Horst Kohl, Stuttgart 1913. (G. u. E.) Bd. III, S. 127.

zwischen den zwei Mächten hätte Deutschland genötigt, sich für die eine der beiden zu entscheiden, mit der andern zu brechen und sich am Kriege zu beteiligen. Das mußte durch eine kluge Schlichtungspolitik vermieden werden. Eine solche war aber nur möglich, weil Bismarck und mit ihm das Reich weder auf der Balkanhalbinsel noch im Orient irgendwelche Interessen geltend machten, und weil sie sich auch gefühlsmäßig davon fernhielten. «Es erfordert für uns eine große Vorsicht und eine gänzliche Abstraktion von den gemütlichen Regungen, welche die Vorgänge im Orient . . . . . in uns hervorrufen können»,[4] bemerkte Bismarck einmal dazu. Es erforderte, anders ausgedrückt, eine prestigefreie und sachliche Politik.

Bismarck dachte zuweilen sogar an die Möglichkeit einer Aufteilung des zerrütteten türkischen Reiches, damit nach gerechter Berücksichtigung der interessierten Mächte der Konfliktsherd ein für allemal beseitigt würde. Dabei war er charakteristischerweise der Ansicht, daß Deutschland selbst keine Ansprüche geltend machen sollte. Wichtiger als der Gewinn neuer deutscher Interessengebiete war ihm ein gutes Verhältnis des Reiches zu den andern Großmächten.

Wie gegenüber Rußland so suchte Bismarck auch gegenüber *England* alles zu vermeiden, was dieses deutschfeindlich stimmen konnte. Er dachte sogar an ein Bündnis mit der Inselmacht, besonders als sich das Verhältnis zu Rußland verschlechterte. Freilich hatte er dauernd ein gewisses Mißtrauen gegenüber England, dessen parlamentarische Verfassung ihm wenig Sicherheit für eine vertragliche Verbindung zu bieten schien. Wenn eine solche denn auch nie zustande kam, so gelang es Bismarck doch, England mittelbar dem Dreibund anzugliedern, und zwar durch den von ihm geförderten Abschluß eines italienisch-österreichisch-englischen Mittelmeerabkommens.

Bismarcks Politik wurde deutlich gekennzeichnet durch das Wesen seines Bündnissystems, das die Stellung des Deutschen Reiches sichern sollte. Eine Bündnispolitik kann *offensiv* oder *defensiv* gerichtet sein. Bündnisse der ersten Art kennzeichnen sich durch ihre Absolutheit. Sie sind Verbindungen auf Leben und Tod. In ihrem Wesen liegt die Tendenz, die Zahl der Beteiligten klein zu halten. In Zeiten der Gefahr neigt diese Bündnispolitik zum Präventivkrieg. Bismarcks Bündnispolitik war nicht dieser Art, ihr Sinn war vielmehr defensiv. Seine Bündnisse waren «reine defensive Friedensassekuranzen»,

[4] G. P. II, No. 246.

keine «Schutz- und Trutzbündnisse mit Gewinnanteil». Deshalb war er immer wieder bemüht, alles zu tun, damit nicht aggressive Bestimmungen in die vertraglichen Abmachungen hineingebracht wurden, was ihm freilich nicht restlos gelang. Er war ferner bestrebt, sein Bündnissystem möglichst weit auszudehnen. Als Idealbild schwebte ihm vor: «das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden.»[5] Er versuchte die Bindungen zwischen den Mächten bis zu einem gewissen Grade locker zu halten. Eine Verbindung auf Tod und Leben war ihm unerwünscht, weil sie ihm die Hände gebunden haben würde. Als Realpolitiker wollte er sich die Möglichkeit wahren, in jedem Augenblick auf Grund der gegebenen politischen Wirklichkeit seine Entscheidungen zu treffen. Erst in ernster Notlage gestaltete er den Zweibund, das Bündnis mit Österreich-Ungarn, enger, vereitelte aber jeden Versuch, ihm aggressive Tendenzen einzuverleiben. Der Zweibund wahrte für ihn auch dann noch den Charakter eines bedingten Bündnisses. Er äußerte sich einmal folgendermaßen darüber: «Die Sicherheit unserer Beziehungen zum österreichisch-ungarischen Staate beruht zum großen Teile auf der Möglichkeit, daß wir, wenn Österreich uns unbillige Zumutungen macht, uns auch mit Rußland verständigen *können*.»[6] Das verriet wieder, wie wichtig für Bismarck vertragliche Beziehungen zu Rußland waren.

Das ganze Bündnissystem entsprach Bismarcks realpolitischer Einstellung. Es war nicht ursprünglich aus dem Willen seines Schöpfers herausgewachsen, sondern aus den Forderungen der politischen Wirklichkeit. Deshalb wurde es auch dauernd von außen her durch diese beeinflußt. Jede Veränderung in der politischen Gesamtlage übte ihre Wirkung auf das Bündnissystem aus. Die Folge war, daß es dauernd in einer gewissen Bewegung gehalten wurde. Sein Aufbau war äußerst heikel und verlangte einen Meister der Politik. Bismarck gelang es, dank seiner sachlichen Politik, die sich den wechselnden Lagen klug anzupassen vermochte, die Leitung des Ganzen bis zu seinem Sturze fest in seiner Hand zu halten. Bei all seinen Entscheidungen machte er sich möglichst frei von Gefühls- und Prestigemomenten und ließ sich nur von der Vernunft lenken. Wenn ihm die Folgen eines Schrit-

---

[5] G. P. II, No. 294.
[6] G. P. VI, No. 1341.

tes unberechenbar schienen, enthielt er sich jeder Tat, nach dem Grundsatz: «Dans le doute abstiens-toi.»[7]

Daß er dabei häufig *gegen* seine eigenen Neigungen und Gefühle handeln mußte, um ja nur den realpolitischen Forderungen Genüge zu tun, geht aus den diplomatischen Akten seiner Zeit deutlich hervor. Wie oft unterdrückte er berechtigte Verstimmungen, weil er es für zweckmäßig hielt, gab in Konflikten nach, übersah Herausforderungen und Beleidigungen und unterdrückte jedes Prestigeempfinden! «Ich habe dieses Recept», schrieb er in seinen Erinnerungen, «nicht ohne Widerstreben meiner persönlichen Empfindlichkeiten befolgt in Fällen wie Schnäbele (April 1887), Boulanger, Kaufmann (September 1887), Spanien gegenüber in der Carolinen-Frage, den Vereinigten Staaten gegenüber in Samoa . . .»[8]

Einmal, als der deutsche Botschafter v. Schweinitz nach Berlin berichtete, er sei persönlich vom Zaren beleidigt worden, wies Bismarck auf früher erfolgte Verletzungen seines persönlichen und auch des staatlichen Selbstgefühls durch die Russen hin, die er einfach mißachtet habe, weil es sich nicht darum handle, «berechtigte Empfindungen kundzugeben, sondern Politik zu treiben» und die Arbeiten der Gegner nach Möglichkeit unschädlich zu machen.[9] «Persönliches Mitgefühl» und «sittliche Entrüstung» waren für ihn Begriffe, die in der Politik nicht mitspielen durften.[10] Worte wie «verletzt und entrüstet» waren nach ihm in der Politik nicht am Platz.[11] Wenn etwas geschehen war, das die Lage verschlimmerte, dann kam es ihm weniger auf Kritik an als auf die Verhütung noch ernsterer Folgen. Er betrachtete als die Aufgabe der Diplomatie «nicht die Kritik über Dinge, welche geschehen sind, sondern das Bestreben, eine Verschlimmerung der jeweiligen Lage zu verhindern, in welcher die diplomatische Tätigkeit in Anspruch genommen wird.»[12]

Im Gegensatz zu gewissen Kreisen des deutschen Generalstabs lehnte es Bismarck immer wieder ab, einen Präventivkrieg gegen Frankreich oder Rußland auszulösen. In einem Brief an den Kaiser vom 13. August 1878 schrieb er darüber: «Ich würde .... Eurer Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn später besser gerüstet

---

[7] G. P. III, No. 676 und V, No. 972.
[8] G. u. E. II, S. 267.
[9] G. P. II, No. 273.
[10] G. P. III, No. 636.
[11] G. P. V, No. 1119.
[12] G. P. II, No. 222.

beginnen werde; man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im Voraus erkennen.»[13] *Er wollte sich als Realpolitiker bis zuletzt die freie Entscheidung auf Grund der gegebenen Lage vorbehalten und lehnte darum auch jede Politik auf allzu weite Sicht ab.* Er bezeichnete es einmal geradezu als «einen gewöhnlichen Fehler deutscher Politik, sich zu früh auf die Ereignisse in einer bestimmten Richtung vorzubereiten.»[14]

Sehr bezeichnend für seine realpolitische Einstellung war Bismarcks Haltung gegenüber *Frankreich.* Nichts lag ihm ferner, als den niedergeworfenen Gegner in demütigender Weise die deutsche Übermacht fühlen zu lassen, im Gegenteil, er suchte gleich die erste neue Regierung aus zweckdienlichen Gründen zu stützen, solange sie die Ordnung aufrechterhielt. Später dann, als Frankreich wieder machtvoll dastand und in Nordafrika eine weitsichtige Kolonialpolitik einleitete, unterstützte er seine Bestrebungen, immer mit dem Gedanken, daß dadurch das französische Interesse von Elsaß-Lothringen abgelenkt und der Friede in Europa gewahrt werde. Das Fortbestehen Frankreichs als Großmacht betrachtete er als eine politische Notwendigkeit, weil ihm ein mächtiges Frankreich unter Umständen ein Gegengewicht gegen England bilden konnte. Durch den deutschen Botschafter ließ er in Paris erklären, Deutschland werde der französischen Kolonialpolitik in Nordafrika keine Hindernisse in den Weg legen, ja ihr unter Umständen sogar Rückendeckung zusichern. Er anerkenne, «daß das französische Volk, welches .... als die kräftigste unter den romanischen Nationen dasteht, die Stellung einer zivilisatorischen Vormacht in der romanischen Welt sowohl wie außerhalb Europas» beanspruchen könne.[15]

Ein andermal tat er die Äußerung: «Solange ich Minister bin, wird ein *Angriff* Deutschlands auf Frankreich nicht stattfinden.»[16] Und dies alles in einer Zeit, da in Frankreich selbst das Vergeltungsverlangen nie zum Schweigen kam und deutschfeindliche Kundgebungen in Presse und Öffentlichkeit Bismarck eine solche Haltung ungemein erschwerten. Daß er die republikanische Regierung Frankreichs stützte und jede Einmischung zugunsten einer monarchischen Restauration in Frankreich ablehnte, verriet deutlich, daß der Kanzler die politische Zweckmäßigkeit über jedes monarchische Empfinden stellte und *keine monarchische Prestigepolitik* trieb. Er bezeichnete es ein-

[13] G. u. E. S. 178.
[14] G. P. I, No. 92.
[15] G. P. III, No. 662.
[16] G. P. III, No. 622, Telegramm an Schweinitz vom 5. 2. 1884.

mal selbst als etwas ihm Fernliegendes, «jemals die durch die Gleichartigkeit der monarchischen Interessen geeinten Kräfte nach irgendeiner Seite hin, etwa gegen Frankreich, angriffsweise verwerten zu wollen.»[17]

Politische Zweckmäßigkeit ging ihm auch über jedes *christliche* Prestigeempfinden, ließ er doch Ende 1876 dem Zaren, der sich anläßlich des Balkankonfliktes allzu auffällig für christliche Humanität und Zivilisation ereiferte, erklären, «wenn auch das deutsche Gouvernement ebenso warm für die notleidenden Christen mitfühle, so sei es doch nicht zu leugnen, daß die politische Seite der Fragen immer ihren sie beherrschenden Einfluß üben» werde.[18]

Durch seine sachliche, nüchtern berechnende, in schwierigen Problemen zurückhaltende Politik gelang es Bismarck weitgehend, das Deutsche Reich nach allen Seiten hin zu sichern. Unter seiner Führung wurden aber auch die ersten *kolonialen Erwerbungen* gemacht, die Deutschland ein Kolonialreich einbrachten, das fünfmal so groß war wie das Mutterland, und dem man nach Bismarcks Abgang — abgesehen vielleicht von Kiautschou — keine wichtigen neuen Territorien mehr zufügte. Für Bismarcks politische Haltung war es nun höchst bezeichnend, *wie* er diese Kolonien dem Deutschen Reiche erwarb:

Unter Bismarck trat das Reich unerwartet rasch und erfolgreich in die Reihe der Großmächte ein. Obschon die allgemeine Lage für koloniale Unternehmungen günstig war — Deutschland war gesichert durch sein Bündnissystem; die bedeutendsten Kolonialmächte sahen sich wegen ihrer Rivalität auf Deutschlands Wohlwollen angewiesen —, ging Bismarck nur unwillig den neuen Weg. Imperialistische Politik artete gerne in bloße Prestigepolitik aus und konnte unter Umständen das Gesicherte wieder gefährden. Dessen war sich der Kanzler wohl bewußt, aber wirtschaftliche Umstände trieben ihn vorwärts. Private Unternehmer hatten in Südwestafrika, Guinea, Ostafrika und in der Südsee deutsche Niederlassungen gegründet und begehrten den staatlichen Schutz, den ihnen Bismarck gewähren mußte. Es waren also in erster Linie die *äußern Umstände*, die Bismarck zur Kolonialpolitik trieben, nicht sein Wille. So war es zu verstehen, wenn des Kanzlers Sohn Herbert von Bismarck, sicherlich im Sinne seines Vaters, dem britischen Außenminister erklärte, Deutschland wolle keine Kolonien im englischen Sinne, sondern wünsche nur seine Landsleute in ihren gegründeten Niederlassungen

[17] G. P. III, No. 662.
[18] G. P. II, No. 231.

zu schützen. «Dann kommen sie doch zu Kolonien», antwortete Lord Granville. Bismarck bemerkte zum Bericht über diese Unterredung: «kann sein, aber wir wollen sie nicht *künstlich* anlegen; wenn sie *entstehn*, so werden wir sie zu schützen suchen.»[19] Was konnte dies anderes heißen, als daß Bismarck auch in dieser Angelegenheit Schranken der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit anerkannte und niemals gewillt war, aus Prestigegründen Kolonialpolitik zu treiben. So vermied er es immer wieder, mit andern Kolonialmächten, wenn es sich auch nur um das schwache Spanien handelte, in fernen Erdteilen zusammenzustoßen. Die Stellung des Reiches und seine Sicherheit in Europa, das Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten waren ihm wichtiger als neue koloniale Erwerbungen, die ihm selbst einen augenblicklichen Erfolg hätten einbringen können. Er erkannte, daß der Ausbau des deutschen Kolonialreiches überhaupt nur dann ohne große Gefahr möglich war, wenn Deutschland in einem freundschaftlichen Verhältnis zu England stand. Kolonien waren für Bismarck gewiß ein erfreulicher Machtzuwachs, aber Grundlage seiner Politik blieb für ihn von a bis z die europäische Stellung Deutschlands. Er glaubte, daß die Begehrlichkeit der «Colonial-Jingo's» viel größer sei als die Bedürfnisse und die Verdauungsfähigkeit des Reiches und erachtete es als eine Notwendigkeit, ihren Fehler, zu große Forderungen aufzustellen, mit aller Sorgfalt zu vermeiden.[20] Daß es im Volke und auch an der Spitze des Reiches Stimmen gab, die mit übertriebenen kolonialen Forderungen hervortraten, war Bismarck bewußt, aber er suchte sich immer möglichst freizuhalten von jeder Beeinflussung durch die öffentliche Meinung. Sie wurde ihm zu sehr von Gefühlsmomenten bestimmt, als daß sie für ihn und seine Entscheidungen politisch maßgebend hätte sein dürfen. Dies schloß nicht aus, daß er sich ihrer bisweilen als Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele bediente.

Bismarck empfand kein Bedürfnis, das neugewonnene Kolonialreich durch den Bau einer großen *Flotte* zu schützen. Dem letzten Kaiser, der eine Flottenvermehrung entschieden befürwortete, erklärte er einmal: «Wenn die Engländer bei uns landen sollten, würde ich sie arretieren lassen.» Die deutschen Kolonien würden zu Hause verteidigt.[21] Er war, anders ausgedrückt, der Ansicht, es gelte die deut-

---

[19] G. P. IV, No. 745.

[20] G. P. IV, No. 801 Rbm.

[21] Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten. 1878—1918. Leipzig 1922. S. 7 (E. u. G.).

schen Kolonien durch eine gesicherte europäische Machtstellung zu halten.

Bismarcks Politik hatte einen geradlinigen, steten Charakter, weil sie in der Regel frei war von Gefühls- und Prestigemomenten. Das war auch der Grund, weshalb das Mißtrauen der Mächte gegenüber dem rasch aufsteigenden Deutschen Reich allmählich verschwand. Man faßte Vertrauen zur Politik des großen Kanzlers. Dieser wußte, wie er vor der Welt dastand und sprach sich einmal gegenüber Friedrich III. folgendermaßen aus: «.... wenn irgend etwas meinen Diensten, die ich Euerer Majestät, soweit meine Kräfte reichen, mit Freuden leiste, einen ausnahmsweisen Wert verleihen kann, so ist es gerade das Vertrauen auf mein Wort und auf meine Zuverlässigkeit in der Politik, welches ich mir in einem 25jährigen Zeitraum habe erwerben können. Dieser Vorzug wird hinfällig, sobald der Glaube an meine Zuverlässigkeit oder an meinen Einfluß auf die deutsche Politik schwindet.»[22]

Es wäre falsch, Bismarcks Politik als ängstlich zu bezeichnen. Er verteidigte sie selbst am 6. Februar 1888 vor dem Reichstag mit den Worten: «..... es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird .... weder das Bewußtsein unserer Stärke ...., noch das Vertrauen auf unsere Bündnisse wird uns abhalten, unsere bisherigen Bestrebungen, den Frieden überhaupt zu erhalten, mit dem bisherigen Eifer fortzusetzen.»[23] — Entsprach dies der Tatsache, dann mußte sich später in dem Maße der Charakter der deutschen Politik ändern, als das Gefühl der Sicherheit und Stärke verloren ging. Im Verlaufe dieser Arbeit werden wir dies deutlich feststellen können.

Halten wir nochmals fest: *Das Bewußtsein, daß die Machtstellung des Reiches gesichert war und die feste Überzeugung, daß die Macht nicht über das Maß des Nützlichen und Notwendigen hinausgesteigert werden dürfe, bestimmten Bismarcks politische Haltung.* Er war Realpolitiker und prägte als solcher die Worte: «Das friedliche Beieinanderwohnen der großen europäischen Mächte ist überhaupt

---

[22] G. P. VI, No. 1331 Anlage.

[23] *Bismarck*, Die gesammelten Werke. Band 13, Reden. Hgg. von Dr. Wilhelm Schüßler, Berlin 1930. S. 345.

nur dadurch möglich, daß ihre Regierungen und ihre Dynastien auf die Bedürfnisse nicht nur, sondern auf die Neigungen und Wünsche der Nachbarvölker und der Souveräne derselben sorgfältig Rücksicht nehmen.»[24] — Eine solche Rücksichtnahme mußte unmöglich werden, als der Prestigegedanke die Politik in verstärktem Maße zu beeinflussen begann, weil nun Rücksichtnahme gleichbedeutend wurde mit Schwäche.

Es war das Verdienst *Wilhelms I.*, daß er die Bedeutung seines Kanzlers anerkannte und es ihm ermöglichte, sich in der Politik des Reiches völlig zur Geltung zu bringen, obgleich seine eigenen, mehr gefühlhaften Ansichten mehrmals mit den rein sachlichen des Kanzlers zusammenstießen. In solchen Konflikten gab der Kaiser nach, weil er das Interesse des Reiches über sein persönliches Empfinden stellte. — Mit *Wilhelm II.* aber bestieg ein Herrscher den Thron, der die Größe Bismarcks nicht mehr restlos anerkannte, dem sein Verhältnis zum Kanzler selbst schon eine Prestigeangelegenheit war, und der in einem viel stärkeren Grade gewillt war, persönlich und gefühlsmäßig in den Gang der Politik einzugreifen. Er stieß bald mit Bismarck zusammen, und 1890 kam es zum endgültigen Bruch zwischen den beiden. Von da an fehlte der deutschen Führung der überragende Geist Bismarcks, *und eine Änderung der deutschen Haltung gegenüber den mannigfaltigen Problemen der Außenpolitik wurde alsbald sichtbar.*

Das Erbe, das Bismarcks Nachfolger übernahmen, war ein mächtiges Reich mit bedeutenden Kolonien, gesichert durch ein ausgeklügeltes Bündnissystem, das rein defensiv gedacht war und der Erhaltung des Bestehenden und der Sicherung des Friedens dienen sollte. Einzelne Fäden in diesem Bündnisnetz waren freilich locker. So stand das Verhältnis zu Rußland auf schwachen Füßen, dasjenige zu Italien ebenfalls, beide eigentlich nur aufrechtzuerhalten bei einer gefühlsfreien, sachlichen und zurückhaltenden Politik. — Die Frage war nun, ob es dem neuen Kaiser und Bismarcks Nachfolgern gelingen werde, das übernommene Erbe und den Frieden weiterhin zu sichern. Um es gleich vorwegzunehmen: Es gelang ihnen nicht, weil sich unter ihnen die deutsche Politik *in ihrer Wesensart grundlegend wandelte.* Dies aufzuzeigen, ist unsere eigentliche Aufgabe.

---

[24] G. P. VI, No. 1331 Anlage.

I. Abschnitt

DEUTSCHLANDS POLITIK IN OSTASIEN UND DER SÜDSEE

4. Kapitel

Deutschlands Ostasienpolitik unter Wilhelm II.

Unter Bismarck wurde Ostasien nicht wesentlich in den Bereich der deutschen Kolonialpolitik einbezogen. Noch in den neunziger Jahren standen dort die rein wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Deutschlands im Vordergrund. Auch 1894, während des *japanisch-chinesischen Krieges*, hielt sich die deutsche Politik völlig im Hintergrund. Damals, im Oktober, ergriff England die Initiative zu einer gemeinsamen *Intervention* der unbeteiligten Mächte zugunsten des unterliegenden Chinas. Die deutsche Regierung verhielt sich gegenüber diesem englischen Vorschlag ablehnend und wies auf die Tatsache hin, daß das Schicksal Koreas in erster Linie England und Rußland angehe, und daß deshalb eine deutsche Intervention nicht geboten sei. — Vielleicht dachte man dabei an die Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen russischen und englischen Interessen in der fernöstlichen Frage, in den man nicht hineinzugeraten wünschte. — Selbst als die chinesische Regierung im November des Jahres und dann nochmals im Februar des folgenden mit der Bitte an die Reichsregierung herantrat, sie möchte doch vermitteln, lehnte sie es ab und beschränkte sich darauf, die japanische Regierung vor übertriebenen Forderungen gegenüber dem besiegten China zu warnen. Diese Haltung der deutschen Regierung war sachlich und zweckmäßig.

In der Folge war es nun aber der *Kaiser*, der sich leidenschaftlich für eine aktivere Politik in China einsetzte, und zwar in dem Augenblick, als er Anzeichen zu erkennen glaubte, die darauf hinzudeuten schienen, daß England, Frankreich und Rußland den günstigen Augenblick auszunützen trachteten, um sich in den Besitz wichtiger Stützpunkte zu setzen. Er trat entschieden für die Gewinnung eines *festen Stützpunktes* in Ostasien ein, wies auf die Insel Formosa als ein geeignetes Objekt hin und erklärte, Eile tue not; Deutschland dürfe unter keinen Umständen zu kurz kommen, noch sich überraschen lassen. — Es war nicht eigentlich die allgemeine Lage im Fernen Osten, die die kaiserliche Haltung bestimmte, denn die Lage hatte sich gegenüber früher nicht wesentlich verändert; es war viel-

mehr der *Wille*, auch etwas zu gewinnen, wenn andere Mächte sich bereicherten, da ein Leerausgehen als Beweis der Schwäche ausgelegt werden konnte. Charakteristischerweise stellte sich der Kaiser die sachliche Frage nicht, ob Deutschland bei einem Hervortreten nicht mit den andern Mächten in Konflikt gerate.

Wilhelm II. stand übrigens mit seiner Forderung nicht allein, sondern wurde durch den Reichskanzler, den Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst, und durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, den Freiherrn von Marschall, unterstützt. Dieser äußerte sich gegenüber dem deutschen Botschafter in London, dem Grafen Hatzfeldt, dahin, «daß es einen für die deutsche Politik wenig vorteilhaften Eindruck machen würde», wenn Deutschland bei der Losreißung chinesischer Stücke durch andere Mächte «allein leer ausgehen sollte».[1] Immerhin hatte Marschall doch Bedenken gegen ein Hervortreten Deutschlands und befürwortete weitere Zurückhaltung, damit das Reich nicht durch irgendeinen Schritt bei allen Mächten Mißtrauen erwecke und seine Politik bloßstelle.

Auf deutscher Seite war die Haltung nicht eindeutig und die Stimmung uneinheitlich. Man hielt sich nochmals zurück, als anfangs 1895, während der japanisch-chinesischen Friedensverhandlungen, die englische Regierung die deutsche ermunterte, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Wieder begründete man die ablehnende Haltung mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß für Deutschland *einstweilen nicht dieselben Interessen* auf dem Spiele ständen wie für England und vielleicht für Rußland. Auch hätten die deutschen Handelsbeziehungen keineswegs so gelitten, daß ein Einsetzen der deutschen Machtmittel vor der öffentlichen Meinung gerechtfertigt werden könnte. Für den Fall des Zusammenbruchs Chinas und einer Bereicherung anderer Mächte wurde allerdings die Forderung nach *Mitberücksichtigung* geltend gemacht. Das war ein neuer Zug, der sich mit der Zeit deutlicher ausprägen sollte.

Unterdessen gingen die Ereignisse im Fernen Osten ihrem Abschluß entgegen. Das niedergeworfene China mußte die japanischen Friedensbedingungen annehmen. Bereits am 4. April 1895 wurden sie bekanntgegeben. Sofort erkannte Rußland die Gefahr, die seiner Stellung in Ostasien drohte, wenn Japan dort die seine im Sinne des Friedensvertrages festigte. Japan schien die Vorherrschaft im Fernen Osten an sich zu reißen. Dies zu verhindern, sah sich Rußland gezwungen, in den Vordergrund zu treten, während England seine bis-

[1] G. P. IX, No. 2222.

herige Rolle als Schutzmacht Chinas aufgab und einstweilen in den Hintergrund zurücktrat. Rußland warf die *Interventionsfrage* in Bezug auf den Frieden von Shimonoseki auf.

Sowohl Frankreich als auch Deutschland ließen sich für die Verwirklichung des russischen Vorschlags gewinnen, die Japan eines großen Teils der Beute berauben sollte. Deutschland weckte durch den drohenden Ton seiner an Japan abgegebenen Erklärung sogar den Anschein, als trete es gegen dieses heftiger auf als die beiden andern Mächte. «Meine Sprache machte augenscheinlich Eindruck»,[2] berichtete Herr von Gutschmid, der deutsche Gesandte in Tokio, mit Genugtuung nach Berlin und bedachte nicht, daß die deutsche Haltung die Japaner vor den Kopf stoßen mußte, umsomehr als gerade Deutschland von allen Mächten am wenigsten Grund hatte, gegen den Frieden von Shimonoseki Einspruch zu erheben. In japanischen Kreisen vergaß man dies den Deutschen nicht, und noch nach dem Ausbruch des Weltkriegs wirkte der Zwischenfall auf die japanischen Entschließungen ein. — War es eine realpolitische Überlegung, die die deutsche Regierung dazu bestimmte, ihre bisherige Zurückhaltung aufzugeben? Wollte sie den Versuch machen, die 1890 abgebrochenen vertraglichen Beziehungen zu Rußland über Ostasien wiederherzustellen? Wenn ja, warum schloß sie sich durch ihre Zusage zu dem gemeinsamen Schritt in Tokio *bedingungslos* der russischen Anregung an, besonders nachdem man gar durch den Mund des russischen Botschafters erfahren hatte, daß Rußland bereit war, unter Umständen den Frieden an Deutschlands Grenze zu gewährleisten?[3] — Rußlands Hilfebedürfnis war unverkennbar. Es brauchte zur Wahrung seiner bedeutenden Interessen im Fernen Osten Ruhe und Sicherheit auf dem europäischen Festland. Es bedurfte in erster Linie eines gesicherten Verhältnisses zu seinem mächtigen Nachbarn im Westen, umsomehr als ihm England im Fernen Osten feindselig gesinnt war und sein französischer Freund sich zurückhielt. Es brauchte die Zustimmung des Reiches zu seinem Plan, wenn es auch Frankreich dafür gewinnen wollte, denn mit ihr konnte es einen starken Druck auf seinen zögernden Freund ausüben. — Der Augenblick war daher außerordentlich günstig für Deutschland, wenn es darnach strebte, die vertraglichen Beziehungen zu Rußland wiederaufzunehmen. Man dachte in Berlin nicht daran. Man beurteilte die

---

[2] G. P. IX, No. 2251.

[3] Johannes Haller, Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld. 1924 S. 134 f.

Lage vom Standpunkt des Prestiges aus und fürchtete, Rußland, England und Frankreich könnten sich unter Ausschluß Deutschlands über ostasiatische Erwerbungen verständigen. Dies wollte man unbedingt verhindern. Daher stimmte man der russischen Anregung bedingungslos zu, darum auch betonte man, daß es beim bisherigen Zustand im Fernen Osten bleiben solle. Vielleicht wollte man auch verhindern, daß Rußland und Frankreich einen Erfolg davontrügen, der ihr Bündnis gefestigt haben würde und zu seiner Feuertaufe geworden wäre.

Wieder spielte die sachliche Frage, ob man nicht andere Mächte vor den Kopf stoße, keine entscheidende Rolle. Der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, warnte freilich vor einer solchen Politik, die den Haß der Japaner gegen Deutschland und die bereits sichtbar gewordene Entfremdung gegenüber England (Burenkonflikt!) fördern würde. Seine Warnungen wurden überhört.

Eines erreichte man: Japan wurde zurückgeworfen. Rußlands Interessen blieben in Ostasien gebunden und wurden nicht auf die Balkanhalbinsel zurückgelenkt. Da auch Frankreich außerhalb des europäischen Festlandes beschäftigt war, ergab sich hier eine starke Entlastung und deutliche Entspannung zwischen dem Zweiverband und dem Dreibund. Es war wichtig für Deutschland, die Gegnerschaft zwischen Rußland und England im Fernen Osten nicht durch brüskes Hervortreten zu beseitigen und eine Verständigung zwischen den beiden anzubahnen. Zurückhaltung war deshalb weiterhin angezeigt.

Tatsächlich schien es, als wollte sich die deutsche Regierung von neuem zurückhalten. Gegenüber der treibenden russischen Machtpolitik betonte das Auswärtige Amt wiederholt, daß es sich nicht in irgendeine Lage schieben lassen werde, «welche mit den einfachen und durchsichtigen Beweggründen, die unsere Beteiligung an der ostasiatischen Beruhigungskampagne herbeiführten, in Widerspruch stehen würde.»[4] Als aber die Lage im Fernen Osten sich keineswegs beruhigen wollte, traten auf deutscher Seite die Wünsche nach *Stützpunkten* erneut hervor, sehr zum Nachteil für die nach der Intervention immerhin recht günstige Stellung Deutschlands. Es war bezeichnend für die Haltung des Kaisers, daß die erneute Anregung des Erwerbsgedankens von ihm kam. Er war und blieb die treibende Kraft in der Ostasienpolitik des Reiches. Unruhen in China und Ge-

[4] G. P. IX, No. 2279.

rüchte über angebliche russische und englische Absichten, dort zu Besetzungen zu schreiten, beeindruckten den Kaiser. Er gab die Losung aus, «unverzüglich Wei-hai-wei zu besetzen». Er entbehrte der Fähigkeit, die Lage im Fernen Osten richtig zu beurteilen, denn sonst müßte ihm die Konfliktsmöglichkeit mit Japan, dem dieser Hafen als Pfand für die ihm von China zu zahlende Kriegsentschädigung diente, ersichtlich gewesen sein. Prestigemomente bestimmten seine Haltung. Einmal fürchtete er wieder, daß die andern Mächte Deutschland in Ostasien wie in Afrika (Marokko!) bei einer beginnenden Zerstückelung Chinas zuvorkommen könnten. Dann aber reizte ihn der Gedanke, daß die Gewinnung eines Flottenstützpunktes in seinem «freudig begeisterten Volke einen vorzüglichen Eindruck machen und das Selbstgefühl der Nation wesentlich heben» würde. Eines erachtete er freilich als Vorbedingung zu einem deutschen Vorgehen: die vorherige Besetzung chinesischen Gebietes durch die Russen.[5]

Von da bis zum Verlassen des bisher eingehaltenen Weges war es freilich nicht mehr weit. Den entscheidenden Schritt in dieser Richtung tat Reichskanzler *Hohenlohe*, indem er die friedliche Erwerbung einer Kohlenstation auch für den Fall als wünschenswert und möglich bezeichnete, daß Rußland keine Gebietserwerbung machte. Freiherr von Marschall teilte «durchaus» seine Ansicht und beauftragte das Auswärtige Amt mit der nähern Untersuchung.[6] *Damit war ein neuer Weg eingeschlagen.*

Hier sei eines eingeschaltet: Zu Beginn des Jahres 1895 wandte sich Freiherr von Marschall an den Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Vizeadmiral Hollmann, mit der Frage, ob die Erwerbung von Kohlen- und Flottenstationen in China überhaupt noch erwünscht sei. In seiner Antwort betonte der Staatssekretär, daß die Vorteile vornehmlich auf wirtschaftlichem Gebiete lägen, fügte aber bei, daß der Besitz solcher Stützpunkte «gleichzeitig die politische Macht und das Ansehen im Auslande derart» heben würde, daß schon die bloße Existenz einer Station einen «Machtausfluß» schüfe, «welcher sich erfahrungsmäßig weit über die Grenzen des Besitzes hinaus» erstrecken würde. Eine solche Erwerbung sei notwendig zur «Geltendmachung des Willens». Es genüge nicht, daß der deutsche Handel und die Schiffahrt gegen Schädigungen geschützt seien. Deutschland müsse auch China und Japan gegenüber mächtig da-

[5] G. P. XIV, 1, No. 3648.
[6] G. P. XIV, 1, No. 3649.

stehen, und darum sei es nötig, dort Fuß zu fassen. «Nur so kann dem Einfluß der konkurrierenden Mächte in den dortigen Gewässern mit Erfolg die Spitze geboten und die im Interesse unseres Nationalwohlstandes so notwendige Wechselwirkung zwischen Handel und Macht hergestellt werden.»[7] — Diese Äußerungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes zeigten deutlich, daß sich die wirtschaftlichen Interessen des Reiches leicht mit dem Prestigegedanken verbinden konnten. Dies sollte sich auch später immer wieder als Tatsache erweisen. Es wäre deshalb falsch, zu glauben, daß nur der Prestigegedanke Deutschlands Haltung in Ostasien bestimmte. Er gab wohl den *Ausschlag*, aber mannigfaltige *wirtschaftliche* Interessen des Reiches wirkten fühlbar mit. Die deutsche Großindustrie hatte sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gewaltig entwickelt, und das Bedürfnis des Reiches nach neuen Rohstoff- und Absatzgebieten war natürlich. Daher spielte die wirtschaftliche Frage in der Kolonialpolitik eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Ein neuer Weg war beschritten. Es gab aber für die deutsche Regierung zwei Möglichkeiten, um zu Stützpunkten zu gelangen, diejenige friedlicher Verhandlungen und die der Gewalt. Dabei bestand von Anfang an die Gefahr, daß Deutschland durch sein Hervortreten das Zeichen zur Aufteilung Chinas gab und die übrigen Mächte ihm entgegenwirkten. — Das Auswärtige Amt entschied sich für den Verhandlungsweg und leistete Widerstand gegen einen unverhüllten Gewaltstreich. In der Erwerbung eines Stützpunktes erblickte es keinen angemessenen Gegenwert für die Folgen, die ein gewaltsamer Schritt nach sich ziehen konnte.

Gegen eine solche Haltung erhoben sich immer lauter die Stimmen derer, die ein gewaltsames Vorgehen befürworteten, besonders dann, als die Regierung auf dem Verhandlungsweg zu keinem Ergebnis zu gelangen schien. Als im September 1895 eine deutsche Missionsstation geplündert und teilweise zerstört wurde, und als trotz deutschen Beschwerden diese Gewalttat ungesühnt blieb, verlangten der Kaiser, Vertreter des Marineamtes, die Presse und die dahinter stehenden Wirtschaftsgruppen ein entschiedenes Vorgehen gegen die Chinesen. Aus Peking berichtete der kaiserliche Gesandte im März 1896, Deutschland genieße in Schantung schon jetzt keine Achtung mehr bei Behörden und Bevölkerung. Man sage dort, Deutschland drohe nur. Es habe große Worte, aber keine Taten. Wenn Deutschland jetzt auf Grund der Beschwerden der katholischen Missionare nicht ener-

[7] G. P. XIV, 1, No. 3646.

gisch vorgehe, befürchte er eine ernsthafte Gefährdung des deutschen Prestiges in China. — Auch Bischof Anzer, der Leiter der Mission, welcher damals in Berlin weilte und häufig vom Auswärtigen Amt und vom Kaiser empfangen wurde, befürwortete ein energisches Vorgehen, «um den Chinesen wieder Respekt einzuflößen.»[8] — Wenn Deutschland «nicht ohne weiteres» das nehme, was es wünsche und brauche, so hieß es in einem Bericht des deutschen Botschafters aus Petersburg über ein Gespräch, so würden die Chinesen darin nur «ein Zeichen der Schwäche» sehen, und wenn Deutschland sich von weiteren Rücksichten gegenüber China leiten lasse, dann werde das «deutsche Ansehen im fernen Osten» sinken.[9] — Marschall selbst äußerte gegenüber dem chinesischen Vizekönig, der im Juni 1896 auf einer europäischen Reise auch Berlin berührte, die Worte, der gegenwärtige Zustand, welcher Deutschland zwinge, seine Kohlen bei anderen Mächten zu nehmen und bei etwaigen Reparaturen fremde Docks anzulaufen, «sei weder der Würde noch den deutschen Interessen entsprechend». England habe bereits seine festen Stützpunkte in Ostasien, desgleichen Frankreich, nur Deutschland nicht. Dieser Zustand sei nicht erträglich.[10]

Alle diese Äußerungen maßgebender deutscher Persönlichkeiten zeigten, wie unbestimmt die Begründungen waren. Man wies auf die deutsche Würde, das Ansehen und auf die Notwendigkeit hin, Respekt einzuflößen und verriet deutlich, daß es ein starkes Prestigebedürfnis war, das dem Tatwillen zugrundelag.

Unmutig über das Zaudern des Auswärtigen Amtes, verlangte der Kaiser immer entschiedener eine energische Tat. Er war gegen jedes Verhandeln, ganz besonders dann, als die ersten deutschen Forderungen von der chinesischen Regierung abgelehnt wurden. Während das Auswärtige Amt mit Rücksicht auf die andern Mächte, vor allem auf Rußland, immer noch zurückhielt, drängte er zur sofortigen *Besetzung Kiautschous.* Weiteres Verhandeln war in seinen Augen eine Erniedrigung. Der Widerstand des Auswärtigen Amtes wurde gebrochen, als zwei deutsche Missionare am 4. November 1897 in Schantung ermordet wurden. Nun verlangte der Kaiser in einem Telegramm ans Auswärtige Amt «ausgiebige Sühne durch energisches Eingreifen der Flotte» und nochmals sofortige Besetzung Kiautschous. Er sei fest entschlossen, die deutsche «hypervorsichtige, in ganz Ost-

[8] G. P. XIV, 1, No. 3662.
[9] G. P. XIV, 1, No. 3666.
[10] G. P. XIV, 1, No. 3663.

asien bereits als schwach angesehene Politik nunmehr aufzugeben und mit voller Strenge und wenn nötig mit brutalster Rücksichtslosigkeit den Chinesen gegenüber endlich zu zeigen, daß der Deutsche Kaiser nicht mit sich spaßen» lasse, und daß es übel sei, ihn zum Feinde zu haben.[11]

Jetzt gab Hohenlohe, wenn auch nur widerwillig, den Widerstand gegen einen Gewaltschritt auf. Zwei Jahre später noch urteilte er, Deutschland hätte besser getan, die Chinesen sich selbst zu überlassen. Die Besitznahme von Kiautschou habe jedenfalls noch zur «Exasperation der gelben Bestien» (Boxeraufstand!) beigetragen. Einen Nutzen habe jene vom Marineamt dem Kaiser eingegebene Besetzung nicht. Er, Hohenlohe, habe zu Unrecht nachgegeben, nachdem auch Tirpitz und Bülow den Kaiser unterstützt hätten.[12]

Tirpitz, der Nachfolger Hollmanns als Staatssekretär des Reichsmarineamtes, befürwortete entschieden die neue Politik. Wie sehr es ihm dabei wesentlich nur um das deutsche Prestige ging, erhellt ein Gespräch, das er am 16. März 1898 mit dem Legationsrat Klehmet führte, und worin er betonte, daß es unbedingt notwendig sei, die deutsche Handelsflagge auf dem Jangtse bis tief landeinwärts häufig zu zeigen. — Vergeblich versuchte Freiherr von Marschall, dessen Haltung nicht folgerichtig war, das Ziel im letzten Augenblick noch auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Er befürchtete gefahrvolle Rückwirkungen auf Deutschlands politische Stellung und bezeichnete später das gewaltsame Vorgehen als einen politischen Fehlgriff. Sein Versuch scheiterte am kaiserlichen Drängen. Kurze Zeit darauf nahm er seine Entlassung und wurde als Botschafter nach Konstantinopel versetzt. An seine Stelle trat *Bernhard von Bülow*. Ganz im Sinne des Kaisers betonte es, daß es «höchste Zeit» sei, die «schwankende und laue Politik» Deutschlands in Ostasien energischer zu gestalten.[13]

Die Ermordung der deutschen Missionare bot dem deutschen Tatwillen den «so lang ersehnten Grund» zum Einschreiten. So äußerte sich der Kaiser in einem Telegramm an den neuen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Eine Bestätigung dafür, daß der Tatwille das Entscheidende war, und daß man auf die nächste günstige Gelegenheit wartete, ja sie herbeisehnte, um ihn in die

---

[11] G. P. XIV, 1, No. 3686.

[12] Hohenlohe an Prinz Alexander, 8. Juli 1900; Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit. Hgg. von Karl Alexander von Müller. Stuttgart/Berlin 1931. S. 578.

[13] G. P. XIV, 1, No. 3690.

Tat umzusetzen. Daß es sich in der Hauptsache um eine Prestigeangelegenheit handelte, ging aus den weitern Ausführungen des Kaisers noch deutlicher hervor: Deutschland, so behauptete er, sei an einem Wendepunkt für sein gesamtes Ansehen, seinen Einfluß und seine Handelsentwicklung angelangt. «Aller Augen, sowohl der Asiaten als der dort wohnenden Europäer, sind auf uns gerichtet, und ein jeder fragt sich, ob wir uns das gefallen lassen werden oder nicht? ..... Tausende von deutschen Christen werden aufatmen, wenn sie des Deutschen Kaisers Schiffe in ihrer Nähe wissen werden, Hunderte von deutschen Kaufleuten werden aufjauchzen in dem Bewußtsein, daß endlich das Deutsche Reich festen Fuß in Asien gewonnen hat, Hunderttausende von Chinesen werden erzittern, wenn sie die eiserne Faust des Deutschen Reichs schwer in ihrem Nacken fühlen werden, und das ganze Deutsche Volk wird sich freuen, daß seine Regierung eine mannhafte Tat getan . . . Möge die Welt aber aus diesem Vorfall ein für alle Mal die Moral ziehen, daß es bei mir heißt: ‚Nemo me impune lacessit.'»[14]

Gegenüber den treibenden Stimmen blieben die warnenden wirkungslos. Am 14. November 1897 wurde Kiautschou besetzt. Der entscheidende Schritt auf dem neuen Wege war getan. Man setzte sich in Berlin leicht über die Frage hinweg, wie sich die andern Mächte zum deutschen Vorgehen einstellen würden. «Ich hatte das Gefühl», so urteilte Generalfeldmarschall von Waldersee im Juli des Jahres 1900 über das Unternehmen, «daß wir uns in Abenteuer stürzten, und habe es jetzt in stärkerem Grade. Wir sollen Weltpolitik treiben. Wenn ich nur wüßte, was das sein soll; zunächst doch nur ein Schlagwort.»[15] Mit diesen Worten kennzeichnete Waldersee eine Politik, deren Folgen nicht im voraus berechenbar waren, weil sie den Rahmen der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit überschritt. Ihr Ziel aber, *Weltpolitik*, war höchst unbestimmt, konnte schließlich alles mögliche heißen und war für einen Realpolitiker ein bloßes Schlagwort, Ausdruck eines politischen Willens, dem man erst einen wirklichen Inhalt suchen mußte.

Wenige Tage vor der Besetzung Kiautschous wandte sich der bayrische Ministerial- und spätere Staatsrat, der Freiherr von Völderndorff, in einem warnenden Brief an seinen Freund, den Reichskanzler

---

[14] G. P. XIV, 1, No. 3690.

[15] *A. v. Waldersee*, Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen v. Waldersee. 1923. II, S. 449.

Hohenlohe: «Ich kann meine Meinung darüber, daß es *den Ruin Deutschlands* und die schwierigsten politischen Komplikationen nach sich ziehen muß, wenn die Kolonial- und die Weltmachtpolitik nicht aufgegeben wird, nicht aufgeben .... ich glaube eben, wenn Deutschland nicht zugrunde gehen soll, dann muß man umkehren. Wir müssen die Welthändel Welthändel sein lassen, wir müssen uns beschränken, die Sicherheit des Landes gegen die beiden Nachbarn zu wahren.»[16] — Solche Bismarcksche Stimmen verhallten ungehört. Die Besetzung wurde Tatsache und löste ganz besonders in englischen Kreisen Ärger und Verstimmung aus.

Im letzten Augenblick wurde übrigens dem deutschen Vorgehen ein Hindernis in den Weg gelegt. Der russische Außenminister Graf Murawiew erhob am 9. November auf Grund des Rechtes der ersten Ankerung *Einspruch* gegen eine dauernde Festsetzung. Die deutsche Diplomatie befand sich auf einmal in einer schwierigen Lage. Zurückweichen konnte man nicht mehr, weil das Prestige gefährdet worden wäre. Ein schlechtes Verhältnis zu Rußland, gar ein Krieg, war aber nicht erwünscht. Mit Besorgnis berichtete der Reichskanzler am 13. November an den deutschen Botschafter in London, die deutsche Diplomatie habe die nicht leichte Aufgabe, «ohne offensichtliche Einbuße für unser Ansehen und unsere Interessen» aus der schwierigen Lage hinauszukommen.[17] Dem russischen Botschafter in Berlin, dem Grafen von der Osten-Sacken, erklärte er: «Jetzt, wo unser Kaiser engagiert ist, habe ich vor allem die Würde des Kaisers und des Reiches zu berücksichtigen.» — Staatssekretär von Bülow äußerte sich im ähnlichen Sinn gegenüber Osten-Sacken: Deutschland könnten nicht Dinge zugemutet werden, welche seine «Würde» und seine «Autorität» beeinträchtigen müßten und deshalb völlig unannehmbar seien.[18]

Der russischen Regierung teilte man schließlich mit, Deutschland befinde sich in China «dans une position indigne», und jede Änderung der nun — nach der Besetzung von Kiautschou — geschaffenen Lage würde die chinesische Regierung und das Volk in einer Haltung bestärken, die «incompatible avec les intérêts comme avec la dignité de l'Allemagne» sei.[19]

Zu einem Zusammenstoß mit den Russen kam es nicht, denn diese

---

[16] *Hohenlohe*, S. 401.
[17] G. P. XIV, 1, No. 3698.
[18] G. P. XIV, 1, No. 3717.
[19] G. P. XIV, 1, No. 3711.

lenkten ein und gaben ihren Widerstand auf. Der Zwischenfall aber zeigte deutlich, daß der Prestigegedanke die deutsche Haltung bestimmte. Von wirklichen Interessen des Reiches war kaum mehr die Rede, sondern von unbestimmten Begriffen wie Würde und Autorität. Damals war es auch, daß der Staatssekretär des Auswärtigen von Bülow in seiner Reichstagsrede vom 6. Dezember 1897 den berühmten Ausspruch tat: «wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.»[20]

Der ständige Hinweis auf die andern Mächte in den Äußerungen der verschiedenen deutschen Persönlichkeiten war sehr bezeichnend für ihre Haltung. Sie empfanden das Nicht-gleichgestellt-Sein als demütigend und dachten dabei vor allem an England, mit dessen Politik man im Jangtse-Tal und im Schansi zusammenstieß. In einer Weisung vom 14. März 1899 an den Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders, den Prinzen Heinrich, gab Bülow als Richtlinie für die kommende deutsche Ostasienpolitik an: Deutschland werde suchen, soweit es sich mit seiner «Würde» vertrage und ohne Einbuße an seiner Stellung möglich sei, Konflikte zu vermeiden; aber es dürfe nicht aufhören, «den deutschen Missionaren als den Pionieren der deutschen Kultur sowohl im Interesse des deutschen Ansehens als auch aus Gründen der inneren deutschen Politik gegen Vergewaltigung festen Schutz ... angedeihen zu lassen ... [und] den chinesischen Mandarinen und der chinesischen Bevölkerung ... den Druck der deutschen Waffen beständig vor Augen zu halten.» Mit England schließlich könnten die Deutschen nur zusammengehen, wenn sie als «vollkommen Gleichberechtigte» behandelt würden.[21] — Diese Weisung Bülows war sehr bezeichnend für die deutsche Einstellung.

Wie sehr sich die deutsche Politik in Ostasien von Grund auf verändert hatte, wurde anläßlich des *Boxeraufstandes* von 1900 deutlich. Dieser national-revolutionäre Aufstand in China erreichte seinen Höhepunkt mit der Belagerung der europäischen Gesandtschaften in Peking und mit der Ermordung des deutschen Gesandten, des Freiherrn von Ketteler, am 18. Juni 1900. Von neuem wurde die ganze Problematik in China aufgeworfen und der Wetteifer unter den einzelnen Mächten heftig geschürt. In den Verhandlungen zwischen ihnen ging es wieder nicht so sehr um die Macht als solche als vielmehr um den *Schein* der Macht, das Prestige, das eine jede Großmacht gegenüber China zu behaupten oder zu mehren suchte. Durch

[20] G. P. XIV, 1, S. 111 Anm. ***.

[21] G. P. XIV, 1, No. 3778.

die Ermordung des deutschen Gesandten wurde Deutschland von vornherein stark in den Vordergrund geschoben. Wieder zeigte sich auf deutscher Seite keine einheitliche Stellungnahme zur neugeschaffenen Lage. Während sich der *Kaiser* leidenschaftlich für eine Unternehmung einsetzte, hielt sich Staatssekretär *von Bülow* aus Gründen der Staatsraison zurück. Er machte den Kaiser auf die Gefahr aufmerksam, die darin bestehe, daß, sobald Deutschland in China als Hauptinteressent auftrete, das gemeinsame Mißtrauen aller Mächte sich gegen Deutschland richten werde, und daß diese sich in der Folge auf Kosten des Reiches einigen würden. Es liege noch kein Grund vor für ein größeres deutsches Unternehmen, noch keine Gelegenheit für Seine Majestät, sich in den Vordergrund zu stellen. Die Lage werde sich für Deutschland umso günstiger gestalten, je mehr der Interessenkonflikt zwischen der russisch-französischen und englisch-japanischen Gruppe sich verschärfe.[22]

Mit dieser sachlichen Haltung Bülows stimmte auch das Auswärtige Amt überein und betonte, daß eine unnötige Erschütterung oder gar eine Aufteilung Chinas als dem deutschen Interesse widersprechend zu vermeiden seien.

Zu den von Bülow angeführten Gründen bemerkte der Kaiser heftig, sie hätten gegenüber den gestürmten Gesandtschaften keine Bedeutung. Es gebe nur *ein* Interesse: die exemplarische Bestrafung der Pekinger und Boxer. «Alles andre kommt später.»[23] Am 19. Juni telegraphierte er Bülow, eine europäische Aktion müsse unternommen werden. Er würde unter Umständen den Obergeneral stellen. «Wir dürfen uns *nie* dem aussetzen, daß Rußland und Japan die Sache allein machen und Europa heraushauen. Der deutsche Gesandte wird durch meine Truppen gerächt. Peking muß rasiert werden .... Es ist der Kampf Asiens gegen das ganze Europa!»[24] Verhandlungen lehnte er ab. — An diesen Äußerungen Wilhelms II. war die Ansicht bemerkenswert, daß es sich in China um eine gesamt-europäische Angelegenheit handelte, bei der es galt, «Gesamteuropa herauszuhauen». Es klang hier so etwas wie ein *europäisches Prestigeempfinden* durch. An anderer Stelle wird sichtbar werden, daß es sich beim Kaiser tatsächlich um ein solches handelte. Aus Verlangen, das Geschehene zu rächen, wies Wilhelm II. alle sachlichen Überlegungen von sich. Das Prestigeempfinden war in ihm so stark, daß

---

[22] G. P. XVI, No. 4528.
[23] G. P. XVI, No. 4528 Rbm.
[24] G. P. XVI, No. 4527.

er am liebsten selbst an die Spitze des Strafunternehmens getreten wäre.

Am 27. Juni 1900 hielt der Kaiser in Bremerhaven an die Truppen, die zur Verschiffung nach Ostasien bereitstanden, seine später von den Gegnern so oft ausgenutzte «Hunnenrede», die Mißtrauen und Haß säte. «Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter König Etzel sich einen Namen gemacht haben ...., so möge der Name Deutscher in China auf tausend Jahre durch euch in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.» Etwas später, am 3. Juli, sprach der Kaiser in einer andern Rede zu Wilhelmshaven die gewichtigen Worte aus, daß ohne den deutschen Willen keine große Entscheidung mehr in der Welt fallen dürfe. Er werde rücksichtslos die schärfsten Mittel anwenden, um die Weltmachtstellung des deutschen Volkes zu erhalten.[25] — Eine solche Sprache erschien unsachlich und gefährlich. Bülow war deshalb dafür besorgt, daß diese Reden nicht in ihrer wahren Form veröffentlicht wurden. Er konnte aber nicht verhindern, daß ihr Gehalt doch bekannt wurde, sehr zum Schaden der deutschen Politik.

Ganz entschieden war übrigens Bülows Stellungnahme nicht, denn er gab seine Zurückhaltung bald auf und ließ dem Auswärtigen Amt am 3. Juli 1900 telegraphisch die Weisung übermitteln, daß es nach der Ermordung des deutschen Gesandten vor allem darauf ankomme, «der Nation zu zeigen, daß diejenigen, welche ihre Geschäfte führen, das deutsche Ansehen und die deutsche Ehre mit Schnelligkeit und Nachdruck zu wahren» wüßten.[26] Und an den Botschafter in Petersburg telegraphierte er wenige Tage später, es sei eine «nationale Ehrensache von Kaiser und Reich», zunächst eine Sühne für ihren ermordeten Vertreter zu erlangen. Ungeachtet des Verhaltens der andern Mächte könne Deutschland die Frage der Genugtuung, die für es den «Ehrenstandpunkt» berühre, nicht aufgeben.[27] — Auch für Bülow wurde also schließlich die Bestrafung zu einer Prestigeangelegenheit, wenn auch nicht zu einer europäischen wie beim Kaiser.

Prestigesache wurde auch die Übernahme des *Oberbefehls* über die internationalen Truppen durch einen deutschen Offizier. Ausgegan-

---

[25] *Fürst Bernhard von Bülow*, Denkwürdigkeiten. Berlin 1930/31. Bd. I, S. 358 f.
[26] G. P. XVI, No. 4546.
[27] G. P. XVI, No. 4570.

gen war dieser Gedanke vom Kaiser. In einem persönlichen Telegramm an den Zaren brachte er eine mögliche Ernennung des früheren Generalstabschefs, des *Grafen von Waldersee*, in Vorschlag. Bülow unterstützte die kaiserliche Anregung, weil er ihre Verwirklichung als nützlich erachtete für das deutsche «Prestige».[28] Er führte seine Ansicht in einem Bericht ans Auswärtige Amt weiter aus, indem er betonte, daß es im Interesse des deutschen «Ansehens in der Welt» wie im Hinblick auf die Ermordung gerade des deutschen Gesandten und auch mit Rücksicht auf den wohlbegründeten militärischen Ruf der deutschen Offiziere erstrebenswert sei, den Oberbefehl über die Truppen in China zu erlangen.[29] Mit Besorgnis wies er in einer Botschaft an den Geschäftsträger in Wien, Pückler, auf die Möglichkeit hin, daß von englischer Seite ein amerikanischer oder von russischer ein französischer Oberbefehl vorgeschlagen werden könnte. Für diesen Fall, so nahm er an, würde der Einspruch Seiner Majestät zu erwarten sein, die es aus monarchischem Selbstgefühl heraus politisch unzulässig finden würde, «daß bei einer weltgeschichtlichen Begebenheit wie dieser man einer Republik die leitende Rolle zuteile.»[30]

Von dem monarchischen Prestigeempfinden des Kaisers sei später die Rede. Hier interessiert uns einstweilen die Haltung des Staatssekretärs. Sie hatte sich der des Kaisers stark angeglichen. Das Auswärtige Amt stand freilich dem Vorschlag einer Übernahme des Oberbefehls eher ablehnend gegenüber, da es sie nicht für unbedingt erstrebenswert hielt. Erst als durch das kaiserliche Telegramm an den Zaren die Person des Kaisers ernstlich damit verwickelt war, setzte auch es sich mit aller Kraft dafür ein. Die russisch-englische Gegnerschaft im Fernen Osten führte dann dazu, daß man beiderseits die Übernahme des Oberbefehls durch den Grafen Waldersee billigte. Auch die übrigen Mächte stimmten zu. Nach einem Bericht des Freiherrn von Eckardstein ließ Wilhelm II. «in bombastischen Worten der Welt verkünden», daß sein Freund, der Kaiser von Rußland, ihm angetragen habe, den Oberbefehlshaber zu stellen. Dann folgte «eine hochtönende Tirade nach der andern», und schließlich fand die Einschiffung des Grafen «unter Pauken- und Trompetenklang» statt.[31] Die deutschen Imperialisten fühlten sich durch die Tatsache

---

[28] G. P. XVI, No. 4529.

[29] G. P. XVI, No. 4598.

[30] G. P. XVI, No. 4586.

[31] *Freiherr von Eckardstein*, Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten. Leipzig 1919. Bd. II, S. 191.

geschmeichelt, daß ein Deutscher die Führung des Unternehmens gegen die aufständischen Chinesen übernahm und feierten zum voraus seinen Sieg. Umsomehr waren sie enttäuscht, als die Nachricht nach Deutschland kam, Peking sei durch internationale Truppen erobert und die fremden Gesandtschaften befreit worden. Dabei habe ein russischer General die Hauptrolle gespielt, während überhaupt keine Deutschen mitgekämpft hätten. Die Einschiffung des deutschen Oberkommandanten erschien nun bereits als überflüssig, umsomehr als man russischerseits geradezu erklärte, weitere Schritte seien nicht mehr nötig. Eine Äußerung des Zaren drang in den europäischen Kabinetten durch, daß das Militär nicht mehr die Entscheidung habe, sondern die Diplomatie. Es schien, als ob man es russischerseits zu keiner eigentlichen Strafexpedition und keiner Verwirklichung des deutschen Oberkommandos kommen lassen wollte.

Über diese Wendung der Sachlage war der Kaiser sehr erbittert. Er verurteilte die Politik Rußlands und bestand auf der völligen Niederwerfung der Chinesen. Den Gedanken einer Konferenz, wie er von amerikanischer Seite angeregt wurde, verwarf er als Unsinn und erklärte: «Die Generale haben noch immer das Wort!»[32] Sein Prestigegefühl forderte die Bestrafung der Chinesen und die Verwirklichung des Oberbefehls.

Wieder wurde Wilhelm II. von Bülow unterstützt, der glaubte, verhindern zu müssen, daß die andern Mächte in ernstliche Verhandlungen mit den Chinesen träten, ehe der deutsche Generalfeldmarschall in Peking eingetroffen sei. «Für diese spezielle Verletzung unserer Würde und unserer Ehre haben wir das Recht und die Pflicht, gerechte Sühne zu verlangen.» Die Bestrafung der Chinesen sei die unerläßliche Vorbedingung Deutschlands zu allen weitern Verhandlungen.[33] Für Deutschland handle es sich bei der Bestrafung um eine «Ehrensache». Selbst die Frage der Entschädigung stehe dahinter zurück.[34] — Er unterstützte auch den Wunsch des Kaisers, ein *Panzergeschwader* zur Verstärkung der deutschen Seestreitkräfte nach Ostasien zu entsenden, damit die Schlagfertigkeit und das «Prestige» Seiner Majestät im Fernen Osten noch erhöht würden.[35]

Tatsächlich wurde bald darauf ein Geschwader nach Ostasien entsandt. Von Interessen wirklicher Art war kaum mehr die Rede, auch

---

[32] G. P. XVI, No. 4633 Sbm.
[33] G. P. XVI, No. 4643.
[34] G. P. XVI, No. 4673.
[35] G. P. XVI, No. 4559.

nicht von einem klaren, bestimmten Ziele, abgesehen vielleicht von dem der Bestrafung der schuldigen Chinesen. Das wurde dem Grafen von Waldersee nach einer Unterredung mit Baron von Holstein klar, und er bemerkte in seinen Memoiren zur Haltung des Kaisers, die Hauptsache sei diesem doch wohl das Bedürfnis gewesen, «eine Rolle in der ‚Weltpolitik' zu spielen», ohne Klarheit über die Folgen dieser Haltung. Er fand die Besorgnisse Holsteins entschieden berechtigt, wonach Deutschland zu weit gehe und Verwicklungen mit anderen Mächten zu befürchten seien. Gerade die Aussendung eines Panzergeschwaders wurde von Holstein als eine Herausforderung gegenüber England angesehen, die er für unzweckmäßig hielt.[36]

Im Sommer 1900 erfolgte die *Besetzung Schanghais* im Hinblick auf die Bedrohung der dortigen europäischen Niederlassungen. Die Stärke der deutschen Truppen wurde annähernd auf die eines Bataillons gebracht, doch überwog um die Mitte des folgenden Jahres die englische Garnison an Stärke alle andern fremden Garnisonen zusammen. Trotzdem gereichte die deutsche Besatzung der englischen öffentlichen Meinung mehr und mehr zur Beschwer. In England wuchs das Mißtrauen gegenüber der deutschen Chinapolitik. Nach einem Bericht des deutschen Gesandten in Peking, Mumm von Schwarzenstein, ans Auswärtige Amt suchten «tendenziöse Reutertelegramme» zum Zweck der Einschüchterung «in anmaßender Sprache» Stimmung gegen die deutsche Garnison zu machen und erhoben den nicht begründeten Anspruch, Deutschland sei England über das Verbleiben seiner Truppen eine Erklärung schuldig.[37] — Diese Haltung Englands hing wohl mit seinem Bestreben zusammen, im Jangtse-Tale die «Alleinherrschaft» zu begründen, gegen welches die deutsche Regierung schon früher angekämpft hatte, indem sie offene Tür und Gleichberechtigung aller am Handel beteiligten Mächte forderte.

Auch jetzt erhob sich entschiedener deutscher Widerstand gegen das englische Verhalten. Der Gesandte in Peking wies darauf hin, «daß angesichts der Sprache, in der ‚Reuter' die englische Forderung nach Zurückziehung unserer Truppen urbi et orbi verkündet hat, eine Nachgiebigkeit unsererseits einer gewissen Anerkennung der englischen Suprematie in diesem für uns so interessanten Gebiete gleichkommen würde.» England müsse daher mit der Räumung vorangehen. Eine solche müsse überhaupt durch freundschaftlichen di-

[36] *Waldersee* III, S. 3 f.

[37] G. P. XVI, No. 4942.

plomatischen Meinungsaustausch und nicht durch Drohungen in Parlament und Presse eingeleitet werden, «die ein Zurückziehen unserer Truppen in den Augen der Welt als ein Zurückweichen vor Englands Macht und als eine Anerkennung von Englands Einfluß erscheinen lassen würden.»[38]

Noch deutlicher ließ sich Schwarzenstein im Januar des Jahres 1902 darüber aus: Er sei in der Räumungsfrage entschieden gegen jede Nachgiebigkeit gewesen und zwar im Interesse des deutschen «Prestiges». Eine Zurückziehung der deutschen Garnison hätte nach außen hin «wie eine Folge englischen Druckes» ausgesehen und würde der Stellung Deutschlands im Jangtsebecken äußerst nachteilig gewesen sein.[39] — Und wie Mumm von Schwarzenstein, so betrachteten andere die Räumungsfrage als eine Prestigesache. Bereits am 8. Februar 1901 hieß es in einer Mitteilung an Bülow, die Kommando- und Truppenverhältnisse müßten bis zur Erfüllung der Forderungen der Mächte durch China unverändert bleiben, «um der Welt zu zeigen», daß es Deutschland nach wie vor voller Ernst sei.[40] — Der Reichskanzler war der Ansicht, Deutschland müsse auch nach außen hervortreten lassen, daß es in Schanghai gleiche Rechte wie alle andern Mächte habe und dürfe nicht den Schein entstehen lassen, als ob es «nur à contre cœur oder gar einem gemeinsamen Drucke der Mächte folgend» aus Schanghai herausgehe.[41] — Generalfeldmarschall von Waldersee schließlich befürwortete in einem Bericht an den Kaiser, die deutschen Truppen seien so lange in Schanghai zu belassen, bis England die seinigen zurückziehe. Sonst werde dieses mit seinen Streitkräften in Ostasien leicht einen überragenden Einfluß auf die beiden Jangtse-Vizekönige ausüben können. Ein dauerndes Stationieren einiger deutscher Schiffe auf der Wusungsreede und dem Jangtse hielt er für wünschenswert.[42]

Auf Anraten Waldersees verstärkte Deutschland seine Garnisonen in Schanghai. Am 14. Juni 1901 berichtete er, das Ansehen des Reiches sei in Ostasien fraglos gestiegen und dasjenige Englands in gleichem Maße gesunken. Das Erscheinen starker deutscher Land- und Seestreitkräfte und ihr tätiges und energisches Verhalten habe Eindruck gemacht. Daß die verbündeten Mächte sich einem deut-

---

38 G. P. XVI, No. 4943.
39 G. P. XVI, No. 4946.
40 G. P. XVI, No. 4861.
41 G. P. XVI, No. 4951.
42 *Waldersee* III, S. 149.

schen Oberbefehl unterstellt hätten, habe «für Deutschlands Ansehen in ganz Ostasien hervorragenden, in der übrigen Welt immerhin doch einigen Eindruck gemacht.» Es sei jetzt Sache deutscher Unternehmungslust und deutschen Geldes, den höchst günstigen Augenblick auszunützen.[43]

Hier wurde recht deutlich, wie sehr sich der Charakter der deutschen Politik seit Bismarcks Weggang verändert hatte. Der große Kanzler hatte in den Kolonien das private Unternehmertum vorangehen lassen und seinen Erwerbungen den staatlichen Schutz gewährt. *Jetzt ging der Staat voran* und forderte die privaten Unternehmer auf, ihm nachzufolgen. Wieder eine Bestätigung dafür, daß in der Prestigepolitik der *Wille* ausschlaggebend war und nicht die politische oder wirtschaftliche Lage.

Die deutsche Regierung beharrte in der Folge auf der Forderung nach *Gleichberechtigung* im Jangtsebecken und wahrte sich die Handlungsfreiheit für den Fall, daß eine andere Macht dort eingriff.

In eine neue Phase trat die Ostasienpolitik, als 1904 der *russisch-japanische Krieg* ausbrach. Da England seit 1902 mit Japan verbündet war und sich auf seine Seite stellte, wurde durch die deutsche Stellungnahme erneut das deutsch-englische Verhältnis berührt.

Zwei grundsätzlich verschiedene Einstellungen standen sich auf deutscher Seite gegenüber, die prestigebedingte des *Kaisers* und die sachliche *Bülows*.

Zweierlei bestimmte die Haltung Wilhelms II. Einmal stand er stark unter dem Einfluß des *monarchischen* Prestigegedankens. Da die russischen Niederlagen die ohnehin durch den Nihilismus untergrabene Stellung des Zaren gefährdeten, glaubte er sie stützen zu müssen. In Briefen ermunterte er den Zaren zu einem entschiedeneren Auftreten, erteilte ihm Ratschläge, wie er die russische Flotte einsetzen solle und gab seiner Empörung darüber Ausdruck, daß die russische Regierung auf den englischen Vorschlag einging, die Doggerbank-Affäre durch ein Schiedsgericht zu erledigen. Er wies auf den Versuch Japans hin, Frankreich, England und China für eine Vermittlung zu gewinnen und gab dem Zaren gegenüber in einem Telegramm der Erwartung Ausdruck, daß er, der Zar, niemals darauf eingehen, sondern weiterkämpfen werde, da ja die Zeit für Rußland laufe.

Gegenüber Bülow gab Wilhelm II. in einem Gespräch seiner Enttäuschung Ausdruck über die kleinmütige Haltung des Zaren, der nicht recht fechten wolle, trotzdem er ihn in einem warmen Briefe

[43] *Waldersee* III, S. 151 f.

dazu aufgefordert habe. Der Kanzler machte in der Folge den Kaiser darauf aufmerksam, daß derartige Ermutigungen an den Zaren gefährlich seien, da sie den Eindruck erwecken könnten, Seine Majestät wünsche, Rußland möchte sich mit Japan verbeißen. Das würde in Rußland Mißtrauen hervorrufen. Aus sachlichen Gründen sei daher Zurückhaltung notwendig. — Der Kaiser gab Bülow vom Standpunkt des Staatsmannes aus recht, fügte jedoch hinzu: «Er fühle aber als Souverän, und als solcher kränkten ihn die Blößen, welche sich Kaiser Nikolaus durch sein schlappes Auftreten gebe. Damit kompromittiere der Zar alle großen Souveräne. Es müsse im Interesse des Ansehens der Monarchien etwas geschehen, damit Kaiser Nikolaus forscher auftrete.» Wilhelm II. wies dann weiter auf die Gefahr hin, die der Monarchie von seiten der Sozialisten und Nihilisten drohe, die aus der «Blamage» der Fürsten Vorteile zögen und betonte nochmals: «Durch sein energieloses Verhalten schädige der Zar das monarchische Prinzip.»[44]

Es waren zwei grundsätzlich verschiedene Einstellungen, die im Gespräch zwischen Kaiser und Kanzler aufeinanderstießen. Eine Verbindung zwischen beiden war nicht möglich, und es klang wenig überzeugend, wenn der Kaiser etwas später, nach dem Abschluß des Björkö-Vertrages, in einem eigenhändigen Schreiben an den Kanzler versicherte: «Ich habe die letzten Tage soviel nachgedacht, daß mir der Kopf brummte, um sicher zu sein, daß ich es richtig anfange, stets die Interessen meines Landes vor Augen, aber nicht minder diejenigen des Monarchischen Gedankens im Allgemeinen.»[45]

Neben dem monarchischen war es so etwas wie ein *europäisches* Prestigegefühl, das die kaiserliche Haltung bestimmte und in dem Bewußtsein seiner Zugehörigkeit zur weißen Rasse und zur christlichen Kultur wurzelte. Wilhelm II. sah von Anfang an im russisch-japanischen Krieg den Zusammenprall der gelben mit der weißen Rasse, und nach seiner Überzeugung war es Pflicht und Aufgabe aller Europäer, das Prestige der weißen Rasse entschieden zu verteidigen. Diese Ansicht vertrat er in dem bereits erwähnten Gespräch mit Bülow und verlangte, daß sie zu Papier gebracht und im Archiv «deponiert» werde. Für so bedeutungsvoll hielt er sie. Er behauptete, die gelbe Gefahr sei die «größte Gefahr, welche die weiße Rasse, Christentum und Europäertum bedrohe». Es sei eine Schande, daß Frankreich seinen russischen Verbündeten im Stiche lasse und Eng-

[44] G. P. XIX, 1, No. 5961, Aufzeichnung Bülows vom 14. Februar 1904.
[45] G. P. XIX, 2, No. 6220.

land und die Vereinigten Staaten mit Japan sympathisierten. Deutschland müsse den Zaren auf die Größe der Gefahr aufmerksam machen.

Ähnlich äußerte sich der Kaiser in einer Randbemerkung vom 13. Januar 1904, worin er betonte, daß es sich beim fernöstlichen Konflikt nicht um eine örtliche Frage in Ostasien handle, sondern um die Frage, «ob Rußland seiner Aufgabe gewachsen .... [sei], den Schutz und die Abwehr gegen die gelbe Rasse für die weiße Rasse und damit für die christliche Zivilisation zu übernehmen.» Daher sei wohl kaum fraglich, auf wessen Seite die «Sympathien aller halbwegs vernünftigen Europäer» sein sollten.[46]

Noch deutlicher legte Wilhelm II. seine Gedanken in einer Randbemerkung vom 11. August 1904 dar. Darin sagte er einen großen Endkampf zwischen den beiden Rassen, Religionen und Kulturen voraus, den Kampf, «bei *dem* ganz Europa als ‚Etats Unis de l'Europe' sich unter deutscher Führung zusammenschaaren sollen und müssen zur Vertheidigung unserer heiligsten Güter!» Die Russen kämpften im Kriege gegen Japan nicht als Russen, sondern als Angehörige der weißen Rasse. «Wir alle thun dasselbe, daher müssen wir anderen Weißen in Europa uns immer wieder klar werden, daß in diesem Kampfe ‚Tua res agitur'! Die Russen vertheidigen die Interessen und auch die Präponderanz der Weißen Race gegen den erstarkenden Übermuth der Gelben .... Es handelt sich um die Zukunft Rußlands und auch indirekt ganz Europa's!» Daher seien ihm das Stirnrunzeln und die Mißstimmung des Mikado und des Marquis Ito «gänzlich egal». Die Situation sei völlig klar, und er treffe seine Vorbereitungen: «Jedenfalls weitgehendste wohlwollende Neutralität für Rußland! Die sollen uns später die Japaner abschlagen helfen; aber besser wäre es sie thäten sie jetzt schon ordentlich verdreschen!»[47]

Diese Haltung des Kaisers überraschte nicht, hatte er doch schon zehn Jahre zuvor durch den Maler Knackfuß ein Bild malen lassen, auf dem die europäischen Nationen symbolisch dargestellt waren, wie sie dem Ansturm der Asiaten gewaffnet entgegensehen, und das Leitwort stand dabei: «Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter.» Dieses Bild ließ er dann dem Zaren zustellen und verordnete, daß es in den deutschen Ostasiendampfern aufgehängt wurde, was begreiflicherweise die japanischen Kreise verstimmte. Vergeblich versuchte damals Bülow, mit Rücksicht auf die deutsch-japanischen Beziehungen, den Kaiser zu bewegen, das Bild auf den Schiffen zu be-

[46] G. P. XIX, 1 No. 5937 Rbm.
[47] G. P. XIX, 1, No. 6047 Rbm.

seitigen. Er drang mit seinen sachlichen Beweggründen nicht durch.

Wenn sich Deutschland im russisch-japanischen Kriege doch stark zurückhielt, so war dies das Verdienst der verantwortlichen Persönlichkeiten, vorab des Reichskanzlers. Sie beurteilten die Sachlage realpolitisch. Schon vor Ausbruch des Krieges kennzeichnete der deutsche Botschaftsrat Freiherr von Eckardstein in einer Aufzeichnung vom 17. Januar 1904 die Lage mit den Worten: Bei einem russisch-japanischen Kriege werde in der Welt, vor allem in England und Rußland, das Gefühl aufkommen, daß «Deutschland, das Gewehr bei Fuß zusieht, der ausschlaggebende Faktor sein würde.» Gleichviel wer gewinne, Rußland oder Japan, in jedem Falle werde der Krieg nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft die politische Machtstellung Deutschlands erhöhen, vorausgesetzt, «daß wir *absolut still sitzen* und uns weder offiziell noch in unserer Presse nach einer von beiden Seiten hin ohne Grund kompromittieren.»[48]

Ähnlich äußerten sich Holstein und Bülow zu dieser Frage. In dem bekannten Gespräch Bülows mit dem Kaiser, auf das wir bereits verschiedentlich hingewiesen haben, betonte der Reichskanzler, daß Seine Majestät nur die Pflicht habe, die eigene Ehre und das Interesse des preußischen und deutschen Volkes zu wahren. Für andere Herrscher und Völker sei der Deutsche Kaiser nicht verantwortlich. Eine monarchistische Prestigepolitik lehnte er entschieden ab. Den Kaiser warnte er ferner davor, den Zaren auf die Bedeutung des Krieges als eines Kampfes der weißen gegen die gelbe Rasse aufmerksam zu machen. Eine solche Andeutung berge die Gefahr in sich, daß der Zar Deutschland eines Tages auffordere, ihm gegen diese gemeinsame Gefahr bewaffnete Hilfe zu leisten. Eine solche sei aber unmöglich, da sie das Reich in einen Krieg mit England verwickeln würde. Deshalb sei zweierlei notwendig: Einmal müsse verhindert werden, daß die deutsch-russischen Beziehungen sich verschlechterten. Aus diesem Grunde müsse Deutschland alles vermeiden, was in Rußland den Glauben erwecken könnte, es sei ein unsicherer, schadenfroher oder gar hinterlistiger Nachbar. Dann aber dürfe sich Deutschland von den Russen nicht gegen Japan oder gar gegen England vorschieben lassen. Beide Gefahren könnten am besten vermieden werden, wenn sich Deutschland einer ruhigen Haltung befleißige.

Dieses Urteil des Reichskanzlers stimmte mit demjenigen Eckardsteins überein und war weitgehend sachlich, abgesehen vielleicht von

[48] G. P. XIX, 1, No. 5945.

so etwas wie einem *moralischen Prestigegefühl*, das darin zum Ausdruck kam, und das gelegentlich auch bei andern Staatsmännern eine gewisse Rolle spielte. Man denke nur an Bismarcks Haltung in der Carolinenfrage oder an Caprivis Stellungnahme zur Erneuerung des Rückversicherungsvertrages! Das Gefühl, daß es ein moralisches Prestige gebe, das man in den Augen der Welt nicht schmälern dürfe, war immer lebendig in verantwortungsbewußten Persönlichkeiten.

Der Krieg ging seinem Ende entgegen. Nach dem Verlust der baltischen Flotte schien die Sache für Rußland aussichtslos. Führte es den Krieg erfolglos weiter, dann drohte das Zarentum unterzugehen. Es entsprach der von uns gekennzeichneten Haltung des Kaisers, wenn er jetzt dem Zaren dringend riet, auf Friedensverhandlungen einzugehen.

Mit diesen Friedensverhandlungen trat der Konflikt in seine letzte Phase. Jetzt kamen die Interessen der bisher unbeteiligten Mächte stärker zur Geltung. Deutschland wurde unruhig. Man fürchtete ein Zusammengehen Englands, Frankreichs und Rußlands, ja vermutlich sogar Japans und glaubte, die Mächte könnten den Konflikt auf Kosten Chinas zu ihren alleinigen Gunsten erledigen. Ganz besonders mißtrauisch war man gegenüber Frankreich und seinem Außenminister Delcassé, aber auch gegenüber England, dessen Pläne im Jangtsekecken längst bekannt waren. Darum regte sich von neuem das Bestreben, den Grundsätzen der Integrität Chinas und der offenen Tür im Fernen Osten überall Nachachtung zu verschaffen. Den Gedanken einer Friedenskonferenz lehnte man in Berlin ab, weil man fürchtete, daß sich eine für Deutschland ungünstige Mächtegruppierung ergeben würde. Was die Frage einer Vermittlung anbetraf, so wünschte man dringend, daß nicht die franco-englische Gruppe, sondern der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika «das Prestige des Erfolges» davontrage.[49] Der Kaiser riet daher dem Zaren erneut zum Friedensschluß unter Annahme der amerikanischen Vermittlung. — Es war immer wieder der Prestigegedanke, der die deutsche Politik bestimmte.

In der Folge änderte sich die Haltung Deutschlands im Fernen Osten nicht. Am 7. Dezember 1907 drückte der deutsche Gesandte in Peking in einem geheimen Bericht an Bülow die Vermutung aus, die Mächte wünschten China aufzuteilen. Dabei sollten Deutschland und Amerika leer ausgehen. Dies würde, schrieb er, für beide den Verlust eines ungeheuren und zukunftsreichen Absatzgebietes bedeu-

[49] G. P. XIX, 2, No. 6306.

ten, für Deutschland zudem noch «den vollkommenen Zusammenbruch unseres politischen Prestiges im In- und Ausland». Deutschland würde dadurch seinen «Platz an der chinesischen Sonne» verlieren. Dies zu verhindern, schlug er eine politische Verständigung mit den Vereinigten Staaten vor, durch die Chinas Integrität sichergestellt werden sollte.[50]

Dieser Bericht des deutschen Gesandten fand die Zustimmung des Kaisers. Er verlangte sofortiges Handeln, ansonst die «ganze Weltpolitik in die Binsen zu werfen» sein werde.[51] Mit Erfolg besänftigte aber Bülow das kaiserliche Temperament. Die deutsche Politik beschränkte sich dann darauf, zusammen mit den Vereinigten Staaten darüber zu wachen, daß keine andere Macht in China Sonderrechte erhielt, und daß bei Aufträgen für die Industrie auch die Deutschen berücksichtigt wurden, da sonst das deutsche «Ansehen in China .... erheblich dadurch gelitten» haben würde.[52] Die Notwendigkeit, bedeutende wirtschaftliche Interessen verteidigen zu müssen, spielte eine nicht zu unterschätzende Rolle und machte die deutsche Ostasienpolitik, so unsachlich sie in mancher Hinsicht war, doch wieder weitgehend begreiflich.

1911 brach in China *Revolution* aus, und eine neue Regierung eignete sich die Gewalt an. Sollten die Mächte diese neue Regierung anerkennen? Während die meisten zögerten, entschloß sich der amerikanische Präsident, die Anerkennung auszusprechen. Als man in Berlin davon erfuhr, entschied man sich sofort zum gleichen Schritt, damit die alleinige Anerkennung durch die Vereinigten Staaten deren Prestige in China nicht zuungunsten Deutschlands erhöhe. Der japanische Außenminister suchte ein getrenntes Vorgehen Deutschlands zu verhindern und befürwortete eine gleichzeitige Anerkennung der neuen Regierung durch alle Mächte. Die deutsche Regierung aber beharrte auf ihrem Entschluß, weil es «schon wegen öffentlicher Meinung und Reichstag geboten» sei. Sie wollte den Schein vermeiden, als befinde sie sich im «Schlepptau japanischer Politik in China».[53]

Wenn auch der Ferne Osten immer mehr in den Hintergrund des politischen Geschehens trat, hielt man deutscherseits hartnäckig an der bisherigen Prestigepolitik fest, verteidigte die wirtschaftlichen In-

---

[50] G. P. XXV, 1, No. 8556.
[51] G. P. XXV, 1, No. 8557.
[52] G. P. XXXII, No. 11605.
[53] G. P. XXXII, No. 11846.

teressen des Reichs und suchte zu verhindern, daß andere Mächte wie Rußland und Japan sich dort besondere Rechte erwürben. Selbst chinesische Nebenländer wie Tibet und Mongolei hielt man fest im Auge, für die laut Bericht des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Jagow, an den Botschafter in London, vom 3. April 1914 die «öffentliche Meinung» in Deutschland ein besonderes Interesse an den Tag legte. Wenn auch nennenswerte deutsche Interessen in jenen Gebieten so gut wie gar nicht vorhanden seien — so hieß es weiter in diesem Bericht —, so sei es doch unerwünscht, daß sich die chinesischen Außenländer zu ausschließlichen Interessensphären bestimmter Mächte entwickelten.[54] — Diesen Standpunkt teilte man den andern Mächten mit.

Halten wir abschließend nochmals fest: Kulturelle und wirtschaftliche Interessen bestimmten ursprünglich die deutsche Chinapolitik. Weil diese Interessen, verglichen mit denjenigen anderer Mächte, verhältnismäßig gering waren, hielt sich die deutsche Regierung in den ostasiatischen Fragen vorerst zurück. Mit der Zeit machte sich aber der Prestigegedanke immer stärker geltend und veränderte die deutsche Chinapolitik grundlegend. *Das Reich gab seine bisherige Zurückhaltung ohne Rücksicht auf seine Beziehungen zu den übrigen Mächten auf und trat in den Vordergrund des politischen Geschehens.* Wenn es auch weiterhin seine wirklichen Interessen zu verteidigen suchte, so sah es doch in zunehmendem Maße seine eigentliche Aufgabe darin, das Ansehen und die Weltmachtstellung Deutschlands im Fernen Osten zu wahren und zu mehren. Seine Politik wurde wesentlich *Prestigepolitik.*

5. Kapitel

Deutschlands Samoapolitik

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts begannen die Kolonialmächte, allen voran England und Frankreich, die Inseln im Stillen Ozean in Besitz zu nehmen. Seit den achtziger Jahren waren es auch deutsche Kaufleute, die auf eigene Faust und ohne staatliche Hilfe einen beträchtlichen Teil der damals noch unabhängigen Südseeinseln wirtschaftlich erschlossen und über den *Samoainseln* eine *wirtschaftliche Vorherrschaft* errichteten. Englische und amerikanische imperialisti-

[54] G. P. XXXII, No. 12009.

sche Bestrebungen bedrohten jedoch bald diese Machtstellung der Deutschen und zwangen Bismarck, den damaligen Reichskanzler, die wirtschaftliche Stellung der deutschen Unternehmer mit politischen Mitteln zu sichern. Er tat es, indem er durch einen Freundschaftsvertrag mit den andern Mächten die *Integrität* Samoas und die wirtschaftliche und politische *Gleichberechtigung* Deutschlands gegenüber den andern sicherstellte. Interessanterweise lag es ihm fern, unter Ausnützung der günstigen Lage ein deutsches Protektorat über diese Inseln aufzurichten. Ihm ging es nur darum, ein fremdes zu verunmöglichen und die guten Beziehungen zu den andern Mächten unter Wahrung der deutschen Interessen aufrechtzuerhalten.

Der erreichte Zustand trug den deutschen Interessen durchaus Rechnung, war es doch gelungen, den Annexionsgelüsten der Amerikaner und Engländer mit Erfolg die Spitze abzubrechen und Garantien für die Unversehrtheit Samoas zu erhalten. Er bedeutete allerdings insofern eine Preisgabe deutscher Machtstellung, als Deutschland doch von seiner ursprünglich unbeschränkten wirtschaftlichen Vormachtstellung auf die Stufe der Gleichberechtigung mit den andern Mächten hinabgestiegen war. Die Tatsache, daß dadurch Konfliktsmöglichkeiten beseitigt wurden, genügte Bismarck, um diese Politik zu rechtfertigen. Angesichts ihrer Zweckmäßigkeit kümmerte er sich nicht darum, ob man sie als ein Zurückweichen vor Amerika und England betrachten könnte oder nicht. Er dachte auch in diesem Fall *realpolitisch*.

Bezeichnend war, daß für ihn die Samoafrage grundsätzlich ihren *wirtschaftlichen* Charakter beibehielt und nicht zu einer machtpolitischen Angelegenheit wurde. Vom Standpunkt einer Neutralisierungs- und Internationalisierungspolitik aus betrachtet, war seine Politik ein großer Erfolg. Die Methode, die er wählte, war die *diplomatische Verständigung*. Vom Standpunkt der spätern nationalen Kolonialpolitik aus betrachtet, war sein Vorgehen freilich ein Fehler, der nicht leicht wieder gut gemacht werden konnte, wie wir noch sehen werden.

In der Folge bewährte sich die *Neutralisierung*, aber es versagten alle Versuche, die Inseln im Innern zu befrieden und ihr wirtschaftliches Gedeihen zu fördern. Unheilbare politische Zerklüftung und ständige innere Wirren ließen die Samoafrage nie ruhen. Sie bildeten einen dauernden Gefahrenherd und boten den wettstreitenden Mächten den Vorwand, wiederholt sich einzumischen und Annexionsversuche zu machen. Deutschland, dessen Vertreter ebenfalls des öftern

zu kriegerischen Selbsthilfemaßnahmen greifen mußten, suchte in jedem Fall diplomatische Verständigung und betonte immer wieder, daß es ihm lediglich um die Wahrnehmung der ihm zugesicherten Vertragsrechte zu tun sei. Noch im Januar 1889 antwortete Bismarck auf eine Anregung zur Annektierung der Inseln, daß eine solche «wegen Abmachung mit Amerika und England selbstverständlich ausgeschlossen» sei.[55]

Um den endlosen Wirren und Konflikten ein Ende zu bereiten, wurde 1889 eine Konferenz nach Berlin zusammenberufen. Damals gab Herbert von Bismarck, der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Sohn des großen Kanzlers, die bezeichnende Erklärung ab, daß es nicht im Interesse des Reiches liege, «die Inseln für Deutschland zu gewinnen oder bezüglich ihrer die Gleichstellung der Mächte in Frage zu stellen.»[56] Damit verriet er deutlich, daß sich die deutsche Haltung in der Samoafrage noch nicht wesentlich verändert hatte. Die aus der Konferenz schließlich hervorgehende Samoaakte setzte endgültig die *Unabhängigkeit* und *Neutralität* Samoas und die *Gleichberechtigung* der drei rivalisierenden Mächte fest. Sie schuf ferner zur Wiederherstellung von Frieden und Ordnung ein neues Verwaltungssystem, das praktisch eine deutsch-englisch-amerikanische *Dreierherrschaft* begründete.

Diese Akte bedeutete den Abschluß der Bismarckschen Samoapolitik, der jedes koloniale Machtinteresse fehlte. Es lag dem Kanzler fern, das weitgehende Einverständnis mit England unter Salisbury in den letzten achtziger Jahren zu einer Änderung der deutschen Stellung in Samoa auszunützen. Ihm waren die guten Beziehungen zu den Mächten, insbesondere zu England, lieber als kolonialpolitische Erfolge.

Die Samoaakte wurde deutscherseits indessen verschieden beurteilt, und zwar allgemein eher als eine Verschlechterung der Lage und einen Mißerfolg der deutschen Politik betrachtet. Gerade die deutsche Presse äußerte sich scharf in dieser Richtung. So erklärte die «Kreuzzeitung», das Reich sei trotz des wirtschaftlichen Übergewichts seines Unternehmertums auf die gleiche Stufe wie Amerika herabgedrückt worden. Man begann — und das war sehr bezeichnend für die sich langsam vollziehende Wandlung! — die Angelegenheit vom *machtpolitischen* Standpunkt aus zu betrachten, während sie für Bis-

---

[55] Weißbuch (Wb) Samoa 1, No. 37.
[56] Wb. Samoa 5, No. 1, 2.

marck nur insofern politischen Charakter hatte, als sie die Beziehungen Deutschlands zu den andern Mächten berührte.

Samoa kam auch nach der Neuordnung der Verhältnisse nicht zur Ruhe. Neue Wirren brachen aus und nötigten die Mächte, zu *intervenieren,* und allmählich drang bei allen die Einsicht durch, daß auch die Dreierherrschaft versagte. Anfangs 1894 schien man auf seiten der Amerikaner gewillt zu sein, gegen gewisse Entschädigungen die Mitverwaltung aufzugeben. Sofort hielt man in Deutschland den Augenblick für gekommen, das neue Ziel, die *alleinige deutsche Verwaltung,* zu erreichen. In diesem Sinne berichtete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Marschall, an den deutschen Botschafter in London. Wenn es der deutschen Regierung gelänge, das Einverständnis der englischen dazu zu erlangen, so würde dies nicht nur eine befriedigende Lösung für die örtlichen Interessen Deutschlands sein, sondern darüber hinaus einen innenpolitischen Erfolg von nicht zu unterschätzender Wirkung mit sich bringen. Die Samoafrage beschäftige die deutsche Öffentlichkeit seit Jahren, und eine Erledigung im Sinne der deutschen Wünsche würde von besonderem Wert für die kaiserliche Regierung sein.

Es war charakteristisch für die neue Politik, daß sie nicht mehr in erster Linie an die wirklichen Interessen dachte, sondern an die politische Wirkung, die eine Veränderung der Lage im deutschen Sinne auf die öffentliche Meinung haben würde. *Man begann immer deutlicher von der Bismarckschen Tradition abzuweichen und fand die Unterstützung durch die öffentliche Meinung.* Die deutsche Kolonialgesellschaft, der «Zentralverein für Handelsgeographie und Kolonialpolitik» und der «Allgemeine Deutsche Verband» forderten alle ein deutsches Protektorat und bezeichneten ein Aufgeben Samoas als nationale Schädigung. Die Münchner «Allgemeine Zeitung» meinte, man habe lange genug eine schwächliche Kolonialpolitik getrieben. Andere Stimmen lauteten ähnlich.[57]

Marschall dachte damals gute Aussichten zu haben, als Gegenleistung für deutsche Gefälligkeiten auch England zum Verzicht auf Samoa bewegen zu können. Hatzfeldt wurde, wie wir feststellten, angewiesen, die Angelegenheit in England zur Sprache zu bringen. Die ersten Unterredungen des Botschafters mit den Engländern brachten aber große Enttäuschung. Man war englischerseits nicht gewillt, darauf einzugehen. Deshalb war ein Ergebnis nicht zu erwarten. Da tauchte denn in deutschen Kreisen der Gedanke auf,

[57] *Wippermann,* Deutscher Geschichtskalender, Leipzig 1886 ff. 94,1; 297 f.; 299.

durch eine Besetzung der Inseln die Engländer vor die vollendete Tatsache zu stellen. Reichskanzler Caprivi hatte aber schwere Bedenken gegen ein solches Vorgehen. Am 28. Mai ersuchte er den Botschafter in London in einem Privatbrief um die Äußerung seiner persönlichen Ansicht über diese Angelegenheit. Er selbst gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß man ernste Verwicklungen mit England vermeiden müsse, vollends um Samoas willen, das Deutschland nichts einbringe und weit außerhalb der deutschen Machtsphäre liege. — In seiner Antwort wies Hatzfeldt auf die Bismarcksche Politik zurück, die auf die dauernde Erwerbung der Inseln trotz weitestgehendem englischen Einverständnis verzichtet hatte, weil ihr die Vorteile einer solchen Besitzergreifung nicht im Verhältnis schienen zu den möglichen Folgen. Er hielt es überhaupt nicht für ratsam, die Große Politik mit kolonialpolitischen Fragen zu belasten.[58]

Man war sich also des tatsächlich geringen Wertes der Inseln bewußt, und selbst Freiherr von Marschall gab zu, daß die Samoafrage «eine über ihre eigene Wichtigkeit hinausgehende innere politische Bedeutung» erhalten habe.[59] — Ein gewaltsamer Schritt unterblieb dann doch. Der Versuch, durch Anwendung kleiner Druckmittel England gefügig zu machen, scheiterte. Die deutsche Regierung trat aber mit ihren Samoawünschen bei jeder Gelegenheit wieder hervor, so 1898, als Chamberlain die deutsche Regierung auf ihre Bereitwilligkeit zu einem Bündnisabschluß mit England abtastete. Auf deutscher Seite wurde damals eine *Teilung* der Inseln angeregt. In Washington zeigte man Geneigtheit dazu, nicht aber in London. Die Deutschen warfen später die Samoafrage auch in die Verhandlungen über das Schicksal der portugiesischen Kolonien, ohne daß ein Ergebnis herausgeschaut hätte.

Thronstreitigkeiten und neue innere Wirren zu Anfang des Jahres 1899 warfen das Problem von neuem wieder auf, und diesmal wurde schließlich eine endgültige Regelung getroffen. Amerikanische und englische Kriegsschiffe waren im Verlaufe der Unruhen vor Apia erschienen und hatten versucht, die Ruhe und Ordnung durch ein Bombardement wiederherzustellen. Dabei kam auch deutsches Eigentum zu Schaden. Es war augenfällig, daß der bisherige Zustand unhaltbar geworden war. Da deutsche Interessen verletzt worden waren, schien der Augenblick wieder günstig, das ersehnte Ziel zu erreichen.

---

[58] G. P. VIII, No. 2039.
[59] G. P. VIII, No. 2024.

Eine dreigliedrige Untersuchungskommission wurde von den Mächten nach Samoa geschickt, aber schon bei den Verhandlungen über deren Befugnisse zeigten sich Gegensätze zwischen Deutschland und England. Bülow, damals Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, ließ die Engländer wissen, daß Samoa für sie wenig, für Deutschland aber einen gewissen Gefühlswert aus der «ersten Jugend kolonialer Anläufe habe» und betonte die Bedeutung der Frage für das gegenseitige Verhältnis.[60] Er ging schließlich so weit, den Abbruch der offiziellen Beziehungen anzudrohen.[61] — In verschiedenen Weisungen an den Botschafter in London erklärte er, Seine Majestät der Kaiser erwarte, daß Hatzfeldt nachdrücklich für die Verbreitung der Überzeugung wirke, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, ohne Rücksicht auf sonstige Folgen, der einzige «nicht ehrenrührige Ausweg» für Deutschland sei, falls Lord Salisbury, der englische Premierminister, mit seiner bisherigen Überhebung gegenüber Deutschland fortfahre.[62] Angesichts der Enttäuschungen und der Erregung der deutschen öffentlichen Meinung über das Verhalten des Inselreiches sei es unmöglich, die freundliche Politik in Samoa fortzusetzen. Unter Zustimmung des Kaisers verlangte er, daß in der deutschen Presse nachdrücklich hervorgehoben werde, daß sich überseeische Politik nur mit einer ausreichenden Flottenmacht führen lasse, und daß es gelte, trotz den gegenwärtigen Schwierigkeiten, das deutsche Ansehen in der Welt aufrechtzuerhalten.[63] — Bülow hatte sich ohne Zweifel den Prestigestandpunkt der öffentlichen Meinung zu eigen gemacht.

Hatzfeldt meinte, Drohungen allein genügten nicht. Man müsse mit den Ausführungen beginnen, und er befürwortete eine gegen England gerichtete Verständigung mit Frankreich in der ägyptischen Frage. Es gelte sonst zu überlegen, wie Deutschland ohne Schädigung seiner Interessen und seines Ansehens in der Welt aus der ganzen Angelegenheit herauskommen könne.[64]

Wilhelm II. wandte sich schließlich in einem Privatbrief an die englische Königin selbst und unterstrich, daß die Behandlung Deutschlands durch England den Eindruck erweckt habe, als schätze Lord Salisbury Deutschland nicht höher als Portugal, Chile oder Pata-

---

60 *Bülow* I, S. 282.
61 G. P. XIV, 2, No. 4053/4052.
62 G. P. XIV, 2, No. 4064.
63 G. P. XIV, 2, No. 4053.
64 G. P. XIV, 2, No. 4056.

gonien, und daraus sei das Gefühl erwachsen, Deutschland werde von der englischen Regierung verachtet. «This fact is looked as a taint to national honour and to their feelings of selfrespect.» England müsse es lernen, die Deutschen «as equals» zu behandeln.[65]

Man war tatsächlich verstimmt in Deutschland und fühlte sich gekränkt durch die Art und Weise, wie man von den Engländern behandelt wurde. Aus dem Prestigeverlangen heraus wuchs immer stärker der Wunsch, die deutsche Flotte auszubauen, damit man von England als «equal» behandelt werde. Über die Stimmung in London berichtete Hatzfeldt nach Berlin. Was dort die Lage beherrsche und auch das Verhalten Deutschland gegenüber erkläre, sei der schrankenlose Hochmut, der sich der Engländer seit der Flottenvermehrung, der Unterwerfung des Mahdi und dem Zurückweichen Frankreichs bei Faschoda bemächtigt habe. Man sei fest davon überzeugt, daß keine Macht es ernstlich wagen werde, gegen England aufzutreten.[66] Dieser Bericht bestimmte den Kaiser zur Bemerkung, der englische Hochmut werde erst fallen, wenn die deutsche Flotte verstärkt sei. Er war so erbittert, daß er eine Einladung zur Segelregatte nach Cowes ablehnte und überhaupt gegen jeden Besuch in England erhebliche Bedenken geltend machte.

Es gab in Deutschland freilich immer noch Stimmen, die anders tönten. Bei einer Konferenz des Auswärtigen Amtes, zu welcher er zugezogen worden war, trat Botschaftsrat Eckardstein dafür ein, daß das Dritteilanrecht auf Samoa aufgegeben werde, und zwar gegen anderweitige koloniale Entschädigungen. Er wies auf ein Privattelegramm Bismarcks aus dem Jahre 1889 hin, welches folgende Stelle enthielt: «Ich persönlich wäre dafür, daß wir uns wenn irgend möglich auf anständige Weise gänzlich aus Samoa herausziehen, denn dieses wird niemals einen wirklich greifbaren Wert für uns darstellen, sondern höchstens dazu dienen, unser Verhältnis zu Amerika, vielleicht später auch einmal zu Australien, und dadurch zu England zu gefährden.»[67] — Eckardstein machte also den Versuch, die Frage im Sinne Bismarcks zu lösen. Man hörte nicht auf ihn.

Der Ausbruch des Burenkriegs zwang dann die Engländer doch entgegenzukommen. Sie befanden sich damals in einer sehr wenig beneidenswerten Lage, und so war es verständlich, daß Chamberlain dem deutschen Botschafter gegenüber andeutete, die deutsche Regie-

[65] G. P. XIV, 2, No. 4074.
[66] G. P. XIV, 2, No. 4071.
[67] *Eckardstein* II, S. 34.

rung möchte doch durch ein öffentliches Zeichen ihre Sympathie mit England in diesem Konflikte bezeugen. Bülow antwortete, Deutschland könne nach den Samoawirren, und solange die Samoafrage nicht in einer für die öffentliche Meinung annehmbaren Weise geregelt sei, nichts anderes als eine streng neutrale und absolut loyale Haltung einnehmen. «Eine deutsche Regierung, welche ohne greifbare und ausreichende englische Gegenkonzessionen sich zu einer derartigen Nachgiebigkeit bereit finden ließe, würde weder von der deutschen öffentlichen Meinung ertragen, noch von Seiner Majestät gehalten werden.» Sie könne nicht den «dindon de la farce» spielen.[68]

Eine englische Anfrage, ob der deutsche Vertreter in Pretoria die Wahrung der britischen Interessen übernehmen werde, beantwortete man ablehnend und erklärte, wenn die deutsche Regierung auf die Akte der Mißachtung, wie solche im Laufe der Samoafrage wiederholt vorgekommen seien, mit Freundlichkeiten «quittiere», beschwöre sie die Kritik der öffentlichen Meinung im Lande herauf und verschlechtere ihre Lage nicht nur England, sondern auch der übrigen zuschauenden Welt gegenüber.

Die Deutschen beharrten hartnäckig auf ihrem Prestigestandpunkt und zwangen schließlich die Engländer nachzugeben. Diese machten zwei Vorschläge. Ein erster sah den Verzicht Deutschlands auf Samoa gegen eine Reihe von Entschädigungen an anderen Orten vor, in erster Linie gegen eine Abrundung des Togogebietes durch die Gewinnung des sogenannten Voltadreiecks. Ein zweiter, der erst nachträglich zugestanden wurde, sah die Zuteilung der Tongainseln und des deutschen Teiles der Salomoinseln an England vor, während Deutschland selbst die Inseln Upolu und Sawaii der Samoagruppe erhalten sollte.

Obschon deutsche Sachverständige die Annahme des ersten Vorschlages befürworteten, der nach Ansicht des Kolonialrates *materiell der weitaus vorteilhaftere* war, entschied sich die deutsche Regierung für den zweiten, mit der Begründung, die deutsche öffentliche Meinung würde durch ein Aufgeben dieser Inseln aufs tiefste erregt und selbst durch vollwertige Entschädigungen nicht beruhigt werden. Jene beiden Samoainseln, die allmählich ein «nationaler Begriff» geworden seien, müßten dem Deutschen Reiche erhalten bleiben.[69]

---

[68] G. P. XIV, 2, No. 4098.
[69] G. P. XIV, 2, No. 4109/4108.

So fand denn die Samoafrage Ende 1899 ihre Lösung. Sie war ein Musterbeispiel für die Tatsache, daß ein ursprünglich *rein wirtschaftliches* Problem von untergeordneter Bedeutung unter der Einwirkung des Prestigegedankens zu einer kolonialpolitischen Streitfrage ersten Ranges werden konnte. Sie ist uns zudem ein augenfälliges Zeugnis für die Entwicklung, die die deutsche Kolonialpolitik unter Wilhelm II. nahm. Was die deutsche Chinapolitik weitgehend begreiflich machte, nämlich die Notwendigkeit, bedeutende wirtschaftliche Interessen zu verteidigen, kam hier kaum in Betracht, da die Inseln selbst nach deutschem Urteil von geringem wirtschaftlichen Werte waren. Und doch ging man ihretwegen bis nahe an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit England hinan! Nur weil die Samoafrage zu einer ausgesprochenen Prestigefrage geworden war. Darum auch das Auffahren groben Geschützes, das in England höchst unangenehm empfunden wurde, weil man dort gewohnt war, in ruhiger, sachlicher und geschäftsmäßiger Weise zu verhandeln. Das einzige, was die Deutschen dabei erreichten, war ein *innenpolitischer Prestigeerfolg* der Regierung. Realpolitisch war ihr Vorgehen und war die Lösung ein Fehler. Unter dem Einfluß des Prestigegedankens hatte man die Grenzen des Zweckmäßigen und Notwendigen überschritten.

Die gewonnene Inselgruppe nahm, verglichen mit den übrigen Kolonien, den geringsten Aufschwung. Als Marinestützpunkt war Samoa von Anfang an ein verlorener Posten, wie sein Schicksal von 1914 bewies.

Anmerkung: Wie zu England in der Samoafrage, so setzte die deutsche Regierung zu den Vereinigten Staaten von Amerika in der *Philippinenfrage* die guten Beziehungen aufs Spiel. Im spanisch-amerikanischen Krieg von 1898 machte sie aus Prestigegründen Ansprüche auf die Philippinen geltend und entsandte ein Panzergeschwader nach Manila. Sie verstimmte dadurch die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten und mußte schließlich doch den Rückzug antreten. — Vorsichtig hielt sie sich dagegen im *Cubakonflikt* von 1895 zurück, in den der Kaiser aus monarchischen Prestigegründen eingreifen wollte. Und als sie im *Venezuelakonflikt* aus Prestigegründen und zur Verteidigung ihrer verletzten Interessen ein Geschwader nach den venezolanischen Häfen schickte, hielt sie es aus sachlichen Gründen für geboten, vorher mit den Vereinigten Staaten von Amerika Fühlung zu nehmen.

II. Abschnitt

DEUTSCHLANDS POLITIK IN AFRIKA

6. Kapitel

Die deutsche Marokkopolitik

Neben den ostasiatischen Problemen standen um die Jahrhundertwende die *afrikanischen* im Brennpunkt des politischen Geschehens. Seit Jahrhunderten schon waren einzelne Mächte im Besitze afrikanischer Kolonien. Im Verlauf des vorigen Jahrhunderts setzte der Kampf um die letzten noch unerschlossenen Gebiete mit erneuter Heftigkeit ein.

An einer der wichtigsten Verkehrsstraßen der Welt, zwischen zwei Weltmeeren gelegen, Brücke zwischen dem europäischen und dem afrikanischen Festland, mußte *Marokko* den Mächten als ein begehrenswertes Gebiet erscheinen. Neben der politischen und wirtschaftlichen Lage lockte auch der fruchtbare, an Eisenerzen reiche Boden, und es war nicht verwunderlich, wenn der Blick europäischer Unternehmer in vermehrtem Maße auf dieses Land gelenkt wurde.

Die ältesten Beziehungen zu Marokko unterhielt *Spanien*. Mit dem Niedergang seiner Bedeutung als Kolonialmacht schwand auch sein Einfluß in diesem Lande. Sein Bestreben, sich das Land zu erschließen, wurde überdies durch England und Frankreich gehemmt, die sich in zunehmendem Maße für Marokko interessierten. *Englands* Marokkopolitik war klar und eindeutig: Es suchte zu verhindern, daß die Gibraltar gegenüberliegende Küste in die Hand einer europäischen Großmacht geriet, denn sonst wurde der für seine Stellung in Indien so wichtige Durchgang durch die Meerenge von Gibraltar gefährdet. Diese Politik machte England in Marokko zum Gegner Frankreichs, das sein durch die Erwerbung von Algier und Tunis geschaffenes großes Kolonialreich in Nordwestafrika durch den Gewinn des noch fehlenden marokkanischen Gebietes abzurunden gewillt war.

In Marokko stießen also die englischen und französischen Interessen gegeneinander, und es war begreiflich, daß Bismarck die französische Politik in Marokko zu fördern suchte, weil sie eine Annäherung Frankreichs an England hindern konnte und zudem die französischen Interessen von den Vogesen ablenkte. «Die Wahrnehmung, daß Deutschland nicht nur Metz und Straßburg behalten will, sondern auch den Franzosen die Möglichkeit mißgönnt, in überseei-

schen Erfolgen eine Entschädigung für die Rheingrenze zu suchen, die Wahrnehmung, daß Frankreich auf *allen* seinen Wegen Deutschland als Gegner findet, würde die Partei der Revanche, den Nationalhaß der Franzosen und ihre Energie uns gegenüber wesentlich kräftigen und den Ausbruch eines neuen französischen Krieges beschleunigen.»[1] So äußerte sich Bismarck zu diesem Problem und hielt es für zweckmäßig, daß die deutsche Regierung Frankreichs Marokkopolitik keine Hindernisse in den Weg legte. Die Beziehungen zu Frankreich, die europäische Stellung des Reichs, die Aufrechterhaltung des Friedens, all dies war ihm wichtiger als irgend ein kolonialpolitischer Erfolg, dessen wirklicher Wert überdies oft zweifelhaft war. Unter dem großen Kanzler waren denn die Interessen des Reiches in Marokko rein *wirtschaftlicher Art.*

Die marokkanische Frage fand eine erste Regelung auf der Madrider-Konferenz von 1880. Bezeichnend für Bismarcks Haltung, daß er den deutschen Kolonialvertreter anwies, Hand in Hand mit dem französischen zu gehen! Das Ergebnis der Konferenz, die *Madrider Konvention,* sicherte den Mächten die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu.

1890 erweiterte das Reich die Abmachungen von Madrid durch einen Handelsvertrag mit Marokko, der die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern so förderte, daß Deutschland im Jahre 1900 im marokkanischen Gesamthandel an dritter Stelle stand. Noch immer überwogen aber in den beidseitigen Verhandlungen um 1890 die rein wirtschaftlichen Interessen, und die deutschen Staatsmänner übten weiterhin größte Zurückhaltung in politischer Hinsicht. Graf Metternich, der erste Sekretär bei der deutschen Botschaft in London, erklärte dem englischen Premierminister Lord Salisbury am 10. Juni 1891, Deutschland habe in Marokko keine direkten Interessen.[2] Ähnlich drückte sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Marschall, dem englischen Premier gegenüber aus und ließ durch den Botschafter in London mitteilen, im «ausschließlich deutschen Interesse» sei eine Vermehrung des französischen Einflusses eher erwünscht, da dies Frankreich fern von den deutschen Grenzen beschäftige.[3]

Man hielt also nach dem Rücktritt Bismarcks an der bisherigen Realpolitik fest. Als auch England wegen Tangers und des Meer-

[1] G. P. III, No. 679.
[2] G. P. VIII, No. 1918.
[3] G. P. VIII, No. 1914.

engengebietes bestimmtere Absichten auf Marokko verriet, ließ der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes den deutschen Botschafter in London wissen, Deutschland habe allen Anlaß, die Bestrebungen Englands zu fördern.[4] Dieser Ansicht war auch der Reichskanzler Caprivi, lag es doch im deutschen Interesse, daß sich der Gegensatz zwischen England und Frankreich verschärfte.

Die Marokkopolitik der deutschen Regierung blieb unverändert, bis Bernhard von *Bülow*, erst als Staatssekretär des Äußern (1897), dann als Reichskanzler (1900), einen bestimmenden Einfluß auf die deutsche Außenpolitik erhielt. Er ereiferte sich in zunehmendem Maße für die marokkanische Frage und war der Ansicht, man dürfe in Marokko nicht uninteressierter erscheinen, als man sei. Bald wurde denn auch eine *Wandlung der deutschen Haltung* in der Marokkopolitik sichtbar.

Ende März 1900 brach eine französische Expedition zur Besetzung der Oasen südlich von Oran bis Tuat auf. Italien wurde unruhig, und Bülow meldete dem deutschen Botschafter in Paris, Deutschlands Stellung im Dreibund und vor allem sein Verhältnis zu Italien verunmögliche es der Regierung, gegenüber marokkanischen Verwicklungen gleichgültig zu bleiben, ganz abgesehen davon, daß in Marokko, das «einen der Nervenknoten» des Erdkörpers bilde, auch eigene maritime Interessen leicht mit in Betracht kommen könnten.[5] Zu der Ansicht des Botschafters in London, daß Marokko zusammenbrechen und England und Frankreich sich ohne Berücksichtigung deutscher Interessen darein teilen könnten, bemerkte er: «Eine solche Wendung der Dinge würde im Innern die deutsche Regierung in hohem Grade schwächen und diskreditieren.»[6] Hatzfeldt, der deutsche Botschafter in London, beschloß, für den Fall, daß Salisbury diese Frage anschnitt, dem Lord entgegenzuhalten, die deutsche öffentliche Meinung würde eine Aufteilung Marokkos ohne gebührende Berücksichtigung der deutschen Interessen als eine neue und unverkennbare Unfreundlichkeit Englands gegenüber Deutschland betrachten.[7]

Der Hinweis auf die öffentliche Meinung, die Befürchtung, Deutschland könnte bei einer Aufteilung Marokkos leer ausgehen, verrieten deutlich, daß der Prestigegedanke in die deutsche Marokkopolitik einzudringen begann. Als im September 1903 verlautete,

---

[4] G. P. VIII, No. 1916.
[5] G. P. XVII, No. 5156.
[6] G. P. XVII, No. 5159, Rbm.
[7] G. P. XVII, No. 5162.

Frankreich und Spanien hätten sich über Marokko verständigt, erhielt der deutsche Botschafter in Madrid, von Radowitz, den Auftrag, der Königin von Spanien zu erklären, Deutschland werde auf Grund seiner Weltstellung und seiner großen wirtschaftlichen Interessen in Marokko darnach streben, bei einer Aufteilung mitberücksichtigt zu werden.[8]

Tatsächlich war der deutsche Einfluß in Marokko in den neunziger Jahren ganz bedeutend gestiegen. Am 22. April 1901 berichtete der österreichisch-ungarische Ministerresident in Tanger, Graf von Hohenwart, nach Wien, seit zwei Jahren gehe Deutschland mit Riesenschritten vorwärts, und insbesondere die Vertreter Englands, Frankreichs und Spaniens betrachteten mit neidischen Blicken das Anwachsen des deutschen Einflusses.[9] — Die deutsche Regierung ließ in London wissen, daß sie für den Fall einer Zerstückelung Marokkos den südlichen Teil an der atlantischen Küste für sich beanspruche.

Merkwürdigerweise hielt sich der *Kaiser* in der marokkanischen Frage zurück. Noch am 16. März 1904 beglückwünschte er auf einer Mittelmeerreise in Vigo den König von Spanien zu seiner Abmachung mit Frankreich und fügte bei, Deutschland wolle in Marokko keinen Gebietserwerb, sondern nur offene Häfen, Eisenbahnkonzessionen und die Einfuhrmöglichkeit von Fabrikaten. — Für den Fall einer Zerstückelung Marokkos erhoffte er dort nichts anderes als Vorteile für den deutschen Handel und die Ausbreitung der Zivilisation. Er vertrat den Bismarckschen Standpunkt, wenn er es als im deutschen Interesse liegend bezeichnete, daß sich Frankreich in Marokko festlege und dadurch von Elsaß-Lothringen abgelenkt werde.[10]

Unterdessen hatte sich Frankreich durch Verständigung mit England und Italien den Weg für die Verwirklichung seiner Pläne geebnet. Es ließ Italien in Tripolis, England in Ägypten freie Hand und erhielt dafür freie Bahn in Marokko. Das englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904 beseitigte den bisherigen Gegensatz und die kolonialen Unstimmigkeiten zwischen den beiden Westmächten und begründete die *Entente Cordiale*. Damit verschwand die für Deutschland günstige Lage, daß die beiden Westmächte in Marokko aufeinanderstießen und getrennt gehalten wurden. Die Situation hatte sich grundlegend verändert. Trotzdem hielt sich die deutsche Re-

[8] G. P. XVII, No. 5200.
[9] G. P. XVII, No. 5175.
[10] *Bülow* II, S. 104.

gierung noch zurück und wartete, bis ihr das Ergebnis der Verhandlungen mitgeteilt und um ihre Zustimmung nachgesucht würde. Als dies nicht geschah, wurde sie unruhig und begann, sich den Kopf über die Angelegenheit zu zerbrechen.

Eine Denkschrift des Barons von *Holstein* vom 3. Juni 1904 schilderte die Lage, wie sie sich nach der erfolgten englisch-französischen Verständigung darstellte. Darin unterschied Holstein zunächst eine *wirtschaftlich-lokale* und eine *allgemein-politische* Seite in der Marokkofrage. Was die erste anbetraf, so wies er auf die bedeutenden wirtschaftlichen Schädigungen hin, die Deutschland bei der zu erwartenden Weiterentwicklung werde entgegennehmen müssen. Über die zweite Seite des Problems urteilte er: «Noch bedenklicher wäre jedoch die Schädigung, welche das Ansehen Deutschlands erleiden würde, wenn wir uns stillschweigend gefallen ließen, daß über deutsche Interessen ohne deutsche Mitwirkung verfügt wird. Zu den Aufgaben einer Großmacht gehört nicht nur der Schutz ihrer Territorialgrenzen, sondern auch die Verteidigung der außerhalb dieser Grenzen gelegenen berechtigten Interessen . . . Deutschland hat nicht nur aus materiellen Gründen, sondern mehr noch zur Wahrung seines Prestiges gegen die beabsichtigte Aneignung Marokkos durch Frankreich Einspruch zu erheben.» Frankreich habe es unterlassen, eine Verständigung zu suchen. Lasse sich jetzt Deutschland in Marokko stillschweigend auf die Füße treten, so ermutige es zur Wiederholung anderswo. Deutschland müsse gegenüber den französischen Bestrebungen für seine Interessen in Marokko eintreten und dort freien Handel und Verkehr verlangen. Die deutsche Regierung erkläre Frankreich, daß sie bei ihrer Stellungnahme lediglich einer Schädigung ihrer berechtigten Interessen und ihrer Würde vorbeugen wolle.[11]

Zwei Motive lagen dieser Denkschrift Holsteins zugrunde, ein *realpolitisches* und ein *prestigehaftes*. Das erste verlangte die Verteidigung der berechtigten deutschen Interessen, das zweite die Wahrung des deutschen Ansehens, und auf diesem ruhte deutlich der Hauptton. Das Zwiefältige der Motive trat auch in einem Bericht Bülows vom 5. Juni 1900 an den deutschen Geschäftsträger in Petersburg, von Tschirschky, hervor, wo es u. a. hieß: «Für Deutschland ist trotz der Bedeutung, die Marokko auch für uns unzweifelhaft in mancher Hinsicht hat, doch die allgemeine Frage die weit schwerer wiegende.»[12] Der Reichskanzler vertrat also grundsätzlich

[11] G. P. XX, 1, No. 6521.
[12] G. P. XVII, No. 5167.

den gleichen Standpunkt wie Holstein.[13] Daher beschloß er, die von den beiden Westmächten getroffenen Abmachungen nicht anzuerkennen, sich hinter den Sultan zu stellen und ihn zum Widerstand gegen die französischen Pläne zu ermutigen. — Man wurde deutscherseits immer empfindlicher in allem, was die Marokkofrage betraf. Das bewies, *daß sich diese immer mehr aus der sachlichen in die gefühlsmäßige Sphäre des Prestiges verschob.*

Die Franzosen begannen im Frühjahr 1904 mit der allmählichen Durchdringung Marokkos. Sie erstrebten die Sammlung der ganzen marokkanischen Staatsschuld in ihrer Hand, die Ausübung der Zollkontrolle, die Umbildung der marokkanischen Armee unter französischem Oberbefehl und sandten Kriegsschiffe nach Tanger. In diese Zeit fielen zwei Ereignisse, die in Deutschland eine starke Erregung hervorriefen: die willkürliche Verhaftung eines eingeborenen Agenten einer deutschen Firma durch den Pascha von Fes und die Ermordung des Korrespondenten der «Kölnischen Zeitung» Dr. Genthe durch Kabylen. Die Forderungen aber, die der deutsche Konsularvertreter in Fes an den marokkanischen Minister des Äußern richtete, wurden nicht erfüllt. In der Folge mehrten sich in Deutschland die Stimmen, die verlangten, daß das Reich eingreife. Bülow selbst empfand, daß es auf dem bisherigen Wege der Geduld nicht mehr weitergehen könne, umsomehr, als er vermutete, daß die marokkanischen Minister von Frankreich ermutigt würden. Die politische und wirtschaftliche Stellung Deutschlands in Marokko, «namentlich auch den übrigen dort engagierten Mächten gegenüber», machten es nach seiner Überzeugung unumgänglich, diesen Widerstand zu brechen und auf der Leistung voller Genugtuung für das «vertragswidrige, in offene Verhöhnung des deutschen Rechts ausgeartete Verhalten Abdelkrim ben Slimans» zu bestehen. «Eile zur Erhaltung des Respekts» vor Deutschland hielt er für notwendig und befürwortete gegenüber dem Kaiser eine Flottenaktion gegen Marokko.[14]

Ähnlich urteilte der erste Sekretär der Gesandtschaft in Bern, Brüning, ehemals Sekretär in Tanger, in einer Aufzeichnung vom 23. April 1904. Der bisherige Zustand, hieß es darin, sei nicht länger mit der deutschen Würde vereinbar. «Wir schulden es dem deutschen Ansehen im Auslande, zunächst für diese Vertragsverletzung Sühne und prompte Genugtuung zu erlangen, unbekümmert um englische oder französische Empfindlichkeiten . . . es handelt sich nicht um

[13] G. P. XX, 1, No. 6523.
[14] G. P. XX, 1, No. 6512.

die Mißhandlung eines für uns gleichgültigen Eingeborenen durch seine Landsleute, sondern um das deutsche Ansehen in den Augen der Marokkaner.» Auch er vermutete, Frankreich stecke dahinter und verlangte ein unverzügliches und entschiedenes Eingreifen.[15]

Diese Empfindlichkeit war verständlich, da das englisch-französische Abkommen allgemein als eine *deutsche Niederlage* aufgenommen worden war. Auch der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt, Fürst von Lichnowsky, verlangte in einer Aufzeichnung vom 13. April eine energische Sühneaktion in Form der Besetzung eines marokkanischen Küstenpunktes. «Wir brauchen einen Erfolg in der auswärtigen Politik, da doch allgemein die englisch-französische Verständigung wie auch die italienisch-französische Annäherung als eine Niederlage für uns aufgefaßt wird.»[16] Mit diesen Worten bestätigte Lichnowsky die Tatsache, daß man in Deutschland unter dem Eindruck stand, eine Niederlage erlitten zu haben und gewillt war, sie durch einen Prestigeerfolg in Marokko wieder wettzumachen. Von den eigentlichen deutschen Interessen war kaum mehr die Rede.

Noch lehnte aber der Kaiser jedes gewaltsame Vorgehen ab, weil er bei den andern Mächten nicht Mißtrauen erwecken wollte, nachdem er selbst versichert hatte, Deutschland beanspruche in Marokko keine ausschließlichen Rechte. So unterblieb denn vorläufig jeder Schritt. Man war sich in Berlin auch gar nicht klar darüber, *wie* man bei der französischen Regierung die Frage anschneiden sollte. Auch dies war ein Grund, weshalb man sich noch zurückhielt. Indessen vermehrten sich die Stimmen, die eine energische Tat verlangten. Der deutsche Gesandte in Tanger, Freiherr von Mentzingen, erklärte, das deutsche «Prestige» verlange eine Erledigung der noch nicht erledigten Vorfälle.[17] Längeres Zögern schien Bülow mit Rücksicht auf das deutsche «Prestige» bedenklich.[18] Noch leistete der Kaiser Widerstand.

1905 zeigte sich in Marokko ein erhöhter französischer Tatwille. Eine Sondergesandtschaft des französischen Gesandten in Tanger an den Hof des Sultans sollte ein Programm verwirklichen, das alle typischen Merkmale einer Protektoratsverfassung enthielt. Jetzt erfolgten die ersten amtlichen Schritte der deutschen Regierung. Konsul Dr. Vassel wurde nach Fes geschickt und mußte erklären, Deutschland

---

[15] G. P. XX, 1, No. 6517.
[16] G. P. XX, 1, No. 6516.
[17] G. P. XX, 1, No. 6532.
[18] G. P. XX, 1, No. 6523.

sei ebenso wie verschiedene andere Mächte über die Umgestaltung der marokkanischen Verhältnisse noch gar nicht befragt worden. Den französischen Plänen gegenüber betonte man die Unabhängigkeit Marokkos und Souveränität des Sultans, die international anerkannt seien, dazu die Gleichberechtigung aller Mächte, wie sie durch die Madrider Konvention vereinbart worden sei. Man suchte dem Sultan den Rücken zu stärken und ließ deutlich durchblicken, daß man auch ein politisches Interesse an der marokkanischen Angelegenheit habe. Damit dieser Standpunkt aller Welt auf eindrucksvolle Weise offenbart werde, sollte der Kaiser, der sich auf einer Mittelmeerreise befand, am 31. März 1905 in Tanger landen und dort in einer Rede dem Sultan gegenüber die *Unabhängigkeit* Marokkos und den Grundsatz der *offenen Tür* betonen. Nur widerwillig erklärte sich der Kaiser schließlich bereit, dem Drängen seines Kanzlers, von dem der Gedanke stammte, Folge zu leisten.[19] Sowie Bülow die kaiserliche Zustimmung hatte, ließ er eine diesbezügliche Ankündigung in der «Norddeutschen Allgemeinen Zeitung» erscheinen, wohl in der Absicht, dem Kaiser den Rückzug abzuschneiden.

Nicht überall wurde dieser Besuch mit Sympathie aufgenommen. In gewissen Kreisen stand man ihm mißtrauisch gegenüber und befürchtete nachteilige Folgen.[20] Der Kaiser selbst hatte noch nicht alle Bedenken überwunden und versuchte noch im letzten Augenblick, als er schon unterwegs war, unter dem Vorwand von Landungsschwierigkeiten telegraphisch den Besuch zu vereiteln, vermochte aber den Reichskanzler nicht zum Nachgeben zu bewegen.[21] Dieser schien gerade infolge der aufgeregten Art, wie die englische und die französische Presse die Möglichkeit eines Kaiserbesuchs in Tanger erörterten, im Gedanken bestärkt worden zu sein, mit der Landung einen *politischen Trumpf* auszuspielen. Es kam ihm in erster Linie auf die Wirkung an, die er nach außen haben würde,[22] was sehr bezeichnend war für die Absicht seiner Politik. Daß es sich um Prestigepolitik handelte, wird deutlich bei einer nähern Betrachtung seiner Haltung. Dem Kaiser, dessen Bedenken es zu überwinden galt, stellte er vor: Wenn jetzt telegraphiert werde, nachdem die englische Presse bereits vom Besuch als einer politischen Angelegenheit geschrieben habe, daß Seine Majestät gar nicht, jedenfalls aber nur incognito und als Tourist

---

[19] E. u. G., S. 90.

[20] Rheinisch-Westfälische Zeitung No. 286, 22. März 1905.

[21] *Freiherr v. Schoen*, Erlebtes, 1921. S. 18 ff.

[22] G. P. XX, 1, No. 6576.

nach Tanger komme, so werde Delcassé, der französische Außenminister, verbreiten, «es lägen Gründe zu der Annahme vor, daß die französische Regierung in Berlin Vorstellungen erhoben habe, welche auch, wie die Beschränkung des kaiserlichen Reiseprogramms zeige, von Erfolg begleitet gewesen seien.»[23]

Durch diesen Hinweis auf die für das deutsche Prestige bedeutungsvolle Seite der ganzen Angelegenheit vermochte er den Kaiser schließlich zu überzeugen. Er wußte auch dessen Eitelkeit zu schmeicheln, indem er ihm bedeutete, der Besuch in Tanger stehe augenblicklich im Mittelpunkt des Weltinteresses. Überhaupt ging Bülow bewußt darauf aus, *die Person des Monarchen immer stärker mit der marokkanischen Politik zu verbinden*, denn er wollte, daß neben das unpersönliche Prestige des Reichs das *persönliche* des Kaisers trete. In einem Bericht an den deutschen Gesandten in Lissabon, den Grafen Tattenbach, bezeichnete er es als ein Unglück für Seine Majestät und das Reich, falls die Landung unterbliebe. Die feindliche Presse würde verbreiten, Seine Majestät habe der vermeintlichen Gefahr, die immerhin damit verbunden sei, ausweichen wollen. Durch die Verbreitung einer solchen Ansicht aber würde die «Scheu» verschwinden, «welche die Welt heute vor der unerschrockenen Tatkraft Seiner Majestät hat. Diese Scheu war bisher ein Hauptfaktor für die friedliche Erhaltung der Machtstellung Deutschlands. Wenn das Prestige der allerhöchsten Person litte, würde das Benehmen des Auslandes uns gegenüber ein anderes werden.»[24]

Am 3. April telegraphierte er dem Botschafter in Rom: «Unsere Interessen in Marokko sind diejenigen aller handeltreibenden Völker und sind erheblich genug, um es mit unserer Würde unvereinbar zu machen, daß über die Existenzbedingungen von Marokko ohne unsere Zustimmung, ja selbst nur Beteiligung, verfügt wird. Über Interessen kann man transigieren, über Würde nicht.»[25]

Dem Botschafter in Washington teilte er mit: «Deutschland sucht keinen Gewinn, verteidigt aber seine Interessen, indem es für die Gleichberechtigung aller Nationen eintritt. Wir haben überdies auch noch unsere nationale Würde zu wahren, indem wir zeigen, daß über unsere Interessen nicht ohne unsere Mitwirkung und Zustimmung verfügt werden kann. .... Ein Mann wie Präsident Roosevelt wird ohne weiteres verstehen, daß die Würde und das, was mit ihr zusam-

---

[23] G. P. XX, 1, No. 6565.
[24] G. P. XX, 1, No. 6583.
[25] G. P. XX, 2, No. 6594.

menhängt, für uns noch wichtiger ist als die Interessenfrage.»[26] — Und ganz klar schrieb er in einer Weisung an den Botschafter in Paris: «Der materielle Wert der bedrohten Interessen kommt neben Erwägungen anderer Art erst in zweiter Linie in Betracht.»[27]

Aus den verschiedenen Äußerungen des Kanzlers ging es deutlich hervor: Er trieb eine ausgesprochene Prestigepolitik. Nicht die Interessen des Deutschen Reiches standen in seinen Überlegungen im Vordergrund, sondern das Ansehen und die Ehre, das Prestige des Staates, dessen verantwortlicher Minister er war. «Es war nicht sowohl die Größe unserer wirtschaftlichen und politischen Interessen in und an Marokko, die mich bestimmte, dem Kaiser zu Widerstand und Abwehr zu raten, sondern die Überzeugung, daß wir uns ..... derartige Provokationen nicht länger gefallen lassen dürften.» Er habe den aggressiven Plänen Frankreichs die Spitze abbrechen und gleichzeitig die deutsche Ehre und das deutsche Ansehen stärken wollen.[28] Mit diesen Worten begründete Bülow später seine Haltung in den «Denkwürdigkeiten». Er wurde restlos unterstützt von Holstein, der im Hintergrund wirkte und bereits in einer Aufzeichnung vom 3. April 1905 erklärt hatte: «Durch die bisherige Kurztreterei der Öffentlichkeit gegenüber kommen wir — oder kamen wir vielleicht schon — in den Verdacht der Furchtsamkeit.»[29] Er war es auch, der triumphierte, daß es jetzt — nach dem Besuch in Tanger — kein Zurückweichen mehr gebe, da ein solches auf gleicher Linie mit der Demütigung von Olmütz stehen und schlimmer sein würde als Faschoda für Frankreich.

Nach dem Kaiserbesuch beharrten die Deutschen tatsächlich fest auf ihrem Standpunkt, auch dann, als die russische Presse sich für den französischen Bundesgenossen einsetzte und die deutsche Marokkopolitik heftig angriff. Auch die englische Presse stellte sich in den Dienst der französischen Interessen und beanstandete vor allem den außergewöhnlichen Weg, den die Deutschen eingechlagen hatten. Man wies unter Kopfschütteln auf den ordentlichen Weg hin, der über den deutschen Botschafter in Paris führte, und auf dem Deutschland seine wirtschaftliche Stellung nach Ansicht der Engländer hätte sichern können. Man verdachte es vor allem dem Kaiser, der doch eigentlich nur der Geschobene gewesen war, daß er auf diese Weise

---

[26] G. P. XIX, 2, No. 6302.
[27] G. P. XX, 2, No. 6644.
[28] *Bülow* II, S. 108.
[29] G. P. XX, 2, No. 6597.

in die Weltpolitik eingegriffen hatte. — Die englische Presse gebärdete sich überhaupt viel «französischer als die Franzosen».[30] Die Volksstimmung sah im deutschen Unternehmen nicht den Versuch, berechtigte deutsche Interessen zu schützen, sondern das Verlangen, die Entente zu sprengen, und allgemein äußerte man in England den Willen, Frankreich in jedem Fall zu unterstützen, sogar über das Maß hinaus, das im Ausgleichsvertrag vereinbart worden war. In Frankreich endlich verschwand unter dem Eindruck des deutschen Schrittes der Widerstand der Nationalisten gegen die marokkanische Politik.

Das Ergebnis war klar: *Durch den Kaiserbesuch in Tanger war die ganze Marokkofrage zu einer Prestigefrage zwischen Deutschland und der Entente gestempelt worden.*

Deutscherseits mußte man jetzt entschieden auftreten.[31] Der Botschafter in Paris, von Radolin, wurde von Bülow aufgefordert, im Gespräch mit andern niemals die Illusion aufkommen zu lassen, als ob es Deutschland nur auf einen «Bluff» abgesehen habe, und als würde es ihm an der Entschlußkraft fehlen, «im Notfalle eher die Konsequenzen einer uns aufgenötigten Situation zu ziehen, als daß wir uns vor einem die deutsche Ehre und das deutsche Ansehen verletzenden Ansinnen beugen sollten.»[32] Durch diese Haltung der Deutschen wurden die nun beginnenden Verhandlungen mit den Franzosen schwer belastet. Mehrmals regte der französische Ministerpräsident Rouvier eine Verständigung an, und man suchte französischerseits zu erfahren, was Deutschland möglicherweise als Preis für sein Nachgeben in der Marokkofrage verlangen würde. Auf der andern Seite hätte man in diesem Augenblick gerne die Forderung nach Kompensationen an der atlantischen Küste Marokkos oder in französischen Kolonien erhoben, aber man konnte es nicht tun, weil der Kaiser bei seinem Besuch in Tanger Deutschlands Selbstlosigkeit und Uneigennützigkeit sehr stark betont hatte. Dazu kam noch, daß er im November 1898 während einer Orientreise in Damaskus erklärt hatte: «Mögen die 300 Millionen Mohammedaner, welche auf der Erde zerstreut leben, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.»[33] Trat man jetzt mit Kompensations-

---

30 G. P. XX, 2, No. 6837.

31 Siehe Reichstagsrede Bülows vom 5. April! *Bülow* II, S. 212; siehe auch Trinkspruch Wilhelms II. vom 26. Oktober 1905, G. P. XXI, 1, S. 16 Anm. ***

32 G. P. XXI, 1, No. 6916.

33 *Schultheß*, Europäischer Geschichtskalender, München, Jahrgang 1898, S. 333 ff.

forderungen hervor, indem man die mohammedanischen Marokkaner preisgab, dann verlor man das Prestige, das man sich in der Welt des Islams erworben hatte. Deutschland würde sich «um jeden Kredit in der mohammedanischen Welt gebracht» haben, urteilte der Reichskanzler, wenn es so kurze Zeit nach jenen Kundgebungen Marokko an die Franzosen verkauft hätte.[34] — «Wenn wir Marokko trotz Damaskus und Tanger jetzt preisgeben, so verlieren wir mit einem Schlage unsere Stellung in der Türkei und mit ihr die Vorteile und Zukunftsaussichten, die wir durch jahrelange Arbeit mühsam erworben haben», bemerkte der Freiherr von Marschall zum Problem.[34]

Ein neues Grundmotiv tauchte auf: Die deutsche Regierung glaubte das *Prestige gegenüber der mohammedanischen Welt* behaupten zu müssen. Daher durfte sie Marokko auch gegen Entschädigung nicht preisgeben, sondern mußte sich für die *Erhaltung des bisherigen Zustandes* einsetzen, mit dem Hintergedanken freilich, später einmal, bei einer günstigen Gelegenheit, wenn Tanger etwas vergessen wäre, die Zustimmung zu den französischen Plänen so teuer wie möglich zu verkaufen. Zunächst unterstützte sie den Konferenzgedanken, der vom Sultan angeregt worden war.[35]

Unter dem Einfluß des Prestigegedankens verpaßte Deutschland so eine günstige Gelegenheit, das Verhältnis zu Frankreich zu klären und gleichzeitig einen kolonialen Gewinn davonzutragen. Die Franzosen bemühten sich weiter um die Besserung der deutsch-französischen Beziehungen. Der französische Kabinettspräsident schlug auf dem Umweg über Rom eine allgemeine Regelung der bestehenden kolonialen Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich nach dem Muster des französisch-englischen Ausgleichsvertrages vor.[36] Eine auf besondern Wunsch des französischen Ministerpräsidenten Rouvier veranstaltete Reise des Freiherrn von Eckardstein zu Bülow nach Karlsruhe sollte dieser Anregung Erfolg verschaffen. Der deutsche Botschafter in Rom, Graf Monts, hielt eine gegenseitige Gewährleistung der ostasiatischen Besitzungen und Interessen, eine Abgrenzung von Interessensphären in Kleinasien, französische Unterstützung für den Bau der Bagdadbahn, vielleicht sogar gegen die Interessen Englands und Rußlands, für möglich und erblickte in einem solchen Abkommen eine Friedensgarantie für lange Zeit. — Vielleicht hoffte Monts zu viel, doch wäre es wohl möglich gewesen,

[34] *Bülow*, Deutsche Politik, S. 105.
[35] G. P. XX, 2, No. 6643.
[36] G. P. XX, 2, No. 6647/6648.

Kompensationen sicherzustellen, ohne daß man mit den früher abgegebenen Erklärungen auffallend in Widerspruch geraten wäre. Doch der deutsche Reichskanzler ging nicht darauf ein, sondern verhielt sich gemäß den Vorschlägen Holsteins ablehnend. Er sah die Stunde gekommen, um Frankreich, das von dem im Kriege gegen Japan stehenden Rußland keine Unterstützung erhalten konnte, vor aller Welt zu demütigen und auf Kosten der Entente einen Prestigegewinn davonzutragen.[37] Dem Kaiser verriet man wohlweislich nichts von den französischen Anregungen, da man fürchtete, er könnte darauf eingehen. Spätere Äußerungen Wilhelms II. bewiesen in der Tat, daß diese Befürchtungen nicht unbegründet waren.

Man beharrte in Deutschland auf dem Konferenzgedanken und erzwang den Sturz des französischen Außenministers Delcassé. Dies war ein Sieg der deutschen Diplomatie, umsomehr als Delcassé es gewesen war, der sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für die französisch-englische Verständigung eingesetzt hatte. Frankreich wurde gedemütigt, aber um welchen Preis?! Die «Rheinisch-Westfälische Zeitung» vom Sonntag, den 9. April 1905, bemerkte dazu: «Wenn wir durch unser Vorgehen nur den Preis erlangen wollten, allen Handelsstaaten der Welt den gleichen Platz in Marokko freizumachen, so hätten wir einmal wieder *Allerweltspolitik, aber nicht Realpolitik* getrieben.»

Frankreich gab den Versuch noch nicht auf, *vor* einer Konferenz zu einer Verständigung zu gelangen. Man lehnte dies in Berlin entschieden ab, auch dann noch, als Delcassé beseitigt war. Durch den drohenden Ton, den man dabei anschlug, verstimmte man die Franzosen. Sie stellten sich innerlich um und gaben die Bereitschaft auf, den Deutschen wirklich entgegenzukommen. Gerade Rouvier, der lange Zeit ehrlich für eine deutsch-französische Verständigung eingetreten war (Urteil des deutschen Botschafters in Paris, des Fürsten von Radolin),[38] schwenkte entschieden in Delcassés Bahnen ein und wurde je länger je mehr von der Notwendigkeit eines engen Zusammengehens mit England überzeugt.

Im Januar 1906 trat die Konferenz zu *Algeciras* zusammen. Den deutschen Abgeordneten wurde in einer Weisung vom 3. Januar 1906 als Hauptaufgabe bezeichnet, dafür zu sorgen, daß sich die andern Staaten nicht um Frankreich zusammenschlössen, damit Deutschland nicht mit der marokkanischen Regierung allein dastehe. Fürst Radolin

[37] *E. Brandenburg*, Von Bismarck zum Weltkrieg, Leipzig 1939, S. 262.

[38] G. P. XX, 2, No. 6770.

wurde angewiesen, auch während der Konferenz keine Sonderverhandlungen mit den Franzosen zu führen. Tatsächlich stand dann aber auf der Konferenz Deutschland mit Österreich-Ungarn und Marokko *allein* den andern Mächten gegenüber. Es setzte es durch, daß seine allgemeinen Grundsätze von den Mächten anerkannt wurden. Den praktischen Erfolg trug aber Frankreich davon, indem seine besondern Interessen in Marokko anerkannt wurden. — *So verscherzte die deutsche Politik unter dem Einfluß des Prestigegedankens eine wertvolle Verständigungsmöglichkeit mit Frankreich und förderte dessen Zusammengehen mit England, ohne selbst einen wirklichen Erfolg davonzutragen.* Nichts führte die beiden Westmächte enger zusammen als die gemeinsame Abneigung gegen die deutsche Politik. «Die Abneigung gegen Deutschland», berichtete Graf Bernstorff aus London, «hat das Unterfutter für die Entente gegeben.» «Der Haß gegen Deutschland», meinte Graf von der Schulenburg, «hat die englisch-französische Entente in Großbritannien populär gemacht», und Tardieu, damals französischer Journalist, erklärte, die Entente sei im Verlauf des Marokkokonfliktes vom statischen in den dynamischen Zustand übergegangen. Das französische Selbstgefühl wuchs. Die bewährte Freundschaft mit England wurde durch Militär- und Flottenbesuche auffällig betont.

Umgekehrt hatte der Dreibund offensichtlich versagt: Italien hatte an der Konferenz nicht auf Deutschlands Seite gestanden. Und das Schlimmste: Jetzt begann der Feldzug gegen Deutschland als den Störenfried in der Welt, dessen unersättliche Begehrlichkeit den Frieden gefährde. — Das Ergebnis der Marokkokonferenz fand in der nationalen deutschen Presse durchaus kein freudiges Echo. Die «Rheinisch-Westfälische Zeitung» schrieb am 30. März 1906 (Nr. 301): «Deutschland hat sachlich überall nachgegeben und nur den Schein gerettet, wenn das Ergebnis schon wenig befriedigend ist, so ist die Art und Weise, wie es erreicht wurde, noch weniger rühmlich für unsere Diplomatie ..... In Algeciras handelte es sich um mehr als um Marokko, um unser Ansehen in der ganzen Welt. Dies hat aber gewaltig gelitten. Immer mehr wird sich die Welt darangewöhnen, daß das heutige Deutsche Reich überall zu Zugeständnissen und Nachgiebigkeit geneigt ist, wenn es auch noch so laut und eifrig ausruft: Bis hierher und nicht weiter! Darin sehen wir die schlimmste Folge von Algeciras. Der ganze amtliche Marokkorummel — so dürfte Fürst Bülow nach einigen Jahren die ganze Episode wohl bezeichnen — hat denselben Verlauf genommen wie alle Aktionen des

neuen Kurses. Ein Anfang mit Pauken und Trompeten, mit großen Reden und Dekorationsstücken — ein stilles und unbefriedigendes Ende voll Selbstbescheidung und Überdruß. So war es in Südafrika, in China und in Venezuela. Ebenso ist es in Marokko. Zu einer großen Politik scheinen unsere Diplomaten nicht das Zeug zu haben. Sie verstehen sich weder auf das Voraussehen, noch auf das Abwarten, noch auf das Zugreifen.»

Die Algecirasakte brachte keine Lösung und beseitigte den deutsch-französischen Gegensatz nicht. Er wirkte weiter nach. Bülow erkannte die Schwierigkeiten voll und ganz. Er erklärte, Deutschland müsse vorsichtig und ruhig handeln, damit die fortbestehenden Unstimmigkeiten weder das deutsche Prestige schädigten, noch den Gegensatz zu England und Frankreich verschärften. Noch dachte er an die Möglichkeit eines für Deutschland günstigen Ausgleichs. Vorläufig aber schien ihm ein solcher noch unmöglich mit Rücksicht auf das deutsche Prestige in der mohammedanischen Welt. Deutschland müsse den Eindruck vermeiden, telegraphierte er am 27. Juni 1907 dem Kaiser, als verkaufe es Marokko gegen kleine Vorteile, gleichsam gegen ein Trinkgeld. «Es handelt sich für uns ja nicht bloß um Marokko, sondern vielmehr um die Rückwirkung, die ein solches Handelsgeschäft auf den Sultan in Konstantinopel und auf den gesamten Mohamedanismus zum Schaden der deutschen Weltstellung ausüben würde.»[39] — Seine politische Richtlinie lautete: Sich ruhig abwartend auf den Boden der Algecirasakte stellen und nicht hervortreten, bis Frankreich mit wirklich annehmbaren Anerbietungen komme, da es nun einmal im gallischen Charakter liege, jedes vorzeitige deutsche Entgegenkommen als einen Beweis der Schwäche anzusehen. — Er war also entschlossen, den bisherigen Prestigestandpunkt weiter zu behaupten und verschmähte es, durch eine sachliche Politik das marokkanische Problem aus der Welt zu schaffen.

Im Herbst 1906 nahm Frankreich den Ausbruch von Unruhen im nördlichen Marokko zum Anlaß, um gemeinsam mit Spanien Kriegsschiffe nach Marokko zu schicken und erwog den Gedanken, unter Umständen Truppen zu landen. Sofort ließ man die Franzosen wissen, daß Deutschland dem französischen Vorgehen nur so lange ruhig zusehen könne, als es sich im Rahmen der Algecirasakte bewege. Eine Verletzung des Abkommens und eine erneute Mißachtung Deutschlands und der übrigen Signatarmächte würde Deutschland,

[39] G. P. XXI, 2, No. 7259.

abgesehen von seinen materiellen Interessen, schon um seiner «Selbstachtung» und seines «internationalen Prestiges» willen nicht ertragen können.[40] — Bülow befürwortete sogar die Entsendung deutscher Kriegsschiffe zum Schutze der Reichsangehörigen, damit diese im Falle einer Panik nicht auf den spanisch-französischen Schutz angewiesen seien, da dies nach seiner Meinung das deutsche Ansehen in den Augen der Marokkaner hätte herabsetzen können. Es kam nicht dazu, denn der Kaiser lehnte ein solches Vorgehen ab.

An dieser Marokkopolitik Bülows wurde gleichzeitig von zwei Seiten Kritik geübt, und zwar von Persönlichkeiten, die mit den wirklichen Verhältnissen wohl vertraut waren: Der deutsche Gesandte in Tanger, Rosen, berichtete am 21. Mai 1907 nach Berlin, Frankreich schreite unentwegt der Vernichtung des deutschen Einflusses in Marokko entgegen. Der deutsche Widerstand sei aussichtslos, und es sei deshalb geboten, auf dem Verhandlungsweg irgendeinen Gegenwert zu erlangen zu suchen, bevor der Verhandlungsgegenstand dem Reiche überhaupt entgleite.[41] — Ähnlich lautete ein Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Tanger, des Freiherrn Langwerth von Simmern, vom 19. Juni 1907, der von der Grundtatsache ausging, daß die Politik in die rein wirtschaftlichen Fragen hineinspiele. Dies sei der Grund, weshalb der deutsche Einfluß am marokkanischen Hofe schwinde. Die Haltung der Deutschen erwecke bei andern Mächten den Verdacht, Deutschland erstrebe in Marokko mehr als nur wirtschaftliche Ziele. Um diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen, müsse das Deutsche Reich in vernünftiger Weise mit Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiete zusammenarbeiten und seinen Widerstand gegen Frankreichs politische Bestrebungen in Marokko aufgeben. Die Reibungsflächen zwischen den beiden Mächten würden dann dahinfallen, Marokko würde aufhören, die Weltwirtschaft zu beunruhigen, worunter gerade in Deutschland Geldmarkt, Handel und Industrie litten. «Natürlich müßte mit unserer durch äußere Merkmale gekennzeichneten politischen Desinteressierung das Einschlafenlassen unseres Einflusses am Hof Hand in Hand gehen.» Deutschland müsse handeln, da Frankreichs tatsächliche Besitzergreifung von Marokko beständig vorwärtsschreite.[42]

Beide Berichte forderten im Interesse des Reiches die rechtzeitige Aufgabe der Prestigepolitik. Die deutsche Regierung aber ging nicht

---

[40] G. P. XXI, 2, No. 7289.
[41] G. P. XXI, 2, No. 7332.
[42] G. P. XXI, 2, No. 7333.

darauf ein und vermied es, mit Vorschlägen an die Franzosen hinanzutreten. — Zwar lehnte der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg in seiner Antwort an Langwerth von Simmern dessen Vorschlag nicht ohne weiteres ab, aber er wies darauf hin, daß eine Einigung mit Frankreich nach der vorgeschlagenen Art in Konstantinopel und in der ganzen übrigen islamitischen Welt einen für das Reich ungünstigen Eindruck machen würde. Frankreich müsse selber mit derartigen Vorschlägen hervortreten. Dieser Meinung war auch Bülow, und der Geschäftsträger wie auch der Botschafter in Tanger wurden angewiesen, die Franzosen zu ermutigen, mit Vorschlägen zu einer Verständigung hervorzutreten. Bald darauf kam es zu privaten Verhandlungen. Es zeigte sich aber, daß die Deutschen doch nicht gewillt waren, die politische Stellung in Marokko aufzugeben. Darum ließen die Franzosen die Verhandlungen wieder fallen.

Der französisch-deutsche Gegensatz in Marokko blieb bestehen und belastete dauernd das beidseitige Verhältnis. Jedem Schritt, den die Franzosen in Marokko taten, setzten die Deutschen Widerstand entgegen und betonten stets von neuem, daß sie etwaigen Übergriffen Frankreichs nicht gleichgültig zuschauen könnten. Innere Wirren und Gewalttaten gegenüber Europäern boten Frankreich den Anlaß, stets neue Truppen in Marokko zu landen, und im August 1907 *besetzten sie Casablanca.* Auf beiden Seiten steigerte sich die Erregung. Ein Zwischenfall rüttelte die deutsche Leidenschaft auf: Der deutsche Konsul von Casablanca versuchte einigen deutschen und nichtdeutschen Deserteuren, die aus der französischen Fremdenlegion entwichen waren, zur Flucht zu verhelfen. Der Versuch mißlang. Die Konsulatsbeamten, die die Deserteure zu Schiff begleiteten, wurden beleidigt, die Deserteure verhaftet.

Bülow war bereit, den Zwischenfall gütlich beizulegen, allerdings unter der Voraussetzung, daß dadurch das deutsche Prestige in Europa nicht zu Schaden komme.[43] Er ließ die Franzosen wissen, daß man die Sache wegen der öffentlichen Meinung nicht auf sich beruhen lassen könne. Frankreich aber zog den Fall hin und reizte dadurch die Deutschen. Der Kronprinz wies in einem Schreiben an den Reichskanzler auf einen Artikel in der Presse hin, der die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Casablanca forderte und warf ihm vor, er habe seinem «früher ehrliebenden und furchtlosen Volke» den

---

[43] G. P. XXIV, No. 8372.

Gedanken beigebracht, daß Ruhe und Friede höher zu schätzen seien als Krieg und Ehre. Der Casablanca-Zwischenfall stelle eine französische Kraftprobe dar. «Wenn den Franzosen diese Sache durchgeht, ohne daß sie uns *absolute* und klare Genugtuung geben und ganz gehörig sich entschuldigen, ist unser Ansehen auf lange Zeit dahin. Unsere *Ehre* ist sehr stark engagiert.» Die gesamte Armee sehne sich darnach, sich zu betätigen. Er möge volle Genugtuung fordern, widrigenfalls mit ernsten Maßnahmen drohen.[44]

Besondere Maßnahmen brauchten dann allerdings nicht ergriffen zu werden, denn die Angelegenheit wurde durch Schiedsgericht auf friedlichem Wege erledigt, als es sich herausstellte, daß das Verhalten des deutschen Konsuls nicht ganz einwandfrei war. Die Antwort des Kanzlers an den Kronprinzen aber war bezeichnend für seine ganze Haltung. Sie verriet, daß sein politisches Denken tief im Prestigeempfinden wurzelte. Es hieß darin u. a.: «Vor allem bin ich davon durchdrungen, daß, wo es sich um die Ehre des Landes handelt, coûte que coûte losgeschlagen werden muß, wie auch die Chancen liegen.»[45]

Der Zwischenfall bewies, wie leicht das deutsch-französische Verhältnis durch irgendein Ereignis in Marokko getrübt werden konnte. Frankreichs Entschluß, Marokko zu gewinnen, blieb unverrückt, der deutsche Widerstand erfolglos, und trotzdem beharrte man in Deutschland fest auf dem Prestigestandpunkt. Am 18. September 1908 erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Schoen, dem französischen Botschafter Jules Cambon gegenüber, eine vollständige Umkehr von der bisherigen Marokkopolitik, d. h., eine vollständige Preisgabe Marokkos sei Deutschland nicht möglich. Wenn es dort auch keine besondern politischen Pläne verfolge, so könne es doch bei seiner «allgemeinen Stellung» zur islamitischen Welt nicht eine Rolle übernehmen, welche im ganzen Orient als demütigend betrachtet werden würde.[46]

Gegen diese Prestigepolitik erhoben sich neue Stimmen. Freiherr von der Lancken, der deutsche Geschäftsträger in Paris, berichtete am 8. September über eine Unterredung mit dem spanischen Botschafter. Dieser habe ihn gefragt, warum denn Deutschland seine schroffe Marokkopolitik gegen Frankreich nicht aufgebe, obgleich es

---

[44] *Bülow* II, S. 410.
[45] *Bülow* II, S. 412.
[46] G. P. XXIV, No. 8439.

doch dort durch kein Lebensinteresse gefesselt werde.[47] «An und für sich gewiß nicht», bemerkte Bülow dazu und gab im Grunde dem spanischen Botschafter recht, aber das Prestige!

Wenige Tage später verurteilte der deutsche Konsulatsverweser in Fes, Vassel, die deutsche Marokkopolitik, die das gesteckte Ziel, welches leider den Beifall der öffentlichen Meinung finde, nicht erreichen werde. Deutschland solle sich daher so schnell wie möglich mit Anstand aus der Sache ziehen und zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen suchen, ungeachtet des Zwischenfalls von Casablanca.[48]

Auch der Kaiser billigte angesichts der Bosnischen Krise die Marokkopolitik und verlangte, daß diese «elende Marokkoaffaire» zum Abschluß gebracht werde, und zwar schnell und endgültig. Es sei nichts zu machen, französisch werde Marokko doch. Also solle man mit Anstand aus der Sache heraus, damit die Reibungen mit Frankreich endlich aufhörten, jetzt, da größere Fragen auf dem Spiele ständen.[49]

Der deutsche Botschafter in Paris, Fürst von Radolin, befürwortete eine zuvorkommende Haltung Frankreich gegenüber, und der Gesandte in Athen, Freiherr von Wangenheim, urteilte in Aufzeichnungen vom 5. und 6. Januar 1909: Die bisherige Marokkopolitik Deutschlands sei aussichtslos. Deutschland könne seine wirtschaftlichen Interessen nur retten, wenn es Frankreich auf politischem Gebiet entgegenkomme. In einem französisch verwalteten Marokko stünden die Chancen für die wirtschaftliche Betätigung Deutschlands zweifellos unendlich viel höher als im derzeitigen Marokko, welches unter dem Zeichen der «alles paralysierenden Algecirasakte» stehe. Deutschland solle auf immer unter dem Deckmantel dieser Akte Frankreich die erstrebte Leitung in Marokko gegen wirtschaftliche Zusicherungen preisgeben.[50]

Ähnlich äußerte sich schließlich auch der Vortragende Rat von Erckert und wies vor allem darauf hin, daß eine Besserung der Beziehungen zu Frankreich durch Marokko dauernd verhindert werde, vielleicht sehr zum Schaden der allgemeinen Politik.»[51]

---

47 G. P. XXIV, No. 8427.
48 G. P. XXIV, No. 8457, Anlage.
49 G. P. XXIV, S. 441 Anm. **.
50 G. P. XXIV, No. 8476/8484.
51 G. P. XXIV, No. 8478.

Gegenüber all diesen sachlichen Urteilen konnte die deutsche Regierung doch nicht gänzlich taub bleiben. Sie nahm die Verhandlungen wieder auf und traf am 9. Februar 1909 mit den Franzosen ein Abkommen, in welchem diese versprachen, Deutschlands wirtschaftlichen Interessen in Marokko nicht entgegenzuwirken. Die Deutschen ihrerseits erklärten, sie verfolgten dort nur wirtschaftliche Ziele und würden den französischen Sonderinteressen keine Hindernisse in den Weg legen.

Nach dem Abkommen waren beide Mächte zunächst redlich bemüht, durchaus korrekt zusammenzuarbeiten, und man zollte dieser Redlichkeit gegenseitig Anerkennung. Die Spannung zwischen den beiden Mächten nahm offensichtlich ab. Lange dauerte dieser Zustand freilich nicht, denn schon zu Beginn des Jahres 1911, unter dem neuen Ministerium Monis, in dem als Marineminister auch Delcassé wieder Platz gefunden hatte, mehrten sich die Anzeichen, die darauf hinwiesen, daß Frankreich seine Expansionspolitik wieder aufzunehmen gedachte. Die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete begann zu stocken, und neue Verletzungen der Algecirasakte wurden nach Berlin gemeldet. Der französische Einfluß machte sich in Marokko immer stärker spürbar. Unruhen, die anfangs März 1911 in der Umgebung der marokkanischen Hauptstadt ausbrachen, boten Frankreich den Anlaß, um die im Innern des Landes gelegene Hauptstadt Fes zu besetzen. Die deutsche Regierung wurde amtlich davon unterrichtet. Sofort warnte sie die Franzosen. *Eine neue Marokkokrise war eingeleitet.*

Deutscher Staatssekretär des Auswärtigen war damals der frühere Gesandte in Bukarest, *von Kiderlen-Waechter*. In einer Aufzeichnung vom 3. Mai 1911, die er zusammen mit dem Dirigenten der politischen Abteilung Zimmermann und dem Marokkoreferenten, dem Freiherrn Langwerth von Simmern, abgefaßt hatte, vertrat er die Ansicht, daß die Macht der Tatsachen über kurz oder lang zur Überwindung der Algecirasakte führen werde. Deutschland werde durch Protest gegen die französische Aufsaugungspolitik nichts erreichen, sondern nur eine schwer erträgliche moralische Niederlage einsacken. Wenn es dies verhindern wolle, dann müsse es einen südmarokkanischen Hafen als Faustpfand für anderweitige Entschädigungen besetzen.[52]

---

[52] G. P. XXIX, No. 10549.

Dieser Vorschlag Kiderlens stieß auf den entschiedenen Widerstand des Kaisers, der der Ansicht war, daß man den Franzosen ruhig zuschauen solle, wie sie sich mit Truppen und Geld in Marokko festlegten, und daß man es den andern Mächten überlassen solle, wegen möglicher Verletzungen der Algecirasakte durch die Franzosen Einspruch zu erheben.[53]

Gegen diese kaiserliche Einstellung wurde Sturm gelaufen. Wenn es der Welt klar werden würde, bemerkte Zimmermann zur ganzen Frage, daß es Frankreich geglückt sei, geradezu im Schutze der Algecirasakte seine alten Pläne zu verwirklichen, dann würde es offenkundig werden, daß Deutschland eine «diplomatische Niederlage» erlitten habe, deren moralische Wirkung nicht gering einzuschlagen sein dürfte, ganz abgesehen davon, daß sich in Deutschland ein Entrüstungssturm erheben würde.[54]

Wenn Deutschland tatenlos zusehe, wie Frankreich unter Bruch eines feierlichen Vertrags ein neues großes Kolonialreich sich erschaffe, telegraphierte der Reichskanzler Bethmann Hollweg am 20. Juni 1911 dem Kaiser, so erleide der deutsche «Kredit» in der Welt nicht nur für den Augenblick, sondern auch für alle zukünftigen internationalen Aktionen einen unerträglichen Abbruch.[55]

Um den Kaiser, der sich auf der Rückreise von einer Mittelmeerfahrt befand, für seinen Plan zu gewinnen, reiste ihm Kiderlen-Waechter entgegen, derselbe Kiderlen, der noch 1910, bei der Übernahme der Leitung des Auswärtigen Amtes, dem rumänischen Minister Take Jonescu gegenüber betont hatte, Deutschland, das den Frieden erhalten wolle, müsse allen Plänen auf Marokko entsagen, da England, solange die Marokkofrage in der Luft schwebe, in allen weltpolitischen Angelegenheiten an Frankreichs Seite stehen werde, dem es für die Überlassung Ägyptens noch zu Dank verpflichtet sei. Eine englisch-französische Zusammenarbeit sei nur dadurch zu verhindern, daß Deutschland die Franzosen in Marokko frei schalten und walten lasse, weil es dann England nicht möglich sein werde, seine Schuld gegenüber Frankreich abzutragen. Deutschland könne sich nie gegen den Willen der Engländer und Franzosen in Marokko festsetzen, so daß es ihm kein Opfer scheine, wenn es Marokko einfach preisgebe. Wenn bei dieser Gelegenheit etwas zu

---

[53] G. P. XXIX, No. 10538/10543/10548.
[54] G. P. XXIX, No. 10572.
[55] G. P. XXIX, No. 10613.

erreichen sei in Form einer Entschädigung, dann umso besser, aber eine unerläßliche Vorbedingung dürfe man daraus nicht machen.[56]

Der gleiche Kiderlen drängte jetzt zu der gewaltsamen Besetzung eines marokkanischen Hafens! An die möglichen Folgen eines solchen Schrittes scheint er nicht gedacht zu haben. Es gelang ihm, den Kaiser für die Verwirklichung seiner Idee zu gewinnen, und er schritt sofort zur Ausführung, ohne die weiteren amtlichen Äußerungen der Franzosen abzuwarten. Am 1. Juli 1911 ging das deutsche Kanonenboot «Panther» vor dem geschlossenen Hafen von Agadir vor Anker. Gleichzeitig wurde den Großmächten in einer Note der deutsche Standpunkt bekanntgegeben.

Dieser *«Panthersprung»* glich in seinem Wesen dem Kaiserbesuch in Tanger vom Jahre 1905. Beide waren darauf berechnet, eine für das Reich günstige Wirkung zu erzielen und einen drohenden Prestigeverlust zu vereiteln. Beide bewirkten gerade das Gegenteil. — Einen zwingenden Grund für eine solche Gewaltpolitik gab es nicht, denn Frankreich hatte kurz zuvor in Kissingen direkte Verhandlungen eingeleitet und schien Angebote machen zu wollen. Ein Druck wäre erst dann am Platze gewesen, wenn diese Angebote nicht annehmbar geschienen hätten. Der «Panthersprung» war unbedingt übereilt. Das neue französische Kabinett Caillaux sah sich plötzlich vor eine vollendete Tatsache gestellt. Eine gütliche Verständigung schien jetzt fast ausgeschlossen, da die Franzosen sich verletzt fühlten. Trotzdem liefen die Verhandlungen weiter. Die Deutschen wiesen auf das Kongogebiet als mögliches Kompensationsobjekt hin. Die Franzosen aber waren nicht mehr recht willig, ihnen entgegenzukommen, weil sie erneut starkes Mißtrauen gegen ihre Politik hegten. Dazu kam, daß *sich die Engländer sofort wieder hinter Frankreich stellten.* Umso stärker betrachteten die Deutschen die ganze Frage als eine solche des Prestiges. Sie versteiften sich auf den bekanntgegebenen Standpunkt, ließen aber in London offiziell erklären, sie beabsichtigten nicht, in Marokko zu bleiben.

Die Lage wurde verschlimmert durch eine Rede des englischen Schatzkanzlers *Lloyd George* vom 21. Juli 1911, die man in Deutschland als eine Drohung empfand, vor der man nicht zurückzuweichen gewillt war. Man lehnte es ab, als Grey die deutsche Regierung um ihre Zustimmung zur Veröffentlichung der bezüglich Marokkos abgegebenen deutschen Erklärung ersuchte, um so die öffentliche

[56] *Jäckh, E., Kiderlen-Wächter,* Der Staatsmann und Mensch, 1924, Bd. II, S. 233.

Meinung in England zu beruhigen. Kiderlen glaubte, daß eine Bekanntgabe dieser Erklärung «nach dem von der französischen und teilweise auch englischen Presse angeschlagenen drohenden Ton» vor dem englischen Parlament «als ein Zukreuzkriechen vor der Lloydschen Warnung gedeutet worden» wäre.[57]

Selbst der Kaiser erwärmte sich jetzt für die marokkanische Frage und erklärte dem englischen Botschafter, Sir E. Goschen, Deutschland werde in einer Frage, die für es eine «Ehrensache» sei, fest auf seinen Forderungen an Frankreich bestehen. Falls dieses aber nicht nachgebe, werde sich Deutschland auf den Standpunkt der Algecirasakte stellen «und nicht eher ruhen, wenn erforderlich mit dem Schwerte in der Hand, bis der letzte Franzose sich aus Marokko zurückgezogen habe.»[58] Und zu einem Berichte Kiderlens über Metternich, der deutlich ausgesprochen habe, daß sich Deutschland nicht ein zweitesmal «international majorisieren» lasse, bemerkte der Kaiser scharf: «nein! dann kracht es!»[59]

Auf Anweisung Kiderlens erklärte der Botschafter in London, Metternich, Grey gegenüber: Nach den vielen Herausforderungen Frankreichs gebiete es die deutsche Würde als Großmacht, mit allen Mitteln und falls notwendig auch allein bei Frankreich die volle Achtung vor den vertraglichen Rechten durchzusetzen, wenn dieses die dargebotene Hand zurückweise.[60] Deutschland suche wohl eine Verständigung, äußerte er sich gegenüber Eckardstein, aber nur auf der Grundlage, die dem «deutschen Nationalgefühl» annehmbar sei.[61]

Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg antwortete anläßlich einer Marokkoaussprache im Reichstag auf eine Rede Greys vom 5. Dezember 1911: Deutschland sei von der Notwendigkeit getrieben worden, seine wirtschaftlichen Interessen selbst zu wahren und der Welt zu zeigen, daß es fest entschlossen sei, sich nicht beiseite schieben zu lassen. Die Deutschen hätten es ablehnen müssen, sich von einer Bahn abdrängen zu lassen, die ihnen «die Wahrung der deutschen Interessen und der deutschen Würde» vorgeschrieben habe.[62]

Die Spannung steigerte sich auf beiden Seiten und erreichte ihr Höchstmaß, als der französische Ministerpräsident durch einen Mit-

---

[57] G. P. XXIX, No. 10628/10625.
[58] G. P. XXIX, No. 10639.
[59] G. P. XXIX, No. 10628 Rbm.
[60] G. P. XXIX, No. 10625.
[61] G. P. XXIX, No. 10642.
[62] G. P. XXIX, S. 280 ff. Anm.

telsmann mit der Entsendung von englischen und französischen Kriegsschiffen drohte. Freiherr von Schoen, der Botschafter in Paris, erhielt den Auftrag, den Franzosen zu erklären, daß er, solange diese Drohung nicht in derselben Form und im selben Auftrag wieder zurückgenommen worden sei, die Verhandlungen nicht weiterführen könne, da Deutschland nicht unter dem Drucke einer Drohung verhandeln könne.[63] Auch der Kaiser verlangte entschieden die Zurücknahme der Drohung,[64] und als sie nicht erfolgte, drängte er Kiderlen mehrmals dazu, den Abbruch der Verhandlungen anzudrohen, weil sie in einem Ton geführt würden, welcher der «Würde des deutschen Reichs u[nd] Volks» nicht mehr entspreche. Er sei nicht gewillt, die behagliche Art Schoens «in der Behandlung dieser Ehrensache» Deutschlands länger mitanzusehen. Hier handle es sich um eine «colossale französische Unverschämtheit, auf alle unsere Langmuth und Geduld obendarauf, die ich als eine Ohrfeige empfinde!»[65] Und zu einem Artikel in der «Kölnischen Volkszeitung» vom 7. August bemerkte er, er sei ein Beweis dafür, daß dem deutschen Volk die Geduld ausgehe, und es höchste Zeit sei, «die Kakelei zu Ende zu bringen.» Einmal müsse den Galliern doch scharf der Ernst gezeigt werden. «Sie bieten jetzt sofort was Annehmbares an, oder wir nehmen uns noch mehr, und das gleich!»[66]

Diese leidenschaftliche Stellungnahme Wilhelms II. zu einer Sache, für die er Feuer gefangen hatte, war sehr bezeichnend. Von einer ruhigen Beurteilung der Sachlage konnte kaum mehr die Rede sein. Hinter der grundsätzlichen Frage, der Prestigefrage, trat der wirkliche Gegenstand, Marokko, stark zurück. Es mutet einen sonderbar an, wenn man sieht, mit welcher Leidenschaftlichkeit die Deutschen den Kampf gegen Frankreich führten, und feststellt, daß Kiderlen sich gleichzeitig gegenüber Admiral Capelle dahin äußerte, Deutschland könne doch Marokkos wegen keinen Krieg führen; es habe ja dort kein Interesse.[67]

Nach dem Urteil des Admirals sah Kiderlen die Hauptaufgabe darin, «Deutschland und sich selber . . . . . das Gesicht zu wahren.» Darum spreche er immer so kriegerisch.[68]

---

[63] G. P. XXIX, No. 10688.

[64] G. P. XXIX, No. 10694 Rbm.

[65] G. P. XXIX, No. 10696.

[66] G. P. XXIX, S. 319 Anm. *.

[67] *A. von Tirpitz*, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, Stuttgart/Berlin 1925. S. 202.

[68] *Tirpitz*, S. 203.

Die weiteren Verhandlungen brachten nichts wesentlich Neues. Je näher man einer Einigung kam, desto erregter wurde die öffentliche Meinung auf beiden Seiten und verriet deutlich, daß mehr um das Prestige als um wirkliche Interessen gerungen wurde. Am 11. Oktober 1911 wurde schließlich eine Verständigung erzielt, wenige Tage später das neue Marokkoabkommen unterzeichnet und veröffentlicht. Für seinen Verzicht auf Marokko erhielt Deutschland eine Erweiterung seiner Kolonie Kamerun auf Kosten des französischen Kongogebietes, bei weitem aber nicht das ursprünglich geforderte ganze Gebiet. Darum hatte man allgemein den Eindruck, Deutschland habe ursprünglich viel gefordert, sei anspruchsvoll aufgetreten und habe dann gegenüber dem festen englisch-französischen Zusammenstehen zurückkrebsen müssen. In deutschen Kreisen war man sogar der Meinung, die deutsche Regierung habe tatsächlich ein Stück Marokko gewollt, sich dann aber mit einem Stück Kongo begnügen müssen. Der Eindruck war der einer *neuen Niederlage* der deutschen Politik. Was man hatte vermeiden wollen, hatte man herbeigeführt. Vor einer kriegerischen Entscheidung aber schreckte man doch zurück.

Was wir als bezeichnend für die deutsche Kolonialpolitik unter Wilhelm II. herausgefunden haben, findet im Verlauf der Marokkofrage seine Bestätigung: Aus einem ursprünglich rein *wirtschaftlichen* Problem wurde durch das Einwirken des Prestigegedankens eine *hochpolitische* Angelegenheit, in der man bis zur Androhung des Bruches mit Frankreich schritt. Im Verlaufe des Konfliktes trat das eigentliche Streitobjekt immer mehr hinter der Prestigefrage zurück, *obschon gerade die deutschen Interessen es verlangten, daß die unsachliche Politik aufgegeben werde, die ihnen zuwiderlief.* Was schließlich für die Deutschen herausschaute, war unbedeutend, wenn man es mit den Folgen verglich, die die deutsche Marokkopolitik nach sich zog: Die Beziehungen des Reiches zu den Westmächten waren verschlechtert worden. Stärker als je herrschte bei diesen der Eindruck, Deutschland versuche überall seinen Willen mit Gewalt durchzusetzen, um irgend ein Stücklein Landes zu ergattern und sei die am meisten den Frieden gefährdende Macht. Gerade die Presse der Entente unterließ nichts, was der Verbreitung dieser Ansicht diente.

Dazu kam, was wir bereits angeführt haben: Durch die deutsche Marokkopolitik wurden die beiden Westmächte entschieden zueinandergetrieben, die Entente gefestigt und in beiden Völkern gefühlsmäßig stark verankert. Das Selbstbewußtsein der Franzosen wuchs, das

Gefühl herrschte vor, daß Deutschland trotz seinen großen Worten und drohenden Gebärden im entscheidenden Augenblick vor der Entschlossenheit der Entente habe zurückweichen müssen. Man kann sich fragen, ob die in der Marokkopolitik treibenden Kräfte nicht besser getan hätten, Marokko gegen die Möglichkeit, vollwertige Kompensationen zu erlangen, rechtzeitig preiszugeben und gute Beziehungen zu Frankreich und England anzubahnen. Als sie schließlich doch verzichten mußten, war man in Frankreich bereits derart gegen Deutschland erbittert, daß man nicht mehr bereit war, entgegenzukommen.

7. Kapitel

Die Burenfrage

Wie in Marokko das deutsch-französische so wurde in der Burenfrage das *deutsch-englische Verhältnis* stark berührt. Südafrika war seit langem eine höchst empfindliche Stelle der Rivalität zwischen den beiden Mächten. Hier stießen die englischen imperialistischen Bestrebungen auf den geschlossenen Abwehrwillen der Deutschen, die sich nicht darauf beschränkten, die bereits erworbenen afrikanischen Kolonien, die sich nur langsam entwickelten, zu sichern, sondern ihre Fühler bis nach den Burenstaaten ausstreckten, die wegen der Gold- und Diamantfunde am Ende des 19. Jahrhunderts eine besondere Anziehungskraft auf die Mächte auszuüben begannen.

Deutschland wünschte, daß die innere *Unabhängigkeit* der Burenstaaten, wie sie ihnen durch den mit England abgeschlossenen Vertrag von 1884 garantiert worden war, erhalten bleibe, denn solange dies der Fall war, blieb die wirtschaftliche Stellung des Reiches gesichert. Als sich unter dem Einfluß des imperialistischen Geistes Cecil Rhodes' der englische Druck auf jene Gebiete verstärkte, bekundete Deutschland das Verlangen, den bedrohten Staaten Rückendeckung zu gewähren. Sein Verhalten war umso begreiflicher, als seit längerer Zeit die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen ihnen und dem Reich bestanden hatten. Die Engländer warfen nun aber den Deutschen vor, sie ermutigten die Buren zu einer feindlichen Haltung gegenüber England, und der englische Botschafter in Berlin, Sir Edward Mallet, erklärte am 1. Februar 1895 dem Staatssekretär Marschall drohend, in dieser Beziehung sei England sehr empfindlich.

Er sei daher beauftragt worden, im Interesse der guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die Aufmerksamkeit der kaiserlichen Regierung auf diese Angelegenheit zu lenken. Transvaal sei für England ein «point noir», der an Wichtigkeit nicht hinter Ägypten zurückstehe.[69] Der deutsche Staatssekretär antwortete ihm, die deutsche Politik erstrebe in Transvaal die *Erhaltung des bisherigen Zustandes.* Der Gedanke Rhodes', durch die Bildung eines Staates Rhodesia alle südafrikanischen Staaten zu umschließen, laufe den deutschen Interessen zuwider, weil das politische Protektorat wirtschaftlich das Handelsmonopol der Kapkolonie unter Ausschluß des deutschen Handels bedeuten würde.

Das südafrikanische Problem entsprach weitgehend dem marokkanischen. Die deutsche Regierung beharrte gegenüber der englischen Drohung auf ihrem bekanntgegebenen Standpunkt. Marschall erklärte dem englischen Botschafter, ein Sturm der Entrüstung würde sich über Deutschland verbreiten, wenn die deutsche Regierung gegenüber den englischen Drohungen in Südafrika den Rückzug anträte. Ein solcher sei für die deutsche Regierung unmöglich.[70]

Von Anfang an verband sich also der Prestigegedanke mit der Notwendigkeit, deutsche wirtschaftliche Interessen in Südafrika zu verteidigen, und dies gestaltete das Burenproblem von vornherein sehr heikel. Die Auseinandersetzung fand dann ein vorläufiges Ende, als Salisbury, der englische Premierminister, erklärte, Mallet habe jene Äußerung nicht im Auftrag der englischen Regierung getan, und als er auf das Drängen der deutschen Regierung hin ihr förmlich sein Bedauern über das Mißverständnis aussprach.

Ende 1895 kamen beunruhigende Nachrichten aus Pretoria nach Europa. Sofort ließ die deutsche Regierung ihren Standpunkt der englischen und der Kapregierung erneut klarlegen. Freiherr von Marschall teilte dem englischen Botschafter mit, Deutschlands Haltung sei vorgeschrieben durch die wirtschaftlichen Interessen, die das Reich in Südafrika besitze, dann auch durch die «öffentliche Meinung, welche ein Nachgeben in dieser Frage nicht ertragen würde.»[71]

Als am 1. Januar 1896 die Nachricht vom Einfall Dr. Jamesons in die Burenstaaten nach Berlin kam, rief sie im Reiche große Empörung hervor. Der Kaiser, der sich für das Schicksal der Burenstaaten persönlich sehr stark erwärmte, wollte sofort telegraphisch Einspruch

[69] G. P. XI, No. 2577.
[70] G. P. XI, No. 2578.
[71] G. P. XI, No. 2589.

erheben, als eine zweite Nachricht von der erfolgreichen Überwältigung der eingefallenen Engländer durch die Buren berichtete. In diesem Augenblick starker gefühlsmäßiger Anteilnahme sandte Wilhelm II. sein bekanntes *Glückwunschtelegramm* an den Präsidenten von Transvaal *Krüger.*

Der Gedanke, ein Telegramm abzuschicken, stammte nicht vom Kaiser selbst, sondern von Kolonialdirektor Kayser und wurde dem Monarchen vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Marschall vorgeschlagen.[72] Nach Aussagen des Admirals Hollmann, der Augenzeuge gewesen war, habe der Kaiser zuerst Bedenken geäußert hinsichtlich der Folgen, die ein solches Vorgehen für das deutsch-englische Verhältnis haben könnte. Darauf habe ihm Marschall erwidert, es sei unbedingt nötig, «der Welt zu zeigen, daß die kaiserliche Regierung vom moralischen wie auch vom Rechtsstandpunkt aus diesen frevelhaften Einfall englischer Freibeuter auf das schärfste» verdamme. Geheimrat Kayser habe dann in seiner Eigenschaft als Kolonialdirektor bekräftigend hinzugefügt, die deutsche Regierung müsse auch auf die Seele der eingeborenen Bevölkerung in den deutschen afrikanischen Kolonien Rücksicht nehmen und «zeigen», daß Deutschland, das das mächtigste Reich in Europa sei, vom Rechtsstandpunkt aus solch schwere Übergriffe nicht dulde.[73] Der Kaiser gab dann seine Zustimmung zur Abschickung des Telegramms, nachdem an dem ihm vorgelegten Entwurf noch eine kleine Verschärfung des Wortlauts vorgenommen worden war. Bezeichnend für die Einstellung der an der Aussprache beteiligten Persönlichkeiten war die Tatsache, daß sie die sachlichen Bedenken hinsichtlich des deutsch-englischen Verhältnisses in den Wind schlugen, weil sie es auf die *Wirkung* abgesehen hatten, die das Glückwunschtelegramm auf die Welt und die afrikanischen eingeborenen Bevölkerungen ausüben würde. Es ging ihnen doch in erster Linie um das Prestige.

In England erhob sich einhellige Empörung gegen diesen deutschen Schritt. Man empfand ihn als einen ungerechtfertigten Eingriff des Kaisers in die innern Angelegenheiten des britischen Reiches. Selbst die britische Regierung, wie sehr sie sich auch bemühte, einen offenen Konflikt zu vermeiden, ließ es an einer starken Rückwirkung nicht fehlen. Der britische Kolonialminister Chamberlain erklärte öffentlich, daß sich England jeder Einmischung fremder Mächte in die südafrikanischen Verhältnisse mit Gewalt widersetzen werde, und im

---

[72] *E. Brandenburg,* S. 111 ff.

[73] *Eckardstein* I, S. 272.

Februar 1896 verweigerte Salisbury, sicherlich unter dem Eindruck des Krügertelegramms, die Zustimmung zur Verlängerung des 1887 mit Österreich und Italien abgeschlossenen Mittelmeerabkommens, das England mittelbar dem Dreibund angeschlossen hatte. Noch lange belastete der Zwischenfall das deutsch-englische Verhältnis und ließ eine nachhaltige und tiefe Verstimmung gegen den Kaiser zurück.

Man hatte in Berlin ohne Zweifel unvorsichtig und übereilt gehandelt und mußte jetzt die Folgen tragen. In einem Privatbrief vom 21. Januar 1896 wies der deutsche Botschafter in London auf die schlechte Stimmung in England gegenüber dem Deutschen Reiche hin und betonte, daß man dort ernsthaft den Gedanken einer *Annäherung an Frankreich* erwäge. Dies liege nicht im deutschen Interesse. Darum erachte er es als eine deutsche Aufgabe, jetzt, nachdem man die Zähne gezeigt habe, auch deutscherseits die Beruhigung zu fördern und sich nach keiner Richtung für die Zukunft die Hände zu binden.[74]

Es war eine Warnung an die deutsche Regierung, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. Erledigt war sie ja noch nicht, denn die Engländer gaben ihre Pläne nicht auf und verhielten sich immer feindseliger gegenüber den Buren. Diese entschlossen sich, den Engländern zuvorzukommen, die ihre Truppen in Südafrika zu einem Entscheidungskampf verstärkten und erklärten ihnen im Oktober 1899 den *Krieg*. Damit wurde die Problematik von neuem aufgeworfen und die deutsche Geduld auf eine harte Probe gestellt, besonders da die Beschlagnahmung deutscher Dampfer der Ostafrikalinie durch englische Kriegsschiffe, weil sie angeblich Kriegskonterbande führten, böses Blut verursachte.

Die deutsche Regierung, die sich inzwischen entschlossen hatte, England in Südafrika freie Hand zu lassen und ihm gegenüber wohlwollende Neutralität zu wahren, erhob Beschwerden wegen der Beschlagnahmung, ohne jedoch die sofortige Freigabe der Schiffe zu erwirken. Der deutsche Botschafter in London wurde deshalb angewiesen, unter Hinweis auf die kaum erledigte Samoafrage den Engländern in einer Note zu erklären, daß die Rücksichtslosigkeit, mit der England Deutschland von neuem entgegentrete, geeignet sei, auch diesen Streitfall in den Augen des deutschen Volkes zu einer Ehrensache zu machen. Durch die Form- oder vielmehr gänzliche Formlosigkeit des englischen Vorgehens werde auch eine Frage «von minderer materieller Bedeutung» entzündlich wirken und ge-

[74] G. P. XI, No. 2636.

fährliche Folgen für die Beziehungen zwischen den beiden Reichen nach sich ziehen. Es bedeute die größte denkbare Zukunftsgefahr, wenn sich die deutsche Regierung dem Verdacht aussetze, daß sie sich von England beleidigen lasse, ohne irgendwie dagegen anzukämpfen. Diese Erwägung führe sie zu dem Entschluß, «Ehrenfragen als Lebensfragen zu behandeln, denen gegenüber selbst die wichtigsten Interessenfragen zurückzutreten» hätten. Wenn das bisher wohlwollend neutrale Verhalten gegenüber England nur unter der Bedingung aufrechtzuerhalten sei, daß sich Deutschland vor aller Welt völkerrechtswidrig, d. h. geringschätzig behandeln lasse, so sei es eben unhaltbar.[75]

Es war ein ausgesprochener Prestigestandpunkt, der in der angeführten Note von der deutschen Regierung vertreten wurde. Freiherr von Eckardstein, damals erster Botschaftssekretär in London, verurteilte ihn später in seinen Memoiren ganz entschieden. Nach ihm sind die Verhandlungen zwischen Deutschland und England von Anfang an durch jene Note erschwert worden, die seinem Ermessen nach ein «Unikum» in der Geschichte der Diplomatie «in Bezug auf Unflätigkeit, beleidigende Ausdrucksform und allgemeine Knotigkeit» darstellte. Nach seinem Urteil war der Ausdruck «diplomatisches Kegelschieben» noch viel zu milde für die Politik, die in jener Note zur Geltung gekommen sei.[76]

Tatsächlich erweckte die deutsche Note in den englischen Kreisen Befremden. Darüber hielt man sich in Berlin nicht auf, denn es galt hier als unerläßlich, daß die deutsche Regierung durch ihre Sprache die feste Entschlossenheit zeige, die Würde des Reiches trotz Ungunst der Verhältnisse zu wahren. Die Engländer gaben schließlich die gekaperten Schiffe heraus, und die deutsche Regierung wahrte weiterhin wohlwollende Neutralität. Sie verhielt sich ablehnend, als die Russen vorschlugen, zusammen mit Deutschland und Frankreich einen Vermittlungsversuch zu unternehmen, schien es ihr doch wahrscheinlich, daß bei einer deutschen Beteiligung die fremde Presse die Verhältnisse so darstellen würde, als befinde sich das Reich im Schlepptau der russischen Politik, «was für Deutschlands Prestige auch nicht vorteilhaft» schien.[77]

Das deutsche Prestigeempfinden wurde erneut empfindlich verletzt durch eine *Rede Chamberlains* vom 25. Oktober 1901, worin er

---

[75] G. P. XV, No. 4425.
[76] *Eckardstein* II, S. 144 f.
[77] G. P. XVII. No. 5066.

mit Bezug auf die strengen Maßregeln Englands im Burenkrieg sich scharf gegen diejenigen unter den Nationen wandte, die darin eine Barbarei erblickten, früher aber in Polen, im Kaukasus .... und im Kriege von 1870/71 Schlimmeres begangen hätten. — Ein Sturm der Entrüstung erhob sich überall im Reich und erschwerte es der Regierung, ihre bisherige Haltung in der Burenfrage fortzusetzen. Sie ließ in London erneut darauf aufmerksam machen, daß kein Minister die öffentliche Meinung des eigenen Landes, wenn es sich um die Verletzung berechtigter nationaler und militärischer Empfindungen handle, als «quantité négligeable» betrachten könne.[78] Noch lange zitterte die Erregung in Deutschland nach. Bülow konnte es trotz den Warnungen Metternichs, daß er Chamberlain zu seinem persönlichen wie zum Gegner des Reiches machen werde, nicht unterlassen, am 8. Januar 1902 im Reichstag auf die Rede des englischen Kolonialministers zurückzukommen und sie als einen Versuch abzuweisen, den heldischen Charakter und die ritterliche Grundlage der deutschen Freiheitskämpfe herabzuwürdigen. Seine natürliche Empfindlichkeit war stärker als alle Zweckmäßigkeitsüberlegungen. Eine große Erregung in England und eine deutschfeindliche Pressehetze waren die Folgen seiner Rede. Bülow blieb freilich bei seiner Überzeugung, daß Deutschland durch die Rede Chamberlains herausgefordert worden sei und erklärte, auf grobe Klötze gehörten nun einmal grobe Keile.[79] Wie begreiflich diese seine Haltung auch war, sie verstärkte doch die Verstimmung jenseits des Kanals über die deutsche Politik.

Wenn wir die Haltung der deutschen Regierung im Burenkonflikt rückblickend noch einmal kennzeichnen wollen, dann stellen wir fest, daß im großen und ganzen die *sachlichen, realpolitischen Motive* ausschlaggebend waren, weshalb denn auch die deutsche Regierung schließlich eine wohlwollend neutrale Haltung gegenüber England einnahm. Wenn trotzdem das deutsch-englische Verhältnis nicht wesentlich freundschaftlicher wurde, dann einmal, weil die *Verstimmung über die Krügerdepesche* noch nachwirkte und sodann, weil man sich in nebensächlichen und an sich unbedeutenden Fragen *doch nicht frei machen konnte vom Prestigegedanken.* Allerdings ist zuzufügen, daß auch die englische Haltung unsachlich war und der deutschen Regierung große Schwierigkeiten bereitete.

---

[78] G. P. XVII, No. 5074.

[79] *Eckardstein* II, S. 380 ff.

8. Kapitel

Die Frage der portugiesischen Kolonien in Südafrika

Während Spanien seine Kolonien im ostasiatischen Inselgebiet verlor, schien auch Portugal seinen Restbestand an Kolonialgebieten in Südafrika verlieren zu müssen, und während sich im Osten die Amerikaner bereicherten, schienen im Westen die Engländer Nutznießer zu werden.

Auf die gefährdeten portugiesischen Kolonien richteten nun aber auch die Deutschen ihr Augenmerk. Anfangs Juni 1898, als der deutsche Botschafter in London mit Salisbury über mögliche Wege eines Zusammengehens in der Welt sprach, erfuhr man in Berlin, der portugiesische Gesandte werde bei der englischen Regierung vorsprechen, um wegen der dauernden finanziellen Mißlage, in der sich Portugal befand, über die Gewährung einer englischen Anleihe gegen die *Verpfändung von Angola und Mozambique* zu unterhandeln. Es war zu erwarten, daß der britische Kolonialminister Chamberlain die Gelegenheit benützen werde, um vor allem in den Besitz der *Delagoabai* zu gelangen. Die deutsche Regierung hielt den Augenblick für günstig, um bei einem englischen Entgegenkommen das deutsche Kolonialgebiet in Afrika abzurunden.

Sie erinnerte die englische Regierung an den bereits früher bekanntgegebenen deutschen Standpunkt, wonach eine Entäußerung portugiesischer Kolonialrechte nicht ohne vorherige Verständigung zwischen England und Deutschland als den meist interessierten Nachbarstaaten erfolgen sollte.[80] Was die Delagoabai anbetraf, so bedeutete man dem deutschen Botschafter in London, die deutsche Regierung erwarte, daß der portugiesische Rest Südafrikas außer Angola deutschem Einfluß unterstellt werde, wenn Portugal die Delagoabai an England verpfände, da dies die öffentliche Meinung in Deutschland sicherlich tief erregen werde.[81] — Wenige Tage später, am 22. Juni, ließ Bülow Salisbury anfragen, ob er bereit sei, über die portugiesischen Kolonien ein bindendes Abkommen zu treffen.

Wieder bestimmten zwei Motive die deutsche Haltung: Einmal erhoffte die deutsche Regierung eine zweckmäßige Abrundung der südafrikanischen Kolonien, dann aber wollte sie aus Prestigegründen

---

[80] G. P. XIV, 1, No. 3806.
[81] G. P. XIV, 1, No. 3809.

verhindern, daß Deutschland leer ausgehe, wenn sich England bereicherte.

In einem Telegramm vom 22. Juni an den deutschen Botschafter in London stellte der Reichskanzler mit kaiserlicher Zustimmung fest, es habe sich ergeben, daß England die Regelung der portugiesischen Kolonialfrage ohne Beteiligung dritter Mächte ins Auge gefaßt habe, und daß es sich erst nach erfolgter Ablehnung durch Portugal mit dem Ersuchen an die deutsche Regierung gewandt habe, allfällige Ansprüche ihrerseits geltendzumachen. Deutschland habe England bisher in der ägyptischen Frage unterstützt und rechne nun auf entsprechende Gegenleistung, denn es sei nicht gewillt, «politische Frondienste» zu leisten. Wenn England in der portugiesischen Angelegenheit den deutschen Anspruch auf Gegenseitigkeit außer Acht lasse, so liege darin nicht nur eine Schädigung deutscher Interessen, sondern auch des «Ansehens der Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers» nach außen und nach innen, gegen die Deutschland entschieden anzukämpfen genötigt sein werde. Es handle sich dabei «wie bei Kolonialfragen im allgemeinen» für Deutschland sowohl als auch für England nicht um eine nachweisbare Berechtigung, sondern um ein Interesse und um die Macht, die zur Geltendmachung dieses Interesses nötigenfalls zur Verfügung stehe.[82]

Die Verhandlungen, die dann zwischen der englischen und der deutschen Regierung geführt wurden, zogen sich wochenlang hin. Die deutsche Regierung versteifte sich hartnäckig auf ihren Standpunkt. Bülow betonte in einem Telegramm, die deutsche öffentliche Meinung, welche die mehr oder weniger verschleierte Preisgabe der Buren ohnehin nicht leicht habe verschmerzen können, würde es der deutschen Regierung nicht verzeihen, wenn sie den Schlüssel zu Transvaal (Laurenzo Marquez) ohne einen sofort erkennbaren und einigermaßen angemessenen Gegenwert in englische Hände fallen ließe.[83]

Ähnlich äußerte sich der Freiherr von Richthofen im Gespräch mit dem englischen Botschafter in Berlin: Es sei der deutschen Regierung gänzlich unmöglich, das Schicksal der Delagoabai und der Transvaaleisenbahn und damit die Herrschaft über den Burenstaat und nahezu ganz Südafrika in die Hände Englands zu legen, ohne gleichzeitig der öffentlichen Meinung eine vollwertige Gebietsentschädigung darzubieten, die das Opfer aufwiegen würde, welches mit dem Aufhören der tatsächlichen Sympathie für die Buren und der entsprechen-

[82] G. P. XIV, 1, No. 3818.
[83] G. P. XIV, 1, No. 3834.

den Politik verknüpft sei.[84] — Diese Äußerungen des Stellvertretenden Staatssekretärs bestätigten nicht nur, daß der Prestigegedanke in der portugiesischen Kolonialfrage eine Rolle spielte, sondern noch einmal, daß die Haltung der Regierung und des Volkes in der Burenfrage eine stark gefühlsbedingte gewesen war.

Zur Frage der portugiesischen Kolonien nahm auch der Kaiser wieder leidenschaftlich Stellung, und, empört über die wenig entgegenkommende Haltung der Engländer, drohte er dem englischen Botschafter mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Anlehnung an die andern Mächte.[85]

Schließlich konnten sich die beiden Rivalen doch auf eine Regelung einigen, und zwar ohne Rücksichtnahme auf Portugal. In dem Vertrag vom 30. August 1898 sahen sie ein gemeinsames Vorgehen für den Fall vor, daß Portugal infolge Geldschwierigkeiten sich genötigt sähe, gegen die Gewährung eines Darlehens die Zolleinnahmen von Mozambique, Angola und Timor zu verpfänden. Die in Betracht kommenden Gebiete sollten dann geteilt werden. Falls Portugal seine Kolonien regelrecht veräußern wollte, sollten England und Deutschland diejenigen Gebiete endgültig behalten, in denen sie die Zolleinkünfte zugesprochen erhielten. Jede Einmischung einer fremden Macht wurde abgelehnt.

Dieser Vertrag erwies sich in der Folge als bedeutungslos, weil es gar nicht zu dem im Vertrage angenommenen Zustand kam und England einen solchen künstlich auch nicht herbeizuführen wünschte, sondern vielmehr durch den sogenannten *Windsorvertrag* von 1899 insgeheim frühere Verträge mit Portugal erneuerte, die dessen Besitzstand, auch den kolonialen, gewährleisteten. — Deutscherseits hatte man die finanziellen Hilfskräfte Portugals bedeutend unterschätzt und war nun sehr enttäuscht, als die Abmachungen wirkungslos blieben, ja man fühlte sich regelrecht von der englischen Regierung hinters Licht geführt.

Die Frage der portugiesischen Kolonien wurde später von den beiden Mächten wieder angeschnitten und durch einen *neuen Vertrag* am 20. Oktober 1913 frisch geregelt. Dieser Vertrag war für Deutschland günstig, weil er für den Verzicht auf die portugiesische Hälfte der Insel Timor und einen Streifen am Sambesi Deutschland in dem wieder angenommenen Fall, daß Portugal Pfänder ausgeben

---

[84] G. P. XIV, 1, No. 3840.

[85] G. P. XIV, 1, No. 3865 und Rbm. zu No. 3842.

müßte, den mittleren Teil von Angola und die Inseln Sao Thomé und Principe zuerkannte.

Zu heftigen Auseinandersetzungen führte dann aber die formelle *Frage der Vertragsveröffentlichung*. Die Deutschen erklärten nämlich, daß sie nur dann eine wohltätige Wirkung auf die damals — wegen der Flottenfrage — verdorbenen deutsch-englischen Beziehungen haben werde, wenn der Vertrag offensichtlich als erster Schritt zur tatsächlichen Verwirklichung hin erscheine. — Die öffentliche Meinung sei überzeugt, meldete Jagow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, dem deutschen Botschafter in London, daß Deutschland 1899 von England hintergangen und um den Preis betrogen worden sei, den es sich für seine Haltung England gegenüber in der Burenfrage ausbedungen habe. Es sei daher mit Bestimmtheit zu erwarten, daß bei der Veröffentlichung der Abmachungen dieselben Anklagen wieder erhoben würden, wenn nicht aus diesen Abmachungen selbst hervorgehe, daß ihre Verwirklichung in greifbare Nähe gerückt sei. Darum werde die deutsche Regierung die Veröffentlichung des Vertrages davon abhängig machen, daß es gelinge, mit der englischen Regierung zu einer weiteren Vereinbarung zu gelangen, die verhindern würde, daß das Abkommen auch weiterhin lediglich ein toter Buchstabe bliebe.[86]

Die deutsche Regierung befürchtete ohne Zweifel einen Prestigeverlust in den Augen des eigenen Volkes, umsomehr als die englische Regierung Miene machte, auch den Windsorvertrag zu veröffentlichen, von dem man ahnte, daß er eine Gewährleistung des portugiesischen Besitzstandes in sich schloß und folglich den deutsch-englischen Abmachungen widersprach.

Die gleichzeitige Veröffentlichung beider Verträge, meinte Jagow, würde zu solchen Mißdeutungen in der öffentlichen Meinung führen, daß die Folgen nicht nur für die deutsch-englischen Beziehungen, sondern auch für die Stellung der deutschen Regierung gar nicht zu übersehen wären. Die Anschauung, daß sich England früher einer Unaufrichtigkeit gegenüber Deutschland schuldig gemacht habe, sei in Deutschland weit verbreitet und würde durch die Veröffentlichung des Windsorvertrages bestätigt werden. Der deutschen Regierung würde dann vorgeworfen werden, sie habe einen «marché de dupe» abgeschlossen.[87]

---

[86] G. P. XXXVII, 1, No. 14661.
[87] G. P. XXXVII, 1, No. 14686.

Diesen Bedenken gegenüber versuchte Lichnowsky, der deutsche Botschafter in London, in einem Privatschreiben vom 26. Mai dem Staatssekretär die Zweckmäßigkeit einer Veröffentlichung des deutsch-englischen Vertrags klarzumachen. Ihm scheine, berichtete er, bei den Deutschen gehe die «Angstmeierei» vor der öffentlichen Meinung etwas zu weit. Er glaube an die Möglichkeit, daß der Gesamteindruck zu Deutschlands Gunsten sein werde. Man könne nie wissen, wie sich die Dinge später weiter entwickelten, darum rate er zur Eile.[88]

Auch der Gesandte in Lissabon befürwortete eine Veröffentlichung des Vertrags, obschon er einsah, daß eine Entrüstung in der deutschen Presse folgen könnte. Dieser Möglichkeit gegenüber wies er auf die Tatsache hin, daß die Unterzeichnung und Veröffentlichung des Abkommens zu einem engen Zusammengehen der beiden Mächte in andern Fragen führen dürfte.[89]

Zwei Anschauungen standen sich gegenüber, eine stark prestigebedingte und eine mehr geschäftliche. Der Reichskanzler selbst scheint eher dieser zugestimmt zu haben. Man vereinbarte schließlich, daß der Vertrag vorläufig nur paraphiert werde, die Vorlage ans Parlament und die Veröffentlichung aber erst später folgen sollten.

9. Kapitel

Die Kongofrage

England schloß am 12. Mai 1894 mit dem Kongostaat einen Vertrag ab, der England die Verwaltung eines 25 km breiten Landstücks des neutralisierten Kongostaates vom nördlichen Hafen am Tanganjika- bis zum südlichsten Punkt am Albert-Edwardsee in Pacht gab. Dieser Vertragsabschluß hing mit dem englischen Plane zusammen, eine Bahn vom Kap bis nach Kairo zu bauen.

In Berlin war man begreiflicherweise erbost darüber, daß England ohne vorherige Fühlungnahme mit der deutschen Regierung vorgegangen war und erhob Einspruch gegen das Abkommen, das den Vertrag von 1885 verletzte, nach dessen Bestimmungen der Kongostaat ohne Zustimmung der Signatarmächte seine Grenzen nicht ver-

[88] G. P. XXXVII, 1, S. 119/20 Anm.
[89] G. P. XXXVII, 1, No. 14710.

ändern durfte. Der Kaiser drückte dem englischen Botschafter Sir Edward Mallet gegenüber seine tiefe Entrüstung über das englische Vorgehen aus. Man ereiferte sich in deutschen Kreisen so sehr, daß man sogar eine militärische Besetzung Samoas ins Auge faßte und drohte, die Haltung in der ägyptischen Frage zu ändern. Als englischerseits die Ansicht geltend gemacht wurde, die deutschen Einwände beruhten nur auf den durch das Abkommen dem deutschen Handel erwachsenden Nachteilen, und als man diese durch Gewährung von Verkehrsfreiheit über den fraglichen Landstreifen als beseitigt betrachtete, erklärte Hatzfeldt Lord Kimberly gegenüber, es kämen bei dieser Angelegenheit nicht nur wirtschaftliche, sondern auch die auf frühere Abmachungen gegründeten vertragsmäßigen Rechte und schließlich auch politische Erwägungen in Frage.[90]

Es ging also den Deutschen weniger um materielle Interessen als vielmehr um die grundsätzliche Frage, ob England ohne Rücksicht auf die Deutschland vertraglich zugesicherten Rechte derartige Schritte unternehmen könne oder nicht. Die Bedeutung der Frage, so erklärte man bei Gelegenheit, sei «prinzipieller Natur» und berühre die Grundlage, auf welcher der internationale Rechtszustand Mittelafrikas aufgebaut sei.[91] Darum machte man keinen Versuch, durch Zugeständnisse zu Kompensationen zu gelangen, sondern versteifte sich auf die grundsätzliche Forderung, die Neuerung sollte rückgängig gemacht werden. Man erachtete es als notwendig, jeden Schein zu vermeiden, als fühle sich Deutschland schwach und brauche befreundete Mächte als Vorspann gegen England. England sollte daraus die Lehre ziehen, daß es Deutschland nicht alles bieten dürfe.[92]

Diese Haltung der deutschen Regierung, so begreiflich sie im Grunde angesichts des englischen Vorgehens war, erhält aber ein anderes Gesicht, wenn man weiß, daß Deutschland gerade damals angestrengte Versuche machte, England Italien näherzubringen. Eine Annäherung zwischen diesen beiden Mächten war in hohem Maße wünschenswert. Wenn England mit Italien ging, und zwar in einer dreibundfreundlichen Politik, dann bedeutete dies eine Stärkung des Dreibundes, der bei der dauernd unsicheren Haltung Italiens in seinem Bestand gefährdet war. Italien konnte nicht auf seiten der Mittelmächte bleiben, wenn sich England gegen diese einstellte, denn

[90] G. P. VIII, No. 2048.
[91] G. P. VIII, No. 2449.
[92] G. P. VIII, No. 2051/2053.

im Kriegsfall war seine Lage, angesichts der Übermacht der britischen Flotte, viel zu stark gefährdet. Umso verhängnisvoller wirkte sich die Englandpolitik der deutschen Regierung gerade auch in diesem Sonderfalle aus.

Die deutsche Haltung in der Kongofrage verstimmte die Engländer, und Lord Rosebery drohte mit einer Änderung der Beziehungen, vor allem Italien gegenüber, und mit der Hinwendung zu Frankreich. Die Deutschen aber gaben nicht nach und antworteten auf die englische Drohung mit den Worten: Nachdem Seine Majestät ihre Willensmeinung dahin kundgetan habe, daß die Wahrung geschlossener Verträge für Deutschland eine Frage der *Würde* sei, werde die deutsche Regierung auf dieser Grundlage den ihr aufgezwungenen Konflikt durchfechten.[93]

Die Engländer mußten schließlich nachgeben. Es verstärkte sich in ihnen das Gefühl, daß die bisherige Dreibundpolitik doch im großen und ganzen unvorteilhaft gewesen sei, und sie machten sich mit dem Gedanken einer politischen Schwenkung vertraut.

10. Kapitel

Das ägyptische Problem

In der ägyptischen Frage hatte Bismarck strengste Zurückhaltung gewahrt. Dies ermöglichte es ihm, die englisch-französische Rivalität in Ägypten zugunsten Deutschlands auszunützen, indem er so ein Druckmittel in seiner Hand hatte, um sich die beiden Mächte gefügig zu machen. Nachdem aber dann im Laufe der Entwicklung Frankreich vollständig aus Ägypten hinausgedrängt worden war, nahm er entschiedener für England Stellung, weil er durch eine Unterstützung der französischen Ägyptenpolitik doch nie das Maß von Wohlwollen hätte gewinnen können, das für Verstimmungen mit England einen vollen Ersatz bot. Diese zweckdienliche Politik wurde nach seinem Rücktritt noch lange Zeit fortgeführt. So äußerte sich Staatssekretär Freiherr von Marschall am 9. Juli 1893 in einem Bericht an den deutschen Botschafter in London dahin, daß Deutschland ein Interesse daran habe, die englische Politik in Ägypten zu unterstützen, weil sie ein nutzbares Gegengewicht gegen die französisch-russische Verbrüderung bilde. Zu einer Änderung dieser

[93] G. P. VIII, No. 2055.

Haltung würde die deutsche Regierung erst gezwungen werden, wenn England selbst seine Stellung dort aufgäbe.[94]

Im Zusammenhang mit andern Fragen wurde das ägyptische Problem für die deutsche Regierung aber wieder aufgeworfen. 1894 versagte sie einer von der ägyptischen Regierung vorgeschlagenen Schuldenkonversion, die sich zugunsten Englands ausgewirkt haben würde, ihre Zustimmung. Sie verwies dabei auf die englische Haltung in der Bagdadbahnfrage und auf die Schwierigkeiten, die England der deutschen Politik u. a. auch im Kongogebiet bereitete. Deutschland lege auf *Gegenseitigkeit* der Gefälligkeiten Wert und betrachte sie als Vorbedingung für seine eigenen Leistungen. Die deutsche Regierung habe es nicht nötig, nach dem derzeitigen italienischen Vorbild, im englischen Fahrwasser zu schwimmen.[95] — England sollte davon überzeugt werden, daß es von Deutschland weder in Ägypten noch anderswo Frondienste zu erwarten hatte.[96]

Ohne Zweifel benutzte man das ägyptische Problem, um dem in verschiedenen Kolonialfragen verletzten Prestigeempfinden Ausdruck zu geben. Unterstaatssekretär Freiherr von Rotenhan freilich betonte, daß man nicht in einer fortgesetzten Gegnerschaft gegen England verharren dürfe, da dies ebensowenig den hergebrachten und verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern als den Gefühlen der deutschen Dreibundfreunde entspreche. Mit Genugtuung teilte er dann dem Gesandten in Kairo mit, es sei der englischen Regierung klar geworden, daß Deutschland auch in Ägypten nicht im englischen Schlepptau fahren wolle.[97]

Die Frage wurde 1904 noch einmal aufgeworfen, und zwar anläßlich des französisch-englischen Ausgleichs vom 8. April, der in deutschen Kreisen allgemein als Niederlage und Prestigeeinbuße empfunden wurde. Damals ersuchte man die deutsche Regierung um ihre Zustimmung zu einem Khedivialdekret, das der englischen Regierung auf dem Gebiete der ägyptischen Finanzen auf Kosten der internationalen Schuldenkommission größere Freiheit eingeräumt haben würde. — Unter Hinweis auf die englisch-französische Verständigung verlangte man deutscherseits gleiche Behandlung und Zusicherungen in Ägypten, wie man sie Frankreich gegenüber habe gewähren müssen und verwies auf die weitgehenden Zugeständnisse,

---

[94] G. P. VIII, No. 1837.
[95] G. P. VIII, No. 1847/1850.
[96] G. P. VIII, No. 1851.
[97] G. P. VIII, No. 1853.

die England Frankreich in Marokko für seinen Verzicht auf ägyptische Interessen hatte machen müssen. Von Deutschland verlange man ohne irgendeine Gegenleistung Zustimmung zum Khedivialdekret, obschon die deutsche Politik England in Ägypten seit Jahren unterstützt habe und ihre eigenen Interessen dort beträchtlich seien.

In weiten Kreisen Deutschlands machte sich damals die Ansicht geltend, es seien durch das französisch-englische Abkommen in Gebieten, die keiner der beiden Mächte gehörten, deutsche Interessen unberücksichtigt geblieben. Umsomehr empfand man es, als die anfangs Deutschland gemachten Zusicherungen auf französische Einwirkung hin, wie man vermutete, wieder zurückgenommen wurden. Holstein bemerkte dazu: Deutschland stehe jetzt vor einer *Kraftprobe*. Ein Zurückweichen vor dem englisch-französischen Widerstand würde keineswegs geeignet sein, bessere deutsch-englische Beziehungen anzubahnen, sondern im Gegenteil den Engländern, Franzosen und der übrigen Welt den Beweis liefern, daß man durch schroffe Behandlung bei Deutschland am meisten erreiche. Wenn sich Deutschland diese schroffe Zurückweisung seines berechtigten Anspruchs durch England gefallen lasse, dann könne es sicher sein, daß jeder Anspruch, den es irgendwo gegen irgendwen geltend mache, mit gleicher Unbefangenheit zurückgewiesen werde.[98]

Es war der Prestigegedanke, der auch hier die deutsche Haltung weitgehend bestimmte. Diese Haltung aber war begreiflich angesichts der französisch-englischen Verständigung, die Frankreich in Ägypten gegenüber Deutschland einseitig begünstigte. Die Engländer mußten schließlich nachgeben, worauf es zu einer Verständigung kam. Der Zwischenfall wirkte sich aber auf die beidseitigen Beziehungen nachteilig aus.

---

[98] G. P. XX, 1, No. 6461.

III. Abschnitt

DEUTSCHLANDS POLITIK IM NAHEN ORIENT UND AUF DER BALKANHALBINSEL

11. Kapitel

Das Bagdadbahnproblem

Von besonderer Bedeutung wurden unter Wilhelm II. diejenigen Gebiete, die entweder einmal unter türkischer Oberhoheit gestanden hatten oder immer noch standen.

Der große türkische Staatsverband war seit langem innerlich faul und drohte auseinanderzufallen, und zwar sowohl der europäische als auch der asiatische Teil. Was die Türkenherrschaft in Europa anbetraf, so beruhte sie auf Eroberung und konnte im 19. Jahrhundert nur noch mit Mühe aufrechterhalten werden. Die Türkei war militärisch zusehends schwächer geworden und in technischer und organisatorischer Beziehung zurückgeblieben. In das morsche Gebäude war von Westen her der Gedanke des nationalen Selbstbestimmungsrechtes gedrungen und hatte zu einem unaufhaltsamen *Auflösungsprozeß* geführt. Die Unterschiede der Nationalität und des Glaubens waren stärker als jedes staatliche Zusammengehörigkeitsgefühl, und so lösten sich bereits im 19. Jahrhundert Griechen, Rumänen, Bulgaren, Serben und Montenegriner zum größten Teil aus dem türkischen Staatsverband. Ihr Ziel war fortan, ihre noch unerlösten Glaubens- und Volksgenossen auch von der türkischen Herrschaft zu befreien und sie ihren neugegründeten Staaten anzugliedern.

Der Zerfall der europäischen Türkei berührte nun aber wesentlich die Große Politik, bildete doch dieser Staat durch den Besitz der Meerengen sowohl die Verbindung zwischen Europa und Asien, als auch die zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer. *Sein Schicksal interessierte deshalb alle Staaten, die irgendwie am Welthandel und an der Weltpolitik beteiligt waren.* Es waren dies in erster Linie Rußland, Österreich und England, dann aber in zweiter Linie auch Italien, Frankreich und Deutschland. Hier lag der Grund, weshalb die türkischen Balkanfragen nicht nur örtliche Bedeutung hatten, sondern allgemein politische. An ihnen konnte sich ein großer Kampf zwischen den Großmächten entzünden,

deren Beziehungen zueinander wesentlich beeinflußt wurden von der Entwicklung der Probleme in der europäischen Türkei.

Aber auch die asiatische Türkei reichte in den Interessenbereich der Großmächte hinein, und auch sie drohte unterzugehen, wie u. a. die ständigen Armenieraufstände zeigten. Hier wachten die Großmächte ebenfalls eifersüchtig über die zukünftige Beute, die für England wegen Indiens besonders wichtig war, und die auch Rußland, Frankreich und Deutschland aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen bedeutungsvoll schien.

Unter Bismarck hatte sich die deutsche Politik im ganzen türkischen Herrschaftsgebiet *zurückgehalten.* Es galt das Wort von den Knochen des Pommerschen Grenadiers. Als der deutsche Botschafter in Konstantinopel 1888 dem großen Kanzler von dem Kampfe englischer und französischer Finanzgruppen um kleinasiatische Bahnen berichtete, bemerkte er dazu: In dieser Sache werde es Deutschlands Aufgabe sein, die Rivalität zwischen den beiden ihren Weg gehen zu lassen wie in Ägypten.[1] Aus realpolitischen Gründen befürwortete er Zurückhaltung. Als sich dann gleichzeitig auch deutsche Unternehmer in den Wettbewerb einließen, und zwar auf Anregung des Sultans hin, änderte Bismarck seine Haltung nicht. Nach seiner Meinung durfte das Reich keineswegs für die Türkei eintreten, damit es nicht mit andern Staaten in Streit geriet. Deshalb *lehnte es der Kanzler immer wieder ab, die deutsche Diplomatie zur Unterstützung der deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen im Orient einzusetzen.* «Das Risiko des Unternehmens falle auf die Unternehmer, aber nicht auf das Reich.»[2]

Als die deutsche Regierung vom Direktorium der Deutschen Bank darum angegangen wurde, lieh sie unter dem Einfluß Bismarcks ihre Unterstützung durch den Botschafter in Konstantinopel ausdrücklich *nur* für die Verleihung der Konzession, nicht aber für die spätere Ausführung und den Betrieb der in Frage kommenden Bahn. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß die darin für das deutsche Kapital liegenden Gefahren ausschließlich den Unternehmern zur Last fallen sollten, und daß diese nicht darauf rechnen könnten, daß das Reich

---

[1] *Helfferich Karl,* Georg v. Siemens, Ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit. Berlin 1923, Bd. III, S. 27 f. und *H. Holborn,* Deutschland und die Türkei, 1878—1890. Berlin 1926, S. 83 ff.

[2] *Helfferich,* III, S. 16 ff. und *Holborn,* S. 89 ff.; siehe auch Helfferich, Deutsche Türkenpolitik, Berlin 1921, S. 4 ff.

sie gegen die mit dem gewagten Unternehmen verbundenen Wechselfälle sicherstellen werde.

Auch später wurde dieser von Bismarck vorgezeichnete Weg vom Auswärtigen Amt innegehalten. Man hatte nichts gegen deutsche Unternehmungen im Ausland, aber man erklärte, *daß sich Deutschland nicht durch wirtschaftliche Unternehmungen im Orient binden lasse.* Man wollte vermeiden, daß das Reich mit den andern interessierten Mächten in Konflikt gerate. Der Bismarckschen Politik waren die Beziehungen zu den einzelnen Mächten wichtiger als wirtschaftliche Erfolge.

Deutsche Unternehmer gingen nun los und begannen die asiatische Türkei wirtschaftlich zu durchdringen. Sie übernahmen die dort bedeutendste Aufgabe, *den Bau der Bagdadbahn,* die Verwirklichung des uralten Gedankens einer Verbindung von Mittelmeer und Indien. Bereits im Oktober 1888 erfolgte der Abschluß des ersten Konzessionsvertrags zwischen der Pforte und einer von der Deutschen Bank in Berlin geführten Finanzgruppe über den Bau der ersten Strecken. Am 22. März 1889 wurde für die Ausführung des Bahnbaus die *Anatolische Eisenbahngesellschaft* gegründet.

Im Gegensatz zu Bismarck, der dem neuen wirtschaftlichen Unternehmen kühl gegenüberstand, begeisterte sich der *Kaiser* dafür, entsprach es doch den großen Plänen, die ihm seine lebhafte Einbildungskraft eingab. Dem Sultan, der sich am 7. Oktober 1891 die moralische Unterstützung Wilhelms II. für das Unternehmen erbat, sicherte er wohlwollende Anteilnahme zu.

Damals ahnte man nicht, wie sehr das neue Unternehmen den Wetteifer unter den interessierten Mächten wecken sollte. Aus einer ursprünglich rein wirtschaftlichen wurde eine hochpolitische Angelegenheit, denn hinter die finanziellen Unternehmer stellten sich bald einmal die Botschafter der interessierten Staaten und schließlich die Mächte selbst. Früh spielte auch der Prestigegedanke schon seine Rolle. Am 23. Dezember 1892 berichtete der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Fürst von Radolin, nach Berlin, es bewürben sich neben einer deutschen auch eine französische und eine englische Finanzgruppe mit Projekten um die Durchführung des Bahnbaus. Der Großwesir bekämpfe das deutsche Projekt. Er habe ihm daher erklärt, der Sultan habe sich um das Wohlwollen des Kaisers erfolgreich beworben, und die Kaiserliche Regierung habe alle nur möglichen Schritte unternommen, um die Pforte von der Wirtschaftlichkeit des Bahnbaus zu überzeugen. Wenn daher jetzt das deutsche

Projekt fallen gelassen werde, sei in Deutschland eine allgemeine Mißstimmung zu erwarten. — Radolin fügte die Bemerkung hinzu: Bei der großen Wichtigkeit des Unternehmens für die deutschen Interessen und das «deutsche Prestige» habe er es für ratsam gehalten, möglichst bald ein Ergebnis zu erzielen.[3]

Daß sich der Prestigegedanke von Anfang an mit dem wirtschaftlichen Interesse Deutschlands am Bau der Bagdadbahn verband, sollte bald deutlicher werden. Die andern Mächte legten der Verwirklichung des deutschen Unternehmens Schwierigkeiten in den Weg. Frankreich, England und Rußland suchten Deutschland weiterhin mit eigenen Projekten den Rang abzulaufen. 1893 meldete der deutsche Botschafter aus Konstantinopel, sein englischer Kollege habe namens seiner Regierung wegen der Konzessionserteilung an Deutschland bei der Pforte Einspruch erhoben, und zwar mit der Begründung, das deutsche Unternehmen schädige englische Interessen. Sofort ließ der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Marschall, in London erklären, daß die Sache für Deutschland durch den Umstand Bedeutung gewinne, daß Seine Majestät auf speziellen Wunsch des Sultans ihr allerhöchstes Interesse für die Übernahme des fraglichen Bahnbaus durch deutsche Unternehmer bekundet habe. In einer nunmehrigen Nichterteilung der Konzession an die deutschen Bewerber müßte die deutsche Regierung daher «eine Bloßstellung der Person Seiner Majestät» erblicken.[4] Und dem Sultan gegenüber äußerte Fürst Radolin die Worte: In der Nichterteilung der Konzession an die Deutschen läge eine «Beleidigung des Kaisers», die dieser sehr übel nehmen müßte. Dies könnte bedenkliche Folgen nach sich ziehen.[5]

Man begann also auf deutscher Seite das persönliche Prestige des Kaisers auszuspielen. In der Folge nahm dann die deutsche Regierung in der ägyptischen Frage einen Frontwechsel vor und nötigte die Engländer, ihren Widerstand vorläufig aufzugeben. Durch ihre Stellungnahme zum Bau der Bagdadbahn *gab aber die deutsche Regierung ihre bisherige Zurückhaltung bereits auf* und zwang England, in einer wirtschaftlichen Frage des Orients nachzugeben. Dies verstimmte in London, rief unfreundliche Äußerungen in der Presse hervor und zeigte den Engländern — nach Ansicht Lord Greys —, daß die Freundschaft mit dem Dreibund keineswegs «bequem» war.[6] Was

[3] G. P. XIV, 2, No. 3963.
[4] G. P. XIV, 2, No. 3965.
[5] G. P. XIV, 2, No. 3970.
[6] *Lord Grey*, Fünfundzwanzig Jahre Politik, München 1926. Bd. I, S. 21 ff.

Bismarck hatte vermeiden wollen, war geschehen: Die deutsche Regierung hatte das deutsch-englische Verhältnis auch im Orient durch ihre Politik belastet. Es stellte sich nun die Frage, ob der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens diesen Nachteil aufwiegen würde.

Aufstände in Armenien und auf Kreta sowie der griechisch-türkische Krieg behinderten den Bahnbau. Erst als das russisch-österreichische Abkommen vom Mai 1897 den Orient befriedete, lebte das Unternehmen wieder auf. Freiherr von Marschall, eine der maßgebendsten Persönlichkeiten des neuen Kurses, der nach seinem Rücktritt vom Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes 1897 als Botschafter nach Konstantinopel übergesiedelt war, hielt die Lage für günstig, um das Projekt zu verwirklichen und die türkischen Gebiete der deutschen Wirtschaft zu erschließen. Er drängte darauf, daß die Vorbereitungen für den Bahnbau unverzüglich getroffen würden, damit die Bahn nicht ein internationales, sondern ein deutsches Unternehmen werde. Die einheimischen Kapitalien müßten, meinte er, ein gewisses Risiko übernehmen, und die Regierung sollte die Kapitalisten in vorsichtiger Weise auf diejenigen Unternehmen hinweisen, die dem nationalen Interesse dienten. Mit innerer Begeisterung fuhr er fort: «Wenn ich ein Zukunftsbild ausmale, wie die Dinge sich einst gestalten werden, wenn Deutschland fortfährt, sich im Orient wirtschaftlich auszustrecken, — der Hafen von Haydar Pascha, dem zu erheblichem Teil auf deutschen Schiffen deutsche Waren zugeführt werden, die Bahnlinie von dort bis Bagdad ein deutsches Unternehmen, das nur deutsches Material verwendet und zugleich für Güter und Personen die kürzeste Linie bildet, aus dem Herzen Deutschlands nach seinen ostasiatischen Besitzungen — so tritt dem vorschauenden Blick der Moment entgegen, in dem der berühmte Ausspruch, daß der ganze Orient nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert sei, eine interessante historische Reminiszenz, aber keine aktuelle Wirklichkeit mehr bildet.»[7]

Es war die *grundsätzlich neue Stellungnahme* der deutschen Politik zum Orient, die in diesen Ausführungen Marschalls zum Ausdruck kam und die Billigung des Kaisers fand, der bereits am 17. Mai 1898 das Auswärtige Amt hatte wissen lassen, daß er sich lebhaft für die Bagdadbahn interessiere. Man war freilich auf deutscher Seite nicht überall begeistert für den Umschwung in der Orientpolitik. Im Auswärtigen Amt wies man bewußt auf die traditionelle Politik unter

[7] Bericht Marschalls vom 3. Februar 1899 ans Auswärtige Amt, *Helfferich*, S. 90.

Bismarck hin. Unterstaatssekretär Freiherr von Richthofen meinte: «Die Knochen eines pommerschen Grenadiers dürften uns aber heute noch ebensoviel wert sein wie vor 10 oder 20 Jahren, und die Neigung, sie aufs Spiel zu setzen, dürfte bei der deutschen öffentlichen Meinung heute noch ebenso gering sein als zur Zeit, wo Fürst Bismarck seinen bekannten Ausspruch tat.»[8] — Gegen die damals geplante *Orientreise* des Kaisers erhoben sich in gewissen Kreisen, so im Schoß des preußischen Staatsministeriums, Bedenken.

Diese Orientreise fand im Herbst 1898 statt und offenbarte aller Welt die vollzogene Wandlung der deutschen Orientpolitik. Das persönliche Hervortreten Wilhelms II. verband das Deutsche Reich viel fester mit der Türkei als vertragsmäßige Verpflichtungen. In verstärktem Maße wurden das persönliche Prestige des Monarchen und dasjenige des Reiches mit dem orientalischen Schicksal verknüpft. Den Höhepunkt erreichte die Kundgebung in der Rede des Kaisers zu Damaskus am 8. April 1898, auf die früher schon hingewiesen worden ist.[9] Mit der Versicherung seiner Freundschaft für die Mohammedaner übernahm der Kaiser eine große moralische Verantwortung, die sich, wie wir bereits feststellen konnten, politisch verhängnisvoll auswirkte, abgesehen davon, daß sie in England und Frankreich peinliches Aufsehen erregte.

Vergeblich suchte Staatssekretär von Bülow die öffentliche Bekanntgabe des schwungvollen Wortlauts zu verhindern mit Rücksicht auf den Eindruck, den die Rede im Ausland machen konnte. Marschall begrüßte sie, weil sie seinen Plänen Vorschub leistete und sorgte dafür, daß sie sofort dem Wolffschen Nachrichtenbureau weitergegeben wurde. Realpolitische und prestigehafte Überlegungen kreuzten sich, und wieder gaben *diese* den Ausschlag. Zurückgekehrt besprach Seine Majestät das ganze Problem mit dem Auswärtigen Amt und mit der Deutschen Bank. Immer deutlicher stellte sich die deutsche Politik darauf ein. Die Erfolge blieben nicht aus. Am 29. Januar 1899 erging das definitive Irade des Sultans, das der Anatolischen Eisenbahngesellschaft trotz französischem Widerstande die Konzession für den Bau eines Hafens in Haydar Pascha erteilte.

Wie stellten sich die andern Mächte dazu? Sowohl England und Frankreich als auch Rußland versuchten wiederholt, durch Intrigen und Gegenaktionen, deren Mittelpunkt Konstantinopel war, die Verwirklichung des Bahnprojektes zu hintertreiben. Es erübrigt sich,

---

[8] G. P. XIV, 2, S. 573 ff.

[9] Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1898, S. 335 f.

darauf näher einzugehen. Da der Abschluß eines definitiven Konzessionsvertrages aus verschiedenen Gründen nicht möglich war, schlug Marschall dem Sultan einen Vorvertrag vor, um den Quertreibereien ein Ende zu bereiten und seinen Landsleuten den Bahnbau zu sichern. Am 23. Dezember 1899 wurde vom Sultan tatsächlich eine Vorkonzession für die noch zu bauenden Teilstrecken bewilligt.

In der Folge kam es wegen der Frage des *Endpunktes* der Bagdadbahn zu einem Zusammenstoß mit England. Die Türken wünschten die Verlängerung der Bahn bis in die natürliche Hafenstadt am Persischen Golf *Kueit*. Um aber zu verhindern, daß der Endpunkt der Bagdadbahn in fremde Hände geriet, gedachte die englische Regierung, über das Gebiet von Kueit die *Schutzherrschaft* zu erklären. Dies war den Deutschen nicht erwünscht, da es die Fortführung des Bahnbaus in Frage gestellt hätte, deren erste Voraussetzung war, daß das ganze Bahngebiet von Haidar Pascha bis Kueit unter unbestrittener türkischer Hoheit stehe. Reichskanzler Bülow bemerkte dazu in einem Telegramm an den Botschafter in London, es sei schwerlich anzunehmen, daß England in einer die deutschen Interessen und die deutsche «Würde» so nahe berührenden Frage eine solche Haltung einnehmen werde.[10] — Die deutsche Regierung wurde in der Folge bei der britischen vorstellig und wies auf die Unfreundlichkeit ihrer Haltung hin. Graf Metternich, der Stellvertretende Botschafter in London, ging so weit, den Engländern zu erklären, wenn sich Fragen wie Kueit zwischen zwei Regierungen so zuspitzten, dann könne nicht mehr von einem deutsch-englischen Bündnis die Rede sein, sondern höchstens von «beiderseitigen Gegnern».[11]

England gab nach. Bezeichnend aber für die deutsche Politik war, daß sie in einer an sich nicht schwerwiegenden Frage mit derartigen Ausdrücken an die englische Regierung hinangetreten war. Daß sie dabei unter dem Einfluß des Prestigegedankens gestanden hatte, geht aus einem Telegramm Bülows hervor, worin er erklärte, für Deutschland sei in der Kueitfrage maßgebend: «zunächst die Wahrung unseres Ansehens, dann die Integrität der Türkei im allgemeinen und erst in dritter Linie unsere Interessen an der Zukunftsbahn.»[12]

Trotz erneuten Intrigen der Mächte und entgegen dem Bedenken der beteiligten Banken gelang es Marschall und dem Kaiser, die sich immer entschiedener für den Bahnbau einsetzten, nach langen und

---

[10] G. P. XVII, No. 5294.
[11] G. P. XVII, No. 5296.
[12] G. P. XVII, No. 5311.

hartnäckigen Verhandlungen mit den maßgebenden türkischen Persönlichkeiten am 17. Januar 1902 von der Türkei die *definitive Konzession* für die eigentliche Bagdadbahn zu erhalten, die vom östlichen Endpunkt der Anatolischen Bahn in Konia nach Bagdad und schließlich bis an den Persischen Golf führen sollte. Bei den Verhandlungen war Marschall immer mehr hervorgetreten, während der Kaiser mit gesteigerter Unruhe ihren Verlauf verfolgte. Mit voller Begeisterung begrüßte Wilhelm II. dann das Ergebnis und verriet, wie stark er sich gefühlsmäßig mit der Bahnfrage verbunden hatte.

Der Widerstand der andern Mächte ließ aber nicht nach. Da man deutscherseits die Schwierigkeiten des Bahnbaues wohl erkannte, lud man auch fremdes Kapital zur Beteiligung ein, allerdings unter der Voraussetzung, daß der deutsche Einfluß beim Unternehmen wie bisher vorwiegend bleibe. Ein zu weites Entgegenkommen gegenüber Frankreich z. B. hätte, nach dem Urteil des deutschen Geschäftsträgers in Konstantinopel, des Freiherrn von Wangenheim, Deutschlands Einfluß in der Türkei zugunsten Frankreichs vermindert, weil es als *Schwäche* ausgelegt worden wäre.[13] — Zu einer Einigung und Verständigung kam man infolgedessen mit den andern Mächten nicht. Sie leisteten weiterhin Widerstand. Trotzdem gelang es den deutschen Unternehmern, den Bau der ersten Strecke nach Eregli bis zum Oktober des Jahres 1904 zu vollenden. Hier mußte der Weiterbau vorläufig eingestellt werden, denn das Projekt führte ins Taurusgebirge, und seine Verwirklichung brachte erhebliche Schwierigkeiten mit sich und verlangte bedeutende Geldmittel. Da die türkische Regierung nicht in der Lage war, die Finanzierung ohne Erhöhung der Zolleinnahmen sicherzustellen, wozu nach den geltenden Verträgen die Zustimmung der Großmächte erforderlich war, gelangte sie mit diesbezüglichen Gesuchen an die verschiedenen Regierungen. England, Frankreich und Rußland hielten mit ihrer Zustimmung lange Zeit zurück und verhinderten so für die nächsten Jahre den Weiterbau. Erst für den Monat Juli des Jahres 1907 gaben sie dann endlich ihre Zustimmung, aber unter erschwerenden Bedingungen. In der Zwischenzeit fanden neue Verhandlungen zwecks Beteiligung der andern Mächte am Unternehmen statt, aber ohne Erfolg. Man bestand deutscherseits hartnäckig auf der Forderung, daß das Unternehmen den Charakter einer deutschen Bahn beibehalte. Ein englischer Vorschlag, die ganze Frage zu vieren, also mit Beteiligung Englands, Rußlands und Frankreichs zu lösen, lehnte man in Berlin

[13] G. P. XVII, No. 5263.

ab, weil man eine «Majorisierung» mit ihren für das Prestige so bedenklichen Folgen fürchtete.[14]

1908 brach in der Türkei die *Jungtürkische Revolution* aus, die in ihren Auswirkungen eine Verstärkung des englischen Einflusses auf Kosten des deutschen zeigte. Es gab damals Kreise, die das Unternehmen der Bagdadbahn für bedroht ansahen. Der deutsche Botschafter in London, Metternich, befürwortete dringend ein Einlenken in der Flottenfrage, damit England seine bisher ablehnende Haltung gegenüber dem Unternehmen aufgebe. Andere äußerten die Wünschbarkeit, aus politischen Gründen mit England Hand in Hand zu gehen. Dabei drückte man die Hoffnung aus, daß die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen die beiden Mächte einander näherbringen möchten, andernfalls sich die Kluft zwischen ihnen noch vertiefen würde.

Diese sachlichen Beweisgründe veranlaßten die deutsche Regierung einzulenken. Freiherr von Marschall wurde angewiesen, dem Großwesir zu erklären, daß Deutschland bereit sei, die Verhandlungen über eine britische Beteiligung wieder aufzunehmen, falls es von türkischer oder englischer Seite angeregt werde. Tatsächlich setzten dann neue Verhandlungen ein, und die englischen Vertreter bemühten sich, die Kontrolle über die Golfstrecke in ihre Hand zu bekommen. Dazu nahm Reichskanzler Bethmann Hollweg in einem Privatbrief an Marschall Stellung, und er betonte, daß ein Abkommen über die Bagdadbahn nur dann vor der öffentlichen Meinung vertreten werden könne, wenn er in der Lage sei, auf *Kompensationen* hinzuweisen. Am willkommensten wäre ihm ein allgemeines politisches Abkommen oder unter Umständen ein Beteiligungsrecht an der Euphrat- und Tigrisschiffahrt, da dies von der öffentlichen Meinung zweifelsohne als Erfolg angesehen werden würde.[15] — Ähnlich schrieb Metternich in einem Brief vom 10. Februar 1910 an den Reichskanzler: Die Bagdadbahn sei im Laufe der Zeit zu sehr mit der Politik verquickt worden, so daß eine allgemeine politische Verständigung die Vorbedingung einer englischen Beteiligung sei.[16] — Marschall selbst betrachtete jede Verabredung, die England in irgend einer Form die Kontrolle über die Golfstrecke eingeräumt haben würde, als einen «Rückzug» vor England, und er wies auf die Wirkung hin, die eine solche Regelung auf

[14] G. P. XXV, 1, No. 8670.
[15] G. P. XXVII, 2, No. 9993.
[16] G. P. XXVII, 2, No. 9995.

die deutsche öffentliche Meinung haben würde. Einen Verzicht auf den Bau der Golfstrecke zugunsten der Engländer und ohne gleichwertige Entschädigung hielt er für politisch unmöglich.[17] — Der Leiter der politischen Abteilung, Zimmermann, schließlich betonte in einer Aufzeichnung, die für eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem englischen Botschafter Goschen bestimmt war, daß jede Vereinbarung, die England den überwiegenden Einfluß einräumen würde, «seitens der deutschen öffentlichen Meinung als eine schwächliche Nachgiebigkeit der Kaiserlichen Regierung gegenüber England» angesehen würde. Gerade die Bagdadbahnfrage werde von seiten der deutschen Öffentlichkeit mit ganz besonderem Interesse verfolgt. Es entspreche nur der Tatsache, wenn er behaupte, daß diese Frage durch die Presse, namentlich infolge der Opposition der englischen Regierung gegen das Projekt, einer Opposition, die auch von Rußland und Frankreich aufgenommen worden sei, «fast zu einer nationalen Frage ersten Ranges» gestempelt worden sei. Daher sei ein genügendes «Äquivalent» nötig. «Ich würde mir daher durch Abschluß eines Separatabkommens den begründeten Vorwurf der Schwäche und übertriebenen Nachgiebigkeit gegenüber England zuziehen.» Eine Einreihung des von den Engländern begehrten Bagdadbahnabkommens in ein *politisches Gesamtabkommen* sei notwendig, denn nur dies könnte ihn «gegen den Vorwurf sicherstellen . . ., daß . . . [er] in der Bagdadbahnfrage einen offenbaren Rückzug vor England angetreten habe.»[18]

Die Frage der Vollendung der Bagdadbahn war, wie aus den angeführten Dokumenten deutlich hervorgeht, eine Prestigefrage *ersten Ranges* geworden. Der Hinweis auf die öffentliche Meinung und auf den nationalen Charakter des Unternehmens, das Verlangen von Kompensationen usw., alles deutete darauf hin. Bereits wurde in jenen Äußerungen der Wunsch sichtbar, ein mögliches Sonderabkommen in ein allgemeines politisches Übereinkommen mit England einzuschließen, um nicht nur einen empfindlichen Prestigeverlust zu vermeiden, sondern einen offensichtlichen Erfolg davonzutragen. Dieser Gedanke sollte in den deutsch-englischen Verhandlungen wiederholt noch eine Rolle spielen.

Das Verhalten der deutschen Regierung verriet deutlich, daß die ursprünglich wirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens im Laufe der Entwicklung immer stärker hinter die politische zurückgetreten

---

[17] G. P. XXVII, 2, No. 9997, Anlage.
[18] G. P. XXVII, 2, No. 9999.

war. Nur so war es verständlich, daß man in Berlin hartnäckig um den Bau der Endstrecke kämpfte, während gleichzeitig der deutsche Geschäftsträger in Konstantinopel, von Miquel, dem Reichskanzler vertraulich mitteilte, die Deutsche Bank lege, insofern es sich nicht um politische Interessen handle, keinen besondern Wert auf den Bau der Endlinie.[19] Darum auch leistete man Widerstand gegen den türkischen Vorschlag, der, um dem Streit ein Ende zu setzen, die Zurückgabe der Konzession an die Türkei vorsah.

Staatssekretär Freiherr von Schoen äußerte in einem Bericht an den Geschäftsträger in Konstantinopel schwere Bedenken gegen diesen türkischen Vorschlag. Die Bagdadbahn sei ohne Deutschlands Zutun und gegen seinen Willen zu einer «Prestigefrage» geworden. Ein Verzicht auf den Bau der Golfstrecke zugunsten der Türkei würde in Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach nicht als Gefälligkeit gegenüber der Türkei, sondern «als ein Zurückweichen vor England» angesehen werden.[20] — Ähnlich ließ sich Freiherr von Marschall dem türkischen Außenminister Rifaat-Pascha gegenüber in einer Denkschrift aus: «Für die materiellen Verluste, welche dadurch der Bagdadbahngesellschaft entstehen, kann leicht Ersatz geschaffen werden. Bei moralischen Werten, die zugrundegehen, liegen die Dinge wesentlich anders . . .» Gegenüber den englischen und französischen Intrigen müsse man durchhalten und wenn nötig rücksichtslos vorgehen.[21]

Man dachte bezeichnenderweise nicht an die Folgen, die die deutsche Bagdadbahnpolitik für die Beziehungen des Reichs nach sich ziehen konnte. Man sah nur auf die Wirkung nach außen und triumphierte, als die geldliche Sicherstellung des Bahnbaus bis Bagdad bevorstand. Sei der diesbezügliche Vertrag unterzeichnet, dann bedeute das einen «großartigen Triumph deutschen Unternehmungsgeistes und zäher deutscher Politik.» Der Kampf der Mächte gegen das Unternehmen sei gescheitert und damit auch die englische Hoffnung, Mesopotamien ausschließlich unter englischen Einfluß zu bringen.[22]

Im Herbst 1910 machte die Türkei den Versuch, in Frankreich ein *Anleihen* aufzunehmen. Sofort bemühten sich die Russen, den Abschluß der darüber eingeleiteten Verhandlungen zu hintertreiben.

---

[19] G. P. XXVII, 2, No. 10006.
[20] C. P. XXVII, 2, No. 10007;
[21] G. P. XXVII, 2, No. 10015, Anlage.
[22] G. P. XXVII, 2, No. 10038.

Diese schienen zu scheitern. Da nahmen die Deutschen dazu Stellung. Der Kaiser war der Ansicht, daß man gemeinsam mit Österreich den Türken unbedingt helfen müsse, damit sie nicht «ad aeternum unter Gallo-Britische Druckherrschaft per Beutel» gerieten.[23] Tatsächlich sicherte die deutsche der türkischen Regierung für den Fall eines Scheiterns der Anleiheverhandlungen mit Frankreich die Bereitwilligkeit des deutschen Geldmarktes zu. Die deutschen Banken trafen die nötigen Vorbereitungen, um, wie sich Bethmann Hollweg in einem Bericht an den Kaiser ausdrückte, «bei der großen politischen Tragweite» der Sache die Türkei vor der Zwangslage zu bewahren, sich unter das «kaudinische Joch der französischen Forderungen zu begeben.»[24] Wie sehr man dabei weniger an die finanzielle, sondern an die politische Seite der Angelegenheit dachte, sollte noch deutlicher werden.

Am 25. Oktober meldete der deutsche Geschäftsträger aus Paris, die Anleiheverhandlungen seien gescheitert. Die Möglichkeit einer Befriedigung durch den deutschen Kapitalmarkt werde aber in Paris als höchst unangenehm empfunden. Deshalb sei die französische Regierung entschlossen, alles zu tun, um dem deutschen Geld die Befriedigung der türkischen Bedürfnisse zu erschweren.[25] — Dieser Bericht rührte mächtig an das deutsche Prestigeempfinden. Man hatte das Gefühl, Frankreich erstrebe von Berlin einen «aveu d'impuissance». Falls dies erreicht sei, glaubte man, würden dann die Franzosen das Anleihen gewähren und nicht nur einen finanziellen, sondern auch einen politischen Erfolg davontragen. Es war Freiherr von Marschall, der diese Meinungen äußerte und hinzufügte, daß es in seinen Augen, wie sehr er auch Bedenken finanzieller Art würdige, die dem Abschluß zurzeit entgegenständen, und obschon ein solcher im Augenblicke für die deutschen Banken sehr unbequem sei, eine «politische Notwendigkeit» scheine, sofort eine Anleihe mit der Pforte zu vereinbaren. Deutschland könne sich in dieser Frage unmöglich einer Niederlage aussetzen.[26]

Dieser Ansicht pflichtete der Reichskanzler bei, und als die deutschen Banken Schwierigkeiten machten, telegraphierte Marschall erneut ans Auswärtige Amt: Nach dem hochpolitischen Kampf, zu dem die französische Anleihe geführt habe, müßte der *«Echec der deutschen*

---

[23] G. P. XXVII, 2, S. 701 Anm. *.
[24] G. P. XXVII, 2, No. 10053.
[25] G. P. XXVII, 2, No. 10055.
[26] G. P. XXVII, 2, No. 10058.

Finanz» das Ereignis des Tages bilden. Von der ganzen türkischen Welt würde dann die finanzielle Vormachtstellung Frankreichs und zugleich die deutsche Ohnmacht festgestellt werden. Dies würde ein großer Erfolg Frankreichs sein, das die politische Stellung Deutschlands in der Türkei zu erschüttern suche. Die gegenwärtige Lage verlange, daß die Banken die schwebende Finanzfrage «vom großpolitischen Gesichtspunkt aus» lösten.[27]

Eine an sich rein finanzielle Angelegenheit nahm so durch die Verknüpfung mit dem Prestigegedanken hochpolitischen Charakter an. Interessant, daß man deutscherseits die finanzielle Unterlegenheit als Gefährdung des Prestiges zu empfinden begann. Darum das Bestreben, die türkischen Bedürfnisse durch die eigenen Banken zu befriedigen, was dann auch wirklich geschah. Es war ein Erfolg der deutschen Politik, der dadurch noch vergrößert wurde, daß der Abschluß eines neuen Bagdadbahnabkommens nahe rückte. Die französische Diplomatie und Bankwelt arbeiteten eifrig daran, den von den Deutschen gewonnenen Vorsprung wieder einzuholen. Mit Hilfe des französischen Botschafters in Konstantinopel versuchten sie, bei der türkischen Regierung eine Reihe von Eisenbahnprojekten in der europäischen und kleinasiatischen Türkei durchzusetzen und stellten zu diesem Zwecke der Pforte günstige Bedingungen für neue Anleihen in Aussicht.

Deutscherseits erkannte man, wie gefährlich die Verwirklichung solcher Projekte für die Vollendung der Bagdadbahn war. Darum suchte man den französischen Plänen bei der türkischen Regierung entgegenzuwirken. Versuche, mit der französischen Finanzgruppe durch Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen, scheiterten. Ob die französischen Projekte den türkischen Interessen entsprachen oder nicht, dies kümmerte die Deutschen nicht. Ihnen ging es nur um die Vollendung der Bagdadbahn, mit der so viel Prestige verbunden war.

Die allgemeine Lage, insbesondere diejenige in Marokko, übten einen großen Einfluß auf die deutsche Haltung aus. In einem vertraulichen Bericht vom 8. August 1911 an Miquel wies Kiderlen darauf hin, daß Deutschland, solange die marokkanische Frage noch keine Lösung gefunden habe, ein Interesse daran habe, Frankreich die Schwierigkeiten zum Bewußtsein zu bringen, die ihm eine unfreundliche Haltung der deutschen Politik auch

[27] G. P. XXVII, 2, No. 10060.

außerhalb Marokkos zu bereiten in der Lage sei. Zur Zeit müsse es besonders unerwünscht erscheinen, daß eine von Deutschland ausgesprochene Verzichtleistung den Charakter eines auffälligen wirtschaftlichen Erfolges Frankreichs im Nahen Orient gewinne. Erst nach einer Klärung der deutsch-französischen Beziehungen würde eine Änderung des deutschen Standpunktes möglich sein.[28] — Ein Beweis dafür, daß wir berechtigt sind, in der damaligen Zeit von einer Weltpolitik zu reden. Was irgendwo in der Welt geschah, wirkte sich überall aus. Weil Frankreich die Deutschen aus Marokko verdrängen wollte, glaubte man, ihm in türkischen Fragen aus Prestigegründen nicht entgegengehen zu dürfen. Darum diese Einstellung gegenüber den Franzosen in der Bagdadbahnfrage.

Inzwischen fanden Verhandlungen zwischen England und der Türkei über die Möglichkeit statt, die Golfstrecke als türkische Staatsbahn unter Zustimmung der britischen Regierung zu bauen. Der deutsche Staatssekretär ließ in London mitteilen, daß man nach wie vor bereit sei, sich mit dem britischen Kabinett darüber zu verständigen. Wenn Deutschland durch den Bau von vornherein auch nur wirtschaftliche Pläne verfolgt habe, so sei doch diese Angelegenheit durch die Haltung der englischen Presse und durch den Widerstand der Regierung zu einer politischen Frage umgestempelt worden. Für ein mögliches Aufgeben der deutschen Rechte auf den Bau der Golfstrecke würde daher eine entschiedene Gegenleistung nötig sein, denn eine Einigung auf anderer Grundlage könnte von der Kaiserlichen Regierung vor der öffentlichen Meinung nicht vertreten werden.[29]

In den Verhandlungen, die bald darauf diesbezüglich zwischen den beiden Mächten geführt wurden, stand die Entschädigungsfrage im Mittelpunkt. So erklärte Jagow in einem Bericht vom 29. Mai 1913 an den Botschafter Lichnowsky: Deutschland müsse verlangen, daß ihm auch eine Beteiligung in der Kommission für die Schiffbarmachung und Instandhaltung des Schatt-el-Arab und anderswo zugebilligt werde. Irgendeine materielle Beteiligung wünsche Deutschland zwar nicht, vielmehr komme es ihm lediglich auf eine «formelle Mitwirkung» an, um die öffentliche Meinung beruhigen zu können. Er wies dann auch auf eine mögliche Beteiligung an der unter Umständen künftig auszuführenden Bahn von Sobeir nach Kueit hin, welche wieder als Gegenleistung nur auf dem Blatt stehen werde,

---

[28] G. P. XXXI, No. 11510.

[29] G. P. XXXVII, 1, No. 14725.

da ja England nicht die Absicht habe, diese Bahn wirklich zu bauen.[30]

Die deutsche Politik wurde unter der Einwirkung des Prestigegedankens immer deutlicher eine *Bluffpolitik*, die nicht mehr mit wirklichen Werten, sondern mit *Scheinwerten* rechnete, die für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Auf diese wurde in zunehmendem Maße hingewiesen, was wieder recht augenfällig zeigte, wie sehr sich die Bahnfrage zu einer Prestigefrage zugespitzt hatte: «Der fatale Eindruck, den unsere Konzession in der Öffentlichkeit zweifellos machen wird . . .»[31] — «Wegen öffentlicher Meinung und Schifffahrtskreise müssen wir Wert darauf legen, daß wenigstens die nach unserem Entwurf bestehende *scheinbare* Gleichheit beider Beteiligungen gewahrt bleibt.»[32] — «Um dies [gemeint ist eine Einigung] zu ermöglichen, müßte aber auf englischer Seite mehr Entgegenkommen für unsere Wünsche und größeres Verständnis für unsere schwierige Stellung gegenüber der öffentlichen Meinung in Deutschland gezeigt werden.»[33]

Daß dieser starke Einfluß des Prestigegedankens die Verhandlungen ungemein erschweren mußte, leuchtet ein. Trotzdem konnte man sich schließlich am 15. Juni 1914 mit England verständigen. Nach langen schwierigen Verhandlungen wurde die Streitfrage durch ein *Abkommen* geregelt.

Ähnlich verliefen die gleichzeitigen deutsch-französischen Verhandlungen, die am 15. Februar 1914 ebenfalls mit einem Abkommen ihren Abschluß fanden. Indessen bewirkte das herannahende Ende der Balkankriege, die das Schwergewicht der Türkei vorwiegend auf Kleinasien verlegten, daß die Mächte von neuem darnach strebten, durch den Bau von Bahnen ihren Einfluß auf kleinasiatischem Boden zu vermehren. Bereits im April 1913 erneuerten die Franzosen, von Rußland unterstützt, ihre durch die Balkankriege unterbrochenen Bemühungen, bei der Pforte Konzessionen für neue Bahnen zu erlangen. Sie stießen aber sofort auf den Widerstand der von Deutschland unterstützten Anatolischen Eisenbahn- und der Bagdadbahngesellschaft. Doch schienen diesmal die französischen Verhandlungen von Erfolg gekrönt zu werden. Am 20. Oktober 1913 berichtete Bot-

---

[30] G. P. XXXVII, 1, No. 14748.
[31] G. P. XXXVII, 1, No. 14763.
[32] G. P. XXXVII, 1, No. 14775.
[33] G. P. XXXVII, 1, No. 14786.

schafter Wangenheim aus Konstantinopel in einem vertraulichen Brief an den Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann, die französische Regierung werde demnächst in der Lage sein, den Kammern und dem Publikum eine lange Liste von «Erfolgen» vorzulegen, welche sie bei Verhandlungen mit der Türkei davongetragen habe. Es handle sich dabei, abgesehen von Eisenbahnfragen, um lauter Kleinkram. Aus dem vielen Stroh werde sich aber die französische Regierung einen Lorbeerkranz winden, während die französische Presse von bedeutenden Erfolgen Frankreichs, wahrscheinlich auch von einem Triumphe über Deutschland erzählen werde. Die Erfahrungen der vergangenen Woche hätten gezeigt, daß die deutsche öffentliche Meinung bereits die Fassung verliere, wenn in einem «obscuren, subventionierten» Blatte Konstantinopels stehe, daß die Türkei sich in die Arme Frankreichs geworfen habe. — Deutschland habe selbst das größte Interesse daran, daß die Türkei «saniert» werde, weshalb denn die französisch-türkischen Verhandlungen nicht gestört werden dürften, da ohne Frankreich eine «Sanierung» nicht möglich sei. Leider habe nun aber die deutsche Presse nicht das geringste Verständnis für solche «feine Nuancen» der deutschen Orientpolitik. Er nehme daher an, daß, wenn Frankreich mit seinem «succès» an die Öffentlichkeit trete, sofort einige Schreier, vielleicht auch im Reichstag, an die Regierung mit der Frage herantreten würden, was *sie* den französischen Erfolgen gegenüber für sich herausgeschlagen habe. — Zwar weise auch Deutschland Erfolge auf, wie die Erlangung des Schadenersatzes für die während der Balkankriege entgangenen Gewinne beim Bahnbetrieb oder das Durchsetzen der Zinserhöhung für eine an die Türkei gewährte Anleihe, Erfolge aber, mit denen die deutsche Regierung vor der Öffentlichkeit nicht viel Staat werde machen können. Falls er darum noch einige «sekundäre Erfolge» brauche, um das türkisch-deutsche Abkommen im Reichstag gegenüber den französischen Scheinerfolgen vertreten zu können, werde er ihm derartige unterbreiten.[34]

In seiner Antwort erklärte Zimmermann, die deutsche Regierung werde sich nach den Triumphgesängen, die schon jetzt in der französischen Presse angestimmt würden, auf eine Beunruhigung der deutschen öffentlichen Meinung gefaßt machen müssen. «Demgegenüber wäre es doch recht nützlich, wenn wir außer den wirklichen wertvollen Errungenschaften .... auch noch mit einigen auf die

[34] G. P. XXXVII, 2, No. 14956.

Galerie berechneten Erfolgen aufwarten könnten.» — Er erbat sich solche und erhielt sie auch.[35]

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man deutscherseits eine gewisse *Unsicherheit* empfunden haben mußte, aus der heraus dann das Verlangen stieg, durch scheinbare Erfolge sich den Anschein der Stärke zu geben. Recht auffällig von neuem die *Abhängigkeit* der Regierung von der *öffentlichen Meinung!* Daß man in den Verhandlungen mit den Franzosen für jedes Entgegenkommen in der Bagdadbahnfrage vollwertige Gegenleistungen verlangte, und zwar unter Hinweis auf die öffentliche Meinung, war angesichts der frühern Haltung der deutschen Regierung nicht verwunderlich.

Durch den Ausbruch der Balkankriege war der Bau der Bagdadbahn finanziell in Frage gestellt worden, da die Pfänder für den Bahnbau ernstlich bedroht wurden. Als dann Verhandlungen zwischen den Mächten wegen der «finanziellen Liquidierung» der Balkankriege bevorstanden, betonte Wangenheim, der deutsche Botschafter in Konstantinopel, in einem Bericht vom 1. April 1913 an den Reichskanzler, es sei notwendig, sich zu überlegen, wie der Gefährdung des großen Unternehmens, mit dem so viel des deutschen «politischen Prestiges» verbunden sei, zu begegnen sein werde.[36]

Später, als tatsächlich in Paris diesbezügliche Verhandlungen geführt wurden, traten die deutschen Vertreter entschieden für die Entschädigung der erlittenen Verluste und die geldliche Sicherstellung des Unternehmens ein. Ihre Beweggründe wurden in einem Bericht des Staatssekretärs vom 11. Mai 1913 an den Botschafter in Wien deutlich erkennbar. Darin gab jener der Vermutung Ausdruck, daß die beiden Westmächte England und Frankreich womöglich die Fortführung des Bahnbaus in Frage stellen möchten. Die Bagdadbahn, die ursprünglich als ein rein wirtschaftliches Unternehmen gedacht gewesen sei, sei durch den englischen und französischen Widerstand, sehr gegen den deutschen Willen, zu einer «politischen Angelegenheit» umgestempelt worden, in die Deutschland mit seinem Prestige verwickelt sei.[37] — Davon ausgehend kam dann Jagow zu den Forderungen, wie sie von den deutschen Vertretern bei den Verhandlungen geltend gemacht wurden.

Sogar die Beziehungen zu den eigenen *Verbündeten* wurden in diesen Fragen durch den Prestigegedanken beeinflußt. Das zeigte

---

[35] G. P. XXXVII, 2, S. 524, Anm. **
[36] G. P. XXXVII, 1, No. 14727.
[37] G. P. XXXVII, 2, No. 15210.

sich, als Österreich und Italien bei Verhandlungen über eine allfällige Aufteilung Kleinasiens in Arbeitszonen mit Forderungen auftraten, die das deutsche politische Interesse im Orient zu beeinträchtigen drohten. Damals bemerkte der Staatssekretär von Jagow in einem privaten Schreiben an den Botschafter in Wien, Deutschland könne nicht bis zur Schädigung seiner eigenen «vitalen» Interessen schreiten.[38] — Es sei nicht so sehr der Widerstand der Deutschen Bank, schrieb er gleichzeitig dem Botschafter nach Rom, als vielmehr eine politische Erwägung, die die deutsche Regierung zum Widerstand gegen die österreichisch-ungarischen Ansprüche zwinge. Große wirtschaftliche Konzessionen und Bahnbauten bedeuteten nun einmal, wie die Dinge im Orient lägen, «die Begründung auch politischen Einflusses in betreffenden Gebieten».[39] — Man war darum in Berlin nicht erbaut über die Forderungen der verbündeten Mächte.

Erneut legte man dann besondern Wert auf die *politische* Seite des Problems, als die Möglichkeit einer Internationalisierung der Orientbahnen aufgeworfen wurde. Der deutsche Botschafter in Wien, von Tschirschky, führte dem österreichisch-ungarischen Außenminister, dem Grafen Berchtold, deutlich vor Augen, daß diese Frage, angesichts der französischen Bestrebungen, auf dem Balkan Fuß zu fassen, für Deutschland einen «eminent politischen Charakter» habe, und es scheine ihm daher auch im österreichischen Interesse zu liegen, dafür zu sorgen, daß Österreich-Ungarn und Deutschland zusammen ihren Einfluß auf das türkische Netz behielten.[40]

Diese Hinweise auf den politischen Charakter des Bahnbaus und der damit zusammenhängenden Probleme waren Ausdruck des Prestigeempfindens, das sich in allen orientalischen Fragen in vermehrter Stärke geltend machte. Die Folge war, daß eine an sich ursprünglich rein *wirtschaftliche* Frage im Laufe der Entwicklung zu einer *hochpolitischen* Angelegenheit wurde. Die deutschen Interessen im Nahen Osten waren freilich sehr bedeutend. Deutsche Initiative ging voran, deutsche Unternehmen standen im Vordergrund. Von da aus gesehen, mußte die deutsche Haltung in der wichtigen Frage des Bahnbaus begreiflich erscheinen. Und doch ist dann wieder festzustellen, daß das wirtschaftliche Ergebnis der deutschen Orientpolitik wohl kaum das *politische* aufzuwiegen vermochte, das sich

---

[38] G. P. XXXVII, 2, No. 15100.
[39] G. P. XXXVII, 2, No. 15048.
[40] G. P. XXXVII, 2, No. 15135.

als eine andauernde und schwere Belastung der deutschen Beziehungen zu Rußland, Frankreich und England herausstellte.

12. Kapitel

Deutschlands Politik in Persien

Wie die Türkei, so war auch Persien ein *zerfallendes* Staatsgebilde, um dessen Gunst einzelne Mächte, vorab Rußland und England, warben. Zwischen diesen beiden herrschte denn seit langem eine starke Rivalität, die sich fortwährend verschärfte. Die deutsche Regierung hielt sich ursprünglich *zurück*, weil, wie sich Bülow am 10. Januar 1901 in einem geheimen Berichte an den Kaiser äußerte, Deutschland kein Interesse habe, für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen. «Indem Eure Majestät unsere Selbständigkeit gegenüber England wie gegenüber Rußland mit derselben Festigkeit wahren, gleichzeitig aber unser Verhältnis zu England und Rußland in gleicher Weise pflegen, steigt unser Prestige gegenüber beiden Mächten.»

Als die deutschen Interessen in zunehmendem Maße in Persien eindrangen, zeigte sich auch ein deutliches Anwachsen des deutschen Einflusses. Am 6. August 1906 konnte der deutsche Gesandte in Teheran, Freiherr Hartmann von Richthofen, nach Berlin berichten, gewisse Ereignisse in Persien hätten gezeigt, daß nur zwei Mächte einen tatsächlichen Einfluß auf die Geschicke des Landes ausübten, England und Deutschland. Daß dem so sei, verdanke das Reich weitgehend seinem «Ansehen ..... in der gesamten mohammedanischen Welt». — Richthofen befürwortete eine rührigere Politik in Persien, dessen Regierung angesichts der ihr von englischer Seite drohenden Gefahr bei Deutschland Schutz suche.[41]

Allmählich änderte sich die Haltung Deutschlands gegenüber den persischen Fragen. Dies zeigte sich bereits im Oktober 1906, als zu Berlin Besprechungen stattfanden zwischen der deutschen Regierung und dem russischen Außenminister Iswolsky über die beidseitige Politik in Persien. Dabei betonte man deutscherseits die Notwendigkeit der *offenen Tür*, weil sonst die Regierung vor der öffentlichen Meinung und dem Reichstag nicht bestehen könne.[42]

Als die Russen auf eine schriftliche Erklärung drängten, in der die

[41] G. P. XXV, 1, No. 8573.

[42] G. P. XXV, 1, No. 8649.

deutsche Regierung jegliche politischen Interessen in Persien ausdrücklich hätte abschwören sollen, ließ man in Petersburg wissen, daß eine solche Zumutung für eine Großmacht wie Deutschland nicht annehmbar sei.[43] Damit gab man zu, daß die Stellung des Reiches in Persien mehr als nur eine wirtschaftliche war. Der Hinweis auf die öffentliche Meinung und die Verurteilung des russischen Ansinnens als eine Zumutung waren Anzeichen für etwas Neues, das bereits zum Ausdruck kam.

1907 trafen Rußland und England in ihrem bekannten Ausgleichsvertrag Abmachungen über eine Teilung Persiens in Interessensphären. Die deutsche Regierung erhob keinen Einspruch dagegen. Die zunehmende Bedrohung Persiens durch die fremden Mächte führte aber zur Bildung einer jungpersischen Partei, deren Ziel eine Kräftigung des Staates durch tiefgreifende Reformen war. Da der junge Schah gegen diese Reformen Widerstand leistete, brach im Juli ein *Bürgerkrieg* aus, der das Land in Wirren und Unruhen stürzte.

Davon wurde auch die deutsche Politik berührt. Der Gesandte in Teheran, Graf von Quadt, hielt sich während des Konfliktes zurück und führte so die ursprüngliche Politik fort. Deshalb verweigerte er den Feinden des Schahs das Asylrecht, obschon er sich bewußt war, daß dadurch das deutsche Prestige im Lande beeinträchtigt wurde. Auch lehnte er die wiederholten Ersuchen um unparteiische Vermittlung ab, obgleich er wußte, daß seine Zurückhaltung als Furcht, Rußland zu mißfallen, ausgedeutet wurde.[44] Auch später befürwortete er eine Politik der Zurückhaltung und Selbstverleugnung. Dabei war er sich darüber klar, daß die englische und russische Entente sich gegen das Vordringen Deutschlands richteten, und daß das deutsche Prestige in den Augen der Perser sinken mußte. Für ihn war die Überlegung ausschlaggebend, daß sich die «unnatürliche Entente» zwischen Rußland und England von selbst auflösen werde, wenn sich keine Gelegenheit geboten haben werde, gemeinsam gegen ein rührigeres Deutschland aufzutreten.[45] Die Beziehungen des Reiches zu den Großmächten waren von Quadt wichtiger als die Prestigestellung in Persien. Freilich betonte er gelegentlich die Notwendigkeit, in London und St. Petersburg auf Kompensation zu dringen, was mit seiner sonstigen Haltung in einem Widerspruch zu stehen schien.

---

[43] G. P. XXV, 1, No. 8584.
[44] G. P. XXVII, 2, No. 10071.
[45] G. P. XXVII, 2, No. 10072.

Noch 1909, anläßlich von Verhandlungen mit Österreich-Ungarn über ein Zusammengehen in persischen Fragen, befürwortete man deutscherseits eine zurückhaltende Politik und die bloße Sicherung der *Unabhängigkeit* und *Integrität* Persiens. Eine Einmischung in die innern Angelegenheiten des Landes lehnte man ab. Damals brachen in Südpersien Unruhen aus, die bald auf andere Gebiete übergriffen und schließlich Befürchtungen für die Sicherheit der fremden Vertretungen in Teheran erweckten. Da anzunehmen war, daß russische Truppen zum Schutz der eigenen Landsleute und der Fremden einmarschieren würden, verlangte der Gesandte in Teheran eine Gesandtschaftswache. Er erklärte, daß, wenn die kaiserliche Gesandtschaft und die deutsche Kolonie unter russischen Schutz gestellt würden, in der mohammedanischen Welt der Türkei, Persiens und Indiens auch der letzte Rest des deutschen Ansehens verschwinden werde.[46] Diese Forderung von Quadts war erstaunlich angesichts der sachlichen Haltung, die er zuvor in allen persischen Fragen eingenommen hatte. Sie bedeutete eine Abkehr von seiner bisherigen Politik. Obschon er die Unterstützung des Reichskanzlers fand, wurde sein Begehren nicht erfüllt, weil der Kaiser seine Zustimmung versagte, nicht aus sachlichen Gründen freilich, sondern weil er für die Welt ein anschauliches Zusammengehen der beiden Kaisermächte Deutschland und Rußland gegen Revolution und Unordnung in Persien wünschte.[47] Wieder ein Zeugnis dafür, daß das monarchische Prestigeempfinden die kaiserliche Haltung bisweilen stark zu beeinflussen vermochte.

Tatsächlich marschierten dann russische Truppen ein und rückten in der Richtung auf Teheran vor. Der Schah verlor durch seinen Anschluß an den für die Unabhängigkeit Persiens gefährlichen Feind alle Sympathie beim Volk, mußte abdanken und nach Rußland fliehen. Sein elfjähriger Sohn wurde zum Nachfolger ausgerufen und eine Regentschaftsregierung eingesetzt.

Da Persien finanziell sehr schlecht dastand, gedachte man in persischen Kreisen, ein Anleihen aufzunehmen. Wie der deutsche Gesandte berichtete, versuchten England und Rußland, Persien an London und Petersburg zu binden. Dies sei aber in Persien verhaßt, deshalb rechne man dort mit der Möglichkeit, sich an Frankreich zu wenden. — Daraufhin ließ die deutsche Regierung in London und

---

[46] G. P. XXVII, 2, No. 10080.
[47] G. P. XXVII, 2, No. 10080 Sbm.

St. Petersburg verkünden, sie müsse darauf bestehen, in Persien mit Frankreich wenigstens gleich behandelt zu werden.[48]

Kurz darauf kam die Nachricht nach Berlin, England und Rußland beabsichtigten, die Berufung von französischen administrativen Beratern bei der persischen Regierung durchzusetzen. Dagegen lehnte sich die deutsche Regierung auf und beauftragte Metternich, den Botschafter in London, für den Fall, daß sich jene Nachricht bestätigte, bei der englischen Regierung vorstellig zu werden und zu erklären, daß Deutschland von den Ententemächten nicht zugemutet werden könne, daß es auch noch Frankreich eine bevorzugte Stellung in Persien einräume.[49] Und als Rußland sogar noch französische Finanzbeamte als Bedingung für die Gewährung einer Anleihe forderte, bedeutete Freiherr von Schoen, der Staatssekretär für das Auswärtige, dem Vertreter in St. Petersburg, eine Durchsetzung dieser Forderung würde zur Folge haben, daß Deutschland bei dem wichtigsten Teil der innern Verwaltung Persiens ausgeschaltet würde, was die deutsche Regierung ihrer öffentlichen Meinung gegenüber nicht zu vertreten in der Lage wäre. Deutschland müsse volle *Gleichberechtigung* mit den Franzosen in der Finanzverwaltung und Kontrolle fordern.[50] — Als Rußland und England gar noch die Ausschließung des fremden Handels in ihren Interessengebieten verlangten, wurde die deutsche Regierung in London und St. Petersburg erneut vorstellig.[51]

Die persische Frage war durch den Hinzutritt Frankreichs als interessierte Macht für die deutsche Regierung eine Angelegenheit des Prestiges geworden. Dies sollte noch deutlicher werden: Am 29. März 1910 telegraphierte der Staatssekretär nach St. Petersburg, Deutschland habe bisher lediglich anerkannt, daß Rußland und England als Grenznachbarn Persiens dort ein besonderes Interesse an der Herstellung geordneter Verhältnisse hätten. Damit aber habe die deutsche Regierung diesen Staaten keine Generalvollmacht dazu erteilt, die Finanzreform und gewisse wirtschaftliche Fragen Persiens nach eigenem Gutdünken und unter offenbarer Zurücksetzung Deutschlands zu regeln. Sie bestehe nach wie vor auf völliger Gleichstellung mit Frankreich. Eine Ausschließung Deutschlands in Persien ohne jede Gegenleistung würde die öffentliche Meinung nicht

---

[48] G. P. XXVII, 2, No. 10087 und S. 746 Anm. *
[49] G. P. XXVII, 2, No. 10090.
[50] G. P. XXVII, 2, No. 10093.
[51] G. P. XXVII, 2, No. 10097/10098/10099.

ertragen können und könnte von der Regierung auch beim besten Willen nicht vertreten werden. Im gleichen Sinne sprach man sich auch gegenüber den Engländern aus, und Schoen selbst erklärte dem englischen Botschafter in Berlin, die deutsche öffentliche Meinung würde eine Ausschaltung Deutschlands aus dem persischen Wirtschaftsgebiet ohne entsprechende Entschädigungen nicht ertragen können.[52]

Daß es den Deutschen weniger um die Erhaltung wirklicher Interessen als vielmehr um die Behauptung des Prestiges ging, wurde ersichtlich aus einem Telegramm Schoens an den Botschafter in St. Petersburg, in welchem er darauf hinwies, daß kein deutsches Bankunternehmen in Persien jemals Anleihen angeboten oder um den russischen und englischen Interessen abträgliche Konzessionen nachgesucht habe. Für Deutschland habe daher die ganze Frage «nur theoretische Bedeutung».[53]

Anfangs November 1910 fanden zwischen Bethmann Hollweg, Kiderlen und dem russischen Außenminister Sasonow Besprechungen über die Bagdadbahn und Persien statt. Der russische Minister legte den Entwurf zu einem diesbezüglichen Notenaustausch vor. Dabei stellte er von neuem das Ansinnen an die deutsche Regierung, durch eine schriftliche Erklärung auf jedes politische Interesse in Persien zu verzichten. Dies wurde von deutscher Seite wieder entschieden abgelehnt, wobei man betonte, eine vertragsmäßige Erklärung, in einem Lande von der Größe und Bedeutung Persiens keine politischen Interessen zu haben, vermöge eine Großmacht nicht abzugeben, «ohne dabei Einbuße an ihrem Prestige zu erleiden.»[54]

Die deutsche Regierung blieb bei dieser Haltung. Sie bestand in den weiteren Verhandlungen darauf, daß in das mögliche Abkommen der Satz aufgenommen werde, beide Regierungen verpflichteten sich, die Integrität und Unabhängigkeit Persiens zu achten. Sie wollte vermeiden, daß bei einem nachträglichen Verzicht darauf infolge russischen Widerspruchs der Eindruck hervorgerufen werde, als ob Deutschland Persien um kleinlicher handelspolitischer Vorteile willen an Rußland ausgeliefert habe. Diesem Verdachte mußte Deutschland in ihren Augen schon mit Rücksicht auf sein «Prestige» in der mohammedanischen Welt vorbeugen.[55] Freilich wurde dann

---

[52] G. P. XXVII, 2, No. 10102/10111.
[53] G. P. XXVII, 2, No. 10124.
[54] G. P. XXVII, 2, No. 10193.
[55] G. P. XXVII, 2, No. 10217.

doch auf diesen Zusatz verzichtet, weil die deutsche Politik damals mit schweren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte (Agadir!) und der Kaiser zum Abschluß mit Rußland drängte.

Rückblickend stellen wir nochmals fest, daß sich die deutsche Politik in Persien lange Zeit zurückhielt, daß sie dann aber in zunehmendem Maße Interessen wirtschaftlicher und schließlich auch politischer Art geltend machte und ihre Zurückhaltung unter dem Einfluß des Prestigegedankens mehr und mehr aufgab.

13. Kapitel

Deutschlands allgemeine Türkenpolitik

Wenn wir zu den türkischen Fragen zurückkehren, dann sei eines gleich festgehalten: Die deutsche Politik beschränkte sich in der Türkei nicht auf das Unternehmen der Bagdadbahn, sondern sie *erwärmte sich zusehends für alle andern türkischen Probleme.* Damit entfernte sie sich immer weiter von der Bismarckschen Grundhaltung.

Ende Juli 1908 brach die *jungtürkische Revolution* aus, die den Sultan nötigte, eine frühere, nur kurze Zeit gültige Verfassung von neuem in Kraft zu erklären. Der Umsturz, vom Heer und seinen Führern getragen, vollzog sich ohne schwere Kämpfe. In deutschen Kreisen stellte man aber fest, daß mit ihm ein Rückgang des deutschen Einflusses im Orient festzustellen war. Wie Freiherr von Marschall am 4. September nach Berlin berichtete, wurde eine deutschfeindliche Stimmung seit dem Umsturz und der Einführung der neuen Verfassung selbst in der Hauptstadt deutlich wahrgenommen. Er sprach die Vermutung aus, daß England in Zukunft wohl wieder eine türkenfreundliche Politik treiben und damit ein Gegengewicht gegen Rußland bilden werde. Deutschland und England könnten beide Freunde der Türkei sein, ohne daß sich ihre Wege auf politischem Gebiet zu kreuzen brauchten.[56]

Marschall schien also eine Annäherung an England in orientalischen Fragen zweckmäßig. War er wirklich entschlossen, diesem gegenüber eine neue Politik einzuleiten? — Nein, es war nur eine vorübergehende Anwandlung. Eine wirkliche Umstellung nahm er nicht vor. Schon zwei Jahre später, als es sich erwiesen hatte, daß die nachteiligen Folgen der jungtürkischen Bewegung von keiner

[56] G. P. XXV, 2, No. 8911.

großen Bedeutung waren, vertrat er wieder die alte Politik. Damals, am 30. Mai 1910, sandte er einen ausführlichen Bericht über die allgemeine Lage in der Türkei nach Berlin. Darin wies er auf die englisch-russische Interessengemeinschaft hin und auf die Furcht, die die Türken vor England hätten. Rußland selber sei bestrebt, die Türkei von Österreich-Ungarn und Deutschland abzuziehen und den Einfluß der beiden im Orient auszuschalten, umgekehrt aber die europäische Türkei und die Balkanstaaten einem russischen Protektorate zu unterwerfen. Die Türkei sehe dich daher genötigt, Anlehnung an Deutschland und den Dreibund zu suchen. Nun sei aber die Türkei «nicht ausschließlich Produkt einer *geistigen* Operation». Ein «anderes Moment» komme hinzu. Wie das Insekt dem Licht, so wende sich der Orientale der Macht zu. Wer die «effektive Macht» im Orient besitze, habe gewonnenes Spiel; wer zurückweiche, habe die Partie verloren. Als Beispiel wies er auf die Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn hin, wo durch das entschiedene Auftreten der deutschen Politik und ihren Schritt in Petersburg (zur Verhinderung der russischen Intervention) die türkische Erregung gemildert worden sei. Das sei ein Kraftbeweis des Zweibunds gewesen und habe beruhigend gewirkt. Darum auch seien die Verhandlungen wegen Persiens (siehe vorangehendes Kapitel!) für die Stellung in der Türkei von erheblicher Bedeutung. Gelänge es dort der russisch-englischen Entente, den deutschen wirtschaftlichen Unternehmen wider Völkerrecht und Vertragsrecht die Tür zu weisen, so würde dadurch bei den Türken nicht nur die deutsche Stellung notleiden, sondern das Ansehen Englands und Rußlands gewaltig steigen. Seitdem er in Konstantinopel tätig sei, habe er den auf ein mißverstandenes Wort gestützten Satz, daß Deutschland in der Türkei keine wirtschaftlichen und politischen Interessen besitze, bekämpft. Dieser Satz sei eine Waffe der Gegner geworden, die Deutschland bei den Türken verdächtigten mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland nur ihr Geld gewinnen wolle, selbst aber keinen Finger rühren würde, wenn sie sich in Not und Gefahr befänden. Nun scheine jene «Abstinenz» (in wirtschaftlichen und politischen Fragen) die Folge zu haben, daß andere Mächte ihre wirklichen oder künstlich konstruierten Interessen zum Vorwand nähmen, um deutsche wirtschaftliche Unternehmen zu bekämpfen wie England die Bagdadbahn. Wenn dessen Vorgehen Schule mache und Erfolg habe, dann werde in den Staaten, welche sich England oder Rußland oder beide «als politischen Konzern» ausgelesen hät-

ten, die deutsche wirtschaftliche Entwicklung der Willkür dieser beiden Mächte unterstellt, was ein unwürdiger Zustand sein würde. — Marschall bekämpfte dann nochmals den Grundsatz, wonach Deutschland in der Türkei keine *politischen* Interessen habe und zog daraus die Schlußfolgerung, daß es notwendig sei, die Fortdauer des status quo und die Unzulässigkeit einer Veränderung ohne deutsche Zustimmung zu betonen und durch eine diesbezügliche Erklärung der türkischen Regierung Rückendeckung zu bieten. Mit dem Grundsatz, daß man wirtschaftliche und politische Fragen nicht miteinander vermengen dürfe, komme Deutschland nicht weiter.[57]

Dieser Bericht Marschalls war eine Rechtfertigung seiner bisherigen Orientpolitik, die im Prestigegedanken wurzelte und darum Wert darauf legte, den andern Mächten gegenüber in der Türkei die deutsche Macht zu betonen. Interessant wieder der Hinweis auf die enge und nach seiner Meinung untrennbare Verbundenheit von Wirtschaft und Politik. Daß sie wirklich untrennbar war, dürfte freilich angezweifelt werden. Denken wir doch nur an die Marokkofrage! — Der Ausspruch Bismarcks über die Einstellung des Reichs zu orientalischen Fragen konnte nicht mißverstanden werden.

Der Bericht Marschalls, der eine entschiedene Prestigepolitik im Orient verlangte, fand die Zustimmung des Kaisers. Damals wandte sich die Türkei zwecks Lieferung von Kriegsschiffen an die deutsche Regierung. Diese hegte zuerst Bedenken militärischer und technischer Art und zögerte mit der Zustimmung. Daraufhin gaben die Türken bekannt, daß sie sich im Falle einer Ablehnung des Begehrens an andere Mächte wenden würden. Der deutsche Militärattaché in Konstantinopel, Major von Strempel, berichtete von einem Plan des türkischen Marineministers, der vorsehe, alle Bestellungen für die nächsten zehn Jahre an England zu vergeben.[58] Jetzt ging die deutsche Regierung auf den türkischen Wunsch ein, weil sie begreiflicherweise nicht wollte, daß eine andere Macht, besonders England, den Auftrag ausführte, da dies den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und seinem Prestige zuwiderlief. Der Kaiser freilich war von Anfang an für die Übernahme des Auftrages eingetreten und hatte sich energisch gegen eine Überlassung an die Engländer ausgesprochen.

Die deutsche Politik wollte alles vermeiden, was die Prestigestellung des Reiches im Orient gefährden konnte. Der Kaiser und Mar-

---

[57] G. P. XXVII, 1, No. 9789.
[58] G. P. XXVII, 1, No. 9811.

schall gaben den Ton an. Damals fanden, wie wir an anderer Stelle schon angeführt haben, Besprechungen zwischen den Russen und Deutschen über die Orientpolitik statt. Durch Indiskretion sickerte anfangs 1911 bei der Pforte durch, Rußland wolle gemeinsam mit Deutschland verhindern, daß die Türkei in Ostanatolien Bahnen baue. Derartiges war tatsächlich zwischen den beiden Mächten verhandelt worden, aber nur auf Grund einer diesbezüglichen einseitigen Wunschäußerung der Russen. — Der Reichskanzler ließ den Botschafter in Petersburg wissen, daß es in Konstantinopel einen Sturm der Entrüstung entfachen würde, wenn sich jetzt die deutsche Regierung durch die russischen Wünsche von ihrer bisherigen Marschrichtung abdrängen ließe. Der Glaube an die Aufrichtigkeit der deutschen Politik würde erschüttert und ihr «moralisches Prestige» einer Belastungsprobe ausgesetzt werden, «für die auch ein unbeschränktes russisches Neutralitätsversprechen kein ausreichendes Äquivalent böte.»[59]

Alle orientalischen Probleme wurden von der deutschen Regierung mehr und mehr nur vom Standpunkt des Prestiges aus beurteilt. Die Beziehungen Deutschlands zu den Großmächten traten dem gegenüber an Bedeutung zurück. Kein Wunder, daß sie immer wieder durch neuauftauchende und an sich unbedeutende Fragen beeinträchtigt wurden. Recht aufschlußreich war in dieser Beziehung die *Liman Sanders-Affäre:*

Es war ganz natürlich, daß bei der zunehmend engeren Verbindung der deutschen Interessen mit dem Schicksal der Türkei der Zug in die deutsche Politik hineinkam, das zerfallende Staatsgebilde zu stärken. Deshalb unterstützte die deutsche Regierung die Reformbestrebungen, die von der Pforte auf verschiedenen Gebieten gemacht wurden. 1909 beschloß der türkische Ministerrat einstimmig, den deutschen Kaiser zu ersuchen, den Generaloberst *Freiherrn von der Goltz,* zunächst einmal vier Monate jährlich, behufs einer Reorganisation der türkischen Armee zu beurlauben. Da anzunehmen war, daß Goltz auf Grund seiner Stellung auch eine Art politischer Berater werden würde, mußte man befürchten, daß Deutschland bei der damaligen Staatsform der Türkei (Militärdiktatur) für politische Entscheidungen verantwortlich gemacht werden könnte. Es schien jedoch der deutschen Regierung nicht möglich, das türkische Ansuchen einfach abzuweisen, da sie die Türken nicht verstimmen

[59] G. P. XXVII, 2, No. 10214.

wollte.[60] Sie beschloß daher, sich vorläufig abwartend zu verhalten und dann Goltz zu verpflichten, sich jeglicher politischen Betätigung zu enthalten und seinen Aufenthalt auf einen Monat zu beschränken.

In der Folge richteten aber die Türken neue Anfragen zwecks Absendung von Militärmissionen an die deutsche Regierung. Die Jungtürken waren entschlossen, mit Hilfe europäischer Instruktoren den noch verbliebenen Rest des türkischen Reiches durch Reformen zu kräftigen. Ein englischer General sollte die Flotte, ein französischer die Gendarmerie und ein deutscher die Armee umgestalten. Mit Genugtuung stellte der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Freiherr von Wangenheim, in einem Bericht an den Reichskanzler fest, daß diejenige Macht, die die Armee «kontrolliere», in der Türkei immer die stärkste sein werde. Deutschland müsse die Reformbestrebungen der Türkei unterstützen, da es ja ein Interesse an ihrer Erhaltung habe.[61] — So wurde denn General *Liman von Sanders* von der deutschen Regierung zum Reorganisator bestimmt. Er sollte seinen Sitz in Konstantinopel nehmen, wo früher lange Zeit sein Vorgänger von der Goltz gewesen war. Um die Reform durchgreifender zu gestalten, war vorgesehen, daß der Chef der Militärmission zugleich das Kommando über das erste türkische Armeekorps in Konstantinopel, das zu einem Musterkorps werden sollte, übernehme.

All dies wurde nun aber von den Russen, die gemäß ihrer bisherigen Meerengenpolitik auf die Zertrümmerung der Türkei hinarbeiteten, mit Erbitterung aufgenommen. Der Gedanke, daß die türkische Armee durch deutsche Instruktionsoffiziere gestärkt werden könnte, war ihnen verhaßt. Am 13. November 1913 eröffnete Sasonow dem deutschen Botschafter gegenüber den Angriff auf das Vorgesehene, peinlich berührt von dieser Angelegenheit, wie er sich ausdrückte, die keinen militärischen, sondern einen politischen Charakter habe.

Damals weilte der russische Ministerpräsident Kokowzow, von Paris kommend, für kurze Zeit in Berlin. Der deutsche Reichskanzler benutzte den Augenblick, um sich mit ihm über die deutsche Militärmission zu unterhalten. Er führte dabei aus, daß ihre Entsendung auch im Interesse Deutschlands liege, das den größten Wert darauf lege, daß die Türkei erhalten bleibe. Wenn Deutschland das türkische Ansuchen abgewiesen hätte, würde es mittelbar vor der Welt einen

---

[60] G. P. XXVII, 1, No. 9799.
[61] G. P. XXXVIII, No. 15439.

«großen Echec» erlitten haben, da sich die Türken in diesem Falle zweifelsohne an eine andere Macht, und zwar mit Erfolg, gewandt haben würden. Es sei bekannt, daß der französische Chauvinismus die türkischen Niederlagen in den Balkankriegen als deutsche gefeiert habe. Wenn Deutschland jetzt die Rolle aufgebe, die es seit Jahren in der Türkei gespielt habe, und wenn irgend eine andere Macht an seine Stelle trete, dann werde diese Tatsache in den Augen aller deutschfeindlichen Nationen als eine neue und schwere Niederlage des Reiches ausgelegt werden.[62]

Von Anfang an spielte also bei der Frage der Entsendung einer deutschen Militärmission der Prestigegedanke eine Rolle, und er sollte sie bis zur Erledigung der Angelegenheit weiterspielen. Als die Russen den Wunsch äußerten, der deutsche General möge entweder die Kommandogewalt über das türkische Armeekorps niederlegen oder aber seinen Sitz von Konstantinopel wegverlegen, lehnte dies der Kaiser ab. Wenn Deutschland darauf eingehe, so erklärte er, dann sei es mit seinem Prestige in der mohammedanischen Welt einfach aus.[63]

Nun mischte sich auch die französische Presse in die Angelegenheit. Der «Temps» behauptete, Kokowzow habe gelegentlich seines Besuches in Berlin gegen die Unterbringung der deutschen Militärmission in Konstantinopel Protest eingelegt und beim Kaiser persönlich Vorstellungen erhoben. Darauf nahm Bethmann Hollweg in einem Telegramm an den Geschäftsträger in Petersburg, den Freiherrn von Lucius, Bezug und legte zuhanden der russischen Regierung den deutschen Standpunkt klar: Für Deutschland seien lediglich technische Gesichtspunkte maßgebend gewesen, als es Konstantinopel als Residenz gewählt habe. Darum könnte dem russischen Begehren leicht entsprochen werden. Nun sei aber durch das Eingreifen der französischen Presse die Lage völlig verschoben worden, ebenso durch die Tatsache, daß sich auch die deutsche Presse jetzt mit der Frage des «russischen Protestes» beschäftige. Dadurch, daß die Frage an die Öffentlichkeit gezogen worden sei, sei sie eine *politische* geworden. «Augenblicklich würde jede Konzession als ein Zurückweichen vor französischer und russischer Drohung einen Sturm der Entrüstung heraufbeschwören.»[64]

So spitzte sich die Streitfrage durch das Eingreifen der Presse zu

---

[62] G. P. XXXVIII, No. 15450.
[63] G. P. XXXVIII, No. 15452 Sbm.
[64] G. P. XXXVIII, No. 15458.

einer Prestigeangelegenheit höchsten Grades zu. Die deutsche Regierung wurde noch empfindlicher, als die Botschafter der Westmächte und Rußlands bei der Pforte wegen der Aufnahme einer deutschen Militärmission vorstellig wurden. Der Kaiser war empört und bemerkte zu dem diesbezüglichen Bericht: «Es handelt sich um unser Ansehen in der Welt gegen das von allen Seiten gehetzt wird! Also Nacken steif und Hand ans Schwerdt!»[65] Und der Reichskanzler erklärte dem russischen Botschafter in Berlin, ein Entgegenkommen sei beim besten Willen nicht möglich, wenn Rußland seine bisherige «Praxis» fortsetze.[66] — Man wünschte immerhin keine Verschärfung des Konfliktes, darum überlegte man sich, ob es nicht irgendeinen Ausweg gebe, der es der Regierung gestattete, ohne Prestigeeinbuße aus dem Konflikt herauszukommen. Man dachte dabei an die Möglichkeit, Liman von Sanders zum Inspektor der in der europäischen Türkei stehenden Truppen zu ernennen anstatt zum kommandierenden General des ersten Armeekorps. Während das Auswärtige Amt und selbst Liman von Sanders diesen, wie es scheint, vom Staatssekretär aufgeworfenen Gedanken unterstützten, äußerte der Kaiser schwere Bedenken dagegen. Die ganze Angelegenheit hatte schon einen derartigen Umfang angenommen, daß nach seiner Meinung ein solches Vorgehen als ein Zurückweichen vor Rußland und der Tripelentente überhaupt betrachtet worden wäre.[67]

Stärker als das Prestigegefühl war aber im Auswärtigen Amt die sachliche Überlegung maßgebend, daß Rußland im Falle eines Nichtnachgebens der deutschen Regierung und der Türkei mit Kompensationsforderungen an die Pforte herantreten könnte. Jedenfalls hatte die Vermutung des englischen Außenministers Grey auf den Staatssekretär Eindruck gemacht, wonach zu erwarten sei, daß die russische Regierung Anspruch auf die Übertragung eines Kommandos in Armenien machen würde, was den Anfang einer Aufteilung der asiatischen Türkei bedeutet hätte. Er hielt eine schleunige Ernennung Limans zum Inspektor für zweckdienlich.[68]

Das Prestigemoment belastete die Streitfrage. Die Pforte lehnte eine Änderung entschieden ab, ebenso die Idee Wangenheims, den Russen eine spätere Verlegung der Residenz nach Adrianopel in Aussicht zu stellen. Um den Deutschen das Entgegenkommen leichter zu

---

[65] G. P. XXXVIII, No. 15483 Rbm.
[66] G. P. XXXVIII, No. 15495.
[67] G. P. XXXVIII, No. 15487 Rbm.
[68] G. P. XXXVIII, No. 15485.

machen, schlugen die Russen eine entsprechende Abänderung des für den englischen Admiral bestimmten Vertrages vor. Die deutsche Regierung lehnte ab. In ihrer Antwort wies sie darauf hin, daß eine solche Lösung dem politischen Interesse des Reiches nicht entspreche, abgesehen davon, daß das Vorgehen der Entente Verhandlungen über irgendwelche Vorschläge zurzeit überhaupt ausschließe.[69] Wangenheim, der Botschafter in Konstantinopel, erklärte seinem russischen Kollegen Giers, an ein Niederlegen des Kommandos vor einigen Monaten sei gar nicht zu denken. Der Rücktritt des Generals vom Korps müsse sich aus der natürlichen Entwicklung der Dinge ergeben und als freier Entschluß des Generals und der Pforte erscheinen.[70] Die Ententemächte wurden vor weitern Schritten bei der Pforte gewarnt, damit nicht ein späteres Entgegenkommen überhaupt unmöglich werde.

Am 31. Dezember 1913 trat der Reichskanzler mit einem neuen Vorschlag vor den Kaiser. Eine Rangerhöhung Limans sei vorzunehmen, dann sei er kraft dieser Erhöhung über die Kommandogewalt eines Korpskommandeurs in Konstantinopel hinauszuheben. So, meinte Bethmann Hollweg, werde einmal das Prestige der Militärmission nicht beeinträchtigt, sondern im Gegenteil gehoben, anderseits aber die Türkei vor einer kritischen Situation bewahrt und jeglicher Anschein eines Zurückweichens sowohl Deutschlands als auch der Türkei vermieden.[71] Der Kaiser stimmte diesem Vorschlag zu, aber es ging noch lange, bis die ganze Streitfrage erledigt wurde. In Petersburg steigerte sich die Erregung. Der russische Außenminister Sasonow schien in seiner Stellung gefährdet zu sein. Rußland drängte schon in Paris und London auf einen neuen Schritt bei der Pforte. Der deutsche Staatssekretär von Jagow sah ein, daß es sowohl im deutschen als auch im russischen Interesse lag, Sasonow entgegenzugehen. Trotzdem betonte er in einem Telegramm an den Geschäftsträger in Konstantinopel, von Mutius, daß die Änderung in der Stellung Limans, obgleich sie sachlich nicht nur unbedenklich, sondern sogar erwünscht sei, zurzeit aus Prestigegründen für die Pforte nicht in Frage komme. Es sei jedoch möglich, daß diese der russischen Regierung eine spätere Änderung in Aussicht stelle und Sasonow eine diesbezügliche beruhigende Erklärung für die Öffentlichkeit ermögliche. Die Frage dürfe zu keiner europäischen Prestigefrage werden,

---

[69] G. P. XXXVIII, No. 15496.
[70] G. P. XXXVIII, No. 15499.
[71] G. P. XXXVIII, No. 15509.

bei der Deutschland die Türkei schließlich weitergehend schützen müßte, als seine Interessen gingen.[72] Dem Botschafter in Petersburg, Pourtalès, teilte er dasselbe mit und ließ Sasonow erklären, er müsse Deutschland Zeit lassen und alles vermeiden, was die Angelegenheit zu einer europäischen Frage aufzubauschen geeignet sei. Das deutsche Entgegenkommen dürfe nicht den Anschein eines Zurückweichens vor der Forderung Rußlands annehmen. Deshalb warne er ihn erneut vor weiteren gemeinsamen Schritten der Ententemächte bei der Pforte.[73]

Am 15. Januar 1914 endlich erfolgte die Beförderung Limans und damit die Erledigung der Streitfrage. Uns bietet sie ein Musterbeispiel für den Fall, daß eine an sich mehr *technisch-organisatorische* Frage durch das Mitspielen des Prestigegedankens zu einer die Beziehungen unter den Mächten gefährdenden politischen Streitfrage werden konnte. Sie bestätigt unsere Behauptung, daß Prestigepolitik auch dann getrieben wurde, wenn sie unzweckmäßig und bedenklich schien. Die Haltung der deutschen Regierung reizte die Russen und ließ in ihnen die Vorstellung aufkommen, als wolle das Reich die Meerengen gegen Rußland verteidigen helfen.

Die Limanaffäre fand dann im Februar 1914 ein kleines *Nachspiel.* Nach einem Bericht aus Konstantinopel beabsichtigte die russische Regierung bei der Pforte vorstellig zu werden und Aufklärung über das Divisionskommando eines andern deutschen Reformoffiziers, des Obersten Nikolai, zu verlangen. Dazu nahm man in Berlin sofort Stellung und teilte den Russen mit, daß die deutsche Regierung, ungeachtet der schwierigen Stellung gegenüber der öffentlichen Meinung, den russischen Bedenken in der Limanaffäre Rechnung getragen habe. Deutschland sei aber damit an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen. Die Verantwortung für die Folgen eines neuen derartigen Vorgehens Rußlands, das von der Öffentlichkeit empfindlich aufgenommen würde, müßte ausschließlich der russischen Regierung zur Last fallen. Um jede Trübung des deutsch-russischen Verhältnisses zu vermeiden, habe sich die deutsche Regierung bisher bemüht, die Militärmission als eine innere Angelegenheit der Türkei anzusehen und zu behandeln. Weitere russische Treibereien würden es aber der deutschen Regierung unmöglich machen, an diesem Standpunkt festzuhalten.[74]

---

[72] G. P. XXXVIII, No. 15510.
[73] G. P. XXXVIII, No. 15512.
[74] G. P. XXXVIII, No. 15527/15529.

Diese Äußerungen zeigten einmal mehr, wie sehr in der Prestigepolitik der *Wille* den Ausschlag gab und nicht die Lage. Es kam nicht darauf an, ob die Missionsfrage wirklich eine innere Angelegenheit der Türkei war oder nicht, sondern nur darauf, *wie* man sie anschauen und darstellen wollte!

Ein für die asiatische Türkei schwieriges Problem war die *armenische Frage*. Längst hatte sie auch die europäischen Großmächte, ganz besonders England, beschäftigt. Aber auch die deutsche Politik wurde von ihr berührt, so Ende 1895, als neue Nachrichten von armenischen Greueln nach Europa gelangten. Der Kaiser setzte sich leidenschaftlich für die Armenier ein und gab seiner Empörung Ausdruck über die schlappe Haltung der Europäer gegenüber den türkischen Ausschreitungen. «Da muß der Pforte doch in andrem Ton gesprochen werden! Denn es sind doch Christen! und schließlich geht es auch gegen die andren weißen Christen.» — «Und da muß man nun als Christ und Europäer ruhig zusehn und auch dem Sultan noch gut Worte geben! Pfui! über uns alle!» — «Das Verlangen nach energischen Schritten ist ganz gerechtfertigt, da die Rolle, die wir als Europa den Moslems gegenüber spielen mehr als jämmerlich ist . . .»[75] Es war das *europäisch-christliche Prestigegefühl*, das sich im Kaiser wieder regte und seine Haltung bestimmte. Das Auswärtige Amt lehnte aber aus realpolitischen Gründen jedes Hervortreten Deutschlands ab, weil es sich nicht von England vorschieben lassen wollte.

Anfangs 1913 wurde die armenische Frage durch die Russen erneut aufgeworfen. Nach Berichten des deutschen Botschafters aus Konstantinopel hatte sich der frühere armenische Patriarch Ormanian an verschiedene Botschafter, unter andern an den englischen und den französischen Vertreter, mit der Bitte gewandt, die armenische Sache zu unterstützen. Auf diese Nachricht hin verlangte die deutsche Regierung als Mitunterzeichner des Berliner-Vertrags, der auch die armenische Frage geregelt hatte, und in Anbetracht der deutschen Interessen in Armenien ein *Mitspracherecht* bei etwaigen Verhandlungen und Beschlußfassungen der Mächte.[76] — In der Folge trat Wangenheim, der Botschafter in Konstantinopel, für eine aktivere Politik in der armenischen Frage ein. Deutschland müsse seine bisherige Haltung gegenüber den Armeniern ändern, in dem Sinne nämlich, daß es an den Reformen, die zu ihren Gunsten durchgeführt werden sollten, mitwirke. Die Unkosten würden sich nicht nur durch

---

[75] G. P. X, No. 2444/2457/2470 Sbm.

[76] G. P. XXXVIII, No. 15283.

das Wachsen des deutschen Prestiges, sondern auch durch eine Steigerung seiner Einfuhr bezahlt machen. Vor allem müsse auch die deutsche Presse ihre ablehnende Haltung aufgeben, weil die Armenier sich sonst, wenn sie mit ihren berechtigten Forderungen auch künftighin bei Deutschland auf verschlossene Türen stießen, «nolens volens» den Russen gänzlich in die Arme werfen würden. Eine Änderung der deutschen Haltung würde zudem die allgemeine Stellung des Reiches in der Türkei festigen.[77]

Das Auswärtige Amt verhielt sich ablehnend gegenüber den stark prestigebedingten Äußerungen des Botschafters. Es war der Ansicht, daß Deutschland, wenn es die Führung in der armenischen Frage übernähme, das Mißtrauen der Ententemächte erwecken und sich in Gegensatz zu Rußland bringen würde, ohne damit der armenischen Sache eigentlich zu dienen.[78]

Immer neue Probleme tauchten auf und wirkten auf die Haltung der Großmächte ein. Im Zusammenhang mit gewaltigen *Verwaltungsreformen,* die die türkische Regierung eingeleitet hatte, und mit denen wir bereits in der Angelegenheit der Militärmissionen vertraut geworden sind, gedachte die Pforte nach Meldungen aus Konstantinopel, englische Instruktoren für die Reform der Zivilverwaltung nicht nur in Nordanatolien, sondern auch für den Westen und Süden heranzuziehen. Der deutsche Botschafter drückte dem Großwesir Mahmud Schewkett gegenüber sein Befremden über diesen Plan aus, weil er, Wangenheim, ihm doch kürzlich mitgeteilt habe, die kaiserliche Regierung erwarte, daß in Westanatolien Deutschland mit Verwaltungsreformen betraut werde. Die Berufung von Engländern ins Gebiet der Bagdadbahn werde in Deutschland den denkbar schlechtesten Eindruck machen und als ein Sieg Englands über Deutschland gewertet werden.[79]

Jagow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, stimmte mit diesem Urteil überein und bemerkte zum türkischen Plan, seine Ausführung würde in Deutschland einen Sturm der Entrüstung entfesseln.[80] Umsomehr begrüßte er dann den britischen Entschluß, das türkische Gesuch abzulehnen, denn nach den Vorschlägen der Pforte würde sich das Reformwerk auch auf solche Gebiete erstreckt haben, wo Deutschland seiner Meinung nach auf Grund der von ihm ge-

---

[77] G. P. XXXVIII, No. 15287.
[78] G. P. XXXVIII, No. 15299.
[79] G. P. XXXVIII, No. 15300/15303.
[80] G. P. XXXVIII, No. 15304.

leisteten Kulturarbeit auf eine ausschlaggebende Rolle begründeten Anspruch hätte erheben können. Wären diese Gebiete ohne genügende deutsche Beteiligung dem englischen Einfluß ausgeliefert worden, so würde im deutschen Volk und in der öffentlichen Meinung eine große Empörung aufgestiegen sein, der gegenüber die Regierung machtlos gewesen wäre. Dem englischen Außenminister gegenüber müsse betont werden, es sei notwendig, daß die beiden Mächte England und Deutschland sich über die Natur der erforderlichen Reformen und die Art und Weise ihrer Durchführung vorher verständigten und auf jedes Sondervorgehen verzichteten, das auch nur den Anschein eines Eingriffes ins Arbeitsfeld der andern Macht erwecke.[81]

Diese erneute *Empfindlichkeit* der Deutschen wurzelte ohne Zweifel im Prestigegefühl, das sich sofort regte, wenn das Bagdadbahnproblem irgendwie berührt wurde. Dies sollte sich später noch mehr zeigen: Am 21. Mai 1913 schilderte Wangenheim in einem ausführlichen Berichte die allgemeine Lage in der Türkei und kam zum Schluß, daß sich die Pforte aus eigenen Kräften nicht mehr zu halten vermöge. Es liege zwar nicht im deutschen Interesse, wenn das *Teilungsproblem* angeschnitten werde, aber es sei notwendig, daß sich Deutschland, angesichts der Möglichkeit einer künftigen Teilung, sein Interessengebiet schon jetzt abstecke. Zwar habe das Reich in der Türkei nur wirtschaftliche Interessen verfolgt. Das deutsche Volk würde es aber nicht verstehen, wenn diese Interessen und die Werte, welche es geschaffen, unter die Kontrolle anderer Mächte kämen. Nicht das wirtschaftliche, sondern das *politische Prestige* Deutschlands stehe bei einer Teilung Kleinasiens auf dem Spiel.[82]

Mit seinen Mahnungen verfehlte Wangenheim die Wirkung auf den Kaiser keineswegs. «Vorbereitungen für die Aufteilung der Türkei, die anscheinend näher bevorsteht, als man glaubt! . . . Aufgepaßt! daß die Aufteilung nicht ohne uns gemacht wird!» So urteilte der Kaiser und faßte die Bildung einer ständigen Mittelmeerdivision der deutschen Flotte ins Auge, die an der kleinasiatischen Küste stationiert bleiben sollte. Unruhen in Syrien sollten die Veranlassung dazu bieten. Bereits hatte man dort mit englischer Zustimmung vorübergehend Kriegsschiffe zusammengezogen. Die Zeit war ja nach Wilhelms II. Überzeugung längst vorbei, da man übereinstimmend mit der großen «Kurzsichtigkeit der Bismarckschen

[81] G. P. XXXVIII, No. 15315.
[82] G. P. XXXVIII, No. 15312.

Schule» geglaubt habe, Deutschland sei keine Mittelmeermacht.[83] Das Reich müsse den günstigen Augenblick ausnützen, meinte der Kaiser, um die veränderte Stellung deutlich kundzugeben. Die Türkei werde darin eine Stärkung und Stütze für ihre Sanierung erblicken und das «deutsche Element» wieder festes Vertrauen in die Zukunft fassen. «Eine Kreuzerdivision im Mittelmeer muß nunmehr als zu den Imponderabilien unserer Marine wie unserer auswärtigen Orientpolitik gehören.» Der Kaiser dachte nicht daran, daß ein solches Vorgehen das Mißtrauen der Mächte gegenüber der deutschen Politik verstärken würde.

Auch das Auswärtige Amt ließ sich von den Mahnungen Wangenheims beeinflussen, und Fürst Lichnowsky, der Botschafter in London, wurde angewiesen, den Engländern zu erklären, Deutschland werde, falls über Interessensphären in der asiatischen Türkei verhandelt würde, auch seinen Anteil beanspruchen. In einem Privatbrief an den Botschafter äußerte der Staatssekretär die Wünschbarkeit, mit England über die Zukunft Kleinasiens in einen vertraulichen Gedankenaustausch zu treten. Deutschland habe große Interessen in Anatolien und Mesopotamien und könne diese nicht ohne weiteres den andern Mächten preisgeben. Die Anatolische Bahn werde von der öffentlichen Meinung als das «einzige Fazit» der deutschen Politik der letzten Jahrzehnte betrachtet. Ein Leerausgehen Deutschlands würde für sie ein zweites Marokko bedeuten.[84]

Wangenheim hatte Bedenken gegen einen Gedankenaustausch mit einer fremden Macht über Interessensphären. Er wies darauf hin, daß dies einen Wendepunkt in der deutschen Politik bedeuten würde, die bisher immer auf die Erhaltung und Festigkeit der Türkei hingewirkt habe. Lediglich darauf habe ja der deutsche Einfluß bei der Pforte beruht. Werde jetzt Deutschland plötzlich von seinen Gegnern bei der türkischen Regierung als aufteilungslustig hingestellt, dann werde der deutsche Kredit bei der Türkei vorzeitig begraben werden. Er empfahl deshalb weiterhin Zurückhaltung, auch in der Armenischen Frage.[85]

Diese Haltung Wangenheims verriet, wie heikel die Lage im Orient für Deutschland war. Man wollte verhindern, daß man bei einer Aufteilung der Türkei leer ausgehe. Zu diesem Zweck hielt man es für notwendig, rechtzeitig ein eigenes Interessengebiet abzustecken.

---

[83] G. P. XXI, 2, No. 7151 Rbm.
[84] G. P. XXXVIII, No. 15317.
[85] G. P. XXXVIII, No. 15371.

Man durfte es aber nach außen hin nicht zeigen, daß man mit einer Zerstückelung der Türkei rechnete, weil man sonst die Machtstellung des Reiches in der Türkei gefährdete. Das Ziel war in jedem Fall die Verhinderung eines Prestigeverlustes. Gab es aber unter solchen Umständen überhaupt noch einen gangbaren Weg zu diesem Ziele hin?

Wangenheim schien selbst am Sinn und Wert der deutschen Orientpolitik zu zweifeln. Am 8. August 1913 warf er in einem Privatbrief an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die Frage auf, ob es überhaupt klug gewesen sei, deutsche Kapitalien und deutsches Prestige in einem solchen Umfang in einem Lande zu investieren, das der politischen Einwirkung Deutschlands wegen seiner geographischen Lage so gut wie gänzlich entzogen sei. Jetzt sei die wirtschaftliche Arbeit gerade so weit gefördert, daß sie Deutschland ohne Einbuße an Ansehen nicht im Stiche lassen könne. Der deutsche Einfluß auf die Türkei sei ein sehr «bedeutendes Aktivum», über welches Deutschland bei einem Wettstreit der Nationen im Orient verfüge. Darüber sei zu wachen. Eine Änderung der deutschen Orientpolitik sei deshalb zu vermeiden, weil die andern wetteifernden Mächte eine Trübung des deutsch-türkischen Verhältnisses sofort ausnützen würden. Eine stärkere Durchdringung der beanspruchten Gebiete durch den deutschen Einfluß und die Bekundung des festen Entschlusses, diese Gebiete keiner andern Macht zu überlassen, sei notwendig.[86]

Durchsichtig und klar war diese Orientpolitik nicht mehr. Sie war zu sehr *an das Schicksal der Türkei gebunden*, und dieses war ungewiß. Was Bismarck hatte vermeiden wollen, war Tatsache geworden: Die deutsche Regierung konnte in orientalischen Fragen nicht mehr frei entscheiden, weil alle zu sehr *Prestigefragen* geworden waren. Ihre Politik war auch im Orient *unberechenbar* geworden, weil sie die Schranken der Zweckmäßigkeit überschritten hatte. Gerade hier machte sie in zunehmendem Maße einen Eindruck der *Unsicherheit*.

---

[86] G. P. XXXVIII, No. 15376.

14. Kapitel

Die Haltung Deutschlands im türkisch-italienischen Krieg 1911/12 und in der Meerengenfrage

Wie schwierig die ganze Orientpolitik für Deutschland geworden war, zeigte sich auch während des *Tripoliskonfliktes*. Die italienische Aktion in Nordafrika wurde bekanntlich durch das entschiedene Vorgehen Frankreichs in Marokko ausgelöst. Italien wollte auch seine Beute haben, und Frankreich hatte ihm in Tripolis freie Hand zugesichert. So erfolgte denn im September 1911 die italienische Kriegserklärung an die Türkei. Damit wurde die ganze Orientfrage aufgeworfen und das Verhältnis Deutschlands sowohl zur Türkei als auch zu Italien berührt. Das Deutsche Reich stand auf einmal vor der unerfreulichen Lage, daß sich zwei seiner Freunde bekämpften. Wie sollte es sich dazu verhalten?

Die deutsche Haltung wurde in einer Aufzeichnung des Vortragenden Rats von Rosenberg am 9. Oktober 1911 festgelegt. Es gelte, hieß es darin, *strikte Neutralität* innezuhalten, weil eine Parteinahme für die Türkei nicht nur den Dreibund sprengen und in den Augen der Welt Deutschlands Bündnisfähigkeit für alle Zeiten kompromittieren, sondern dazu noch Italien rettungslos in die Hände der Tripelentente treiben würde. Daß eine solche Entwicklung der Dinge in Frankreich nicht ungern gesehen würde, zeigten die Eile und der Eifer, mit dem man in Paris rückhaltlose Sympathie mit dem italienischen Vorgehen ausgesprochen habe, verrate ferner die französische Presse, die Italien, in der Hoffnung auf eine wankende Haltung Deutschlands, bereits «mit Emphase» in dem Bund der Westmächte willkommen heiße.[87]

Ohne Zweifel war die Erhaltung Italiens im Dreibund eine *realpolitische Notwendigkeit;* aber aus dem Ton jener Aufzeichnung wie auch aus dem feindseligen Hinweis auf die französische Haltung dürfen wir mit einiger Bestimmtheit schließen, daß sie für die deutsche Regierung zugleich auch eine *Prestigefrage* war.

Eine neutrale Haltung schien der deutschen Regierung auch mit Rücksicht auf die Türkei geboten. Schon allein die Tatsache, daß eine der Dreibundmächte im Krieg gegen die Türkei stand, gefährdete Deutschlands Prestige im Orient. Die deutsche Regierung hielt es für zweckmäßig, Italien davor zu warnen, durch Überspannung

[87] G. P. XXX, 1, No. 10880.

seiner Forderungen den Türken das Nachgeben zu verunmöglichen. Es war Marschall, der darauf aufmerksam gemacht hatte, ausgehend von der Überlegung, daß, wenn es England gelänge, maßvolle Friedensbedingungen zu vermitteln, es sich in der Türkei auf Jahre hinaus eine Stellung erwerben könnte, die selbst der Bagdadbahn gefährlich werden würde.[88]

Die deutsche Regierung vermied alles, was sie in den Konflikt hineinreißen konnte, und sie bemühte sich, den Krieg möglichst rasch zu einem Ende zu bringen. Sie wurde unruhig, als Italien keine durchschlagenden Erfolge erzielte und sich anschickte, durch eine Flottenaktion den Kriegsschauplatz in den Bereich des ägäischen Meeres und der Dardanellen auszudehnen, denn dadurch wurde die *Meerengenfrage* aufgeworfen. Rußland hielt den Augenblick für günstig, um sein heißersehntes Ziel, die freie Durchfahrt durch die Meerengen für seine Kriegsschiffe, zu erreichen. Es begann mit den Mächten Fühlung zu nehmen.

Hier müssen wir wieder auf die deutsche Politik unter *Bismarck* zurückgreifen. Wir wissen, daß er es als seine Aufgabe betrachtete, zwischen den rivalisierenden Mächten im Balkan, Österreich-Ungarn und Rußland, als ehrlicher Makler aufzutreten und in Konfliktsfällen zu vermitteln, wissen auch, daß ihm dies gelang, weil er für Deutschland selbst keine Interessen geltend machte. Er unterstützte Österreichs Politik in der westlichen Halbinsel, die russische in der östlichen und im Gebiet der Meerengen. Es lag ihm fern, die russische Meerengenpolitik zu hemmen, im Gegenteil, sein Versprechen, Rußland darin zu unterstützen, war ihm ein Mittel, um Rußland vertraglich an das Reich zu binden. Er konnte Rußland diese Unterstützung nur deshalb zusagen, *weil er sich gegenüber der Türkei völlig freie Hand gewahrt* und in keiner Weise deutsches Prestige und deutsche Interessen mit dem Schicksal des in seinem Bestand bedrohten Staates verknüpft hatte.

Jetzt aber, bei der erneuten Aufwerfung der Meerengenfrage durch die Russen, zeigte es sich, *wie verhängnisvoll es war,* daß man unter dem Einfluß des Prestigegedankens die Bismarcksche Tradition verlassen und die freie Entscheidungsmöglichkeit gegenüber den Türken aufgegeben hatte. Man stand auf einmal vor dem *Dilemma:* entweder die Russen zu unterstützen, dann verlor man das Prestige im Orient, oder aber die Türkei zu stützen wie bisher, dann gefährdete man die Beziehungen zu Rußland, die ohnehin sehr schlecht waren.

---

[88] G. P. XXX, 1, No. 10896.

Über diese Frage brach auf deutscher Seite selbst ein Konflikt aus und zeigte erneut, wie wenig einheitlich die deutsche Führung war.

Nach Ansicht des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, von Kiderlen, lag es im deutschen Interesse, in diesem Konflikte *gegen* die Türkei Stellung zu beziehen, «unter Abstraktion von allen gemütlichen Regungen der Entwicklung eines Konfliktes zu einer allgemeinen Konflagration vorzubeugen.»[89] Er gab deshalb den Russen zu verstehen, daß eine Verständigung in der Meerengenfrage mit der Türkei auf keinen Widerspruch stoßen würde, und er versicherte sie sogar der Geneigtheit des Kaisers und Kanzlers, auf dieser Grundlage an Österreich hinanzutreten, damit es ebenfalls einer solchen Vereinbarung keinen Widerstand entgegensetze. — Kiderlen war also gewillt, wie Bismarck die russische Meerengenpolitik ohne Rücksicht auf die Türkei zu unterstützen.

Dagegen machte aber Freiherr von Marschall, der Botschafter bei der Pforte, in einer Reihe leidenschaftlicher Gutachten ernsthafteste Einwände geltend. Rußland würde, so behauptete er, bei einer Beherrschung der Meerengen die ausschlaggebende Macht in der Türkei, diese selbst ein russisches Protektorat werden. Vermutlich unterstütze England die russischen Pläne. Das Ganze sei ein Schlag der Tripelentente gegen Berlin und Wien, gegen die österreichische Balkan- und die deutsche Orientpolitik. Nach Erreichung des Zieles würde Rußland den einen Schlüssel zum Orient in der Hand haben, England den andern. Die europäischen Besitzungen der Türkei würden sich schließlich «à la merci» Rußlands befinden.[90] Es handle sich beim Versuch der Russen nicht nur um einen Angriff auf die Türkei, sondern auch auf Deutschland. Darum müsse dieses den Kampf allein führen, ohne Rücksicht auf die mit Rußland verbündeten Westmächte. «Würden die Türken merken, daß unsere Stellungnahme in der Frage davon abhängt, wie man in London und Paris denkt, so würde unser hiesiges Ansehen aufs schwerste erschüttert und auch in diesem Lande die Annahme bestärkt werden, daß die Tripelentente der stärkere und der Zweibund der schwächere Machtfaktor» sei. Deutschland und Österreich-Ungarn müßten in dieser Frage eine gemeinsame ablehnende Haltung einnehmen.[91]

In einem andern Gutachten vom 4. Dezember 1911 wies Freiherr von Marschall auf den Umschwung hin, den die deutsche Politik

---

[89] *Jäckh* II, S. 219.

[90] G. P. XXX, 1, No. 10978/10982.

[91] G. P. XXX, 1, No. 10986.

nach der Bismarckschen Uninteressiertheit im Orient genommen habe, und der in der Orientreise des Monarchen und in einer größeren Intimität mit Österreich-Ungarn zum Ausdruck gekommen sei. Deutschland habe sich im türkischen Reiche eine politische, wirtschaftliche und militärische Interessensphäre geschaffen, welche notwendigerweise auf die Haltung gegenüber Rußland einwirken müsse. Die Politik der Bereitwilligkeit, Rußland in der Meerengenfrage Konzessionen zu machen, d. h. eine Rückkehr zur einstigen Politik unter dem großen Kanzler, sei unmöglich geworden. Deutschland habe ein eigenes großes Programm in der Türkei und brauche dazu eine *«starke politische Stellung»*. Eine russische Herrschaft in Konstantinopel wäre ein «glänzender, berauschender Erfolg für das Slawentum und der *denkbar schwerste Schlag für das Deutschtum*, und zwar .... im weitesten Sinne.» Deutschland stehe in der Meerengenfrage einem konzentrischen Angriff der Tripelentente gegenüber.[92]

In einem weitern Bericht betonte Freiherr von Marschall die Gefahr, daß Österreich-Ungarn andere Wege gehen könnte, falls Deutschland mit den Russen ginge, worauf sich der Zweibund lockern würde. «Es wäre das ein politischer Zusammenbruch, wie ihn kaum jemals eine Macht ohne vorherigen unglücklichen Krieg erlitten hat.»[93] — Der deutsche Botschafter ging so weit, seinen Abschied einzureichen, nahm dann aber sein Gesuch wieder zurück. Es war ein leidenschaftlicher Kampf, den er für die Fortsetzung seiner Orientpolitik führte. Eine Rückkehr zur Bismarckschen Politik war nur dann möglich, wenn man die Interessen und das Prestige des Reiches im Orient aufgab. Das durfte nach Marschall nicht geschehen. Seine Ausführungen machten einen starken Eindruck auf den Kaiser. Dieser billigte sie und stimmte vor allem mit Marschalls Ansicht überein, daß die ganze Aktion seitens der Entente aufgenommen worden und gegen Deutschland gerichtet sei.[94] Er dachte dabei unwillkürlich an die Bagdadbahn und erklärte, sie würde mit dem Schwert verteidigt werden.[95]

Über diese stark gefühlsbedingten Beweisgründe des Kaisers und Marschalls siegten jedoch die realpolitischen Überlegungen Kiderlens, der vom Botschafter in Konstantinopel behauptete, er habe die

---

[92] G. P. XXX, 1, No. 10987.
[93] G. P. XXX, 1, No. 10989.
[94] G. P. XXX, 1, No. 10993 Rbm.
[95] G. P. XXX, 1, No. 10985 Sbm.

deutsche Politik nie verstanden.[96] Er wußte, daß England höchst unwillig und widerstrebend und Frankreich nur sehr lau geneigt waren, die russische Aktion zu unterstützen. Tatsächlich übernahmen es die Westmächte noch im Dezember selbst, Rußland zur Einstellung seiner Bemühungen zu veranlassen.

Der Reichskanzler hatte sich in diesem Kampf auf die Seite des Staatssekretärs gestellt und die Notwendigkeit betont, sich abwartend zu verhalten; nicht vor den Türken, sondern hinter ihnen zu stehen und erst eine mögliche russisch-türkische Verständigung abzuwarten; also nicht willkürlich voranzugehen und willentlich den russischen Wünschen entgegenzutreten, sondern erst auf Grund der veränderten Lage Stellung zu beziehen. Seine Haltung war sachlich, auch insofern, als er erklärte, Deutschland habe nur ein Interesse, die Integrität der Türkei soweit aufrechtzuerhalten, als diese selbst dafür eintrete, und es dürfe sich nicht die Hände binden vor irgendwelchen russisch-türkischen Abmachungen.[97]

Noch einmal entbrannte ein ähnlicher Kampf zwischen grundsätzlich verschiedenen Einstellungen, als der russische Außenminister Sasonow mit einem Vermittlungsvorschlag an die Mächte herantrat, der der Türkei zumutete, den dritten Teil ihres Reichsgebiets gegen Geldentschädigung an Italien abzutreten. Wir gehen nicht darauf ein. — Die *Zwiespältigkeit* der deutschen Politik konnte natürlich dem Ausland nicht verborgen bleiben. Sie trug dazu bei, daß die deutsche Politik nach außen immer *unsteter* erschien und bei den Mächten Mißtrauen erweckte. Im Innern stärkte sie das Gefühl der *Unsicherheit*.

---

[96] G. P. XXX, 1, No. 10989 Rbm.

[97] G. P. XXX, 1, No. 10991/10993.

Anmerkung: Schon 1909, als wegen der Insel Kreta ein griechisch-türkischer Krieg ausgebrochen war, sah sich Deutschland genötigt, neutral zu bleiben, weil es weder den Griechen noch den Türken gegenüber seine Interessen und vor allem sein Prestige aufs Spiel setzen wollte.

Wie schwierig sich die Lage im Nahen Osten für die deutsche Politik gestaltete, zeigte sich auch nach der Jahrhundertwende anläßlich der Bemühungen der Großmächte, in Mazedonien verschiedene *Reformen* durchzuführen. Die deutsche Regierung, die ihre Zurückhaltung längstens aufgegeben hatte, verlangte aus Prestigegründen Mitspracherecht. Mit Rücksicht auf ihre Prestigestellung im Orient ging sie dann aber doch nur halbwegs mit den Mächten, förderte dadurch den Glauben, als verfolge sie im Osten Sonderinteressen und bestärkte das Gefühl, als trete sie der Politik der andern Mächte überall entgegen. So fehlte der deutschen Politik auch hier das, was Bismarcks Führung ausgezeichnet hatte, die *Geradlinigkeit*.

Die Schwerfälligkeit und Langsamkeit, mit der die italienischen Aktionen ohne große Erfolge vorwärtsschritten, waren der deutschen Regierung höchst unangenehm, denn sie zögerten den endgültigen Abschluß des Konfliktes hinaus, den man so sehnlichst herbeiwünschte. Als dann Italien, um die Türkei empfindlicher zu treffen, zu der bereits angedeuteten Flottenaktion im ägäischen Meer überging, wurde die Lage für das Reich noch ungemütlicher. Ein Widerspruch Österreich-Ungarns gegen das italienische Unternehmen konnte den Fortbestand des Dreibunds gefährden, dessen Erneuerung bevorstand. Deshalb wirkte man in Wien darauf hin, daß die österreichische Regierung dem italienischen Unternehmen keine Hindernisse in den Weg lege.

Man atmete in Berlin erst wieder auf, als die italienisch-türkische Einigung Tatsache geworden war, ohne daß man nach der einen oder der andern Seite hin eine empfindliche Prestigeeinbuße erlitten hätte. Die Tatsache aber, daß Deutschland seinen Dreibundfreund nicht unterstützte, während Frankreich die italienische Aktion moralisch weitgehend förderte, trug dazu bei, *daß sich Italien immer mehr dem Dreibund entfremdete* und sich der Entente näherte. Hätte sich die deutsche Regierung, getreu der Tradition, freie Hand gewahrt, dann hätte sie Italien entschieden unterstützen können, was sich auf das Bundesverhältnis sicherlich günstig ausgewirkt haben würde. So aber verstärkte sie in Italien den verhängnisvollen Eindruck, als gewinne Italien nichts aus seiner Stellung im Dreibund und aus seiner Freundschaft zum Deutschen Reich.

15. Kapitel

Deutschlands Balkanpolitik im allgemeinen

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß Bismarck keine deutschen Interessen auf der Balkanhalbinsel geltend machte. Seine Tätigkeit beschränkte sich darauf, die beiden rivalisierenden Mächte Österreich-Ungarn und Rußland auseinanderzuhalten und zu verhindern, daß sie einen allgemeinen Krieg entfesselten. Deshalb hielt er es für notwendig, mit beiden Mächten *vertraglich verbunden* zu bleiben, damit er zurückhaltend auf sie einzuwirken vermochte. Österreich-Ungarn gegenüber diente ihm der Zweibundvertrag von 1879, der Österreichs Stellung auf der westlichen Halbinsel sicherte, das Deutsche Reich aber in keiner Weise verpflichtete, eine offensive

und abenteuerliche Balkanpolitik des Freundes mitzumachen. Bei allen politischen Entscheidungen lag der Schwerpunkt in Berlin. Für alle Fälle wahrte sich der große Kanzler *freie Hand*, indem er das Bündnis mit Österreich-Ungarn bis zu seinem Rücktritt als bedingt und auflösbar hielt.

Wie gegenüber Österreich so führte er auch gegenüber Rußland eine rein sachliche Politik. Das Dreikaiserabkommen und später der Rückversicherungsvertrag von 1887 sicherten Rußland den Einfluß auf der östlichen Balkanhälfte zu, hinderten es aber, auf die andere Hälfte überzugreifen. Bismarck hielt eine Teilung der ganzen Halbinsel in eine östliche russische und westliche österreichische Interessensphäre für zweckmäßig. Mit Müh und Not gelang es ihm dank seiner Uneigennützigkeit, die beiden Gegner auseinanderzuhalten. Der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland blieb aber weiterbestehen und verschärfte sich zusehends nach dem Rücktritt des Kanzlers. 1890 war die Lage schon dahin verschoben, daß die eine der Sicherungen auf der Balkanhalbinsel, der Rückversicherungsvertrag, wegen der ablehnenden Haltung der deutschen Regierung in der Erneuerungsfrage nicht mehr bestand. Nur der Zweibundvertrag wirkte noch weiter. Die schwierigen Balkanfragen waren aber keineswegs gelöst, sondern belasteten fortwährend die Beziehungen zwischen den Mächten, besonders von dem Zeitpunkt an, als sich Rußland nach dem Zusammenbruch seiner Ostasienpolitik wieder der Balkanhalbinsel und den Meerengen zuwandte.

Die Haltung Deutschlands zu dieser Zeit wird treffend gekennzeichnet durch die Äußerungen verschiedener Persönlichkeiten über die Lage, wie sie sich nach der am 9. und 10. Juni 1908 stattgefundenen Begegnung zwischen dem Zaren und dem englischen König zu *Reval* abzeichnete. Damals wurde eigentlich erst die Grundlage zu einer wirklichen Entente zwischen den beiden Mächten geschaffen, die eine entschiedene Wendung gegen Deutschland nahm. Man erwartete darum in Berlin ein zunehmendes Zusammenwirken der Kabinette von London und Petersburg. Dies veranlaßte den Kaiser zu der gefühlhaften Bemerkung: «Daher Reichsfinanzreform! Viel *indirekte* Steuern; starke Flotte, starkes Heer! Pulver trocken!»[98]

Bereits vor der Begegnung zu Reval hatte Wilhelm II. in einer Ansprache an das Offizierskorps beim Brigadegefechtsexerzieren in Döberitz darauf hingewiesen, daß das Heer in Disziplin und Ausbildung auf der Höhe der Vergangenheit gehalten werden müsse, um in

[98] G. P. XXV, 2, No. 8807 Sbm.

der Lage zu sein, unter allen Umständen und in jeder Lage sein Vaterland verteidigen zu können. Diese Ansprache, die verstellt in die Öffentlichkeit drang, hatte nicht wenig Aufsehen gemacht.

Beides, die Bemerkung wie die Ansprache, verrieten, daß der Kaiser unter dem Eindruck der sich bildenden Ententen das Bedürfnis empfand, die Stärke des Reiches, seine Armee, hervorzustellen. Vielleicht war es gar ein Gefühl der Unsicherheit, das sich darin verkleidete und zum Ausdruck kam. Daß er dadurch das ohnehin starke Mißtrauen der Mächte gegenüber der deutschen Politik vermehrte, kümmerte den Kaiser nicht.

Seine Haltung forderte nun aber den entschiedenen Widerspruch des Botschafters in London heraus. Metternich schrieb in einem langen Privatbrief am 20. Juni 1908 dem Reichskanzler Bülow: Wenn andere sich versöhnten (Reval!), dann gebe es kein friedliches Mittel, sie daran zu verhindern, und es wäre unklug, schlechte Laune zu zeigen. Wenn deutsche Interessen verletzt würden, dann solle Deutschland fest auftreten, auch gegen die englisch-russisch-französische Gruppe, aber dann durchhalten und es vermeiden, mit dem diplomatischen Säbel zu rasseln, ohne ihn zu ziehen. Dadurch setze sich das Reich in den Ruf eines «Bully», den ihm seine Feinde sowieso gerne andichteten, und der bei Freund und Feind unbeliebt mache. Die Presse hetze, aber die Regierungen seien korrekt, und man müsse einen Unterschied machen zwischen beiden. Was die Balkanpolitik betreffe, so solle die deutsche Regierung die zu erwartenden englisch-russischen Vorschläge nur prüfen, nicht aber ablehnen.[99] (Es war anzunehmen, daß anläßlich der Zusammenkunft zu Reval derartige Abmachungen zwischen den Mächten getroffen worden waren.)

In diesem Berichte Metternichs lag mehr als nur eine Verurteilung der kaiserlichen Haltung. Er stellte im Grunde eine *scharfe Kritik an der bisherigen deutschen Politik* dar. Der mittelbare Hinweis auf Ereignisse, wie die Landung des Kaisers in Tanger, war augenfällig. Was Metternich an der ganzen Politik beanstandete, war das Prestigehafte an ihr, das sie in den Augen der übrigen Mächte belastete und das Reich in den Ruf eines Störenfrieds und ständigen Widersachers brachte.

Damals nahm auch Reichskanzler Bülow zur allgemeinen Lage Stellung. Er betonte, daß die deutsche Politik weiterhin sorgsam ver-

---

[99] G. P. XXV, 2, No. 8817.

meiden müsse, die andern Mächte zum Versuche der Bildung übermächtiger Koalitionen anzureizen. Darin stimmte Bülow mit Metternich überein. Er wies dann aber darauf hin, daß Deutschland, in der Erkenntnis, daß es die Furcht vor der Stärke sei, die andere Mächte davon abhalte, über es herzufallen, seine militärischen Rüstungen zu Wasser und zu Lande so achtunggebietend wie möglich zu gestalten, Mißstimmungen, die anderswo dadurch entständen, gelassen in Kauf zu nehmen habe, ohne darüber Erregung zu zeigen. (Zustimmung Wilhelms II.). Vereinbarungen, die auf eine Beschränkung der deutschen Wehrmacht hinausliefen, seien für Deutschland unter keinen Umständen diskutierbar. (Zustimmung Wilhelms II.). Eine Aufforderung dazu bedeute Krieg. Neben der militärischen dürfe auch die finanzielle und wirtschaftliche Rüstung nicht vernachlässigt werden. Es sei auch vom Standpunkt der Auswärtigen Politik, d. i. im Interesse der Wahrung des Friedens und der deutschen Weltstellung unumgänglich notwendig, die öffentlichen Finanzen, deren Zustand dem Auslande fortgesetzt zu übelwollender Anzweiflung der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Widerstandskraft Deutschlands Anlaß biete, ohne Zögern und unter Hintansetzung ängstlicher Bedenken und Rücksichten auf Sonderinteressen auf eine gesunde Grundlage zu bringen. (Zustimmung Wilhelms II.). Treues Zusammenhalten mit Österreich-Ungarn auf «Interessensolidarität» und gemeinsame Hochhaltung des monarchischen Gedankens seien notwendig. Jedoch sei eine Zügelung der deutschen Presse am Platz, die mit ihrer herausfordernden und manchmal andere Nationen verletzenden Ruhmredigkeit nur schädlich wirke. Ebenso verhalte es sich mit den öffentlichen Versammlungen. [100]

Interessant an diesem Bericht war einmal die Tatsache, daß auch der Reichskanzler das Bedürfnis zeigte, die Macht des Reiches zu betonen; Macht nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und finanziell verstanden. Gewisse Erfahrungen, die die deutsche Politik gemacht hatte, mochten hier nachgewirkt haben. Bülow empfand die finanzielle und wirtschaftliche Unterlegenheit des Reiches als für das Prestige gefährlich. Vom gleichen Standpunkt aus verwarf er die Bestrebungen, durch internationale Übereinkommen die Rüstungen zu beschränken. Sachlich urteilte er dagegen, wenn er das Verhalten der deutschen Presse tadelte und die Notwendigkeit betonte, gegenüber Mißstimmungen kalt zu bleiben. Bezeichnend für die Tatsache, daß ihm die Einkreisung Deutschlands Eindruck machte, war seine

[100] G. P. XXV, 2, No. 8820.

Forderung, Deutschland müsse entschlossen mit Österreich-Ungarn zusammengehen. Als Ganzes stellte die von ihm vorgezeichnete Politik ein Gemisch von realpolitischen und prestigehaften Elementen dar.

Zur allgemeinen Lage nahm schließlich auch noch Freiherr von Marschall in einer Aufzeichnung vom 6. Juli Stellung. Er erklärte, er sei einverstanden mit der Forderung Metternichs, daß die Regierung fest auftrete, wenn deutsche Interessen durch die französisch-englisch-russische Gruppe verletzt würden. Nur fasse er den Begriff «deutsche Interessen» noch *weiter*. Darunter verstehe er auch *vitale Interessen Österreichs*, das Deutschland bei der derzeitigen Gruppierung der Mächte weniger als je preisgeben dürfe, wenn es nicht völlig isoliert werden wolle. In bezug auf die Balkanpolitik lehnte er die übertriebene Haltung Metternichs ab, der grundsätzlich vor jeder Opposition warne. «Unsere Freiheit, aus der Prüfung fremder Vorschläge das Fazit zu ziehen, soll also grundsätzlich beschränkt werden! Warum? Weil eine Opposition die englisch-russische Gruppe enger zusammenschließen und die Russen zur Unterstützung weitergehender englischer Vorschläge treiben würde ... Mir scheint, daß nichts so sehr geeignet wäre, das Kraftgefühl der englisch-russischen Gruppe und damit ihren Zusammenhalt zu stärken als die Wahrnehmung, *daß dieselbe uns imponiert.*» (Zustimmung Bülows). Dies würde aber der Fall sein, wenn man dort erkenne, daß Deutschland a priori die Kraft fehle, Vorschläge, die von dort ausgingen, abzulehnen. Der Deutsche habe ein feines Gefühl für die Frage, wie die auswärtige Politik sich zur neuen Gruppierung der Mächte und insbesondere zu den englischen Bestrebungen verhalten werde. Und das sage er offen, «daß *Zeichen irgendeiner Schwäche von der deutschen Volksseele überaus peinlich empfunden werden würden.*» Das gelte gegenüber der englisch-russischen Entente, aber noch mehr gegenüber der englisch-französisch-russischen. »Da könnte irgendeine Haltung, die als ein Zurückweichen aufgefaßt werden könnte, den furor teutonicus ganz gewaltig erwecken.» Damit sei die Politik, die nach seinem Ermessen allein den deutschen Interessen, der *Würde* und *Machtstellung* des Reiches entspreche, deutlich vorgeschrieben. Deutschland müsse Österreich-Ungarn unbedingt festhalten und jede Vermittlung zwischen ihm und der englisch-russischen Gruppe ablehnen, um beim Freunde nicht Mißtrauen und Verstimmung hervorzurufen.[101] — Dem pflichtete auch der Reichskanzler bei, betonte

[101] G. P. XXV, 2, No. 8834.

jedoch, Deutschland dürfe nicht österreichischer sein als Österreich.[102]

Viel stärker als beim Reichskanzler kam in der Aufzeichnung Marschalls der Prestigegedanke zur Geltung. Sie bezog sich wesentlich auf die Balkanpolitik des Reiches, und da stellen wir fest, daß Freiherr von Marschall, dessen Orientpolitik wir kennen gelernt haben, auch in der Balkanpolitik entschieden auf einen *neuen Weg* drängte. Metternich befürwortete dagegen die Fortführung der Bismarckschen Politik, betonte deshalb die Notwendigkeit, sich zurückzuhalten in allen Balkanfragen und nicht etwa aktiv gegen die englisch-russischen Forderungen aufzutreten. Ihm waren die guten Beziehungen zu den Mächten wichtiger als das Bedürfnis, in Balkanfragen eine gewichtige Rolle zu spielen. Marschall forderte im Gegensatz dazu ein aktiveres Vorgehen auf der Balkanhalbinsel ohne Rücksichtnahme auf die englisch-französisch-russische Gruppe, da eine Rücksichtnahme allgemein als Schwächezeichen gedeutet werden würde. Er forderte eine weitgehende Unterstützung der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik und ging so weit, eine *Identifizierung der beidseitigen Interessen* zu befürworten, da Deutschland angesichts der beginnenden Isolierung den Bundesgenossen nicht verlieren dürfe.

Wesentlich ist für uns die Tatsache, daß auch bei Marschall der Eindruck stark war, als werde das Deutsche Reich allmählich isoliert, daß auch er darum ein enges Zusammengehen mit Österreich-Ungarn forderte. Aus Inhalt und Ton seiner Aufzeichnung geht deutlich hervor, daß sie wesentlich Ausdruck eines starken Prestigeempfindens war, das sich angesichts der sich bildenden Ententen mächtig regte. Dabei ging es ihm weniger darum, durch ein enges Zusammengehen mit dem Bundesgenossen das Reich zu stärken und zu sichern, denn es war vom realpolitischen Standpunkt aus betrachtet wohl nicht ein erfolgverheißender Weg, sich mit einer in ihrem Bestand bedrohten Macht auf Tod und Leben zu verbinden und ihre Politik auf Schritt und Tritt mitzumachen; es ging ihm vielmehr darum, angesichts der sich bildenden Allianzen vor den Augen der Welt die *Festigkeit des Zweibundes* zu bezeugen. Und weil diese Politik auf den Schein berechnet war, unterließ es der Botschafter, die Folgen zu berechnen, die ein rücksichtsloses Zusammengehen mit Österreich-Ungarn nach sich ziehen konnte. Was er befürwortete, war im Grunde genommen eine Art *Abenteuerpolitik*, deren Folgen unberechenbar waren.

---

[102] G. P. XXV, 2, No. 8834 Rbm.

Wie aber, wenn sich unter dem zunehmenden Eindruck des Isoliertwerdens die Einstellung der übrigen maßgebenden Persönlichkeiten des Reiches derjenigen Marschalls anglich? Weit von ihr entfernt stand ja z. B. Bülow nicht, hatte er doch schon Ende Juni in einem Rundschreiben die Weisung ausgegeben: «Für unsere Haltung in allen Balkanfragen sind in erster Linie die Bedürfnisse, Interessen und Wünsche von Österreich-Ungarn maßgebend.»[103]

16. Kapitel

Die Haltung der deutschen Regierung während der Bosnischen Krise von 1908

Eine schwere Balkankrise wurde ausgelöst durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn am 5. Oktober 1908. Es erübrigt sich, näher auf die Motive der Donaumonarchie einzugehen, dagegen sei darauf hingewiesen, daß durch diese Annexion die Gefahr eines großen österreichisch-russischen Krieges heraufbeschworen wurde, und daß Türken und Serben mit den Österreichern in Konflikt gerieten. Angesichts dieser Lage war die Stellung der deutschen Regierung eine höchst schwierige. Unterstützte sie Österreich-Ungarn, dann gefährdete sie die Stellung im Orient, zog den Haß der Türken auf sich und verwickelte das Reich in die Gefahr eines folgenschweren Krieges mit Rußland, das auf französische Unterstützung rechnen durfte. Nahm sie aber von den Österreichern Abstand, dann verlor man den letzten noch zuverlässigen Bundesgenossen und stand vor aller Welt allein da.

Die Entscheidung mußte umso schwerer fallen, da man offiziell vom österreichischen Schritt erst unterrichtet wurde, als er so gut wie getan war, so daß man nicht in der Lage war, vorher dazu Stellung zu nehmen, worüber man in deutschen Kreisen höchst ungehalten war. *Und trotzdem stellte man sich in der Bosnischen Krise entschieden hinter den Bundesgenossen!* Warum entschloß man sich zu dieser Haltung?

Die ausschlaggebende Persönlichkeit war Reichskanzler *Bülow*. Er erklärte, daß Österreich Deutschland eine ablehnende oder auch nur zögernde Haltung nie verzeihen würde.[104] «Je schwieriger die Lage ist, in welche der k. k. Minister sich begibt, und je unsicherer die

[103] G. P. XXV, S. 502 f. Anm. *

[104] G. P. XXVI, 1, No. 8937/8939.

Haltung Rußlands und Italiens zu sein scheint, um so mehr muß Aehrenthal (und die hinter ihm stehende Dynastie) den Eindruck erhalten, daß wir treu bleiben», betonte er zwei Tage vor der Annexion gegenüber dem Auswärtigen Amt.[105]

Seine Einstellung wurde noch deutlicher in der mit der Annexion zusammenhängenden Vermittlungsfrage. Von französischer wie auch italienischer Seite wurde nämlich der Gedanke eines Vermittlungsversuchs durch die Westmächte und Deutschland aufgeworfen. Dazu nahm Reichskanzler Bülow Stellung und erklärte, Deutschland dürfe sich nicht darauf einlassen, da dies in Österreich Mißtrauen erwecken und die beiden Verbündeten als laue Freunde vor aller Welt hinstellen würde. Es liege auf der Hand, daß dies als eine politische Niederlage des Reichs dargestellt und ausgebeutet würde.[106]

Gerade aus diesen letzten Äußerungen des Reichskanzlers geht hervor, daß er sich den Standpunkt des Freiherrn von Marschall zu eigen gemacht hatte. Auch ihm ging es darum, *der Welt gegenüber die Festigkeit und Unerschütterlichkeit des Zweibundes vor Augen zu führen und das Prestige in den Augen des Verbündeten zu wahren.* Dieser Notwendigkeit gegenüber stellte er sich die sachliche Frage nicht, was für Folgen eine solche Politik schließlich nach sich ziehen würde.

So trat denn die deutsche Regierung entschlossen hinter Aehrenthal und *identifizierte* sich gleichsam mit seiner Politik, so daß Kiderlen-Waechter, damals Stellvertretender Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, mit Zustimmung Bülows behaupten konnte, der Kaiser von Österreich werde weniger geneigt sein, Aehrenthal fallen zu lassen, wenn er wisse, daß Deutschland darin eine von seinem Bundesgenossen *auch ihm* bereitete diplomatische Schlappe erkennen würde.[107]

Bülow ging so weit, in Wien zu erklären, auch für den Fall, daß Schwierigkeiten und Komplikationen eintreten sollten, werde Österreich-Ungarn auf seinen Bundesgenossen rechnen können.[108] Kurze Zeit darauf teilte der deutsche Generalstabschef von Moltke mit Zustimmung Wilhelms II. und des Reichskanzlers dem österreichischen Generalstabschef mit, daß Deutschland den Bündnisfall für gegeben erachte, wenn die Österreicher in Serbien einrückten

---

[105] *E. Brandenburg S. 368.*
[106] G. P. XXVI, 2, No. 9197/9372.
[107] G. P. XXVI, 2, No. 9241.
[108] G. P. XXVI, 1, No. 9033.

und Rußland infolgedessen aktiv eingriffe.[109] Und zu Aehrenthal bemerkte Bülow in einem Schreiben vom 30. Oktober, er werde die Entscheidung, zu der er, der österreichisch-ungarische Außenminister, schließlich gelangen werde, als die durch das Schicksal gebotene ansehen.[110]

Das waren schwerwiegende Äußerungen, die Österreich für die Zukunft zu einem neuen Vorgehen sehr ermuntern mußten und die deutsche Politik verhängnisvoll banden. Begreiflich waren sie nur vom Prestigestandpunkt aus.

Man begnügte sich aber nicht damit, sondern trat schließlich sogar *vor* Österreich-Ungarn, indem man mit Drohungen die Russen zur Stellungnahme zwang und demütigte, weil sie damals unmöglich einen Krieg vom Zaune brechen konnten. Man wartete nicht einmal ruhig ab, was für Beschlüsse sie fassen würden und trieb sie völlig auf die andere Seite hinüber, so daß sie in der Folge auf eine festere Ausgestaltung der Entente zu drängen begannen. Bei den übrigen Mächten gab man der Anschauung Nahrung, die deutsche Regierung habe von Anfang an hinter der Annexionspolitik gestanden und sei die eigentlich treibende Kraft gewesen.

Deutschland hatte in einer heiklen und bedeutenden Frage die Führung Österreich-Ungarn überlassen, in einer Frage, die für die Zukunft entscheidend werden sollte. Es komme jetzt darauf an, ruhig durchzuhalten und sich weder von der Kritik im eigenen Lande noch durch die Einschüchterungsversuche des Auslandes an der konsequenten Befolgung der einmal eingeschlagenen Politik irre machen zu lassen, berichtete der Botschafter in Wien, von Tschirschky, an den Reichskanzler.[111]

Man rechnete also mit *Kritik* im eigenen Lande und nicht mit Unrecht. Es war seltsamerweise Freiherr von Marschall, der in einem Telegramm vom 4. Oktober 1908 entschieden gegen die österreichische Aktion und ihre Stützung durch Deutschland Stellung nahm. Wenn das Reich seine Stellung im Orient retten wolle, erklärte er, dann müsse es seine eigenen Interessen vertreten und entschieden *gegen* die Annexion Stellung nehmen, weil sonst der Glaube aufkommen werde, als habe Deutschland schon vor der Aktion in Wien seine Zustimmung gegeben.[112]

---

[109] *Conrad von Hötzendorf*, Aus meiner Dienstzeit. Wien 1921/25. I, S. 379.
[110] G. P. XXVI, 1, No. 9079.
[111] G. P. XXVI, 2, No. 9234.
[112] G. P. XXVI, 1, No. 8980.

Der Kaiser unterstützte diese Ausführungen Marschalls und stellte mit Bedauern fest, daß er durch die «furchtbare Dummheit» Aehrenthals in das Dilemma gebracht worden sei, die Türken, seine Freunde, nicht beschützen zu können, da sein Verbündeter sie beleidigt habe. «Und statt dessen *England* an *meiner* Stelle die Türken berathen und beschützen sehen zu müssen, noch dazu mit Ausführungen völkerrechtlicher Natur, die formell unanfechtbar und mir aus der Seele gesprochen sind. Auf die Weise geht Meine 20jährige mühsam aufgebaute türkische Politik in die Binsen! Ein großer Triumph E[duards] VII. über uns!»[113] Wilhelm II. verfügte, daß Marschall energisch gegen die Ansicht protestierte, die bis in die deutschfreundlichen Kreise in der Türkei eingedrungen zu sein schien, wonach Deutschland der eigentliche Urheber der Aktion gewesen sei.

Bedenken äußerte schließlich auch der Staatssekretär Freiherr von Schoen. Er befürchtete, die Anschauung könnte sich entwickeln, daß Deutschland durch die Billigung der Annexion nicht nur seine türkischen Interessen schwer geschädigt, sondern die Grundlage seiner gesamten auf Achtung des Vertrags beruhenden Politik untergraben habe. Mehr und mehr werde die Stimmung zum Durchbruch kommen, daß Deutschland einen zu teuren Preis bezahle, wenn es den österreichischen Interessen zuliebe in Konstantinopel sich von England und Frankreich überflügeln lasse und seine Vertragsstellung in Marokko Umsturzversuchen auf Grund des schlechten Beispiels aussetze.[114]

Alle diese Äußerungen stimmten darin überein, daß sie in der Unterstützung der Annexion eine schwere *Gefährdung des deutschen Prestiges im Orient* sahen. Dies mußte vor allem dem Botschafter in Konstantinopel zu denken gegeben haben, und nur von da aus verstehen wir schließlich seinen unerwarteten Frontwechsel in der Balkanpolitik. Der Gedanke, daß die Mächte, England voran, ihre Stellung im Orient auf Kosten der deutschen festigen könnten, mußte ihm wie auch dem Kaiser höchst unangenehm sein.

Offensichtlich war in der ganzen Angelegenheit wieder einmal die *Uneinigkeit* auf seiten der Deutschen. Mit der Zeit mußte sich diese lähmend auf ihre Politik auswirken. Der Eindruck verstärkte sich, daß die deutsche Politik unter dem Einfluß des Prestigegedankens ihre Durchsichtigkeit und Geradlinigkeit verloren hatte.

---

[113] G. P. XXVI, 1, No. 8992 Sbm.
[114] G. P. XXVI, 1, No. 8995.

Der Reichskanzler drang mit seinem Willen durch und bestimmte die Haltung der deutschen Regierung auch in den kommenden Fragen.

Die deutsche Regierung verhielt sich ablehnend gegenüber Versuchen, sie zur Teilnahme an einer Vermittlungsaktion zwischen Serbien und Österreich zwecks Verhinderung eines Kriegsausbruchs zu bewegen. Deutschland, so äußerte sich Bülow in einem Bericht an den Kaiser, könne Österreich-Ungarn nicht zumuten, durch die Stimme anderer Mächte und damit mindestens unter dem Scheine eines von diesen Mächten ausgeübten Druckes, dem mit Krieg drohenden Serbien gute Worte zu geben und Versprechungen zu machen.[115] Mit Zustimmung des Kaisers, der schließlich von Bülow für seine Politik gewonnen worden war, wurde dieser Standpunkt in London und Paris bekanntgegeben.

Man lehnte auch den Vorschlag des französischen Botschafters in Petersburg ab, wonach die Mächte als Vermittler mit Österreich wegen Konzessionen an Serbien verhandeln sollten. Man begründete die ablehnende Antwort damit, daß man erklärte, Deutschland könne an keinem Schritte teilnehmen, der bezwecke, Österreich-Ungarn umzustimmen. Dies würde einer Demütigung Österreichs gleichkommen, bei der Deutschland unter keinen Umständen mithelfen werde.[116]

In einem Privatbrief an den Grafen Monts vom 14. Dezember 1908 schrieb der Reichskanzler, man möge über Aehrenthal und sein Vorgehen denken, wie man wolle, so viel stehe fest, daß sein Sturz in der jetzigen Lage ein Zurückweichen Österreichs von der Politik der letzten Monate bedeutet haben würde. «Das wäre eine Demütigung Österreichs vor der uns feindlichen Gruppierung. Ein Rückzug Österreichs von der Politik, in der wir es bisher unterstützt haben, wäre unser Rückzug, seine Demütigung unsere Demütigung.»[117]

Es war zweifelsohne das Prestigegefühl, das den Kanzler bestimmte, und das im Bewußtsein der sich bildenden deutschfeindlichen Gruppierung und ihrer Opposition gegen die österreichische Politik wurzelte. Äußerst deutlich war bei ihm die Identifizierung mit der österreichisch-ungarischen Politik, die bewirkte, daß man deutscherseits einen österreichischen Prestigeverlust als eigenen zu

---

[115] G. P. XXVI, 2, No. 9379.
[116] G. P. XXVI, 2, No. 9407/9411.
[117] G. P. XXVI, 1, No. 9155.

empfinden begann und von da aus zu den einzelnen Fragen Stellung nahm.

Dies wird bestätigt durch Äußerungen des deutschen Botschafters in Petersburg, des Grafen von Pourtalès. Auf die Klage des russischen Außenministers Sasonow, daß Deutschland der russenfeindlichen Politik Österreichs in den letzten Jahren Unterstützung geliehen habe, antwortete er im August 1910: «Wenn wir uns schon als loyale Verbündete der Pflicht nicht entziehen konnten, Österreich-Ungarn in jenem Augenblick beizustehen, so wurde uns unsere Haltung auch durch die europäische Gesamtlage vorgeschrieben, da es für uns von größtem Wert war, gegenüber der immer deutlicher wahrnehmbaren Tendenz Englands, einen Ring von Ententen um uns zu schließen, den festen Zusammenhalt der beiden Kaisermächte der Welt vor Augen zu führen.»[118]

Und in einem Gespräch mit Iswolsky betonte er im Dezember 1908, er gebe zu, daß Österreichs Vorgehen vielen Deutschen gar nicht gefallen habe und unerwünscht gewesen sei. «Diese Erwägungen treten aber alle hinter dem instinktmäßigen Gefühl zurück, daß in diesem Augenblick der mitteleuropäische Block fest zusammenhalten muß, um eventuell gegen den sich bildenden Ring einen kräftigen Stoß zu führen.»[119]

Von diesem Standpunkt aus traf man in Berlin auch die weiteren Entscheidungen. Die Russen schlugen schließlich die Einberufung einer Konferenz vor, auf welcher die Streitfragen erledigt werden sollten. Die österreichische Regierung lehnte diesen Vorschlag ab und wurde wieder von der deutschen unterstützt, obschon es auch auf deutscher Seite Stimmen gab, die dafür eintraten, weil die Einberufung einer Konferenz es Deutschland ermöglicht haben würde, den Faden der Politik in seiner Hand zu behalten, und weil man fühlte, daß trotz aller Bundestreue die deutsche Regierung doch nicht verpflichtet sei, «zu jedem Freiherr von Aehrenthalschen Schwank lediglich Ja und Amen zu sagen».[120] Kein anderer als der stark von Bismarck beeinflußte Metternich vertrat diese Ansicht. Diesen sachlichen Ausführungen gegenüber verteidigte Bülow seinen Standpunkt. Er erklärte, Österreich-Ungarn erblicke in einer Besprechung der Bosnischen Frage auf einer Konferenz eine Verletzung

---

[118] G. P. XXVI, 2, No. 9574.
[119] G. P. XXVI, 1, No. 9152.
[120] G. P. XXVI, 1, No. 9027.

seiner Würde. Deutschland müsse ihm in dieser Auffassung zur Seite stehen.[121]

Wieder machte sich also Reichskanzler Bülow den österreichischen Standpunkt zu eigen und verzichtete auf eine eigene sachliche Stellungnahme. Zu Iswolsky, der in Berlin persönlich für den Konferenzgedanken eintrat, bemerkte er: Nachdem Rußland sich seit Reval demonstrativ an England angeschlossen habe, habe Deutschland Österreich nicht preisgeben können. Die europäische Lage sei durch die Haltung Rußlands verschoben worden, so daß Deutschland fortan für russische Wünsche spröder werden müsse als sonst.[122] — Mit diesen Worten bestätigte Bülow von neuem, daß der Prestigegedanke seine ganze Einstellung bestimmte.

Man ging dann schließlich in Berlin doch auf den Konferenzgedanken ein, allerdings unter der Bedingung, daß vor dem Zusammentritt schon eine völlige Einigung unter den Mächten erreicht werde, so daß sich die Tätigkeit der Konferenz auf rein redaktionelle Arbeit beschränken würde. Es war wieder Bülow, der diese Bedingung stellte, weil er eine Majorisierung Österreich-Ungarns fürchtete und eine solche — recht charakteristisch! — auch für Deutschland als demütigend empfand. Er verwies dabei auf die Algeciras-Konferenz, die der deutschen Politik eine empfindliche Prestigeeinbuße eingebracht hatte. Aus Prestigegründen lehnte er die Städte Paris und London als Konferenzorte ab, weil die deutsche Öffentlichkeit darin ein Zurückgehen des deutschen Prestiges gesehen haben würde.[123]— Die Mächte ließen freilich den Konferenzgedanken später wieder fallen. Die Gegensätze auf der Balkanhalbinsel blieben bestehen.

Zusammenfassend sei noch einmal festgehalten: In der Bosnischen Krise identifizierte sich die deutsche Politik weitgehend mit der österreichisch-ungarischen, weil sie gegenüber den sich enger zusammenschließenden Ententen das Bedürfnis empfand, *der Welt die Festigkeit des Zweibundes vor Augen zu führen.* Diese Identifizierung hatte zur Folge, daß Deutschland in den auftauchenden Balkanproblemen *der freien Entscheidung weithin verlustig ging,* daß es also das einbüßte, was Bismarck für so wichtig erachtet hatte. Versuche, dem Reiche wieder freie Hand zu geben, scheiterten an der ausschlaggebenden Politik des Reichskanzlers von Bülow. Es stellte

---

121 G. P. XXVI, 1, No. 9028.
122 G. P. XXVI, 1, No. 9169/9173.
123 G. P. XXVI, 1, No. 9011.

sich nun die wichtige Frage, ob die deutsche Regierung im Falle eines neuen Konfliktes zwischen Rußland und Österreich überhaupt noch imstande sein würde, zwischen den beiden Mächten die Vermittlerrolle zu spielen und den Kriegsausbruch zu verhindern. — Die Antwort sei vorläufig noch dahingestellt.

17. Kapitel

Die deutsche Politik während der Balkankriege von 1912/13

Die Problematik auf der Balkanhalbinsel wurde erneut aufgerüttelt bei Ausbruch der Balkankriege von 1912/13, die ausgelöst wurden durch den türkisch-italienischen Krieg. Die einzelnen Balkanstaaten erhoben sich gegen die Türkenherrschaft in Europa. Hinter ihnen stand treibend das russische Reich.

Von den Ereignissen wurde die deutsche Politik erneut berührt, die ihre Uninteressiertheit in Balkanfragen längst aufgegeben hatte. Die deutsche Außenpolitik ruhte damals weitgehend in den Händen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes *Kiderlen-Waechter*. Sowie er eine neue Balkankrisis heraufkommen sah, war er sich darüber klar, daß es für eine allfällige aktive Beteiligung Deutschlands *Grenzen* geben würde. In dieser seiner Anschauung bestärkte ihn die selbstherrliche Politik des neuen österreichisch-ungarischen Außenministers Berchtold, der eine sehr geschäftige Tätigkeit entfaltete, um die führende Rolle in der Orientfrage zu übernehmen.[124]

Schon vor Kriegsausbruch entwickelte Kiderlen seine Grundgedanken dem Reichskanzler Bethmann Hollweg, der sie dann in einem Gespräch mit Berchtold zu Buchlau am 7. und 8. September weitergab. Deutschland, so erklärte er, sei vertragsmäßig nicht verpflichtet, Österreich-Ungarn in seinen orientalischen Plänen, geschweige denn Abenteuern, zu unterstützen. Wenn Deutschland in den letzten Zeiten wiederholt über diese Verpflichtungen hinausgegangen sei, so habe es dies im Interesse der Stärkung des Zweibunds *nach außen hin* getan. Deutschland müsse sich seine Stellungnahme zum österreichisch-ungarischen Vorgehen in orientalischen und Balkanfragen

[124] Österreich-Ungarns Außenpolitik von der bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern, bearbeitet von *L. Bittner* und *H. Uebersberger*. Wien und Leipzig 1930. IV, S. 339 ff.

von Fall zu Fall vorbehalten. Sollten sich die österreichischen Überraschungen häufen, dann könnte leicht der Fall eintreten, daß Deutschland sich von Österreich trennen müßte. Deutscherseits würde man dies im Interesse der beiderseitigen Gesamtpolitik lebhaft bedauern; den österreichischen «Satelliten» könne man aber im Orient nicht machen.[125]

Was Kiderlen als seine Grundgedanken aussprach, und was er als Ziel verfolgte, war nichts anderes als eine weitgehende *Rückkehr zur Bismarckschen Politik*, die man unter dem Einfluß des Prestigegedankens verlassen hatte. «Wir müssen alles tun, um zu verhindern, daß die Leitung der Politik von Berlin an Wien übergeht, wie es Aehrenthal gegenüber Bülow leider gelungen war. Das könnte uns eines Tages viel kosten.»[126]

Unbeschadet der Bündnispflicht wollte Kiderlen die Unabhängigkeit seiner Politik wahren und die neue Krise womöglich ausnützen, um den europäischen Druck, der auf der Mitte lastete, einigermaßen zu erleichtern. Es war ein letzter Versuch, auf dem Wege der Realpolitik dem Verhängnis auszuweichen, das Kiderlen herankommen sah.

Erschwert wurde ihm diese Politik durch den überraschenden Gesinnungswechsel des Kaisers, der die Türkei aufzugeben bereit war, unmutig über eine Reihe von Versäumnissen, die sie sich in seinen Augen hatte zuschulden kommen lassen, so besonders über den hinausgezögerten Friedensabschluß mit Italien und die versäumte Verständigung mit Griechenland, die nach Ansicht Seiner Majestät durch rechtzeitige Preisgabe Kretas leicht zu erreichen gewesen wäre. Dazu kam, daß sich der Kaiser nach Ausbruch des ersten Balkankrieges für die Taten der jungen Balkanvölker begeisterte, ganz besonders für die der Bulgaren, und daß er sich entschieden gegen jede Konferenz aussprach, die den Balkanstaaten die erkämpfte Beute wieder hätte entreißen können. «Die Balkanstaaten haben ihre Burschenmensur gepaukt, und kein Europ[äischer] S[enioren] c[onvents]-beschluß kann sie ablehnen!»[127] In seiner Begeisterung sprach er bereits von einem Vierbund der Balkanstaaten, der sich als siebente Großmacht ins europäische Konzert einfügen und möglicherweise durch ein Bündnis an Österreich und den Dreibund anlehnen würde. Dies zu erreichen, sollte das Ziel Deutschlands und Österreichs sein. Deshalb

---

[125] G. P. XXXIII, No. 12135.
[126] *Jäckh*, II, S. 189;
[127] G. P. XXXIII, No. 12297 Rbm.

lehnte er jede Vermittlung, wie sie von türkischer Seite erbeten wurde, ab.[128]

Interessant an der kaiserlichen Haltung war sein gründlicher *Frontwechsel* in der Türkenpolitik, eigentlich nur verständlich, wenn man weiß, daß des Kaisers Einstellung stets stark gefühlsbedingt war. Je nach Stimmung konnte sich seine politische Ansicht ändern. In dieser Beziehung war er unberechenbar.

Bedeutsam wird für uns im weitern die Tatsache, daß der Kaiser überhaupt nicht mehr von den wirklichen deutschen Interessen sprach. Die schien er vergessen zu haben; ein Beweis dafür, daß diese Interessen seine bisherige Einstellung in Orientfragen kaum wesentlich beeinflußt hatten.

Auch der Staatssekretär war gegen die Einberufung einer Konferenz, wie sie von den Franzosen begehrt worden war, denn er glaubte vorauszusehen, daß die Tripelentente bei den Entscheidungen angesichts des Fernbleibens Italiens die Mehrheit der Stimmen haben würde. Deutschland sollte es aber nach seiner Meinung vermeiden, überstimmt zu werden.[129] Eine Änderung der bisherigen Lage im Balkan hielt er freilich für unumgänglich, wünschte aber doch die möglichst weitgehende Wahrung der Integrität der Türkei.[130] Deshalb war er, anders als der Kaiser, dafür, daß den beteiligten Großmächten bei der endgültigen Festlegung und Bestätigung der durch den Krieg bedingten Neuordnung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel ihr Wort vorbehalten bleiben sollte.[131]

Die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen Wilhelm II. und Kiderlen kam erneut zum Vorschein in der *albanischen Frage:* Die österreichische Regierung hatte am 30. Oktober nach langem Drängen Kiderlens einer durchgreifenden Umgestaltung der Balkanverhältnisse zugestimmt, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß eine Ausdehnung Serbiens bis zur Adria unterbleibe und eine freie staatliche Entwicklung Albaniens gewährleistet werde. Sie stimmte darin mit der italienischen Regierung überein.

Am 6. November richteten der französische und englische Botschafter an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die Frage, ob das serbische Verlangen nach einem adriatischen Hafen auf den Widerstand Deutschlands stoßen werde. Kiderlen antwor-

---

[128] G. P. XXXIII, No. 12321/12319 Rbm.
[129] G. P. XXXIII, No. 12265.
[130] G. P. XXXIII, No. 12302.
[131] G. P. XXXIII, No. 12344.

tete, daß sich Österreich-Ungarn diesem Gedanken entschieden entgegensetzen und die volle Unterstützung durch Deutschland und Italien finden werde.[132] Er blieb bei dieser Meinung auch dann noch, als der serbische Gesandte im Auswärtigen Amt erklärte, Rußland sei bereit, hinter Serbien zu treten.[133]

Wilhelm II. aber sprach sich gegen eine diesbezügliche Unterstützung Österreichs aus. Er fand eine Veränderung des status quo im Sinne des serbischen Begehrens nicht für so einschneidend, um ihretwegen das Reich der Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung auszusetzen, was er weder vor Volk noch Gewissen verantworten zu können glaubte.

Über Kiderlens Motive läßt sich aus den Akten nichts Klares ermitteln. Wir dürfen jedoch annehmen, daß es ihm darum ging, in einer Frage, die Deutschlands Freunde so stark berührte, diese nicht vor den Kopf zu stoßen, um den Bestand des Dreibunds nicht zu gefährden. Realpolitische und prestigehafte Überlegungen spielten wohl beide mit, und es scheint Kiderlen tatsächlich gelungen zu sein, den Kaiser von der Gültigkeit seiner Beweisgründe zu überzeugen, so daß er, wenn auch nur unwillig, seine Zustimmung zur Politik des Staatssekretärs gab.

Die Lage war für das Reich äußerst gefährlich. Rußland, das dem serbischen Begehren diplomatische Unterstützung gewährte, erhöhte seine Kriegsbereitschaft und traf zahlreiche Vorbereitungen für eine Mobilmachung. Die Zusammenarbeit zwischen dem französischen und dem englischen Generalstab wurde inniger. Die deutsche Politik stand vor schweren Entscheidungen. Kiderlen erachtete es als eine Notwendigkeit, Österreich-Ungarn diplomatisch zu unterstützen und im Konfliktsfall, sobald Lebensinteressen berührt würden, auch die Bündnispflicht zu erfüllen. Nur betonte er ausdrücklich, daß bei solchen ernsten Ereignissen Österreich offenkundig *im Rechte* sein und nicht als der Provozierende, sondern als der Provozierte erscheinen müsse.[134] Deshalb verlangte er von Österreich-Ungarn ausreichende Auskunft über seine wirklichen Pläne in der Balkanpolitik und klagte darüber, daß es sie nicht gebe und dennoch Hilfe verlange.

Am 28. November trug Kiderlen sein eigenes Gesamtprogramm im

---

[132] Österreich-Ungarns Außenpolitik IV, S. 783.
[133] G. P. XXXIII, S. 281 Anm.
[134] *Jäckh* II, S. 192 und G. P. XXXIII, No. 12379.

Bundesrate vor.[135] Er anerkannte darin die Veränderung des status quo im Balkan, also die Vernichtung der europäischen Türkei; gab jedoch der Meinung Ausdruck, daß die asiatische Türkei mit Konstantinopel lebensfähig erhalten bleiben sollte. Für den Fall, daß Österreich-Ungarn bei der Geltendmachung von eigenen Lebensinteressen, auf die es ohne Minderung seiner Großmachtstellung slawischen Anmaßungen gegenüber nicht verzichten könne, von Rußland angegriffen werden sollte, liege es im allereigensten Interesse des Reiches, seine ganze Macht zur Erfüllung der Bundespflicht einzusetzen. Zweck sei dabei die *Aufrechterhaltung der Großmachtstellung Österreich-Ungarns,* damit Deutschland nicht mit Rußland in der Front und Frankreich im Rücken allein zurückbleibe. Kämpfe Österreich-Ungarn also für seine Großmachtstellung, dann müsse Deutschland an seine Seite treten, um nicht nachher neben einem geschwächten Österreich allein zu fechten.

Diese Grundgedanken Kiderlens entsprachen in ihrer *Sachlichkeit* weitgehend denjenigen Bismarcks, wichen aber entschieden von den Überlegungen ab, die für Bülow während der Bosnischen Krise maßgebend gewesen waren. In einer Reichstagsrede vom 2. Dezember 1912 unterstützte der Reichskanzler Bethmann Hollweg die Ausführungen seines Staatssekretärs.[136]

Viel unsachlicher beurteilte weiterhin der Kaiser die Lage auf der Balkanhalbinsel. Als die Nachricht nach Berlin kam, Ferdinand von Bulgarien habe der Türkei ein Bündnisangebot gemacht, richtete er ein fantastisches Telegramm an das Auswärtige Amt. Mit Begeisterung griff er den «genialen groß angelegten Gedanken» auf und stellte folgende politischen Möglichkeiten zusammen: Österreich müsse sich diesem Bündnis anschließen; daraufhin würden Griechenland und sogar Serbien rettungslos an Österreich herangetrieben, damit Rußland auf dem Balkan erledigt. Österreich würde als Vormacht an seine Stelle treten und zusammen mit Italien «ein mächtiges Gegengewicht gegen England» bilden. Rußland wäre in Odessa, England auf seinem Weg nach Alexandrien bedroht. «Dann», so schloß er triumphierend, «sind die Dreibundmächte die Präponderanten im Mittelmeer, haben die Hand auf dem Kalifen, damit auf die ganze mohammedanische Welt! (Indien).»[137] — Am 2. Dezember erteilte der Kaiser dem deutschen Botschafter in Konstantinopel aus-

---

[135] *Jäckh* II, S. 193 ff.
[136] G. P. XXXIII, S. 445 Anm. **.
[137] G. P. XXXIII, No. 12468.

drücklich den Befehl, den Türken gegenüber die Annahme des bulgarischen Bündnisangebotes eindringlich zu befürworten,[138] was dann aber nur in sehr vorsichtiger Weise geschah.

Die kaiserlichen Spekulationen wurden vom Auswärtigen Amt mit Zurückhaltung behandelt und hatten keine Wirkung auf die deutsche Politik. Sie waren Auswüchse der Fantasie, Wunschbilder, deren vorausgeahnte Verwirklichung dem kaiserlichen Prestigegefühl mächtig schmeichelte.

Zur Beilegung des Konfliktes schlugen die Franzosen erneut die Einberufung einer Konferenz, und zwar einer Botschafterkonferenz, vor. Die deutsche Regierung stimmte zu. Paris lehnte sie freilich aus Prestigegründen ab, anerkannte aber schließlich doch London als Konferenzort, und so traten denn die verschiedenen Botschafter der Großmächte im Dezember 1912 und im Januar 1913 zu den Sitzungen zusammen. Bereits in der ersten Sitzung willigte Rußland in die Bildung eines unabhängigen Albaniens ein und nötigte die Serben zum Verzicht auf einen adriatischen Hafen. Auf allen Seiten begrüßte man schon die wachsende Friedensaussicht. Da starb Kiderlen, am 30. Dezember 1912. Sein Tod bedeutete nach dem Urteil französischer Diplomaten einen Wechsel in der deutschen Balkanpolitik im Sinne einer *Rückkehr zur Prestigepolitik.*

In einem Bericht vom 21. Januar 1913 wies Wangenheim, der deutsche Botschafter bei der Pforte, darauf hin, daß Deutschland nach dem Friedensschluß für die Erhaltung der europäischen Türkei werde eintreten müssen, da die Zersetzung sonst auch auf Kleinasien übergreifen würde. Rußland und Frankreich bereiteten sich auf diesen Fall vor. Eines Tages könne die Frage einer Aufteilung Kleinasiens aufgerollt werden. Nun sei Deutschland in Marokko nur mit sehr geringen Werten, in Kleinasien aber mit vielen Hunderten von Millionen und außerdem mit seinem Prestige engagiert. Daß die Gebiete, welche durch deutsche Arbeit an den Weltverkehr angeschlossen worden seien, in nichtdeutsche Hände übergehen könnten, wäre dem deutschen Volk ein unerträglicher Gedanke. Deutschland müsse sich daher schon jetzt über eine allfällige Teilung Kleinasiens mit den Mächten verständigen.[139]

Der Reichskanzler unterstützte Wangenheim und richtete eine diesbezügliche Warnung an die russische und französische Adresse anläßlich einer Unterredung mit dem Botschafter Jules Cambon bei

---

[138] G. P. XXXIII, No. 12469.

[139] G. P. XXXVIII, 1, No. 15435 Fußnote.

einem Diner in der spanischen Botschaft zu Anfang des Jahres 1913.[140]

Das *orientalische Prestigemotiv* trat also wieder in den Vordergrund und begann die Haltung der deutschen Regierung in den Balkanfragen zu beeinflussen, so daß sie nicht mehr imstande war, die von Kiderlen neu eingeleitete Realpolitik weiterzuführen. Neben der Botschafterkonferenz liefen damals Friedensverhandlungen zwischen der Pforte und den Balkanstaaten. Der Gedanke, durch eine Flottenaktion der Mächte die Türkei gefügig zu machen, wurde vom Kaiser aus Prestigegründen abgewiesen, damit Deutschland nicht den Haß der ganzen islamitischen Welt auf sich lade.[141]

Die Verhandlungen zwischen der Türkei und den Balkanstaaten scheiterten, der Krieg nahm seinen Fortgang. Wieder verlief er unglücklich für die Türken. Albanien wurde von Serben und Montenegrinern erobert. Am 5. April 1913 berichtete der Militärattaché Graf von Kageneck aus Wien über die Lage auf dem Balkan und eine wahrscheinliche Vereinigung von Albanien und Serbien.

Zu dieser Möglichkeit nahm der Kaiser in einer Randbemerkung Stellung: Eine Aufteilung Albaniens wäre nicht das Schlimmste, aber jetzt sei sie aus Prestigegründen unmöglich, da Italien und Österreich-Ungarn sich vertraglich verpflichtet hätten, bei einer Veränderung des status quo auf der Balkanhalbinsel für ein selbständiges und unabhängiges Albanien einzutreten. Für diese beiden ergebe sich jetzt möglicherweise die Notwendigkeit, militärisch gegen Serbien vorzugehen. Er stehe selbstverständlich hinter einem solchen Vorgehen, da es geeignet sei, den einzigen politischen Erfolg Wiens aus dem völligen Zusammenbruch seiner verfehlten Balkanpolitik zu retten, nämlich ein unabhängiges Albanien. Und zu einem solchen Erfolg müsse Deutschland Österreich «coute qui coute» (sic!) verhelfen. Zudem werde eine gemeinsame austro-italienische Tat das Verhältnis der beiden Mächte zueinander stärken und den Dreibund festigen.[142]

Der Kaiser hatte also seinen frühern Standpunkt in der albanischen Frage aufgegeben und sich dem Reichskanzler genähert, der wenig später, am 8. April 1913, an den Rat im kaiserlichen Gefolge Treutler zum Vortrage bei Seiner Majestät schrieb: Der albanische Pufferstaat sei das einzige «Positivum», mit dem die Donaumonar-

---

[140] G. P. XXXIV, 1, S. 294 Anm. **.
[141] G. P. XXXIV, I, No. 12662.
[142] G. P. XXXIV, 2, No. 13095 und Rbm.

chie aus dem Schiffbruch ihrer Balkanbegehren hervorgehe. Entgleite ihr in letzter Stunde auch noch dieser bescheidene Gewinn, so stehe die österreichische Politik vor einem Bankerott, der die *internationale Geltung des deutschen Verbündeten erschüttern* und seinen nationalen Zusammenhalt ernsthaft gefährden würde. Eine solche *Deutschland schwächende Einbuße* von Österreich-Ungarn abzuwenden, dürfe im gegenwärtigen Augenblick die wichtigste Aufgabe der von Seiner Majestät eingeleiteten Politik sein. Die Chance, sie friedlich zu lösen, wachse mit dem Grade der Entschlossenheit und Kraft, mit dem Deutschland zu dem Verbündeten stehe.[143]

Man befürchtete also auf deutscher Seite eine empfindliche Prestigeeinbuße Österreichs und empfand sie als eine *eigene*. Darum der Wille, sich entschlossen hinter Österreichs Balkanpolitik, insbesondere seine Albanienpolitik, zu stellen! Man näherte sich damit dem Standpunkt, den *Bülow* früher in der bosnischen Frage vertreten hatte, und welcher zu einer starken Identifizierung der deutschen mit der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik geführt hatte.

So stellte sich denn die deutsche Regierung in der Albanienfrage entschieden hinter Österreich-Ungarn, leidenschaftlich vor allem der Kaiser. Am 7. April 1913 betonte Bethmann Hollweg in einer Rede vor dem Reichstag die Bündnistreue gegenüber der Donaumonarchie, die sich über die diplomatische Vermittlung hinaus werde bewähren müssen.[144]

Ein Eingreifen Österreich-Ungarns in den Konflikt wurde dann durch die Intervention der noch immer in London tagenden Botschafterkonferenz verhindert, ohne daß freilich aus ihren Verhandlungen ein fruchtbares Ergebnis herausgeschaut hätte. Als dann Skutari in die Hände der Serben fiel, steigerte sich die Leidenschaftlichkeit Wilhelms II. bis zur Empörung. Er verlangte, daß die Mächte durch ein entschlossenes Eingreifen dafür sorgten, daß ihre gefaßten Beschlüsse über die Unabhängigkeit Albaniens von den Serben und Montenegrinern innegehalten würden. Ihr Verhalten empfand er als eine förmliche Ohrfeige für die Mächte. Die bloße Phrasenpolitik tadelte er bitter und betonte, Österreich könne eine solche Frechheit der Serben und Montenegriner auf die Dauer nicht einstecken, da ja seine einzige Tat damit zugrundegehe. Die tatenlose Politik der Mächte sei eine jammervolle Schlappheit, die Deutschland, ohne ernsthaft an Selbstachtung zu leiden, nicht «in aeternum»

---

[143] G. P. XXXIV, 2, No. 13108.

[144] G. P. XXXIV, 2, S. 656 f. Anm.

so weiter mitmachen könne. Wenn Grey sich nicht schleunigst zu einem militärischen Eingreifen entschließe, dann sei es mit der Botschafterkonferenz zu Ende, denn große Worte hülfen nichts mehr.[145]

Als sich Grey weiterhin zurückhielt, steigerte sich die Empörung des Kaisers noch mehr und machte sich Luft mit den Worten: Die Grenze für das österreichische Abwarten sei erreicht, und ein rascher Schlag könne die einzige Lösung bringen. Je mehr Österreich «temporisiere», nachgebe und aufschiebe, desto unhaltbarer werde die Lage nach außen und innen.[146]

Ähnlich äußerte sich der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Jagow, in einem Telegramm an den Fürsten von Lichnowsky. Die Mächte seien zu einem energischen Handeln auch aus Gründen der Selbstachtung gezwungen, denn nicht nur ihre Gesamtheit, sondern jede einzelne von ihnen werde durch die montenegrinische Verhöhnung vor Welt und Geschichte erbarmungslos bloßgestellt. Deutschland erwarte, daß sich die Mächte zu einem Entschluß aufrafften, den Loyalität und eigene Würde forderten. Sonst müsse Deutschland das Mandat zum Eingreifen an Österreich und Italien übergeben. — Mit kaiserlicher Zustimmung wurden die Mächte von dieser deutschen Haltung unterrichtet.

Auffallend war die erneute weitgehende Identifizierung der deutschen Politik mit der österreichischen. Man empfand die Haltung der Mächte nicht nur als beleidigend für Österreich-Ungarn, sondern auch für das Deutsche Reich, und man legte einen Eifer an den Tag, der in keinem Maß zu den wirklichen Interessen stand, die man bei der ganzen Angelegenheit verteidigte. Begreiflich war diese Haltung nur vom Standpunkt des Prestigegedankens aus, und sie verriet, daß man in allem, was die Festigkeit des Zweibunds und des Dreibunds anbetraf, zunehmend *empfindlicher* wurde.

Als Italien seine Zustimmung zu der deutschen und österreichischen Politik versagte, wurde es ernsthaft auf die Folgen aufmerksam gemacht, die eine solche Haltung nach sich ziehen konnte: die Lähmung wenn nicht gar den Zusammenbruch des Dreibunds.[147]

Am 12. April 1913 hörte der Botschafter in Wien von einem Gerücht, das in verschiedenen Pressekreisen herumlief, wonach Deutschland das Wienerkabinett davon abgehalten habe, am Anfang der Verwicklung auf der Balkanhalbinsel den Sandschak zu besetzen. Er

---

[145] G. P. XXXIV, 2, No. 13195 Rbm.
[146] G. P. XXXIV, 2, No. 13252.
[147] G. P. XXXIV, 2, No. 13224/13244.

erklärte daraufhin dem Grafen Berchtold, es sei doch wünschenswert, daß gleich der erste Funke einer solchen Verdächtigung ausgetreten werde, damit daraus nicht ein Brand entstehe, an dem sich die zahlreichen Feinde, die auf jedes Anzeichen eines vermeintlichen Gegensatzes zwischen Berlin und Wien lauerten, erfreuen würden.[148]

Damals dachte man sich in Berlin zahlreiche Möglichkeiten aus, um durch den Anschluß neuer Staaten an den Zwei- und Dreibund deren Prestige zu heben. Gewiß rechnete man dabei auch mit einem wirklichen, praktisch spürbaren Machtzuwachs, dachte aber doch in erster Linie an die *Wirkung nach außen*. In diesen Überlegungen spielte *Rumänien* eine wichtige Rolle. Laut Nachrichten aus privater Quelle wurden sowohl in Petersburg als auch in Bukarest Versuche gemacht, die politischen Kreise Rumäniens davon zu überzeugen, daß sie es den russischen Bemühungen verdankten, wenn der Streit um Silistria eine für Rumänien günstige Lösung finden werde, während es vom Dreibund doch so gut wie im Stiche gelassen werde. Sofort wurde der deutsche Gesandte in Bukarest, von Waldthausen, aufgefordert, Mittel und Wege zu suchen, um Regierung und öffentliche Meinung in Bukarest über den wahren Sachverhalt aufzuklären und etwaige Intrigen zu vereiteln.[149]

Man wollte alles verhindern, was Rumänien vom Dreibund absprengen konnte. Von einem wirklichen Wert des rumänischen Bündnisses konnte freilich nicht die Rede sein, besonders damals nicht, da sich die deutsche Politik in ihrer Wesensart völlig verändert hatte, nicht mehr die Sicherung des Friedens als letztes Ziel erstrebte, sondern die Steigerung der deutschen Macht und Machtgeltung. Zur Zeit Bismarcks hatte das rumänische Bündnis Sinn gehabt als Friedenssicherung nach dem Osten. Diesen Sinn konnte es jetzt nicht mehr haben.

In Berlin hielt man sehr darauf, den Schein aufrechtzuerhalten, als gehöre Rumänien fest zu den Mittelmächten. Man warnte es vor einem Bündnis mit Serbien, weil es Rumänien in einen Gegensatz zu Österreich und Italien gebracht haben würde;[150] man widersetzte sich dem österreichischen Bestreben, Bulgarien auf seine Seite zu ziehen, weil man dadurch Rumänien dem Dreibund noch mehr entfremdet haben würde, während man doch das umgekehrte begehrte

---

148 G. P. XXXIV, 2, No. 13152.
149 G. P. XXXIV, 2, No. 13162.
150 G. P. XXXIV, 2, No. 13348.

und sogar Griechenland durch Rumänien mittelbar oder unmittelbar mit dem Dreibund verbinden wollte.[151]

Wie sehr die deutsche Politik ihre Interesselosigkeit und Zurückhaltung auf der Balkanhalbinsel aufgegeben hatte, erhellt aus einem Privatbrief des Staatssekretärs an den österreichischen Außenminister, den Grafen Berchtold. Darin bezeichnete es Jagow als eine nach dem Zusammenbruch der europäischen Türkei wesentliche Aufgabe für Österreich-Ungarn «und damit auch für Deutschland», dem Vordringen der slawischen Flut und dem russischen Einfluß entgegenzuarbeiten.[152] — Bismarck hätte es fern gelegen, dem russischen Einfluß im Südosten der Balkanhalbinsel entgegenzutreten.

Nach dem ersten Balkankrieg vermochten sich die siegreichen Balkanstaaten nicht zu einigen. Sie fielen übereinander her und führten so den zweiten Balkankrieg herauf, der von Ende Juni bis zum 10. August 1913 ausgetragen wurde und die ganze Problematik in der politischen Welt des Balkans von neuem aufwarf. Während der Dauer des Krieges änderte die deutsche Regierung ihre interessierte Haltung nicht, auch dann nicht, als man zur Bereinigung der Kriegsergebnisse schritt.

In der albanischen Frage, die immer noch keine Lösung gefunden hatte, stellte man sich weiterhin entschieden hinter Österreich-Ungarn, weil man eine auch nur laue Haltung in Wien schwer empfunden haben würde, wo man, wie die Deutschen glaubten, eifrig für den Anschluß an Frankreich oder Rußland wirkte.[153] Selbst als Wien ohne vorherige Beratung mit der deutschen Regierung ein Ultimatum an Serbien richtete, stellte man sich hinter den Freund.[154]

Peinlich wurde dann die ganze Frage, als Griechenland in Südalbanien Schwierigkeiten machte und Wien und Rom nervös wurden. Der Reichskanzler telegraphierte dem Kaiser, die Tripelentente sei schadenfroh und erwarte vom Aufstand, der in Epirus ausgebrochen war und griechische Unterstützung erhalten hatte, Schwierigkeiten zwischen den deutschen Bundesgenossen und eine Entfremdung zwischen dem Dreibund und Griechenland.[155] Der Kaiser ließ daraufhin in Wien und Rom zur Ruhe mahnen.

Als dann der österreichisch-ungarische und der italienische Botschafter die deutsche Regierung zur Beteiligung an einem gemein-

[151] G. P. XXXIV, 2, No. 13292/13350.
[152] G. P. XXXIV, 2, No. 13012.
[153] G. P. XXXVI, 1, No. 14161/14071.
[154] G. P. XXXVI, 1, No. 14178/14181.
[155] G. P. XXXVI, 2, No. 14333.

samen Schritte in Athen einluden, um die griechische Regierung aufzufordern, ihre Truppen, die sie hatte einmarschieren lassen, unverzüglich aus Albanien zurückzuziehen, gab man ihnen zur Antwort, die deutsche Regierung lege großen Wert darauf, daß eine einseitige Erklärung des Dreibundes vermieden werde. Eine weitere Entfremdung Griechenlands vom Dreibund sei zu vermeiden. Anders würde sich die Lage gestalten, wenn auch die Ententemächte dafür gewonnen werden könnten.[156]

Auch jetzt handelte es sich für die deutsche Regierung darum, eine weitere Entfremdung Griechenlands vom Dreibund und damit einen Erfolg der Entente auf Kosten des Dreibundes zu vereiteln. Die albanische Frage lastete schwer auf diesem. In Berlin bemühte man sich eifrig, die beiden befreundeten Mächte zusammenzuhalten, um den für das Prestige katastrophalen Zusammenbruch des Dreibunds zu verhindern.[157] Man verwies fortwährend auf die Schadenfreude der Entente ob jedem Schwächezeichen, das sich im Dreibund offenbare.[158] Darum sollte Albanien wirklich lebensfähig werden, damit die Konfliktsmöglichkeiten dort zwischen Österreich-Ungarn und Italien ein für allemal verschwänden. Mit Erbitterung nahm man Berichte entgegen, nach denen die albanische Frage immer mehr zum Bruch zwischen den befreundeten Mächten treibe. Herr Barrère (der französische Botschafter in Rom) wittere Morgenluft, berichtete der deutsche Botschafter aus Rom dem Reichskanzler. Zum mindesten drohe dem innern Zusammenhalt des Dreibunds eine Schwächung, die leider auch fremden Augen nicht verborgen bleibe. Und ein andermal meldete er, von französischer Seite werde die Gelegenheit aufgegriffen, um mit Hilfe der Presse auf eine Lockerung des Dreibundes hinzuarbeiten.[159]

Zu einem Bruch zwischen den Dreibundmächten kam es in der albanischen Frage dann doch nicht; auch nicht in der montenegrinischen Frage, in der die deutsche Regierung erneut bestrebt war, die beiden Bundesgenossen auseinanderzuhalten.[160]

Halten wir zum Schlusse nochmals fest: Das Wichtigste in der Balkanpolitik Wilhelms II. und seiner Kanzler war die Abkehr von der Politik Bismarcks im Sinne einer *Hinwendung zur aktiven Balkanpolitik.* In

---

156 G. P. XXXVI, 2, No. 14338.
157 G. P. XXXVI, 2, No. 14425/14426.
158 G. P. XXXVI, 2, No. 14433.
159 G. P. XXXVI, 2, No. 14518.
160 XXXVIII, No. 15550.

ihr bildete ein Hauptmotiv: das Bemühen, angesichts der entschiedenen deutschfeindlichen Haltung der Entente und ihres engeren Zusammenschlusses, die letzten dem Reiche verbliebenen Bundesgenossen in den verschiedenen Balkankonflikten nicht zu verlieren, um nicht *vor aller Welt isoliert dazustehen* und eine Macht- und Prestigeeinbuße zu erleiden. Deshalb die weitgehende *Identifizierung* mit der Politik Österreich-Ungarns, des einzigen noch zuverlässigen Freundes, dessen Balkanpolitik vor allem von Bülow unterstützt wurde. Der Versuch Kiderlens, der deutschen Regierung in Balkanfragen die Möglichkeit freier Entscheidung wieder zu verschaffen, scheiterte mit seinem Tode.

1914, bei Ausbruch des neuen serbischen Konfliktes, war die Identifizierung so weit gediehen, daß sich die deutsche Politik bedingungslos hinter die Donaumonarchie stellte und alles billigte, was diese von sich aus tat. Als sie dann im letzten Augenblick die Führung wieder an sich reißen wollte, war es zu spät: Österreich-Ungarn war nicht mehr zurückzuhalten und riß das Deutsche Reich in den entstehenden Weltbrand hinein.

IV. Abschnitt

DIE FLOTTENFRAGE UND DAS ABRÜSTUNGSPROBLEM

18. Kapitel

Die deutsche Flottenpolitik unter Wilhelm II.

Noch kurze Zeit vor der Jahrhundertwende stand das Deutsche Reich ohne eine einigermaßen starke Flotte da. Alle Versuche Admiral Hollmanns in den neunziger Jahren, den Reichstag für den Bau einer solchen Flotte zu gewinnen, scheiterten. Es galt zuerst, wie es der Kaiser in seinen Memoiren schilderte, «eine allgemeine Bewegung im Volke auszulösen, das noch gleichgültige große Publikum für die Marine zu interessieren und zu erwärmen, damit aus dem Volke selbst heraus ein Druck auf die Abgeordneten erfolgte. Dazu war eine energische Propaganda durch eine gut organisierte und geleitete Presse sowie durch bedeutende Männer der Wissenschaft ..... erforderlich.»[1] Allmählich drang dann der Wunsch nach einer Flotte immer stärker durch, und zwar nicht nur beim Kaiser, der leidenschaftlich dafür eintrat, sondern auch bei seinen Mitarbeitern und schließlich in den breitesten Schichten des Volkes.

Deutschland stand seit den achtziger und neunziger Jahren als *industrielles Ausfuhrland* mit England überall in der Welt in lebhaftem Wettbewerb. Gerade gegenüber diesem England aber mit seiner mächtigen Flotte trübte sich das Verhältnis zusehends, und man empfand bitter die Wehrlosigkeit, in der man sich ihm gegenüber zur See befand. — Deutschland war aber nicht nur Handelsmacht, sondern auch Kolonialmacht geworden, umsomehr ein Grund, so empfand man es wenigstens, eine Flotte zu schaffen, mit der man das deutsche Kolonialreich schützen konnte. Wie konnte Deutschland mit seinen vier Schlachtschiffen und vier kleinen Panzerschiffen von einer Seemacht wie England überhaupt ernst genommen werden!

Von solchen Überlegungen ging der neue Staatssekretär des Reichsmarineamtes *Alfred von Tirpitz* aus, als er 1897, von Ostasien zurückgekehrt, zusammen mit dem Kaiser den Grund zum Bau einer starken deutschen Flotte legte. Für ihn gab es nur einen Weg, die

---

[1] E. u. G., S. 194.

deutsche Stellung in der Welt zu behaupten, das war der «Weg der eigenen *Machtbildung zur See*, das heißt Machtbildung dort, wo allein England nach Lage der damaligen Technik fremde Macht fühlen und fremde Interessen zu achten gezwungen werden konnte.» ... «Um die Jahrhundertwende war die *Machtbildung*, auf die es vor allem anderen ankam, die Beseitigung unseres völlig ungeschützten und hilflosen Zustandes dem großen Rivalen England gegenüber. Der Kaiser hatte dies voll erkannt.» So drückte sich später der Admiral in seinem Werke, «Der Aufbau der Deutschen Weltmacht», aus.[2] Er ging vom Machtgedanken aus, und zwar Macht im Verhältnis zur englischen Übermacht; ihn bestimmte also von Anfang an der Prestigegedanke. Und das andere: Er *wollte* diese Flotte bauen. Der *Wille* stand als treibende Kraft am Anfang des deutschen Flottenbaues.

Tirpitz erhielt sofort die Unterstützung des *Kaisers*. Wilhelm II. setzte sich leidenschaftlich für den Bau einer starken Flotte ein. Er hatte seinerzeit, als er sich für längere Zeit in England aufgehalten hatte, die englische Flottenmacht vor Augen gehabt. In einem Toast vom 27. Juli 1904 im Yachtklub in Anwesenheit Eduards VII. wies er auf die Zeit hin, da er als kleiner Junge in England gewesen sei und die stolzen britischen Schiffe bewundert habe. «Da entstand in Mir der Wunsch, auch solche Schiffe zu bauen, und der Plan, auch einmal eine so schöne Flotte wie die englische zu besitzen.» — Der Kaiser verriet damit, daß auch bei ihm der *Wunsch*, eine Flotte zu besitzen, entscheidend war. Bezeichnend genug, daß der Reichskanzler den Wortlaut der Rede für das Telegraphenbureau abänderte, weil er bei ihrem Bekanntwerden eine schlechte Wirkung befürchtete.

Die bitteren Erfahrungen, die das Reich während der Burenkonflikte mit England machte, stärkten überall das Verlangen nach einer mächtigen Flotte. Am 8. Januar 1896 schrieb Wilhelm II. an Reichskanzler Hohenlohe, in vielen Teilen der Erde sei das Reich «zur Vertretung seiner sehr erheblichen Interessen zur Zeit ungenügend oder überhaupt nicht vertreten». Deutschland habe keine genügende Anzahl von Schiffen, um irgendwie der Weltmachtstellung des Reichs gerecht zu werden.[3] Mit Entrüstung nahm er des Kanzlers Bericht entgegen, wonach im Reichstag keine Begeisterung für einen Flottenbau vorhanden sei. Er war sehr bedrückt und äußerte seinen Unmut darüber, daß der Reichstag «so wenig Begriff von der Ehre unseres

[2] *Tirpitz*, S. 3/6.
[3] *Hohenlohe*, S. 153.

Vaterlandes im Auslande England gegenüber» habe.[4] Unter Hinweis auf die Haltung Englands, das nach Anerkennung der Überlegenheit der deutschen Industrie deren Vernichtung anstreben werde, wenn es nicht von Deutschland durch den Bau einer Flotte daran verhindert werde, betonte der Kaiser eindringlich: «caeterum censeo naves esse aedificandas».[5]

Reichskanzler Hohenlohe unterstützte den Kaiser. «Wollen wir uns nicht in allem fügen», so äußerte er sich, «und auf die Rolle einer Weltmacht verzichten, so müssen wir geachtet sein. Auch das freundlichste Wort macht in internationalen Verhandlungen keinen Eindruck, wenn es nicht durch eine ausreichende materielle Macht unterstützt wird. Dazu ist den Seemächten gegenüber eine Flotte nötig.»[6]

Es gab freilich auch Stimmen, die sich gegen den beabsichtigten Flottenbau wandten. Graf von Waldersee urteilte darüber schon am 31. Januar 1896: Der Kaiser scheine sich völlig in den Gedanken der Flottenvermehrung verrannt zu haben. Sich mit England in einen Wettkampf einzulassen, sei vermessen. Deutschland könne sich ja nur lächerlich machen. Eine weitsichtige und kluge Politik tue not, wenn Deutschland eine Isolierung vermeiden wolle. «Daß unser Ansehen und auch das *Vertrauen zu unserer Zuverlässigkeit* seit Bismarcks Abgang erheblich gesunken ist, sollte der Kaiser nicht vergessen.»[7] Er sei in seinen Äußerungen oft gar zu unvorsichtig.

Waldersee fürchtete also eine Isolierung des Reiches durch die feindlichen Mächte und hielt einen vermehrten Flottenbau für gefährlich. Ihm lag vor allem, das dürfen wir aus seinen Worten schließen, an einem guten Verhältnis zu den übrigen Staaten. Seine Stimme drang aber gegenüber dem neuen Willen nicht durch, ebensowenig die des Staatssekretärs Bernhard von Bülow, der ein Jahr später den Kaiser davor warnte, durch den Bau einer Flotte, die doch zum Schutz und zur Sicherheit des Reiches gebaut werden sollte, das Verhältnis zu England aufs Spiel zu setzen.[8]

In den Jahren 1898 und 1900 wurde der Grund zur deutschen Flotte gelegt. Es war nicht so sehr der Bau einer Flotte an sich, der die Beziehungen zu England belasten sollte, sondern die Tatsache,

---

[4] *Hohenlohe*, S. 159.
[5] G. P. XIII, No. 3413 Sbm.
[6] *Hohenlohe*, S. 151.
[7] *Waldersee* II, S. 366 f.
[8] *Bülow* II, S. 440.

daß das Reich vor allem auf den Bau von Großkampfschiffen, einer *Schlachtflotte* also, Wert legte, die weniger auf Verteidigung als auf Angriff eingestellt war. Schließlich wirkte sich auch die Art und Weise, *wie* man im deutschen Volk für den Flottenbau Stimmung machte, auf die deutsch-englischen Beziehungen verderblich aus.

1904 war die deutsche Flotte bereits so ansehnlich, daß sich Reichskanzler Bülow gegen eine Einladung Eduards VII. nach Kiel aussprach, weil er nicht wollte, daß dieser sich mit eigenen Augen von der Bedeutung der im Werden begriffenen deutschen Flotte überzeuge. Als der Kaiser auf der Einladung beharrte, versuchten Bülow und Tirpitz, den Monarchen wenigstens von der Notwendigkeit zu überzeugen, bei Anlaß des englischen Besuches nicht die ganze deutsche Flotte zusammenzuziehen, um die Engländer nicht allzu sehr mit Mißtrauen zu erfüllen. Ohne Erfolg! Der Kaiser wollte bei diesem Anlaß in erster Linie doch eben «imponieren».[9]

Abermals unterlag Bülow, als er den Kaiser von einem deutschen Flottenbesuch in Plymouth im Juli 1904 abzuhalten versuchte. Wilhelm II. bestand hartnäckig darauf. Über ihn urteilte Bülow: Der Kaiser habe wohl gehofft, mit seinen Schiffen in England «Eindruck», vielleicht moralische Eroberungen zu machen, jedenfalls den Briten «gewaltig zu imponieren».[10]

Imponiert hat dieser Flottenbesuch den Engländern allerdings nicht, im Gegenteil, er wurde ungemein schlecht aufgenommen und verstimmte. Der Wunsch des Kaisers, die Engländer durch die deutsche Flotte zu beeindrucken, konnte aus nichts anderem herausgewachsen sein, als aus einem starken Prestigebedürfnis. Ihm gegenüber vermochten die sachlichen Argumente des Reichskanzlers nicht aufzukommen.

Wie sehr die Haltung des Kaisers gefühlsmäßig bedingt war, zeigte sich in einer sehr charakteristischen Begebenheit des Jahres 1902: Anläßlich der Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren in Reval bezeichnete jener zur größten Verlegenheit des Zaren diesen als «Admiral of the Pacific» und sich selbst als «Admiral of the Atlantic».[11] Es war ein übler Scherz und doch mehr als nur ein Scherz. Eine solche Äußerung aus dem Munde eines Kaisers und in Gegenwart des Zaren konnte nicht zufällig aus der Luft gegriffen

---

[9] *Bülow* II, S. 24.
[10] *Bülow* II, S. 34.
[11] *Bülow*, I, S. 581.

sein, sondern mußte irgendwie in den Wunschträumen des Kaisers geschlummert haben. Daß sie in englischen und französischen Kreisen Empörung hervorrufen würde, hätte vorausgesehen werden können. Das Mißtrauen der Engländer wurde durch derartige Begebenheiten mächtig gesteigert. 1904 entschloß sich die englische Regierung im Hinblick auf das Anwachsen der neuen deutschen Flotte zu einer umfassenden Reform innerhalb ihrer eigenen Marine. Erst zog sie einen großen Teil ihrer Flotte in der Nordsee zusammen, dann bewerkstelligte sie die Kiellegung der ersten Dreadnoughts, einer Schiffart, die alle bisherigen übertraf und die britische Flotte unüberwindbar machen sollte. Ihre Einführung aber hatte schwerwiegende Folgen: Einmal verdoppelte sie die Kosten des Flottenbaues, und dann verminderte sie den Wert der älteren und kleineren Einheiten, die bis dahin Englands Überlegenheit ausgemacht hatten, und denen gegenüber Deutschland in einem hoffnungslosen Rückstand lag.

Die Einführung des neuen Schlachttyps erlaubte es Tirpitz, Englands Beispiel zu folgen und bei der Erbauung neuer Typen nur in geringem Abstand hinter der britischen Marine zurückzubleiben. Auf Grund einer im November 1905 eingebrachten und im Mai 1906 vom Reichstag angenommenen Flottennovelle nahm die deutsche Marine den Wettkampf mit England auf und ging dazu über, trotz allen Schwierigkeiten ihrerseits Dreadnoughts zu bauen. Wenn Deutschland nach seinem umgearbeiteten Bauprogramm jährlich mehrere Schiffe des neuen Typs fertigstellte, dann mußte sich das Machtverhältnis zur See zusehends zugunsten Deutschlands verschieben. Dies empfand man in England immer deutlicher. Das Gefühl des Mißtrauens wuchs zu einem Gefühl der Beunruhigung an. Schon anfangs 1907 gaben englische Staatsmänner im Gespräch mit dem deutschen Botschafter diesem Mißtrauen Ausdruck und wiesen auf die Furcht vor dem Anwachsen der deutschen Flotte hin. Der englischen öffentlichen Meinung bemächtigte sich eine regelrechte Flottenpanik, die durch die zunehmende deutsche *Flottenpropaganda* unter Führung des deutschen Flottenvereins noch geschürt wurde. Die Erregtheit steigerte sich, als im November 1907 der Bundesrat die Einbringung einer weiteren Flottennovelle genehmigte, die neben der Herabsetzung der Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre, die Verteilung der Ersatzbauten für die Jahre 1908 bis 1917 vornahm. Man fühlte sich in der Vorherrschaft zur See bedroht.

In eine erste Phase trat die Flottenfrage, als der britische Außen-

minister Grey am 14. Mai 1908 an einem Jahresdiner des «Iron and Steel Institute» erklärte, daß der englische Aufwand für die Flotte von demjenigen anderer Länder abhängig sei und bleibe. England sei bereit, mit anderen Nationen zu verhandeln, wenn diese die gegenseitige Abhängigkeit der Rüstungen zugäben.[12] Damit war der Ausgangspunkt für eine *diplomatische Auseinandersetzung* zwischen Großbritannien und Deutschland gegeben.

Sir Edward Grey und Lloyd George erklärten dem deutschen Botschafter in London, Metternich, die Aufrechterhaltung der englischen Seeherrschaft sei für England eine Lebensfrage. Eine Gefährdung dieser Seeherrschaft würde ein neues englisches Bauprogramm nach sich ziehen. England wünsche, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten, deren Ziel Deutschlands freiwilliger Verzicht auf den geplanten Umfang und das Tempo seiner Seerüstung sei.

Der Kaiser stand den englischen Vorschlägen von Anfang an ablehnend gegenüber. Den Gedanken einer Rüstungsbeschränkung empfand er als eine «ganz unerhörte Zumutung», ja als eine «Kriegserklärung». Darüber rede Deutschland überhaupt nicht, denn es lasse sich niemals vorschreiben, wie seine Rüstung beschaffen sein solle. Die Verhandlungen der Engländer mit Metternich fand er an sich schon unerhört. Jene führten eine Sprache, wie sie bisher nur gegenüber China oder Italien geführt worden sei. Diese Art von Gesprächen sei überhaupt geradezu «unwürdig und provokant für Deutschland! Ich muß mir ausbitten, daß er [Metternich] in Zukunft dergleichen Expektorationen unbedingt abweist.» Metternichs Haltung sei zu schlapp.[13]

Die Vorschläge der Engländer widersprachen dem Empfinden des Kaisers. Alles, was mit der Rüstungsfrage zusammenhing, war in seinen Augen eine Prestigefrage höchsten Ranges. Dem gegenüber vermochten sachliche Überlegungen wie die, daß man bei einem anhaltenden Flottenbau die Beziehungen zu England und damit die Sicherheit des Reiches gefährden könnte, nicht aufzukommen. Den Engländern sollte bedeutet werden, erklärte Wilhelm II., «daß mir ein gutes Verhältnis zu England um den Preis des Ausbaus der Flotte Deutschlands *nicht* erwünscht ist. Wenn England uns nur seine Hand in Gnaden zu reichen beabsichtigt unter dem Hinweis, wir müßten unsere Flotte einschränken, so ist das eine bodenlose Unverschämtheit, die eine schwere Insulte für das Deutsche Volk und seinen Kaiser

---

[12] G. P. XXIV, No. 8198.

[13] G. P. XXIV, No. 8219 Rbm. u. Sbm.

in sich schließt...» Sobald man unter irgendwelcher Firma einem fremden Staat erlaube, in die eigenen Rüstungen hineinzureden, so danke man ab.[14]

Die Engländer benützten die Gelegenheit eines Besuches König Eduards beim Kaiser in Friedrichshof im August 1908, um die Flottenfrage erneut zur Sprache zu bringen, obschon man vorher durch Sondierungen über die deutsche Stimmung unterrichtet worden war. Es war Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge, der dem Monarchen gegenüber die Frage des Flottenbaus anzuschneiden wagte und betonte, Deutschland müsse «stop or build slower». Der Kaiser antwortete scharf: «Then we shall fight, for it is a question of national honour and dignity.»[15]

Nach all dem, was wir über die kaiserliche Einstellung zur Flottenfrage bereits gesagt haben, mußte seine Antwort nicht überraschen. Er stand übrigens mit seiner ablehnenden Haltung nicht allein. Der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung, August Stein, schrieb am 22. August in einem Brief an den Reichskanzler Bülow, daß man deutscherseits ein Eingehen auf die englischen Pläne vielfach als einen Akt der «Feigheit und des Zurückweichens vor englischem Drucke» anzuschauen geneigt war.[16]

Nicht eindeutig war die Haltung der übrigen maßgebenden deutschen Persönlichkeiten. Der Reichskanzler, der, wie wir gesehen haben, als Staatssekretär vor einem allzu intensiven Flottenbau gewarnt hatte, nahm eine unentschiedene Haltung ein. Die eingeleiteten Diskussionen schienen auch ihm bedenklich, weil das deutsche Volk empfindlich sei «in Fragen seiner Sicherheit, Unabhängigkeit und Würde». Die deutsche Regierung müsse stets eine ablehnende Antwort auf englische Zumutungen jener Art geben. «Das ganze deutsche Volk würde darin einig sein, lieber jedes Opfer, auch einen Krieg mit mehreren Fronten auf sich nehmen, als eine solche Verletzung seiner Ehre und seiner Würde zu dulden.»[17] Es sei selbstverständlich, daß Deutschland «vor einem englischen Druck oder einer englischen Drohung unter keinen Umständen zurückweichen» dürfe.[18]

So äußerte er sich in zwei Schreiben vom 5. und 26. August 1908 an den Kaiser und pflichtete dessen Ansichten bei. In dem zweiten bemerkte er freilich, Deutschland dürfe, um die Verstimmung in

---

[14] G. P. XXIV, No. 8217 Sbm.
[15] *Tirpitz* S. 71.
[16] G. P. XXIV, No. 8236.
[17] G. P. XXIV, No. 8220.
[18] G. P. XXIV, No. 8239.

England gegen Deutschland nicht ins Maßlose zu steigern und eine Kriegsgefahr heraufzubeschwören, England gegenüber nicht ohne weiteres «ab ovo» jede Verständigungsmöglichkeit abweisen. Also keine rein prestigehafte Einstellung, die jedes Eingehen auf Verhandlungen von vornherein ablehnte, sondern die sachliche Überlegung, daß man England nicht zu sehr verstimmen dürfe, wenn man das Reich nicht gefährden wolle.

Auch später machte Bülow den Kaiser darauf aufmerksam, wie gefährlich eine unversöhnliche Haltung in der Flottenfrage und eine übertriebene Flottenpropaganda sei. «Die Situation schiebt sich immer mehr in der Richtung zusammen, daß die Beziehungen zwischen allen Mächten sich glätten, nur zwischen uns und England wird durch die Flottenfrage der Gegensatz schärfer, neben England aber steht Frankreich und neben Frankreich Rußland.»[19]

Der deutsche Botschafter in London, *Metternich*, nahm entschlossen und eindeutig gegen eine vom Prestigegedanken bestimmte Flottenpolitik Stellung. Er wies in einem fort warnend auf die Folgen hin, die eine einseitige Flottenpolitik für das deutsch-englische Verhältnis haben würde und betonte, daß einer wirklichen und nachhaltigen Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, wie sie immer wieder von deutscher Seite erstrebt worden sei, die Flottenrivalität im Wege stehe.

Entgegen der Ansicht des Admirals von Tirpitz, wonach die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches und nicht der Bau einer Flotte die Ursache des augenfälligen deutsch-englischen Gegensatzes sei, betonte Metternich wiederholt, daß allein die Furcht vor Deutschlands maritimer Machtentfaltung die deutsch-englischen Beziehungen belaste, und daß es ein «verhängnisvoller Irrtum» sei, anzunehmen, daß diese Furcht England schließlich dazu treiben werde, sich Deutschland in die Arme zu werfen. Diese Furcht werde ganz andere Früchte zeitigen; sie werde England gewaffnet Deutschland entgegenstellen.[20] Diese Ansicht des Botschafters wurde von dem Generaldirektor der Hapag, Albert Ballin, geteilt.

Im Sommer 1908 schien es möglich, durch Zugeständnisse im Flottenbau ein besseres Verhältnis zu England anzubahnen, vielleicht sogar eine *politische Gegenleistung* in Form eines Neutralitätsversprechens oder eines Entgegenkommens in Kolonialfragen zu erlangen. Die Beziehungen Englands zu Frankreich und Rußland waren noch

---

[19] G. P. XXVI, 1, No. 8937.

[20] G. P. XXVIII, No. 10232/10234 und *Tirpitz* S. 91 f.

nicht fest gegründet, der Wunsch in englischen, vor allem liberalen Kreisen sehr stark, wenn möglich einen vermehrten Flottenbau mit seinen ungeheuren Kosten zu vermeiden. — Die Bereitschaft Englands, den Deutschen entgegenzukommen, mußte später viel geringer sein, wenn man sich einmal mit der Tatsache der Vermehrung der Flotte abgefunden hatte. Der Versuch, mit England zu einem Übereinkommen zu gelangen, hätte sich immerhin gelohnt, da sich ja das Stärkeverhältnis der beiden Flotten nicht verändert haben würde, wenn auch Deutschland auf eine Vermehrung seiner Flotte verzichtet hätte.

Reichskanzler Bülow schien bereit gewesen zu sein, den englischen Vorschlägen ziemlich weit entgegenzugehen, um eine Verständigung zu erreichen. Die wiederholten Warnungen Metternichs waren nicht ohne Einfluß auf ihn geblieben. Die Frage war nur, ob es ihm gelingen würde, den in seinem schroffen Widerstand von Tirpitz gestärkten Kaiser von der Notwendigkeit eines Entgegenkommens zu überzeugen. Er trat daher in einen regen Briefwechsel mit Tirpitz über die Möglichkeit einer *Verlangsamung des Bautempos* unter Beibehaltung des ursprünglich vorgesehenen Umfangs des Programms und leitete damit eine zweite Phase ein. Er erhoffte ein freundschaftliche Umstellung der englischen Außenpolitik und eine Verminderung der Gegensätze. «Wir müssen eine solche Änderung der allgemeinen englischen Politik auch aus dem Grunde erstreben, weil wir jetzt auf Schritt und Tritt England gegen uns haben, was unsere Politik in sehr hohem Grade hemmt und erschwert.[21] Er war überzeugt, daß es politisch zweckmäßig sei, den Engländern entgegenzugehen und näherte sich dem realpolitischen Standpunkt Metternichs, der sogar eine Verlangsamung des Flottenbaus für ungenügend hielt und darauf hinwies, daß sich bei einem noch weiteren Entgegenkommen für Deutschland «politisches Kapital» herausschlagen ließe, unter Umständen gar ein Neutralitätsversprechen.[22]

Der Admiral, der am 17. Juli des Jahres an den Kabinettschef von Müller geschrieben hatte, ein Aufhören in der Flottenentwicklung bedeute ein Abtreten von der Weltbühne,[23] lehnte eine Herabsetzung des Bautempos ab, da man eine solche im In- und Ausland «als ein Zurückweichen vor den Drohungen Englands» ansehen würde. Es seien zu viele Interessenten in England, die Deutschlands Nachgiebigkeit

---

[21] *Tirpitz*, S. 117 ff., siehe auch G. P. XXVIII, No. 10256.

[22] G. P. XXVIII, No. 10243.

[23] *Tirpitz* S. 84.

«den Charakter einer Demütigung» beilegen würden. Wenn er nicht grundsätzlich gegen jegliches Eingehen auf Verhandlungen war, dann aus dem Grunde, weil er ein Abkommen erstrebte, das das beidseitige Flottenverhältnis in einem für Deutschland günstigen Maßstab festgelegt haben würde, was in seinen Augen einen bedeutenden Prestigegewinn bedeutet hätte.[24]

Am hartnäckigsten wehrte sich der Kaiser gegen jedes Eingehen auf Verhandlungen, obschon er von Tirpitz auf dessen Plan hin bearbeitet wurde.[25] Er vertrat seinen Standpunkt auch anläßlich eines Besuches des englischen Königspaares in Berlin gegenüber Eduard VII., indem er betonte, das Flottengesetz werde ohne irgendeine Beschränkung ausgeführt werden.[26] Man verzichtete dann, auf dieses heikle Problem näher einzugehen. In London wurde zu dieser Zeit eine neue Flottenvorlage, verbunden mit einer gewaltigen Erhöhung der Steuerlast, ausgearbeitet und angenommen. *England war entschlossen, den Wettkampf im Flottenbau mit dem Deutschen Reich aufzunehmen.*

Es sollte sich später als verhängnisvoll erweisen, daß Bülow damals nicht entschiedener und mit stärkeren Mitteln gegen die Einstellung des Kaisers ankämpfte. In ihm selbst widersprach eben doch viel Gefühlhaftes einem weitgehenden Einlenken in die von Metternich vorgezeichneten Bahnen.

Nach dem königlichen Besuche beurteilte der Vortragende Rat, Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen in einer weitsichtigen Aufzeichnung die Lage Deutschlands gegenüber England. Er stellte fest, daß trotz des gut verlaufenen Königsbesuches die meisten Englandkenner der Ansicht seien, daß die deutsch-englischen Beziehungen bald wieder verdunkelt würden, falls Deutschland in der Flottenfrage jetzt mit England nicht übereinkomme. Einmal sprächen die wirtschaftlichen und dann auch die politischen Gründe für ein Entgegengehen. Im Frieden schädige die deutsche Flotte den deutschen Handel und die Politik, namentlich in Kolonialfragen, in denen das Reich so oft auf den guten Willen Englands angewiesen sei. Komme Deutschland nicht zu einer Einigung in der Flottenfrage, dann würden alle sonstigen politischen Bemühungen Deutschlands zum großen Teile scheitern. Jetzt sei der Augenblick günstig, auf die Anregungen der Engländer einzugehen, weil es jetzt nicht so aussehe, als handle

---

[24] G. P. XXVIII, No. 10254/10257.
[25] *Tirpitz* S. 117.
[26] G. P. XXVIII, No. 10260 Rbm.

die deutsche Regierung unter englischem Druck, dem sie später doch mit Einbuße ihres Prestiges einmal nachgeben müsse, wenn es nicht zu einem Kriege kommen solle.[27]

Eine dritte Phase wurde eingeleitet durch eine Unterhausrede Sir Edward Greys vom 29. März 1909, in welcher er dem Wunsche nach einer Verständigung mit Deutschland über die gegenseitigen Flottenbauten Ausdruck gab. In Berlin setzten erneut Besprechungen über diese Frage ein. Sie drehten sich diesmal um den Plan des Admirals, mit England zu einem für Deutschland günstigen Flottenverhältnis zu gelangen. Der Kaiser hatte seinen grundsätzlichen Standpunkt aufgegeben und sich Tirpitz genähert.

Beide, Kaiser und Admiral, verwarfen entschieden den englischen Standpunkt, wonach Deutschland den *Zweimächtestandard* anerkennen sollte und verlangten das Verhältnis von 3 : 4. In der Anerkennung des Zweimächtestandards sahen sie eine «Demütigung Deutschlands».[28] Der Kaiser meinte, die englische Haltung sei bisher gar kein Angebot zu Verhandlungen gewesen, sondern ein einseitiges Verlangen Englands an Deutschland, weshalb denn auch die Situation niemals die einer Verhandlung über Vorschläge «zwischen *gleichberechtigten* Mächten» gewesen sei, sondern «ein ziemlich hochmütiges *Ersuchen* eines *Stärkeren* an einen von ihm *nicht gleich geachteten Schwächeren* ...» Das sei ein Standpunkt gewesen, auf den sich Deutschland vom «militärischen wie nationalen Ehrenstandpunkt» nicht habe einlassen können. Die Anerkennung des Zweimächtestandards sei für Deutschland nicht möglich «ohne Capitulation vor der Welt oder ohne Verletzung unserer nationalen Ehre ....»[29]

Diese Äußerungen der beiden maßgebenden Persönlichkeiten verrieten deutlich, daß es ihnen weniger darum ging, durch den Bau einer Flotte das Reich zu schützen als darum, den Machtgegensatz zur See zugunsten Deutschlands abzuwandeln, weil sie das derzeitige Machtverhältnis als *demütigend* empfanden. Im Hintergrund mochte bei beiden der Wunsch schlummern, die englische Seeherrschaft zu brechen und der englischen Seemacht *ebenbürtig* zu werden. Darauf wies die bereits geschilderte Begebenheit anläßlich der Begegnung von Kaiser und Zar in Reval hin, darauf ebenfalls das Urteil des Admirals in seinen Memoiren über Metternichs Einstellung: «Metternich sah nicht, daß mit dem Abbau der deutschen Flotte, zu dem er

---

[27] G. P. XXVIII, No. 10263.
[28] G. P. XXVIII, No. 10279.
[29] G. P. XXVIII, No. 10294.

1908 und 1909 unaufhörlich drängte, Deutschland dauernd von der Weltbühne abtrat, denn die Gelegenheit, Deutschland ebenbürtig neben England hinzustellen, konnte ..... nicht wiederkommen, nachdem sie einmal unter günstigsten Umständen verpaßt worden war.»[30]

Daß die von einem solchen Standpunkt aus mit den Engländern geführten Verhandlungen von vornherein zum Scheitern verurteilt waren, mußte jedermann klar sein, der imstande war, die ganze Lage sachlich zu beurteilen. Beherrscht vom Prestigegedanken trieben der Kaiser und sein Admiral eine Politik, deren Folgen nicht berechenbar waren. Tirpitz gab dies im Grunde zu, wenn er vom sogenannten *Risikogedanken* sprach. Metternichs Warnungen schlug man in den Wind. In einem Telegramm an den Chef des Marinekabinetts Admiral von Müller urteilte Tirpitz am 6. Mai 1909 über die Haltung des Botschafters: «Das Zeigen von Ängstlichkeit, wie m. E. das Verfahren von Metternich bei den Engländern ausgelegt worden ist, scheint mir direkt gefährlich, weil es uns auf die schiefe Bahn bis zur vollen Demütigung und damit zum Kriege bringt. Ins Gesicht sehen müssen wir der Tatsache, daß in England eine allgemeine große Verstimmung gegen Deutschland besteht und ferner, daß wir England auf längere Zeit international als Gegner haben werden. Es mag ferner zugegeben werden, daß unsere Flottenpolitik diese Situation sehr verschärft hat. Dieselbe war aber nicht anders zu machen, als sie gemacht ist, wenn wir vorwärts wollten ..... Ein Zurückweichen jetzt in der Flottenfrage vor England würde alles Gewonnene zunichte machen.» Was die Verhandlungen mit den Engländern anbetraf, so verlangte er zuerst eine «*détente* und dann *entente* auf politischem Gebiet, dann Rüstungsabkommen. Nicht aber umgekehrt zuerst militärische Schwächung und dann vage Versprechungen für bessere Behandlung ....» Das Betonen der Macht gegenüber den Engländern schien ihm der beste Weg, um mit ihnen zu einem besseren Verhältnis zu kommen, denn, so urteilte Tirpitz in einem Bericht vom 11. Mai an den Militärattaché in London, nichts imponiere den Engländern mehr als zielbewußter Wille, vollends wenn die nötige Macht dahinterstehe, ihn durchzusetzen.[31]

Gegenüber Kaiser und Admiral hatte der Reichskanzler einen schweren Stand, aber er arbeitete weiter für eine Verständigung und äußerte Bedenken gegen die Forderung des 3 : 4 Verhältnisses, weil eine solche nach ihm das Mißtrauen in den englischen Kreisen gegen-

---

[30] *Tirpitz* S. 43.

[31] *Tirpitz* S. 151 ff.

über Deutschlands Flottenplänen noch vermehren konnte. Er war wie Metternich der Ansicht, daß man den Augenblick, da England eine hohe Meinung vor der deutschen Macht habe, ausnutzen solle, um politische Konzessionen zu erlangen. Er dachte dabei an die Möglichkeit einer Flottenverständigung im Rahmen eines großen allgemeinen politischen Abkommens. Freilich befürwortete er ein Hinausschieben des Verhandlungsbeginns, da die sich damals zeigenden Erregungen in England den Anschein erwecken konnten, als habe Deutschland unter dem Drucke der englischen Regierung nachgegeben.[32] Also auch hier keine eindeutige Stellungnahme, auch hier das Mitspielen des Prestigegedankens!

Die verschiedenen Ansichten prallten aufeinander anläßlich einer großen *Unterredung im Reichskanzlerpalais* vom 3. Juni 1909, an der die maßgebenden Persönlichkeiten der militärischen und politischen Leitung teilnahmen.[33]

Der Reichskanzler trat entschieden für eine Verlangsamung des Bautempos ein, bezeichnete die Stimmung jenseits des Kanals als sehr ernst und wies auf die verderblichen Folgen hin, die eine unnachgiebige Haltung Deutschlands nach sich ziehen könnte. Natürlich dürfe die nationale Würde in keiner Weise gefährdet werden.

Metternich vertrat von neuem entschieden seinen Standpunkt, indem er erklärte, daß eine Entspannung zwischen England und Deutschland nur möglich sein würde nach einer Flottenverständigung, daß ein Ansinnen gar wie die Forderung eines 3 : 4 Verhältnisses innert kürzester Zeit zu einem Kriege führen müßte.

General von Moltke trat für eine Verständigung mit den Engländern ein, weil Deutschland keine Chance habe, einen allfälligen Krieg zu gewinnen. Auch er betrachtete die Lage als ernst.

Für eine Verständigung sprach schließlich noch der Staatssekretär von Bethmann Hollweg, freilich mit dem Vorbehalt, daß die Würde der Nation gewahrt bleibe.

Diesen mehr oder weniger entschiedenen Äußerungen gegenüber beharrte Admiral von Tirpitz auf seinem Prestigestandpunkt. So verlief die Unterredung ohne ein wirkliches Ergebnis.

Botschafter Metternich wies am folgenden Tag in einer Aufzeichnung erneut auf die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit einer Flottenverständigung hin, nach welcher der durch den Bau hervorgerufene Druck hinweggenommen sein würde, sich koloniale Abkommen in

---

[32] G. P. XXVIII, No. 10295/10298.

[33] *Tirpitz* S. 157 ff.

einem hübschen Lichte zeigen und andere Abkommen überhaupt erst möglich und verhandlungsreif würden.[34] Angesichts der Interessen, die auf dem Spiele standen, war die Frage der Würde für Metternich belanglos. Die Beziehungen zu England waren ihm wichtiger als alles andere.

Anders Tirpitz! Wenige Tage später, als er vernahm, daß man zur Beruhigung englischer Kreise die Absicht habe, durch den Botschafter in London zu erklären, Deutschland plane keine Beschleunigung des Ausbaus, sprach er sich entschieden gegen einen solchen Schritt aus, der seiner Meinung nach in England als Angst ausgelegt werden würde und nicht der deutschen Würde entspräche.[35]

So war die Lage, als Bülow das Reichskanzleramt niederlegte und *Bethmann Hollweg* an seine Stelle trat: *Uneinigkeit* auf deutscher Seite, ein unentschiedener Kampf für oder gegen ein Einlenken in der Flottenfrage. Dies sollte sich verhängnisvoll auswirken.

Daß Bülow selbst immer mehr Wert legte auf eine Verständigung mit den Engländern, erhellt daraus, daß er noch in einem letzten Gespräch mit dem Kaiser nach seiner Entlassung am 27. Juni 1909 die Bitte an ihn richtete, er möge doch versuchen, mit England zu einem «naval agreement» zu gelangen, worauf der Kaiser sehr gereizt erwiderte: «Jeder solche Vorschlag ist eine Demütigung für Mich und Meine Marine.»[36]

Die Situation, die der neue Reichskanzler Bethmann Hollweg antraf, könnte durch nichts trefflicher gekennzeichnet werden als wieder durch eine Aufzeichnung des Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen vom 15. Juli 1909. Es hieß dort: «Unsere Beziehungen zu England sind zwar äußerlich korrekt .... im Grunde ist das Verhältnis jedoch durchaus unerfreulich, ja man kann sagen, daß es die finsterste Wolke an unserm politischen Horizonte ist ..... Die englische Politik ist uns unfreundlich und tritt uns überall in der Welt entgegen ..... Selbst in nicht rein politischen Fragen ... sind wir .... auf starken englischen Widerstand gestoßen.» Warum? Der Freiherr fand den Grund wie Metternich im deutschen Flottenbau. England werde versuchen, im Verein mit Frankreich und Rußland Deutschland in eine solche Lage zu bringen, daß es entweder eine politische Niederlage erleiden oder Krieg gegen die Koalition der Mächte führen müsse, in die man Italien hineinzuziehen bestrebt

[34] G. P. XXVIII, No. 10307.
[35] G. P. XXVIII, No. 10311.
[36] *Bülow* II, S. 512.

sei.[37] — Ähnlich beurteilte Kiderlen-Waechter, damals Gesandter im Auswärtigen Amt, die allgemeine Lage.[38]

Der neue Reichskanzler erkannte die Gefahr ebenfalls, die dem Reiche durch seine Flottenpolitik drohte, und er betrachtete es als seine Aufgabe, den Versuch zu machen, das Verhältnis zu England durch ein Entgegengehen in der Flottenfrage zu verbessern. In einem Vortrag äußerte er dem Kaiser gegenüber den Wunsch, mit England diesbezüglich Verhandlungen einzuleiten.[39] Er wurde dabei unterstützt von Schoen, Kiderlen und Bussche-Haddenhausen. Der Kaiser gab nach.

Bethmann Hollweg erstrebte als Gegenleistung für ein Nachgeben in der Flottenfrage einen *Neutralitätsvertrag* und eröffnete am 14. Oktober 1909 bei einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Sir E. Goschen die Verhandlungen, indem er die Bereitwilligkeit erklärte, im Rahmen einer allgemeinen Verständigung ein Flottenabkommen zu treffen.[40]

Tirpitz, der auch jetzt das für Deutschland schmeichelhafte 3 : 4 Verhältnis im Auge hatte, hielt den Augenblick für gekommen, um den ihm lästigen Botschafter in London, Metternich, durch einen andern zu ersetzen. Er äußerte den diesbezüglichen Wunsch in einem Brief an Bethmann Hollweg und betonte, daß aus den künftigen Verhandlungen ein anderer Botschafter einen wesentlich größeren Nutzen ziehen würde als einer, «dem der Beigeschmack der alten Ära ..... unzweifelhaft» anhafte.[41] Diese Worte waren bezeichnend für Tirpitz. Wenn er von dem «Beigeschmack der alten Ära» sprach, dann meinte er sicherlich den realpolitischen Zug Metternichs, der in die Zeit zurückverwies, da die deutsche Politik unter Bismarcks Führung die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu England ohne Rücksicht auf das Prestige als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet hatte. Metternich, mit seiner nüchternen Art, war ihm ein Hemmschuh. Er mußte weg. — Tirpitz drang aber mit seinem Wunsche nicht durch. Metternich blieb im Amt und sollte noch längere Zeit für seine Politik wirken.

Nachdem Deutschland die Verhandlungen eröffnet hatte, erklärte sich England am 4. November bereit, neben Verhandlungen über eine

---

37 G. P. XXVIII, No. 10320.
38 *Jäckh* II, S. 49.
39 G. P. XXVIII, No. 10325/10326.
40 G. P. XXVIII, No. 10347.
41 G. P. XXVIII, No. 10339.

Flottenabrüstung auch eine freundschaftliche Aussprache über die allgemeine Einstellung der beiden Mächte zu politischen Fragen zu pflegen. Über den einzuschlagenden Weg konnte man sich aber nicht einigen. Die Engländer wollten auf keine politischen Verhandlungen eingehen ohne vorherige Flottenverständigung. (Metternichs Behauptung fand damit ihre Bestätigung.) Die Deutschen aber wollten auf keine Verhandlungen über ein Flottenabkommen eingehen ohne vorgängige politische Verständigung. Am 17. November unterbrach Grey die Verhandlungen mit Rücksicht auf die bevorstehenden Unterhauswahlen zunächst bis Ende Januar, aber erst im Sommer 1910 wurden die Verhandlungen im vollen Umfange wieder aufgenommen. Aus ihnen ergab sich erwartungsgemäß nichts Wesentliches. Tirpitz und der Kaiser waren im Grunde gar nicht gewillt, auf ein Flottenabkommen, das den Flottenbau eingeschränkt haben würde, einzugehen.[42] Vergeblich trat Metternich erneut für ein Nachgeben in der Flottenfrage ein. Er drang mit seinen Mahnungen und Warnungen nicht durch.

Mit Genugtuung stellte Admiral von Tirpitz am 17. März 1911, als die Engländer mit dem Vorschlag an ihn herantraten, alljährlich einen gegenseitigen Austausch von Mitteilungen über Zahl und Art der neuen Schiffe durch die Marineattachés vorzunehmen, gegenüber Bethmann Hollweg fest, daß in der Verwirklichung dieses englischen Vorschlages neben militärischen Nachteilen ein Vorteil in dem «englischen Anerkenntnis der großen militärischen Bedeutung» der deutschen Flotte liege.[43] — Wieder ein Beweis dafür, daß es ihm in erster Linie um das Prestige ging und nicht um wirkliche Werte!

Auch die auf Grund des neuen englischen Vorschlags geführten Verhandlungen führten zu keinen Ergebnissen. Es fehlte die entschlossene Bereitwilligkeit auf beiden Seiten.

In eine neue Phase traten dann die Flottenverhandlungen nach der Marokkokrisis von 1911 und Lloyd Georges' Rede vom 21. Juli des Jahres. Wie früher festgestellt, wurde der Ausgang der Marokkokrisis allgemein als eine deutsche Niederlage empfunden, so besonders von Tirpitz. Er hatte das Gefühl, die öffentliche Meinung der Welt habe von Kiderlens Marokkopolitik den Eindruck empfangen, daß Deutschland viel mehr gewollt, als erhalten habe, daß es dieses viele durch Bluff zu erreichen gesucht habe und dann vor dem erhobenen Dreizack Englands zurückgewichen sei. Dies bestärkte ihn

[42] G. P. XXVIII, No. 10435 Sbm.
[43] G. P. XXVIII, No. 10436.

in seiner bisherigen Haltung gegenüber England. Durch die Drohung in der Rede Lloyd Georges' fühlte er sich verletzt. Auch der Staatssekretär von Kiderlen empfand diese Drohung und begehrte dringend eine Zurücknahme durch Sir Edward Grey. Metternich aber — und das war bezeichnend für ihn! — scheint diese nicht nachdrücklich genug gefordert zu haben; jedenfalls wurde sie von Grey abgelehnt. Da Kiderlen darauf nicht weiter beharrte, stand nach Meinung des Admirals die «ganze Welt notwendig unter dem Eindruck, Deutschland stecke die erlittene Ohrfeige ein.» Er berichtete, in allen national feinhörigen Kreisen Deutschlands habe man den Vorgang als außerordentlich demütigend empfunden, und die Ansicht sei allgemein verbreitet gewesen, daß man eine solche Herausforderung nicht einfach hinnehmen könne. Für ihn war das Ganze ein «politischer Echec», und er war entschlossen, ihn durch neue Verstärkungen zu Wasser und zu Land auszugleichen.[44]

Am 26. September 1911 hielt er darüber einen Vortrag beim Kaiser und überzeugte ihn von der Notwendigkeit, vor aller Welt England in einer Note das 3 : 4 Verhältnis anzutragen und zur Verwirklichung des notwendigen Zuwachses eine *Flottennovelle* einzubringen. Wilhelm II. war höchst verstimmt über den Ausgang der Marokkokrisis und darum empfänglich für die Pläne des Admirals. Am 27. August 1911 kündigte er in einem Trinkspruch beim Festmahl des Hamburger Senats die Verstärkung der Flotte mit der Begründung an, «daß uns niemand den uns zustehenden Platz an der Sonne streitig machen werde.»[45]

Am 30. September äußerte sich Tirpitz in einem Schreiben an den Kaiser: «Wir haben den Gegner erkannt, sein fast demütigendes Wirken gespürt und knirschend ertragen müssen . . . Ihm imponieren nur Gewalt und Kraft . . . Unser Volk erwartet von der Regierung der *Ver*handlungen eine *Handlung* . . . es muß eine nationale Tat geschehen, die der Begeisterung der Deutschen den rechten Weg weist.»[46]

Kaiser und Admiral waren entschlossen, durch eine Flottennovelle die bereits ansehnliche deutsche Flotte weiter zu verstärken, *ungeachtet der Wirkung*, die dies auf die Beziehungen zu England haben konnte. Ein drittes Geschwader sollte eingeführt, die Mannschaft vermehrt werden, ferner sechs weitere Schlachtschiffe außer den

---

[44] *Tirpitz*, S. 199 ff.
[45] G. P. XXXI, S. 3, Fußnote.
[46] G. P. XXXI, S. 5, Anm. *.

bereits bewilligten im Verlaufe der nächsten Jahre gebaut werden. Sowohl beim Kaiser wie auch beim Admiral stieg dieser Entschluß aus dem Gefühl heraus, in der zweiten Marokkokrise eine schwere Prestigeeinbuße erlitten zu haben, also nicht aus sachlicher Überlegung, sondern aus dem *verletzten Prestigeempfinden.* Man wollte eine erlittene Demütigung wieder wettmachen.

Gegen diese Prestigepolitik wandte sich sofort wieder Metternich und warnte entschieden vor einem Schritt, der England nach seiner Meinung noch stärker zu Frankreich hintreiben konnte. England und Deutschland ständen an einem Scheideweg. Für England sei es das Entscheidende, daß es nicht nochmals in einer wichtigen internationalen Frage Deutschland drohend entgegentrete, für Deutschland, daß es nicht den Rahmen des Flottengesetzes überschreite und den Weg der Versöhnung endgültig verlasse.[47] Am 29. November ließ er sich in einem Privatbrief an den Reichskanzler nochmals ausführlich über seine Ansicht aus und warf darin die Frage auf, ob denn der geringe Kraftzuwachs, den Deutschland durch eine Novelle erhalten werde, so viel wert sei, daß es «dafür die jetzt begründete Aussicht auf ein besseres Verhältnis und auf ein koloniales Abkommen von weittragender Bedeutung» preisgeben dürfe. Deutschland könne augenblicklich vielleicht gütlich erreichen, was ihm selbst nach schweren Kämpfen, deren Ausgang noch sehr ungewiß sei, verschlossen bleibe. England werde nur noch stärker rüsten, falls Deutschland seine Flotte vermehre, und der Kampf zwischen beiden werde dann unvermeidlich.[48]

Diese Äußerungen Metternichs waren wieder bezeichnend für seine realpolitische Einstellung. Wie Bismarck, behielt er immer die Beziehungen zu den Mächten, insbesondere die zu England im Auge und beurteilte von da aus die Frage eines Flottenabkommens und einer Novelle. Die sachlichen Gründe, die gegen eine Vermehrung und für ein Nachgeben in der Flottenfrage sprachen, waren für ihn so überzeugend, daß ihnen gegenüber nicht das geringste Prestigeempfinden aufzukommen vermochte.

Metternich stand auch jetzt nicht allein mit seiner warnenden Haltung. Grundsätzlicher Anhänger der Bismarckschen Auffassung, wonach Deutschlands Stärke «auch für überseeische Beziehungen», seine Zukunft «zuallererst im eigenen Lande liege», war auch der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Wermuth. Er bekämpfte vergeblich

---

[47] G. P. XXXI, No. 11320/11322.

[48] G. P. XXXI, No. 11326.

die neue Flottenvorlage, und als er endgültig in der Deckungsfrage unterlag, nahm er am 15. März 1912 seinen Abschied. Er beanstandete vor allem die *auffällige* Form der Ankündigung und den *auffälligen* Zeitpunkt und wies darauf hin, daß die deutschen Finanzen der Flottenvermehrung nicht gewachsen seien, England seine Flotte entsprechend vermehren und außergewöhnlich bedeutungsvolle Folgen auf außenpolitischem Gebiete sich ergeben würden.[49]

Schließlich nahm auch der Geschäftsträger von Kühlmann gegen die beabsichtigte Flottenvermehrung Stellung, wobei er vor allem, wie Metternich, darauf hinwies, daß Deutschland bei der Ausnutzung der derzeitigen englischen Bereitwilligkeit gegen den Verzicht auf die Novelle zu einem großen mittelafrikanischen Kolonialreich kommen könnte.[50]

Gegen all diese Äußerungen wandte sich der Kaiser in scharf ablehnenden Bemerkungen: «wir haben die Ohrfeige weg: und obendrein sollen wir keine Schiffe bauen!! Üblicher Metternich[sch]e[r] Rath!» Den Botschafter selbst bezeichnete er als einen «Hasenfuß», dessen «Deduktion» die «Ingerenz» eines fremden Volkes auf die deutsche Marinepolitik gestatte, wie er sie sich als oberster Kriegsherr und Kaiser niemals gefallen lassen könne, noch werde, und die für das deutsche Volk eine «Demütigung» bedeute. Es bleibe bei der Novelle.[51] Umsomehr begrüßte der Kaiser die Berichte des ganz mit seinen Ansichten übereinstimmenden deutschen Marineattachés Kapitän Widenmann in London, der die englischen Drohungen, wie sie geäußert wurden, als «Bluff» hinstellte und vor einer Zurücknahme der Novelle warnte: «Nicht durch Zeigen von Schwäche gewinnt man England, sondern durch kühl zur Schau getragenes Selbstbewußtsein, gestützt auf den Willen zur Kraft.»[52]

Vergeblich erhob Metternich Einspruch gegen Widenmanns unsachliche Berichterstattung, die einen Eingriff in seine Aufgaben als Botschafter darstellten und dem Kaiser ein völlig falsches Bild von der Stimmung in England vermittelten. Vergeblich verurteilte später auch das Auswärtige Amt die aufs politische Gebiet hinüberschweifende Berichterstattung des Marineattachés. Sie drangen beide nicht durch, denn Tirpitz trat entschieden für Widenmann ein, der seine und des Kaisers Politik verfocht, und gewann auch den Kaiser dafür.

---

[49] G. P. XXXI, No. 11324.
[50] G. P. XXXI, No. 11345/11346.
[51] G. P. XXXI, No. 11316 Bm. und No. 11323.
[52] G. P. XXXI, 11334, Anlage II.

Dies wurde der deutschen Politik zum Verhängnis. Metternich drang mit seinen Warnungen gar nicht mehr durch, so unablässig er sie auch wiederholte. Zu den beleidigenden Äußerungen des Kaisers bemerkte er in einem Bericht an den Reichskanzler: Es gehöre vielleicht mehr moralischer Mut dazu, aus Pflichtgefühl die Rolle eines unbequemen Warners zu übernehmen, als im unrichtigen Augenblick einer fremden Regierung Grobheiten zu sagen und sich als «Bully» zu benehmen.[53]

Auch der Reichskanzler äußerte schließlich schwere Bedenken gegen die neue Novelle, die die Kriegsgefahr heraufbeschwören und auch innenpolitisch nachteilig wirken könne. Er war wie Metternich von ihrer «Inopportunität» überzeugt und teilte diesem mit, es finde sich kein Verständnis «für die ruhige Überlegung, daß es jedenfalls momentan unsere Stellung gegen England nicht stärkt, vielmehr durch Erhöhung der Kriegsgefahr schwächt, wenn wir in den nächsten sechs Jahren 18 Schiffe anstatt 12 auf Kiel legen.»[54]

Nach einem heftigen Kampf gelang es dem Reichskanzler, der weitgehend Metternichs Standpunkt vertrat und auch von Staatssekretär von Kiderlen unterstützt wurde, beim Kaiser eine wesentliche Änderung der Novelle durchzusetzen. In abgeschwächter Form wurde die Novelle dann nach einem Immediatvortrag Tirpitz' vom 25. Januar in der Thronrede vom 7. Februar 1912 angekündigt. Diese Ankündigung verschlimmerte die ohnehin schlechten Beziehungen zu England und legte einer Verständigung ein schweres Hindernis in den Weg.

Gerade zu der Zeit, da die Novelle bekanntgegeben wurde, nämlich am 8. und 9. Februar 1912, hielt sich der englische Kriegsminister *Haldane* in Berlin auf, um persönlich im Auftrag des britischen Auswärtigen Amtes eine Verständigung zu suchen. Er entbehrte der Vollmachten zum Abschluß bindender Abmachungen. In Besprechungen mit den maßgebenden deutschen Persönlichkeiten sollte er die Grundlage für eine Verständigung zu schaffen suchen. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen mit den einzelnen in ihren Ansichten auseinandergehenden Persönlichkeiten standen drei Probleme: die Frage

1. eines Flottenabkommens,
2. einer Neutralitätsformel und
3. eines Kolonialabkommens.

---

[53] G. P. XXXI, No. 11320.
[54] G. P. XXXI, No. 11321.

In der Folge schlug Haldane ein Formel vor, die ausgeschlossen hätte: einen unprovozierten Angriff auf die andere Macht, jegliche Teilnahme an einer Koalition gegen Deutschland zu Angriffszwecken, ebenso jede Teilnahme an kriegerischen Unternehmungen zu solchen Zwecken. Dazu stellte er koloniale Angebote in Aussicht, die nicht gering waren, wie die Abtretung Sansibars, Angolas und Pembas an Deutschland. All dies gegen ein Flottenabkommen, das die englische Seeherrschaft sichergestellt und den Wettbau beendigt haben würde.

Da dabei die Flottennovelle berührt wurde, war die ganze Mission eigentlich schon *von vornherein zum Scheitern verurteilt*, denn Tirpitz und der Kaiser beharrten auf ihrem Prestigestandpunkt, vor allem auf der Ablehnung des Zweimächtestandards und der Durchführung der Flottennovelle bei nur geringfügigen Zugeständnissen. Bezeichnend genug, daß der Admiral schon am Anfang darauf hinwies, daß er für die Stellung des Kaisers vor der Öffentlichkeit Sorge zu tragen habe, da Seine Majestät durch die Thronrede bereits für die Novelle «engagiert» sei.[55] Der Kaiser glaubte ebenfalls, seine Stellung gegenüber Novelle und Volk wahren zu müssen. Eine Verlangsamung des Bautempos war alles, was er für annehmbar hielt.[56] Beide waren also aus Prestigegründen von vornherein gegen ein wirkliches Nachgeben in der Flottenfrage, ihnen gegenüber fand sich der Reichskanzler Bethmann Hollweg mit gutem Willen zu einer Verständigung bereit, aber er drang mit seinem Willen nicht durch.

Ein unmittelbares Ergebnis zeitigten diese Verhandlungen nicht. Sie wurden später in London fortgesetzt, wobei die Engländer aber entschieden wenig Bereitwilligkeit zu einem Entgegenkommen zeigten. Vergeblich wies Metternich beständig darauf hin, daß ein «agreement» mit den Engländern nur möglich sein werde, wenn man die Flottennovelle fallenlasse. Dafür solle Deutschland einen möglichst hohen Preis zu erhalten suchen.[57] «Eine Neutralitätserklärung, wenn auch nur in Kompromißform, die Erwerbung von Sansibar und Pemba, die Verständigung über die Endstrecke der Bagdadbahn gegen die Beteiligung an südpersischen Bahnen und die Erleichterung der allgemeinen politischen Lage würden auch ohne Mehrbauten bei uns unstreitig als großer Gewinn und Erfolg der kaiserlichen Politik empfunden werden. Starres Festhalten an der unbedingten Neutrali-

---

[55] *Tirpitz* S. 288.
[56] G. P. XXXI, No. 11359.
[57] G. P. XXXI, No. 11349/11367.

tätsformel und Mehrbauten würden hier schärfste Opposition gegen das Abkommen, wenn es überhaupt zustande käme, hervorrufen. Es ist aber ziemlich ausgeschlossen, daß es unter jenen Voraussetzungen zustande kommt.»[58] Am 22. Februar 1912 schrieb er dem Reichskanzler, es stehe um das Abkommen schlecht, und seine ursprüngliche Befürchtung scheine sich zu bewahrheiten, daß es an der Flottennovelle scheitere.[59]

Auch der Staatssekretär von Kiderlen setzte sich dafür ein, daß auf die Mehrbauten verzichtet werde und besprach sich mit Tirpitz. Nach Tirpitz' Darstellung[60] drängte Kiderlen in dieser Unterredung den Marinesekretär zum Fallenlassen der Mehrbauten, nach Kiderlens Schreiben an Wilhelm II.[61] regte er lediglich eine Verschiebung an. Wie dem auch sei, Tirpitz widersprach dieser Anregung nicht nur scharf, sondern er suchte auch durch mittelbare und unmittelbare Beeinflussung den Kaiser von einem weiteren Entgegengehen im Sinne Kiderlens abzuhalten. Er ließ dem Monarchen durch den Generaladjutanten von Plessen einflößen, das wichtigste «Pluskonto» seiner Regierung, das er in den Augen des Volkes habe, sei auf das äußerste gefährdet, wenn er ein einseitiges Zurückgehen, also ein Zurückweichen vor England zulasse.

Es war bezeichnend für den Admiral, daß er eine Verständigung immer noch als ein *Zurückweichen vor England* betrachtete. Von seinem Standpunkt aus mußte ein Einlenken unmöglich erscheinen.

Der Kaiser war sehr erbittert über die Haltung der Engländer, weil ihre Bereitwilligkeit, entgegenzukommen, nach dem Ausgang der Mission Haldane ungleich geringer geworden war. Er beschuldigte sie, vom vereinbarten Verhandlungsweg abgegangen zu sein und erblickte in ihren Forderungen wieder «einen Eingriff in die freie Selbstbestimmung Deutschlands und eine Ingerenz in die Befugnisse des obersten Kriegsherren!» Das sei nicht mehr ein Verhandeln, sondern ein «Zwang ausüben und Sommationen stellen.» Er lasse sich auf nichts dergleichen ein und lehne jede Detailbesprechung «a limine» ab.[62] — Wie hätten da Verhandlungen zu einem Ergebnis führen sollen, umsomehr als auch auf englischer Seite kein eindeutiger Verständigungswille mehr vorhanden war!

---

[58] G. P. XXXI, No. 11369.
[59] G. P. XXXI, No. 11371.
[60] *Tirpitz* S. 290 ff.
[61] *E. Jäckh* II, S. 157.
[62] G. P. XXXI, No. 11374 Bm.

Der Kampf um die Verständigung ging indessen weiter. Die Verhandlungen in London nahmen ihren Fortgang. Metternich hörte nicht auf zu warnen, der Marineattaché aber fuhr fort, das englische Verhalten als «Bluff» hinzustellen, der berechnet sei für schwächliche Gemüter, dem gegenüber aber das nationale Gefühl in Deutschland erwacht sei.[63]

Bei den folgenden Verhandlungen, die sich hauptsächlich um ein mögliches *politisches Abkommen* drehten, stellte sich das Auswärtige Amt auf den Standpunkt, daß sich ein solches gut neben den englischen Ententen behaupten könnte, ohne jene zu beeinträchtigen, ja daß es auch eine deutsch-französische Annäherung zur Folge haben dürfte. Über diese maßvolle Haltung des Auswärtigen Amtes gingen aber der Kaiser und Tirpitz hinaus, indem sie eine Preisgabe der bisherigen englischen Ententen forderten, weil das Reich nach ihrer Ansicht an die Stelle Frankreichs treten sollte. Eine «differentielle Behandlung» durch die Engländer empfanden sie als unerträglich.[64] Deshalb war der Kaiser äußerst aufgebracht, als Metternich nach Berlin berichtete, Grey habe erklärt, England dürfe bei der wachsenden Seemacht Deutschlands nicht so weit gehen, daß es die Freundschaft Frankreichs aufs Spiel setze, und er äußerte in seinem Unmut die Worte: «also kommen wir doch erst in zweiter Reihe! unerhört!!»[65]

Immer deutlicher erkennen wir, daß beim Kaiser wie bei Tirpitz das Gefühl vorherrschte, *Deutschland werde überhaupt nicht als gleichberechtigt betrachtet;* dies kränkte sie und machte in ihren Augen jede Frage zur Prestigefrage. Sicherlich war es nicht zufällig, daß Widenmann in seinem Berichte von der «Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands seitens Englands» als vom Ende des Machtkampfes schrieb.[66] In ihren Augen war die Flotte das Mittel, das ihnen die begehrte Gleichberechtigung in aller Augen verschaffen sollte.

Um die Verhandlungen nicht zu gefährden, suchte der Reichskanzler die Einbringung der Novelle noch möglichst lange hinauszuschieben. Der Kaiser umgekehrt, dem mehr und mehr die Geduld riß, drängte zur Einbringung der gesamten Wehrvorlagen. Zwei verschiedene Auffassungen kämpften um ihre Geltung. Die Gereiztheit

---

[63] G. P. XXXI, No. 11396 und Anlage.
[64] *Tirpitz* S. 299/301.
[65] G. P. XXXI, No. 11403 Rbm.
[66] G. P. XXXI, No. 11392 Anlage.

Wilhelms II. stieg, als Metternich nach Berlin berichtete, daß der englische Kriegsminister nach Einbringung der Novelle mit der Heranziehung der Flotte aus dem Mittelmeer in die Nordsee gedroht habe. Er ging so weit, unter Verletzung der Formen unmittelbar mit dem Botschafter in Beziehung zu treten und mit einem verstärkten Flottenbau und der Mobilisation zu drohen. Daraufhin reichte Bethmann Hollweg am 7. März sein Entlassungsgesuch ein, mit der Begründung, der Kaiser habe durch seine Weisung an Metternich der Politik des verantwortlichen deutschen Staatsmannes vorgegriffen. «Eure Majestät sind hiernach entschlossen, eine Politik zu führen, für die ich aus den dargelegten Gründen die Verantwortung nicht zu übernehmen vermag ....» Deutschland habe nach seiner Auffassung trotz Verschiebung der Verhandlungsbasis durch die Engländer die Pflicht zu versuchen, die Verhandlungen sorgfältig weiterzuführen, damit die Möglichkeit einer Verständigung offenbleibe. Tue das Deutschland nicht, so werde nicht nur sein Verhältnis zu England, sondern auch dasjenige zu Frankreich in so verhängnisvoller Weise verschärft, daß Deutschland zum Kriege schreiten müsse. Rußland werde zu Hilfe kommen, Deutschland aber allein stehen, da die Hilfspflicht für seine Bundesgenossen nicht eintreten würde. «Unsererseits aber einen Krieg heraufbeschwören, ohne daß unsere Ehre oder unsere Lebensinteressen tangiert sind, würde ich für eine Versündigung an dem Geschicke Deutschlands halten .....».[67]

Bethmann Hollweg beurteilte die Flottenfrage wie Metternich vom allgemeinen politischen Gesichtspunkt aus und kam zu diesen sachlichen Folgerungen. Seinem entschiedenen Auftreten gegenüber mußte der Kaiser nachgeben, ja er stellte sogar eine Verschiebung des Bautermins für weitere Schiffe in Aussicht. Dies veranlaßte den Admiral von Tirpitz, nun seinerseits die Demission anzubieten. Er konnte dann aber zurückgehalten werden, als der Kaiser diese Zusage zurücknahm.

Ein Hoffnungsschimmer leuchtete auf, als Grey am 14. März einen neuen *englischen Vorschlag* überreichte, worin allerdings ein eigentliches Neutralitätsversprechen fehlte. Immerhin waren die Engländer zur Erklärung bereit, weder einen unprovozierten Angriff auf Deutschland zu machen, noch an einem solchen teilzunehmen und keine feindselige Politik gegen Deutschland zu befolgen.[68]

Der Kanzler hoffte, daß die englische Regierung bei einer entgegen-

---

[67] *Tirpitz* S. 318 ff.

[68] G. P. XXXI, No. 11401/11403.

kommenden Haltung der deutschen sich zu einem noch günstigeren Abkommen entschließen werde, und er berichtete dem Kaiser, Deutschland stehe vor der Frage, ob es sich durch die in keiner Weise gebotene und jetzt auch von der öffentlichen Meinung nicht verlangte Veröffentlichung der Novelle die Möglichkeit einer Verständigung mit England nehmen, durch sie das Zeichen zum Wettrüsten geben und damit die Wahrscheinlichkeit eines deutsch-englischen Krieges samt der damit verbundenen Landkriege heraufbeschwören wolle.[69] Er drang nicht durch. Am 15. April wurde die Flottennovelle dem Reichstag vorgelegt und am 14. Mai angenommen. Kurze Zeit darauf wurde Metternich, der lästige Warner, abberufen und durch den Freiherrn von Marschall ersetzt. Die deutsche Politik verlor dadurch einen wertvollen Botschafter, der nüchtern, klar und unvoreingenommen, aber auch unbekümmert um die Folgen, die es für ihn persönlich nach sich ziehen konnte, die politische Lage beurteilte und seine entsprechenden Berichte nach Berlin sandte. Tirpitz selbst mußte später in seinen Memoiren den geraden Charakter Metternichs anerkennen.[70]

Der Kaiser triumphierte, daß es ihm gelungen sei, die Novelle gegenüber dem englischen «Bluff» zu retten, der gegen sie und das deutsche Flottengesetz gerichtet gewesen sei, und dem seine Diplomaten aufgesessen seien. Er habe Haldane und seine saubern Kollegen rechtzeitig durchschaut und ihnen den Spaß, der einen gewaltigen Erfolg vor dem englischen Volk und Parlament dargestellt haben würde, gründlich verdorben. Dem Deutschen aber habe er sein Anrecht auf Seegeltung und sein Selbstbestimmungsrecht in Rüstungsangelegenheiten gerettet und den Engländern gezeigt, daß sie, wenn sie an die deutschen Rüstungen tasteten, auf Granit bissen. Er habe dadurch vielleicht ihren Haß vermehrt, aber ihre Achtung erworben.[71]

Bezeichnenderweise war in diesen Äußerungen Seiner Majestät keine Rede vom Wesentlichsten an der ganzen Frage, von den Folgen nämlich, die eine solche Politik nach sich ziehen mußte. Und diese Folgen waren schwerwiegend. *Wie nichts anderes verstimmte die deutsche Haltung in der Flottenfrage die Engländer und trieb sie auf die andere Seite, und nichts besiegelte bei Ausbruch des Weltkrieges das Schicksal Deutschlands so sehr wie die Stellungnahme*

---

[69] G. P. XXXI, No. 11405.

[70] *Tirpitz* S. 337, siehe auch Bülow II, S. 438.

[71] G. P. XXXI, No. 11422 Sbm.

Großbritanniens. Man schien dies in gewissen deutschen Kreisen, die völlig unter dem Einfluß des Prestigegedankens standen, einfach nicht zu sehen oder sehen zu wollen.

Am 22. Juli forderte Churchill in einer großen Rede unter Hinweis auf die deutsche Flottennovelle als «direkte Ursache» Nachtragskredite. Im Sommer 1912 erfolgte die Verlegung der englischen Mittelmeerflotte in die Nordsee, die mehr als alles andere dazu beitrug, die englische Macht der französischen gegenüber moralisch zu verpflichten, da die französische Flotte die Aufgabe der britischen im Mittelmeer übernehmen mußte. Treffend schilderte Churchill rückblickend die Lage mit dem Bilde: «Mit jeder Niete, die Tirpitz in seine Kriegsschiffe trieb, einigte er britisches Denken in weitesten Kreisen des mächtigen Volkes in jedem Teile des Imperiums. Die Hämmer, die in Kiel und Wilhelmshaven dröhnten, schweißten die Verbindung der Nationen, von denen Deutschland einen Widerstand erfuhr und schließlich überwältigt wurde.»[72]

Daß die deutsch-englischen Verhandlungen ungemein wichtig waren, verriet auch die Haltung der Franzosen und Russen, die sie mit Besorgnis verfolgten. Die zurückhaltenden Kräfte im Reich, Metternich, Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter, die das Problem rein sachlich zu lösen suchten, unterlagen den vorwärtsdrängenden, dem Kaiser, Tirpitz und Widenmann, denen alles, was mit dem Flottenbau zusammenhing, eine Prestigefrage höchsten Grades war, vor der alle anderen Überlegungen zurückzutreten hatten.

In England war man nun überzeugt, daß es unmöglich sei, mit Deutschland eine vertragsmäßige Einschränkung der Flotte zu vereinbaren. Die Stimmen nahmen zu, die eine gewaltsame Vernichtung der anwachsenden deutschen Flotte begehrten und deshalb einen Krieg wünschten. *Eine Verständigung war fortan aussichtslos, die Stellungen waren bezogen und veränderten sich bis zum Ausbruch des Weltkriegs nicht mehr.*

Was folgte, war nur noch ein *unbedeutendes Nachspiel:* Durch den englischen Vorschlag eines «naval holiday» wurden 1913 die Verhandlungen wieder aufgenommen. Der Kaiser, der immer stärker in den Vordergrund trat, während Tirpitz besonnener und zurückhaltender wurde, sah auch darin nur den Versuch, eine Verzögerung oder gar Verhinderung des deutschen Flottenbaus zu bewerkstelligen und nannte den englischen Vorschlag eine «Spekulation auf die Dummheit

---

[72] *W. Churchill,* The World Crisis 1911—1914, S. 111 ff.

oder erhoffte Schwäche der Deutschen Regierung», den er von vornherein ablehnte.[73] «Ich will das ganze, endlose, gefährliche Kapitel der Rüstungsbeschränkung möglichst nicht noch einmal aufgerollt haben. So oder so kommt es doch schließlich auf einen Einspruch Englands in mein Recht der Bemessung der für Deutschland nötigen Seemacht heraus», äußerte er sich in einer Zuschrift an Bethmann Hollweg.[74] Und zu einem Artikel in der «Pall Mall Gazette», worin ausgeführt wurde, daß, solange Englands Vorherrschaft zur See gesichert sei, die deutsch-englischen Beziehungen gut sein würden, bemerkte er: die englische Seeherrschaft möge in die Binsen gehen. Mit einer solchen Einschränkung sei eine dauernde Besserung unvereinbar. «Freundschaft auf Bedingung, daß einer eo ipso den Andren stets als den *Stärkeren* anerkennt, ist Blödsinn; das ist einfach Protectorat! und schließt eine Capitulation Deutschlands zur See, die ich nun und nimmer unterschreiben werde.»[75]

Begreiflich, daß die Verhandlungen auf Grund des neuen englischen Vorschlags zu keinem erfolgreichen Abschluß führten. Die Haltung der maßgebenden deutschen Persönlichkeiten hatte sich nicht verändert. Das verrieten die Worte des Kaisers. Sie bekräftigten die Vermutung, daß sein letztes Ziel doch die *Beseitigung der englischen Seeherrschaft* war, die sein Prestigegefühl nicht ertrug.

Hart lautete das Urteil Eckardsteins in seinen Denkwürdigkeiten, wenn er schrieb, daß die «größenwahnwitzige» Flottenpolitik Wilhelms II. jedes Zusammengehen mit England systematisch verhindert habe.[76]

19. Kapitel

Deutschland und die Haager Friedenskonferenzen

In die Zeit des Imperialismus mit ihrer allgemeinen Steigerung der militärischen Macht durch Aufrüstung fielen zwei Versuche, durch internationale Übereinkommen die gewaltigen Rüstungen zu beschränken und durch die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichtes Streitigkeiten unter den Mächten friedlich zu schlichten.

---

[73] G. P. XXXIX, No. 15573, Rbm. 17.
[74] G. P. XXXIX, No. 15591.
[75] G. P. XXXIX, No. 15586 Rbm.
[76] *Eckardstein* II, S. 431.

Behandelt wurden beide Fragen auf zwei Friedenskonferenzen im Haag.

Die erste wurde angeregt durch ein Friedensmanifest des Zaren vom 18. August 1898. Sie fand statt in der Zeit vom 18. Mai bis 29. Juli 1899. Wir beschränken uns darauf, die Haltung der deutschen Regierung und ihrer Vertreter gegenüber den beiden Hauptfragen zu untersuchen.

1. *Die Frage der Abrüstung:* Vom Kaiser wurde von vornherein jede Einschränkung der Rüstungen abgelehnt. Er hatte das Gefühl, daß die ganze Konferenz mehr oder weniger gegen die deutsche militärische Fortentwicklung gerichtet sei, welche Rußland gerne zum Stehen gebracht hätte, um Deutschland «in der unterlegenen minderwerthigen Position sich gegenüber festzuhalten!» Es fehle in Rußland das Geld, meinte Wilhelm II., während Deutschland im Begriffe sei, 15 versäumte Jahre Rußland gegenüber in der Rüstung wieder wett zu machen. «Ich lasse mich aber gar nicht dadurch beirren. Die Conferenzkomödie mache ich mit, aber den Degen behalte ich zum Walzer an der Seite.»[77]

Der kaiserlichen Haltung lag das Gefühl zugrunde, Deutschland befinde sich gegenüber Rußland in Bezug auf die Rüstung im Rückstand, ein ähnliches Gefühl also wie England gegenüber in der Flottenfrage. Hier wie dort darum das Verlangen, die militärische Macht des Reiches zu steigern und den Rückstand aufzuholen. Für den Kaiser war die Aufrüstung eine Prestigefrage höchsten Ranges. Bereits in früheren Kapiteln konnten wir dies feststellen.

Den Abrüstungsgedanken lehnte auch Staatssekretär von Bülow ab. In seiner ersten Rede vor dem Reichstag am 6. Dezember 1897 erklärte er u. a.: «Ferner müssen wir in der Erkenntnis, daß es die Furcht vor unserer Stärke ist, die andere Mächte davon abhält, über uns herzufallen, unsere militärische Rüstung zu Wasser und zu Lande *so achtunggebietend wie möglich* gestalten .... Vereinbarungen, die auf eine Einschränkung unserer Wehrmacht hinauslaufen, sind für uns unter keinen Umständen diskutierbar. Eine Macht, die uns zu einer solchen Vereinbarung auffordert, möge sich darüber klar sein, daß eine solche Aufforderung den Krieg mit uns bedeutet.»[78]

2. *Die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit:* Auch gegenüber dem Gedanken eines ständigen internationalen Schiedsgerichtes verhielt sich Wilhelm II. grundsätzlich ablehnend. Als ihm Bülow über den Ver-

---

[77] G. P. XV, No. 4257 Anlage Rbm.

[78] *Bülow* II, S. 329.

lauf der Konferenz Mitteilung machte und darauf hinwies, daß jener Gedanke bei den Mächten rasch Anklang gefunden habe und der deutsche Widerspruch vereinzelt gewesen sei, bemerkte er dazu: «Und das ist der Grund warum wir gehändikappt werden sollen! Darauf ist auch die ganze Conferenz zugeschnitten.» Und am Schlusse des Berichtes fügte er die Bemerkung hinzu, er werde mit Rücksicht auf den Zaren dem Unsinn zustimmen. «Aber werde in meiner Praxis auch für später mich nur auf Gott und mein scharfes Schwert verlassen und berufen! Und sch ..... auf die ganzen Beschlüsse!»[79]

Also auch in dieser Frage das Gefühl, als sei der Vorschlag eines internationalen Schiedsgerichtes gegen Deutschland gerichtet! Bemerkenswert immerhin, daß der Kaiser aus einem sachlichen Grunde bereit war entgegenzukommen.

Deutlicher noch als bei ihm zeigte sich das Prestigehafte beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bülow: «Was die Frage eines internationalen Schiedsgerichtsverfahrens betrifft,» bemerkte er, «so können meines Erachtens bei keinem Kabinett einer Großmacht Zweifel darüber obwalten, daß die prinzipielle Unterwerfung unter die Entscheidungen eines europäischen Areopags für jede Großmacht die Verzichtleistung auf ihre Stellung als solche bedeuten würde.» Und ein andermal: Es würde den kleinen Staaten bei einer Verwirklichung jenes Gedankens ein unverhältnismäßiger Anteil am Schiedsgericht und damit ungebührlich großer Einfluß auf die Fortbildung des Völkerrechts eingeräumt werden.[80]

Bülow vertrat also die Ansicht, es sei unter der Würde einer Großmacht, sich einem internationalen Schiedsgericht zu unterwerfen, umsomehr als darin den kleinen Staaten eine verhältnismäßig große Bedeutung zukommen würde. Er beurteilte das Ganze bezeichnenderweise vom Standpunkt *großmächtlicher Würde* aus, deshalb schien ihm die Unterwerfung einer Großmacht unter das durch die andern Staaten vertretene Recht unerträglich.

Ähnlich wie er äußerte sich auch der Vortragende Rat von Holstein in einer Aufzeichnung vom 9. Mai 1899, wobei er besonders betonte, daß eine unparteiliche Entscheidung ausgeschlossen sei, ein Schiedsspruch aber ohne Gewähr der Uninteressiertheit der Mächte nichts anders als eine gewöhnliche «Intervention» sei.[81]

An der *Konferenz* nahm der deutsche Vertreter Oberst Groß von

---

[79] G. P. XV, No. 4320 Bm. u. Sbm.
[80] G. P. XV, No. 4256 und No. 4313.
[81] G. P. XV, No. 4255.

Schwarzhoff entschieden gegen die Abrüstungsfrage Stellung. Seine Worte entsprachen völlig den bereits angeführten Argumenten. Er betonte, daß es nicht angängig sei, dem «eminent nationalen Werk» der Rüstung eine «internationale Konvention» entgegenzusetzen.[82] — Ein Ergebnis wurde in der Abrüstungsfrage nicht erreicht.

Schwieriger waren die Verhältnisse in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit, da englischerseits in Weiterführung des russischen Gedankens die Idee eines *ständigen internationalen Gerichtshofes* aufgeworfen worden war, dessen Anrufung in gewissen Fällen *obligatorisch* sein sollte. Da sich die meisten Staaten für die Verwirklichung dieser Idee einsetzten, befürwortete der deutsche Vertreter, Graf Münster, eine entgegenkommende Haltung. In seinem Telegramm ans Auswärtige Amt erklärte er, es müsse deutscherseits entschieden werden, ob die Gefahren einer Ablehnung nicht größer sein würden als die, einer unschuldig aussehenden, aber an sich verwerflichen Einrichtung zuzustimmen. «Mir ist die ganze Schiedsgerichtsfrage . . . sehr zuwider, wenn ich aber auf der anderen Seite die Schäden in Rechnung ziehe, die unsere politischen Beziehungen den übrigen Großmächten und Amerika gegenüber erleiden könnten, ganz abgesehen von der öffentlichen Meinung, die auf das äußerste gegen uns erregt würde, so würde ich das kleinere Übel wählen.»[83]

Dem deutschen Botschafter waren die Beziehungen zu den einzelnen Mächten wichtiger als die Streitfrage an sich, deren tatsächliche Bedeutung er für gering hielt. Seine sachlichen Argumente bewirkten, daß der entschiedene Widerstand Holsteins und des Direktors der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Hellwig, gebrochen wurde und Deutschland immerhin dem fakultativen Schiedsgericht zustimmte, das ja von keiner großen Bedeutung war. Obgleich das Schlimmste verhütet worden war, zog sich das Reich den Ruf einer Macht zu, die alle fortschrittlichen und friedenfördernden Bemühungen zu vereiteln suchte. Die russischen Vorschläge waren mehr oder weniger allen großen Staaten unangenehm, jedoch ihre Regierungen waren vorsichtiger als die deutsche, indem sie nicht einfach grundsätzlich dagegen Stellung bezogen, sondern diese Rolle Deutschland überließen, das unter dem Einfluß des Prestigegedankens nicht ruhig abwarten konnte, bis die andern hervortreten würden.

---

[82] G. P. XV, No. 4259.
[83] G. P. XV, No. 4311.

Eine gleiche Haltung nahm die deutsche Regierung anläßlich der *zweiten Haager Friedenskonferenz* ein, die wiederum von russischer Seite angeregt worden war und im Sommer 1907 im Haag zusammentrat. Das Programm sah eine wesentliche Verbesserung des schiedsgerichtlichen Verfahrens vor. England und Amerika verlangten ferner die Beratung einer allgemeinen Abrüstung.

Entsprechend seiner frühern Haltung erklärte der Kaiser wiederholt, er werde jegliche Teilnahme an der Konferenz ablehnen, da er, wie sein Volk, es niemals dulden würden, sich von Fremden irgendwelche Vorschriften über die maritimen und militärischen Verhältnisse machen zu lassen.[84]

Eine ähnliche Sprache führte der deutsche Botschafter in Rom, Graf Monts, gegenüber seinem amerikanischen Kollegen White: Die kaiserliche Regierung müsse Rücksicht nehmen auf die Stimmung im eigenen Lande. Man würde sogar bei «der jetzt vorhandenen großen Reizbarkeit des Nationalgefühls vielfach schon einen angloamerikanischen Abrüstungsvorschlag als Demütigung ansehen, namentlich wenn etwa Rüstungsbeschränkungen auf maritimem Gebiet beraten werden sollten.»[85]

Der deutsche Botschafter in Wien, Graf Karl von Wedel, äußerte sich dem Freiherrn von Aehrenthal gegenüber, eine Großmacht würde es schwerlich mit ihrer Würde vereinbar halten, sich einer derartigen Kontrollinstanz betreffs Rüstungen, in der dann voraussichtlich auch kleine Staaten Platz finden würden, unterzuordnen.[86]

Der Standpunkt der Deutschen in der Abrüstungsfrage hatte sich also keineswegs geändert. Die Hinweise auf die Stimmung im Lande, auf die Würde, auf das Nationalgefühl usw. waren deutliche Zeichen dafür, daß die Angelegenheit weiterhin als Prestigesache betrachtet wurde. Ebenso verhielt es sich mit der Frage eines ständigen internationalen Schiedsgerichtes. Die unterschiedslose Unterwerfung der großen wie der kleinen Staaten unter ein Schiedsgericht lasse sich mit der Stellung einer Großmacht nicht vereinbaren, erklärte Bülow, nun Reichskanzler, am 29. Juli 1907 dem Kaiser.[87] Und der erste Delegierte Deutschlands an der Konferenz, Freiherr von Marschall, schrieb nachträglich dem Reichskanzler: «Für Großmächte und namentlich für solche, die kleinere und mittlere Staaten als Nachbarn

---

[84] G. P. XXIII, 1, No. 7815.
[85] G. P. XXIII, 1, No. 7833.
[86] G. P. XXIII, 1, No. 7847.
[87] G. P. XXIII, 2, No. 7992.

besitzen, würde ein Weltschiedsgerichtsvertrag, der sich naturgemäß auf dem Prinzipe der absoluten Gleichheit der Staaten aufbaut, in vielen Fällen gleichbedeutend sein mit dem Verzicht auf den *Machtfaktor*, über welchen der Stärkere dem Schwächeren gegenüber gebietet. An Stelle dieses *Macht*faktors träte dann überall der *Rechts*faktor, der dem Schwächeren gestattet, in Streitfällen den Großen ohne weiteres nach dem Haag zu schleppen . . .»[88]

Im Mittelpunkt der deutschen Überlegungen stand also nach wie vor die Ansicht, daß eine Großmacht im Konfliktsfall keineswegs auf die Anwendung von Machtmitteln, vor allem gegen schwächere Staaten, verzichten könne. Ein solcher Verzicht widerspreche der Würde einer Großmacht. Unter dem Einfluß des Prestigegedankens und im Bewußtsein großmächtlicher Würde, lehnte die deutsche Regierung die Beratung der Rüstungsbeschränkungen und des obligatorischen Schiedsgerichtes offiziell ab. Sie hatte auch jetzt wieder das Gefühl, die Konferenz sei gegen Deutschland gerichtet. Diesmal versteifte sie sich auf den grundsätzlichen Standpunkt, so daß ihm gegenüber sachliche Überlegungen überhaupt nicht mehr aufzukommen vermochten. Der englische Außenminister Grey erklärte daraufhin dem Botschafter Metternich, die öffentliche Meinung verlange eine Abrüstung. Wenn eine Einigung am deutschen Widerstande scheitere, so werde er dem Parlament die Gründe offen darlegen.

Der russische Außenminister Iswolsky gab zu bedenken, ob es nicht ratsam sei, die Engländer auf der Konferenz ihre Anträge ruhig einbringen zu lassen und ihnen erst dann eine Niederlage zu bereiten. Italien und Frankreich waren gleicher Meinung. Auch Metternich riet zu einer solchen Haltung, damit Deutschland nicht «durch schroffe Ablehnung der Diskussion *a limine* ohne zwingenden Grund allein das Odium des Fortbestehens der Kriegslasten für alle Völker» auf sich lade. Selbst Reichskanzler Bülow pflichtete dieser Auffassung bei, unterlag jedoch dem Einfluß des Geheimrates Kriege, der als Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes in dieser Frage den Ausschlag gab. Die deutsche Regierung blieb dabei, eine Beteiligung an den Beratungen über diese beiden Fragen abzulehnen.[89]

Der englische Vertreter brachte dann doch den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung zur Sprache, über welchen jedoch fast ohne

---

[88] G. P. XXIII, 1, No. 7965.
[89] G. P. XXIII, 1, No. 7835/7842/7843/7851.

Worte hinweggegangen wurde. In der Frage des obligatorischen Schiedsgerichtes wurde von vornherein durch die Einführung der sogenannten «Ehrenklausel», auf Grund deren jeder Staat das Verfahren ablehnen konnte, wenn nach seiner Ansicht die Ehre des Staates auf dem Spiele stand, ein Weg offengelassen für die Zustimmung Deutschlands, denn praktisch bedeutete eine solche Klausel die Beseitigung des Obligatoriums. Trotzdem stimmten die deutschen Vertreter, nur von Österreich und einigen kleinen Staaten unterstützt, dagegen und brachten damit die ganze Vorlage zu Fall. *Ohne zwingenden Grund* nahm man damit den Ruf auf sich, ein fast von allen Mächten gewünschtes Friedenswerk vereitelt zu haben. Die beiden führenden Dreibundmächte Deutschland und Österreich-Ungarn erschienen so der öffentlichen Meinung der ganzen Welt als die *Friedensstörer* und gaben ihren Feinden Stoff zu Verhetzungen. Überall wuchs das Mißtrauen gegen Deutschland und belastete die Beziehungen des Reichs zu den einzelnen Mächten.

V. Abschnitt

DAS VERHÄLTNIS DEUTSCHLANDS ZU DEN EUROPÄISCHEN GROSSMÄCHTEN

20. Kapitel

Das Verhältnis zu Rußland

Für Deutschlands politische Stellung waren die Beziehungen zu Rußland von großer Bedeutung. Nach 1871 galt es, zwei Gefahren entgegenzuwirken: Einmal mußte verhindert werden, daß sich Rußland mit Frankreich zusammenschloß, weil sonst die Möglichkeit eines gefährlichen Zweifrontenkrieges nahe rückte. Dann mußte verhütet werden, daß Rußland mit Österreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel zusammenstieß, damit das Reich nicht vor die Notwendigkeit gestellt wurde, zugunsten der einen Macht in den Krieg einzugreifen.

Beider Gefahren war sich Bismarck bewußt. Deshalb war er eifrig bemüht, Rußland irgendwie vertraglich an das Deutsche Reich zu binden, damit er auf seine Politik einzuwirken vermochte. Der Zufall wollte es aber, daß gerade im Jahre von Bismarcks Rücktritt der *Rückversicherungsvertrag*, das letzte vertragliche Band zwischen Rußland und Deutschland, ablief und erneuert werden mußte. Die Erneuerung, von den Russen erstrebt, scheiterte am Widerstand der deutschen Regierung. Damit riß der Draht zwischen Berlin und Petersburg. Rußland stand nichts mehr im Wege, wenn es sich Frankreich nähern wollte.

Der Kaiser war ursprünglich einer Erneuerung des Vertrages nicht abgeneigt, auch nicht von Schweinitz, der Botschafter in London, der mit allem Ernst auf die Möglichkeit hinwies, daß Rußland im Falle einer ablehnenden Haltung der deutschen Regierung gezwungen sein würde, anderswo Anlehnung zu suchen. Beide, der Kaiser wie der Botschafter, ließen sich aber von den Geheimen Räten von Holstein und Raschdau und dem Unterstaatssekretär Graf Berchem, die die Erneuerung des deutsch-russischen Vertrages bekämpften, überreden, so daß sie schließlich ihren Standpunkt aufgaben.

Unterstaatssekretär Graf Berchem nahm in einer Aufzeichnung vom 25. März 1890 zu der Frage Stellung und behauptete, daß die Bestimmungen des Rückversicherungsvertrages mit denjenigen des Dreibundes unvereinbar seien und Deutschland schon zu Friedenszeiten in die Hand der Russen auslieferten, indem diesen die Möglichkeit geboten werde, die deutschen Beziehungen zu Österreich-Un-

garn, Italien, England und der Türkei durch Ausplaudern der geheimen Abmachungen zu trüben. Deutschland habe zudem nichts von den zwischen Rußland und Deutschland vereinbarten Abmachungen.[1]

Dieses Gutachten des Grafen Berchem wurde vom Auswärtigen Amt gebilligt und machte vor allem Reichskanzler *Caprivi* Eindruck. Am 29. Mai 1890 verfaßte er einen ausführlichen Bericht über die Problemlage. Darin führte er aus, daß das Prestige, das Fürst Bismarck in der Auswärtigen Politik sowohl im eigenen Lande als auch bei den Mächten gehabt habe, es ihm vielleicht ermöglicht haben würde, die Vereinbarkeit der verschiedenen von Deutschland eingegangenen Verbindlichkeiten der öffentlichen Meinung in Europa «plausibel» zu machen. Nach dem Ausscheiden Bismarcks könne mit dieser Möglichkeit nicht mehr gerechnet werden. Die bloße Tatsache, daß zwischen Deutschland und Rußland ein Vertrag bestehe, den das Reich gegenüber seinen Verbündeten geheimzuhalten sich verpflichte, würde das Bundesverhältnis zu Österreich-Ungarn und Italien lockern und das Vertrauen in die Festigkeit und Einheit des Dreibundes erschüttern. Der Abschluß eines geheimen Vertrages verbiete sich in diesem Augenblick umsomehr, als Deutschlands Gegner eifriger denn je am Werke seien, Mißtrauen gegen die deutsche Politik zu säen. Der Wert einer Allianz von Regierung zu Regierung werde zudem wesentlich vermindert, sobald sie nicht von der öffentlichen Meinung getragen werde.[2]

Deutlicher als bei dem Grafen Berchem war hier der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß das Bekanntwerden eines geheimen Vertrags Deutschland in den Augen seiner Bundesgenossen bloßstellen und ihr Vertrauen zu seiner *Vertragsverläßlichkeit* erschüttern könnte. Daß der Reichskanzler einen solchen Prestigeverlust vermeiden wollte, war umso begreiflicher, als er, Caprivi, unter dem Eindruck stand, das deutsche Prestige sei allein schon durch den Rücktritt Bismarcks gefährdet, wenn nicht gar beeinträchtigt worden. Darum seine Empfindlichkeit in der Erneuerungsfrage.

In diesem Falle bezog sich freilich das Prestige nicht auf die Macht als solche, sondern auf das Vertrauen befreundeter Staaten zur Bündnistreue des Reiches. Diese Art Prestige konnte unter Umständen eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Reichskanzler Caprivi äußerte seine Ansicht auch zu andern Zeiten wieder, so im Herbst 1893, anläßlich des russischen Flottenbesuches

---

[1] G. P. VII, No. 1368.
[2] G. P. VII, No. 1380.

in Toulon. Damals telegraphierte er dem Staatssekretär, er sehe diesem Besuch mit Spannung entgegen, da er ernste Folgen haben könne, und er fügte hinzu: «Wir sind in einer andern Lage als Fürst Bismarck im Schnaebele-Fall [wo dank der Besonnenheit des Kanzlers und unter Mißachtung seines Prestigeempfindens ein deutsch-französischer Grenzzwischenfall gütlich beigelegt werden konnte!]; wir können uns nicht soviel bieten lassen.»[3]

Daß Caprivi auf die öffentliche Meinung hinwies, verriet ebenfalls, wie sehr der Prestigegedanke seine Haltung bestimmte. Im Gegensatz zu Bismarck, der in einer gewissen Lockerheit des Bündnissystems die Stärke und Sicherheit des Reiches gewährleistet sah, weil sie dem Reich ermöglichte, in jeder politischen Lage frei und gemäß den Interessen Stellung zu beziehen, erblickte Caprivi in der Enge der Bündnisse die Festigkeit und Stärke Deutschlands. Eine Wandlung der Grundeinstellung der maßgebenden deutschen Persönlichkeiten zur Bündnisfrage begann sich damals zu vollziehen, und sie hing wohl eng zusammen mit dem Eindringen des Prestigegedankens in die deutsche Außenpolitik. Man empfand das Bedürfnis, vor aller Welt auf ein sehr enges und festes Bündnissystem hinweisen zu können, damit das Reich nach außen mächtig erscheine. *Die Festigkeit der Bündnisse* — das zeigte sich später immer deutlicher — *wurde an sich zu einer Prestigefrage.*

Auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Marschall, verriet derartige Gedankengänge und meinte, das Bekanntwerden der bloßen Existenz geheimer Abmachungen zwischen Rußland und Deutschland würde den Dreibund erschüttern.

Etwas anderes kam zu all dem Gesagten noch hinzu: Es war auffällig, daß sich im Auswärtigen Amt niemand fand, der so kurze Zeit nach Bismarcks Rücktritt die Grundgedanken seiner Politik zu kennen schien, und es wirkt befremdend, daß diejenige Gestalt, die maßgebend und entscheidend hinter den andern stand, der Geheime Rat Baron von Holstein, die Politik Bismarcks derart verleugnete. Von ihm scheint der Gedanke der Nichterneuerung ausgegangen zu sein. Nun hätte sich aber Holstein als langjähriger Mitarbeiter Bismarcks der Bedeutung des Rückversicherungsvertrages, überhaupt irgend einer vertraglichen Festlegung des deutsch-russischen Verhältnisses, bewußt sein sollen. Man kann sich tatsächlich «des Verdachtes nicht erwehren, daß es ihm in erster Linie darauf angekommen ist,

[3] G. P. VII, No. 1530.

durch diesen Bruch mit den Bismarckschen Traditionen die von ihm stets befürchtete Rückkehr Bismarcks zur Macht zu erschweren, und daß dies persönliche Motiv bei ihm stärker gewesen ist als alle sachlichen Gesichtspunkte».[4] Wenn dem so war, dann begreifen wir, daß er dem neuen Kanzler gegenüber die Politik Bismarcks als zweideutig, als «zu kompliziert» bezeichnete, womit er bei Caprivi an eine empfindliche Stelle rührte.

Entscheidend dürften in der Erneuerungsfrage für die Deutschen doch Prestigemomente gewesen sein. Durch die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags förderte die deutsche Regierung die *Annäherung Rußlands an Frankreich.* Anderes half mit, so die unvorsichtige Rede des Kaisers anläßlich eines Besuches des Prinzen von Wales bei einem Diner im Berliner Schloß am Tage von Bismarcks Rücktritt, worin er von der deutsch-englischen Waffenbrüderschaft bei Waterloo sprach und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die deutsche Armee und die englische Flotte gemeinsam den Weltfrieden schützten. Kurz darauf begannen die deutsch-englischen Verhandlungen wegen Sansibars, Helgolands usw., die schließlich zu den bekannten Verträgen vom 24. Juni und 1. Juli führten, die die verschiedenen Kolonialfragen zwischen England und Deutschland regelten. Diese Bereinigung von Streitfragen mit Rußlands Weltfeind zur gleichen Zeit, da man den Rückversicherungsvertrag nicht mehr erneuern wollte, mußte bei den Russen die Überzeugung stärken, daß sie von den Deutschen nichts mehr zu erhoffen hätten.

Dazu kam, daß sich der Kaiser in den folgenden Jahren wiederholt in England aufhielt und in seinen Aussprüchen die Rassenverwandtschaft zwischen den Briten und den Deutschen hervorhob. All dies förderte in Rußland die Bereitschaft für eine Annäherung an Frankreich, obschon eine solche dem stark monarchisch gesinnten Zaren sehr wider das eigene Gefühl ging. Das Zustandekommen einer russisch-französischen Entente aber bedeutete für das Deutsche Reich eine Verschlechterung seiner politischen Stellung. Frankreich stand nicht mehr allein. Im Zarenreich hatte es einen Freund gewonnen, mit dessen Hilfe es hoffen durfte, das im letzten Krieg Verlorene wieder zurückzugewinnen. Der Revanchegedanke erfuhr dadurch eine starke Förderung. Die Gefahr eines *Zweifrontenkrieges* tauchte für Deutschland auf. Was Bismarck dank seiner realpolitischen Haltung hatte vereiteln können, war unter der Einwirkung des Prestigegedankens Tatsache geworden.

[4] *E. Brandenburg,* S. 50.

Zunehmend machte sich zwischen der deutschen öffentlichen Meinung und Rußland eine Entfremdung bemerkbar. Schon der französische Flottenbesuch in Kronstadt 1891 und der glänzende Empfang durch die Russen hatte in Berlin verstimmt, ebenso die Tatsache, daß das russische Kaiserpaar im September und Oktober desselben Jahres zweimal deutschen Boden berührt hatte, ohne dem Kaiser einen offiziellen Besuch abzustatten.

Der Zar war sichtlich ungehalten über die deutsche Politik, und dies konnte sich für sie verderblich auswirken. Um dem entgegenzuwirken, schlug der schwedische Kronprinz dem Kaiser eine Aussprache mit dem Zaren auf neutralem Boden vor. Der Kaiser aber lehnte aus persönlichen Prestigegründen ab. Eine offene Aussprache hielt damals auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Marschall, für nützlich, weil nach seiner Ansicht der Zar durch entstellte und falsche Mitteilungen über die deutsche Politik und besonders über einzelne Aussprüche des Kaisers irregeführt worden sei, aber auch er lehnte eine Begegnung auf neutralem Boden mit der unsachlichen Begründung ab, die deutsche öffentliche Meinung würde dies nach dem Verhalten des Zaren nicht verstehen.[5]

Unter dem Einfluß des Prestigegedankens hatte sich so die deutsche Politik nach Bismarcks Rücktritt gegenüber dem Nachbar im Osten grundlegend verändert. Die Stimmung in Rußland wurde verschlechtert durch das Bekanntwerden der Rede eines deutschen Generals anläßlich des kaiserlichen Geburtstages, worin auf einen möglichen Krieg gegen Rußland angespielt worden war; schließlich noch durch einen kaiserlichen Toast, den Wilhelm II. bei Anwesenheit des Herzogs von Edinburg in Berlin am 23. Januar 1893 auf die englische Flotte und auf einen künftigen Kampf gegen einen gemeinsamen Gegner ausgebracht hatte.

Der deutsche Botschafter in Petersburg, von Werder, klagte, daß solche Vorkommnisse seine Bemühungen, gute Beziehungen zu Rußland zu schaffen, sehr erschwerten. Dem gegenüber wies der Reichskanzler in seiner Antwort auf eine Reihe von Tatsachen hin, die als ein Entgegenkommen gegenüber Rußland gedeutet werden müßten und betonte, daß es mit der Würde Seiner Majestät und des Deutschen Reiches nicht vereinbar sein würde, wenn Deutschland in der Rücksichtnahme auf Rußland weiterginge. Er werde Seiner Majestät niemals raten können, eine Politik wie in den fünfziger Jahren zu treiben, die gänzlich in Rußlands Dienst gestellt gewesen sei und

[5] G. P. VII, No. 1622.

auch zurzeit der einzige Weg sein würde, um das Wohlwollen Rußlands und des Zaren zu gewinnen.[6]

Die Beziehungen zu Rußland blieben schlecht. Die günstige Gelegenheit, über Ostasien wieder vertragliche Beziehungen mit dem Zarenreich anzuknüpfen, wurde nicht ausgenützt. Eine geringfügige Angelegenheit rief Ende 1898 eine neue Auseinandersetzung mit Rußland hervor. Damals, im Dezember, mehrten sich die Klagen der russischen Regierung über die Ausweisung russischer Arbeiter aus Deutschland, die als ein Verstoß gegen die Bestimmungen des deutsch-russischen Handelsvertrages vom 10. Februar 1898 bezeichnet wurden. Laut Gerücht beabsichtigte die russische Regierung, gegenüber deutschen Arbeitern dieselbe Maßregel zu ergreifen, was Deutschland schwer geschädigt haben würde. Bülow, der zugab, daß die russische Regierung im Recht war, ließ den deutschen Botschafter in Petersburg zuhanden der russischen Regierung wissen, daß mit Seiner Majestät Regierung nicht im Tone einer Drohung geredet werden dürfe. Der Kaiser selbst gab seiner Empörung Ausdruck über die russische Drohung.[7]

Die Spannung steigerte sich, als verlautete, die russische Regierung gedenke die ganze Angelegenheit als eine grundsätzliche zu behandeln, indem sie die Frage aufwerfe, ob Deutschland nicht überhaupt das Recht der Ausweisung bestritten werden könne. Auf dieses Gerücht hin ließ der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bülow, den Russen ausdrücklich erklären, daß die Regierung Seiner Majestät das Ausweisungsrecht als unveräußerliches Attribut ihrer Souveränität betrachte. Die deutsche Regierung würde jeden russischen Versuch, dieses Recht durch Androhung von Gegenmaßnahmen oder durch sonstige Druckmittel einzuschränken, mit einer kategorischen Ablehnung beantworten, und zwar ohne Rücksicht auf die Folgen. Wenn die russische Regierung die deutsche vor die Wahl zwischen Bruch oder öffentliche Demütigung stelle, so werde sich der deutschen Regierung die Erwägung aufdrängen, daß es hohe Zeit sei, auf eine feste Rückendeckung bedacht zu sein. Eine russische «mise en demeure» würde die deutsche Regierung in eine Zwangslage ohne Wahl versetzen.[8]

Obschon man sich deutscherseits im Unrecht wußte, nahm man den Russen gegenüber eine so schroffe und unnachgiebige Haltung

---

[6] G. P. VII, No. 1651.
[7] G. P. XIII, No. 3532.
[8] G. P. XIII, No. 3533.

ein, wieder nur, weil man die ganze Streitfrage als eine Prestigefrage betrachtete. Daß so eine Besserung der Beziehungen unmöglich war, versteht sich von selbst.

Der Kaiser war verstimmt über den Zaren, weil dieser es seit seiner Thronbesteigung trotz viermaligem Berühren deutschen Bodens noch immer vermieden hatte, nach der Reichshauptstadt zu kommen. Als nun der Zar im September 1899 von Kopenhagen aus kundgab, nach Darmstadt fahren zu wollen und in Berlin anfragen ließ, ob der zurzeit in Karlsruhe weilende Kaiser sich mit ihm in Wiesbaden treffen wolle, lud ihn Wilhelm II. nach Berlin ein. Der Zar aber, unter dem Vorwand der Trauer um den am 10. Juli verstorbenen Großfürsten Thronfolger Georg, lehnte ab.

Damals drohte der Wiederausbruch des Burenkriegs, und im Hinblick auf die besondere Wichtigkeit der deutsch-russischen Beziehungen schlug der Stellvertretende Staatssekretär, Freiherr von Richthofen, dem Kaiser ein Telegramm an den Zaren vor, in welchem er sein Bedauern über dessen Verhalten ausdrücken möge. Wilhelm II. aber, empört über das Benehmen des Zaren, lehnte ab und telegraphierte Bülow, das Ansehen der Krone Preußens und der deutschen Kaiserkrone gebiete es, daß sich der Zar nicht über die Grenzen und Rücksichten der nun einmal für Fürsten vorgeschriebenen internationalen Höflichkeiten hinwegsetze. Ein Zusammentreffen mit dem Zaren außer in Berlin oder Potsdam sei völlig ausgeschlossen. Ein Telegramm nach der vorgeschlagenen Art würde den Zaren in der Auffassung bestärken, daß er, der Kaiser, in einer Art Satrapenstellung zu ihm stehe.

Bülow billigte die Haltung des Kaisers,[9] regte aber doch einen andern Weg an, da ihm an vertrauensvolleren Beziehungen zwischen den beiden Ostmächten sowohl im Interesse der monarchischen Ordnung als auch der deutschen Weltpolitik viel lag. Er ließ durch den deutschen Botschafter in Petersburg der Erwartung Ausdruck geben, daß der Zar den Kaiser besuchen werde. Tatsächlich fand dann im November ein solcher Besuch statt. Über allgemeine Versicherungen gegenseitigen Wohlwollens kam man freilich dabei nicht hinaus.

In diese Zeit fiel ein Ereignis, das von nicht geringer Bedeutung war und die deutsch-russischen Beziehungen grell beleuchtete. Damals machte sich im Deutschen Reich eine gewisse Ernüchterung gegenüber dem Dreibund bemerkbar, in der Hauptsache, weil dessen Schwäche

[9] G. P. XIII, No. 3540.

offenbar geworden war. Bei einigen deutschen Staatsmännern tauchte der Gedanke auf, Deutschland könnte eine Rückschwenkung zu Rußland vornehmen. Mit diesem Gedanken trug sich sogar der Kaiser. Gefühlhaft, wie er pflegte, schrieb er zu einem Berichte aus Wien vom 1. März 1899: «Finis tripliciae ... die Slaven werden alle zusammen gegen *die Deutschen* und Deutschland wühlen und unsere Polen mitreißen. Rußland wird das seine dazu tun, und Habsburg geht verloren. Wir müssen uns beizeiten eine feste Brücke zu Rußland bereitstellen!»[10]

Gerade damals wünschte Rußland ein Übereinkommen mit Deutschland betreffs Kleinasien. Es schien möglich, mit Rußland wieder vertragliche Beziehungen anzuknüpfen. Trotzdem verhielt man sich in Berlin dem russischen Wunsche gegenüber ablehnend.

Den Ausschlag gab wieder Baron von Holstein. Seine Haltung begründete er damit, daß er erklärte, eine solche Abmachung sei unvereinbar mit dem Dreibundvertrag und müßte diesen sprengen. Er argumentierte also gleich wie schon 1890. Die Vorschläge Rußlands, bemerkte er weiter, seien in erster Linie mit Rücksicht auf dessen Bundesgenossen Frankreich gemacht worden, das sich durch die Entwicklung der deutschen Industrie bedroht fühle. Solange nun aber die französische Regierung die Revision des Frankfurter Vertrages als Ziel verfolge, könne Deutschland mit Rußland keine bindenden Abmachungen eingehen, durch welche es sich vom Dreibund lösen und seine bisherigen Freunde verlieren würde. Solange Rußland und Frankreich seinen Besitzstand nicht gewährleisteten, müsse die deutsche Politik wie bisher ohne vertragliche Bindungen freundschaftliche Beziehungen zu Rußland pflegen.[11]

Der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, pflichtete Holstein bei: Was Rußland für die Garantie der Meerengen anbiete, nämlich freie Hand in Kleinasien, sei keine gleichwertige Kompensation. Auch er betrachte eine gegenseitige Gewährleistung des Besitzstandes durch Frankreich, Rußland und Deutschland als Voraussetzung zu einem Abkommen.[12]

In der Folge unterblieb denn jeder Schritt, der die beiden Mächte einander vertraglich nähergebracht haben würde. Man gab sich nicht mit dem Möglichen und Besseren zufrieden, sondern verlangte das

---

[10] G. P. XIII, No. 3471 Rbm.
[11] G. P. XIV, 2, No. 4016.
[12] G. P. XIV, 2, No. 4022

Unmögliche. Auch das war ein *neuer Zug*, der die deutsche Politik seit Bismarcks Rücktritt kennzeichnete. Wenn wir an dessen Leitspruch denken, dem er nachlebte, «Le mieux est l'ennemi du bien», dann wird uns einmal mehr bewußt, daß sich die Einstellung der deutschen Regierung *grundlegend geändert* hatte.

Sehr bezeichnend für eine Politik, die unter dem Einfluß des Prestigegedankens in zunehmendem Maße mit *Scheinwerten* zu rechnen begann, war die Tatsache, daß *Besuche von Staatsoberhäuptern* zu einer hochpolitischen Angelegenheit wurden, der man nach außen hin den Anschein großer Bedeutung zu geben versuchte, wenn sie auch in Wirklichkeit oft nicht die geringsten politischen Ergebnisse zeitigten.

So war es auch anläßlich einer Zusammenkunft des Kaisers mit Zar Nikolaus zu Reval im August 1902. Aus persönlicher Abneigung gegen den russischen Außenminister wünschte Wilhelm II., daß der Zar ohne Lamsdorff erscheine und sprach sich aus dem gleichen Grunde auch gegen eine Verleihung des Schwarzen Adlerordens an ihn aus. In der Begründung seiner Haltung wies er darauf hin, daß Lamsdorff ständig gegen ihn persönlich und gegen die Entrevue intrigiert habe.[13]

Die kaiserliche Haltung rief nun aber den Widerspruch der deutschen Regierung hervor, die aus Prestigegründen geradezu wünschte, durch die Beiziehung Lamsdorffs der Entrevue einen *politischen Anstrich* zu geben. Sie verlangte deshalb eine entsprechende Anregung beim Zaren. Bülow begründete dies in einem ausführlichen Gutachten an den Kaiser. Wenn Lamsdorff nicht komme, urteilte er, so werde dies für Deutschland nach der derzeitigen Lage ein «politischer Echec erster Güte» sein, denn das Fernbleiben des russischen Außenministers würde überall als Beweis dafür angesehen werden, daß man in Rußland von vornherein gewünscht habe, der Entrevue keinen politischen Charakter zu geben. Aus Pariser Nachrichten gehe hervor, daß die französischen Diplomaten schon jetzt auf das Fernbleiben Lamsdorffs hinarbeiteten. Daß im selben Jahr zwischen dem Zaren einerseits und dem König von Italien anderseits Begegnungen unter Zuziehung des russischen Außenministers stattgefunden hätten, würde den deutschen Echec nur noch offensichtlicher machen. Ebenso würde die Nichtverleihung des Ordens nicht auf die Persönlichkeit des Grafen Lamsdorff, sondern auf eine

[13] G. P. XVIII, No. 5413 Anlage.

Verschlechterung der russisch-deutschen Beziehungen zurückgeführt werden.[14]

Ähnlich äußerten sich der Botschafter in Petersburg, Graf von Alvensleben, und der Rat im kaiserlichen Gefolge, Gesandter von Tschirschky, zu dieser Frage. Das war keine Realpolitik mehr, keine Politik der nackten Tatsachen, sondern eine vom Prestigegedanken bestimmte Politik des *Scheins*. Daß sie weitgehend aus einem Gefühl der Besorgnis und Unsicherheit hervorging, war ersichtlich.

Zu einer starken Annäherung zwischen Rußland und Deutschland kam es, wie wir bereits früher festgestellt haben, während des russisch-japanischen Krieges 1904/05. Es war damals vor allem der Kaiser, der eine weitgehende Unterstützung des Zaren forderte.

Bereits im Herbst 1904 tauchte auf deutscher Seite der Gedanke auf, einen Kontinentalbund gegen England zu bilden, zu dem außer Rußland auch Frankreich gehören sollte. Verhandlungen wurden mit Rußland eingeleitet, verliefen aber ergebnislos, weil man sich über die formelle Frage nicht einigen konnte, ob man Frankreich schon vorher davon unterrichten sollte oder nicht.

Der Gedanke wurde dann anläßlich der Zusammenkunft des Zaren mit dem Kaiser am 23. und 24. Juli 1905 zu *Björkö* wieder aufgenommen. Wir wissen, daß Wilhelm II. sich leidenschaftlich für seine Verwirklichung einsetzte, daß es tatsächlich zur Aufsetzung eines Bündnisvertrages kam, der die wechselseitige Unterstützung der beiden Mächte für den Fall eines Angriffs durch eine europäische Macht vorsah. Der Vertrag sollte sofort nach dem Friedensschluß mit Japan in Kraft treten und der Zar daraufhin Frankreich einweihen und es verpflichten, sich ihm als Verbündeter anzuschließen.

Der Kaiser triumphierte ob dem Zustandekommen des Vertrages, betrachtete ihn als einen Wendepunkt in der Geschichte Europas und als eine Erleichterung der Lage für sein Vaterland, das endlich «aus der scheußlichen Greifzange Gallien-Rußland» befreit worden sei. Trat der Vertrag wirklich in Kraft, dann war die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages wieder wettgemacht.

Da war es aber Reichskanzler *Bülow*, der von deutscher Seite erbitterten Widerstand gegen die Verwirklichung des Vertrages leistete. Vor der kaiserlichen Unterredung mit dem Zaren hatte er Wilhelm II. nach einem Gespräch mit Holstein den Vertragstext, wie er ihn wünschte, übermittelt. Darin war eine allgemeine Hilfeleistung für

[14] G. P. XVIII, 1, No. 5413, Anlage.

den Fall vorgesehen, daß eine der beiden Mächte durch zwei andere angegriffen würde. Statt dessen hatte der Kaiser eine bereits in Verhandlungen des vorhergehenden Jahres festgelegte engere Fassung verwertet, in der die Hilfeleistung durch den Zusatz «en Europe» auf europäische Konflikte beschränkt war. In dieser Beschränkung erblickte nun aber Bülow eine Verringerung des Vertragswertes. Er wünschte deshalb, daß dieser Zusatz gestrichen werde und versteifte sich darauf, obschon ihm doch klar sein mußte, daß man auch in Petersburg versuchen werde, den Vertrag nachträglich abzuändern.

Baron von Holstein riet aus eben diesem Grunde von nachträglichen Diskussionen ab, weil er den Vertrag nicht gefährden wollte, der ihm auch in der derzeitigen Form von Nutzen schien, indem doch Rußland nach seiner Ansicht nicht mehr dem «Viererbunde» beitreten und der Ring um Deutschland nicht mehr geschlossen werden konnte. «Der Vertrag ist selbst in seiner jetzigen verkrüppelten Fassung immer noch zu wertvoll, um ihn auf eine Hasardkarte zu wagen. Sein Wert liegt in der niederschmetternden Wirkung, die er auf Frankreich ausüben wird, und in der . . . Rückwirkung auf England.»[15]

Der Reichskanzler gab sich aber mit dem Erreichten nicht zufrieden. In seiner Haltung wurde er bestärkt durch das persönliche Prestigegefühl, das ihn zwang, gegenüber der eigenwilligen Politik des Kaisers seine Stellung als Reichskanzler zu wahren. Er sei dem deutschen Volk für seine Außenpolitik verantwortlich, erklärte er, und er könne diese Verantwortung nicht tragen, wenn von Seiner Majestät, ohne seinen Rat einzuholen, Veränderungen von derartiger Tragweite wie der Zusatz «en Europe» in ein so entscheidendes Schriftstück aufgenommen würden.[16]

Bülow siegte. Der Prestigegedanke wirkte sich einmal mehr verderblich aus. Freilich wurde der Björkö-Vertrag auch dadurch gegenstandslos, daß man nachträglich ebenfalls von russischer Seite seiner Inkraftsetzung Widerstand entgegensetzte. So besserte sich denn das deutsch-russische Verhältnis nicht, sondern wurde bald wieder durch die Bagdadbahnpolitik des Reiches getrübt, die den russischen Interessen zuwiderlief, für die deutsche Regierung aber ein Prestigeangelegenheit höchsten Grades geworden war. Auch die Persienpolitik Deutschlands wirkte sich auf die gegenseitigen Beziehungen ungünstig aus. Ich verweise hier auf die früheren Kapitel.

---

[15] G. P. XIX, 2, No. 6236.

[16] G. P. XIX, 2, No. 6235.

Entschieden wurde das deutsch-russische Verhältnis aber durch die Haltung der deutschen Regierung in der *Balkan- und Meerengenfrage*. Wir haben auch davon bereits eingehend gesprochen und können uns hier auf das Allerwesentlichste beschränken: Noch in den neunziger Jahren hatte sich die Haltung der deutschen Regierung in dieser Frage nicht geändert. Selbst ein Prestigepolitiker wie Freiherr von Marschall erklärte am 4. November 1895 dem österreichisch-ungarischen Botschafter, Deutschland habe neben dem allgemeinen Interesse der Friedenserhaltung keinerlei direkte Interessen im Orient; die Frage, ob Russen oder Türken Konstantinopel besäßen, ob Bulgarien sich mehr oder weniger im russischen Fahrwasser befinde, interessiere Deutschland wenig. In diesem Sinne sei das Wort von den Knochen des pommerschen Grenadiers noch immer vollkommen zutreffend.[17]

Wenige Tage später äußerte Reichskanzler Hohenlohe ähnliche Gedanken in einer Weisung an den Botschafter in Wien: Die Stellung, welche Deutschland in Europa einnehme und die Anerkennung der friedlichen Tendenzen des Dreibunds beruhten nicht zum mindesten darauf, daß die deutsche Politik in Ausnützung der durch den Mangel direkter Interessen geschaffenen günstigen Lage sich im Orient freie Hand gewahrt und es vermieden habe, in dem latenten Streit um die Dardanellen und Konstantinopel Partei zu ergreifen.[18]

Es war der Bismarcksche Grundton, der aus jenen Äußerungen führender Persönlichkeiten sprach. *Inzwischen hatte sich aber die deutsche Politik im Orient und auf der Balkanhalbinsel gewandelt.* Die Bismarcksche Zurückhaltung und Uninteressiertheit war aufgegeben worden. Stärker und stärker waren wirtschaftliche und politische Interessen des Reiches in die Balkanhalbinsel und den Orient eingedrungen und hatten dort eine Prestigestellung aufgebaut, die bald nicht mehr aufgegeben werden konnte. Das Reich wurde durch sie stark gebunden, und alle Probleme bekamen ein anderes Gesicht.

Was die Meerengenfrage anbetraf, die für Rußland nach seiner Umorientierung nach dem Westen von neuem große Bedeutung erhielt, so war man in Berlin nach der Jahrhundertwende nicht mehr gewillt, den Russen auch nur freie Hand zu lassen, geschweige denn ihnen politische Unterstützung für den Fall zuzusagen, daß die Meerengenfrage brennend werden sollte. Man konnte Rußlands Bestre-

---

[17] G. P. X, No. 2494.
[18] G. P. X, No. 2501.

bungen nicht mehr fördern, wenn man nicht die Prestigestellung im Orient gefährden wollte.

Das zeigte sich 1907, als Gerüchte auftauchten von angeblichen Plänen Iswolskys, die Dardanellenfrage aufzuwerfen. Der Kaiser und Freiherr von Marschall, der seine Einstellung gegenüber dieser Frage als Botschafter in Konstantinopel gründlich geändert hatte, horchten auf. Marschall betonte ausdrücklich, daß das Wort von den Knochen des Pommerschen Grenadiers für die Meerengen keine Geltung mehr habe.[19]

Auch später, z. B. während des italienisch-türkischen Krieges, als die Meerengenfrage aufgeworfen wurde, zeigte es sich, daß sich die deutsche Haltung in der Meerengenfrage unter dem Einfluß des Prestigegedankens grundlegend verändert hatte. Jetzt wirkte sie sich *gegen* die russische Politik aus. Das war der wesentlichste Unterschied gegenüber der Zeit Bismarcks. Während Rußland damals gerade durch diese Frage an das Reich herangetrieben worden war, wurde es jetzt durch sie dem Reiche entfremdet. Wir müssen uns dessen voll und ganz bewußt sein, um die Schwere der Wandlung zu ermessen, die sich unter dem Einfluß des Prestigegedankens in der deutschen Balkan- und Orientpolitik vollzogen hatte.

Nicht anders war es in den übrigen Balkankonflikten, wo es Deutschland nicht mehr möglich war, als ehrlicher und uneigennütziger Makler zwischen den wetteifernden Mächten Rußland und Österreich-Ungarn aufzutreten, weil es seine Politik weitgehend mit der seines Bundesgenossen *identifizierte*. Wir haben dies festgestellt in der Bosnischen Frage von 1908, wir haben es von neuem dann konstatiert während der Balkankriege von 1912/13. Diese Identifizierung hatte zur Folge, daß das Reich immer entschiedener in eine antirussische Politik hineingetrieben wurde und sich den russischen Haß weit mehr bald als Österreich-Ungarn auflud.

Wie sehr sich dadurch die deutsch-russischen Beziehungen verschlechterten, wurde in einigen an sich unbedeutenden Vorfällen deutlich: Im Oktober 1909 verabredete der russische Außenminister Iswolsky die Zusammenkunft des Zaren mit Viktor Emanuel auf dem Schlosse Racconigi, südlich Turin. Um seinem Groll über die Annexion von Bosnien und der Herzegowina sichtbaren Ausdruck zu geben, umging der Zar auf seiner Reise in weitem Umweg das österreichische Gebiet — eine Demonstration, die von der Presse

[19] G. P. XXII, No. 7385 und S. 80 Anm. ***.

allerorts lebhaft besprochen wurde. In Racconigi wurde zwischen den beiden Mächten ein Geheimabkommen abgeschlossen, das sich mit Balkan- und Nordafrikafragen befaßte. Trotz des äußersten Geheimnisses, mit dem Iswolsky und Tittoni, der italienische Außenminister, das Abkommen umgaben, sickerte sein Inhalt doch durch und verstärkte das deutsche Mißtrauen gegenüber der russischen Politik.

Anfangs 1910 überreichte der Militärbevollmächtigte, Kapitän Hintze, dem Reichskanzler den Entwurf zu einem Schreiben an den Zaren anläßlich des Jahreswechsels. Zur Besserung der deutsch-russischen Beziehungen war darin, unter Leugnung der tatsächlichen Stimmung, von einer freundlichen Gesinnung des Kaisers für den Zaren und seinem Vertrauen in die russische Politik die Rede. Mit der Absendung eines solchen Schreibens war aber der Reichskanzler Bethmann Hollweg nicht einverstanden. Zwar hielt er eine Kundgebung, die geeignet schien, ein sympathisches Echo beim Zaren zu finden, für nützlich, aber er glaubte es mit der Würde Seiner Majestät nicht vereinbar, so vollständig über die Ereignisse des vergangenen Jahres hinwegzugleiten und die Gesamtrichtung der von Iswolsky vertretenen Politik, insbesondere auch die mit dem Entwurf von Racconigi verknüpften Begleiterscheinungen so vollständig zu übersehen. Auch politisch hielt er eine solche Freundschaftskundgebung für nicht angebracht und unzweckmäßig, weil die russische Politik des deutschen Wohlwollens unter allen Umständen sicher zu sein glaube, in der Erwägung, daß das deutsche Interesse an der Erhaltung guter Beziehungen das überwiegende sei. Es werde sich empfehlen, der russischen Regierung gelegentlich zum Bewußtsein zu bringen, daß deutsches Wohlwollen russisches Wohlwollen voraussetze. Es sei den Russen, die ostasiatische Sorgen hätten, zu zeigen, daß die Geschehnisse des letzten Jahres nicht spurlos vorübergegangen seien, und daß sich die deutsche Politik über die Zugehörigkeit Rußlands zur Tripelentente mit ihrer deutschfeindlichen Spitze nicht hinwegtäuschen lasse. Aus all diesen Gründen solle sich der Kaiser auf ein Glückwunschtelegramm beschränken. — Wilhelm II. stimmte der Ansicht des Kanzlers zu.

Diese kleine Begebenheit gemahnt an die Worte Metternichs, die er anläßlich der Bosnischen Krise geäußert hatte, wonach es gelte, keinen Unmut zu verraten angesichts der Tatsache, daß sich die andern Mächte zusammenschlössen. Aus Verstimmung über die russische Politik unterließ man in Berlin einen politisch zweckmäßigen Schritt, weil er dem Prestigeempfinden widersprach. Daß so eine Besserung

der Beziehungen zu Rußland unmöglich war, versteht sich von selbst. Der Ton wurde auf beiden Seiten immer gereizter. Man empörte sich in Berlin darüber, daß bei russischen Manövern im August desselben Jahres in Anwesenheit fremder Militärattachés und einer französischen Abordnung angenommen wurde, Rußland befinde sich in einem Krieg mit Deutschland.[20] Wie begreiflich auch diese Empörung war, so verriet sie doch, daß die Umstellung der deutschen Balkan- und Meerengenpolitik sich auf das deutsch-russische Verhältnis verderblich auszuwirken begann. Am 19. August 1910 berichtete der deutsche Militärattaché, Kapitän von Hintze, aus Petersburg, Rußland rüste für einen Krieg mit dem Reich. Es sei für Deutschland mit Entgegenkommen und Nachsicht nicht mehr zu gewinnen, wohl aber durch die Furcht vor einem Hieb.[21]

Am 1. August 1912 meldete der «Temps», daß Verhandlungen mit Rußland schwebten, die auf eine Ergänzung des allgemeinen Bündnisvertrags und der Militärkonvention durch ein Abkommen über das Zusammenwirken der beiderseitigen Flotten im Kriegsfall hinzielten. Dies war tatsächlich der Fall, und zwar am 16. Juli, als sich der Chef des russischen Admiralstabs, Fürst Lieven, in Paris aufhielt. Wenige Tage zuvor, vom 4. bis 6. Juli, hatte die Entrevue zwischen dem Zaren und dem deutschen Kaiser in Baltischport stattgefunden.

Durch die Veröffentlichung im «Temps» wurde die Entrevue stark berührt. Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Zimmermann, erklärte dazu in einem Telegramm an den Botschafter in Petersburg: Es werde bis auf weiteres der Eindruck bestehen bleiben, daß die fraglichen Besprechungen in Paris zeitlich mit der Monarchenbegegnung zusammengefallen seien. Dadurch würden die in Baltischport gepflogenen Aussprachen selbstverständlich erheblich beeinträchtigt. Er, Pourtalès, möge sich daher zur Klärung des Sachverhaltes an den russischen Außenminister wenden.[22]

Zweifelsohne empfand man das Bekanntwerden der russisch-französischen Verhandlungen unter jenen Umständen als eine Schmälerung des deutschen Prestiges und versuchte nun vergeblich, durch ein russisches oder französisches Dementi den unangenehmen Eindruck, den der Vorfall in Deutschland hinterließ, zu verwischen. Die öffentliche Meinung wurde aufgebracht. Graf von Pourtalès schlug schließlich

---

[20] G. P. XXVII, 2, No. 9950.
[21] G. P. XXVII, 2, No. 9956.
[22] G. P. XXXI, No. 11581.

dem Kaiser vor, er möge ihm den Befehl erteilen, beim Zaren um eine Audienz zu bitten, um diesen auf den Eindruck aufmerksam zu machen, den die mit viel Lärm und durchsichtiger Tendenz verbreitete Nachricht über angeblich russisch-französische Flottenkonventionen hervorgerufen habe. Eine solche Audienz schien ihm umso angezeigter, als damals der Besuch des französischen Ministerpräsidenten Poincaré beim Zaren erwartet wurde, und zwar sollte die Audienz nach Ansicht des Botschafters gleich unmittelbar nach dem französischen Besuche stattfinden. Er glaubte, daß ein solcher Schritt nicht verfehlen würde, Eindruck zu machen.[23] Staatssekretär von Kiderlen unterstützte diese Anregung und betonte ebenfalls, daß eine Audienz nach dem Besuche Poincarés und den überlauten Besprechungen der französisch-russischen Marineabmachungen in der Pariser Presse nach außen Eindruck machen würde. Der Kaiser gab daraufhin seine Einwilligung.

Man war in Berlin äußerst empfindlich geworden in allem, was den Anschein verstärken konnte, als schließe sich der Ring um Deutschland immer enger. Man wollte nach außen den Eindruck vermeiden, als werde die Lage für das Reich immer bedenklicher. Deshalb fühlte man sich auch verletzt, als Großfürst Nikolaus von Rußland, begleitet von seiner Gemahlin, am 11. September 1912 zur Teilnahme an den französischen Manövern in Frankreich erschien und die Großfürstin während der Besichtigung der östlichen Grenzforts durch eine theatralische Gebärde der französischen Sehnsucht nach den verlorenen Provinzen schmeichelte, wofür sie in vielen französischen Zeitungen gefeiert wurde. In Berlin nahm man lebhaften Anstoß daran und erklärte Sasonow, dem russischen Außenminister, als er auf einer Rückkehr von London und Paris am 8. Oktober 1912 in Berlin weilte, daß sich die deutsche Regierung über diese Dinge nicht aufrege, jedoch ernstlich erwarten müsse, daß derartige Sticheleien schon mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung künftighin unterblieben.[24]

Jedes an sich noch so bedeutungslose Ereignis trübte das deutsch-russische Verhältnis. Dazu bewirkte die veränderte deutsche Balkan- und Meerengenpolitik, daß man in russischen Kreisen mehr und mehr in Deutschland den eigentlichen Feind des Zarenreiches sah. Als 1914 der österreichisch-serbische Konflikt ausbrach, zeigte es sich, daß sich das Deutsche Reich aus Prestigegründen so stark mit der öster-

[23] G. P. XXXI, No. 11583.
[24] G. P. XXXI, S. 549 f. Anm. *.

reichischen Politik verbunden hatte, *daß es nicht mehr vermitteln konnte.* Und das andere: Unter dem Einfluß der nachwirkenden Verstimmung über die deutsche Politik siegte in Rußland in den entscheidenden Stunden der Wille zur *Gesamtmobilmachung,* die auch gegen das Reich gerichtet war, über den Gedanken einer Teilmobilisation, die als nur gegen Österreich-Ungarn gerichtet gelten sollte. Damit aber wurde eines unmöglich: die Lokalisierung des Konfliktes. Aus dem österreichisch-serbischen Zusammenstoß ging der *Weltkrieg* hervor.

21. Kapitel

Das Verhältnis zu Frankreich

Es war eines von Bismarcks Hauptzielen, jeden bewaffneten Zusammenstoß mit Frankreich zu vermeiden. Deshalb versuchte er, das Westreich durch seine Bündnispolitik zu isolieren, unterstützte es aber gleichzeitig weitgehend in seinen kolonialen Unternehmungen. Er half ihm bei der Erwerbung von Annam und Tongking, ermutigte es zur Besetzung von Tunis und wies es mehrmals auf Marokko hin als ein geeignetes Gebiet für seine Kolonialpolitik. Er konnte dies tun, weil ihm die ganze Kolonialpolitik keine Prestigesache war, sondern eine Angelegenheit, die wie alles andere im Rahmen der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit verbleiben sollte. *Ihm waren die Beziehungen zu Frankreich wichtiger als eigene koloniale Erfolge.*

Nach dem Rücktritt Bismarcks veränderte sich die Lage dadurch, daß mit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags die französisch-russische Annäherung erleichtert und bald darauf verwirklicht wurde. Ihr folgten später die französisch-italienische und französisch-englische, so daß die Republik schließlich nicht mehr allein dastand, sondern verbunden mit mächtigen Staaten. Diese Tatsache rief in Deutschland Besorgnis und Verstimmung hervor, umsomehr als nun dem Reiche die Isolierung drohte. Die Folge war, daß man hier viel empfindlicher wurde in den Fragen, die das französische Verhältnis berührten; daß man kränkende Kleinigkeiten, wie es Bismarck aus Vernunftgründen getan hatte, nicht mehr übersehen konnte und schließlich der französischen Kolonialpolitik in den Weg trat.

Eine tiefe Erregung bemächtigte sich der deutschen Öffentlichkeit Ende 1894 anläßlich des Dreyfußprozesses. Dieser hatte in der

französischen Presse heftige Angriffe gegen die fremden und vor allem die deutschen und italienischen Militärattachés ausgelöst. Nach einem Bericht des deutschen Botschafters in Paris, des Grafen Münster, vom 29. November 1894 wurden die deutschen Vereine, Konsulate und Botschaften als Spionagenester bezeichnet.[25] Infolgedessen drängte Graf Münster beim französischen Außenminister auf eine der deutschen Botschaft Genugtuung schaffende Erklärung. Auch der Kaiser verlangte «vollste offizielle schnelle Genugtuung» und drohte mit einer deutlicheren Sprache.

Am 13. Dezember berichtete Münster, daß der Pressekrieg gegen die Militärbevollmächtigten und Botschaften mit Unverschämtheit weitgehe, jedoch eigentlich der französischen Regierung gelte, von der man wisse, daß sie die Pressefreiheit einschränken wolle, um immer mehr Einfluß im Lande zu gewinnen. Der Botschafter gab darum den Rat, nichts zu unternehmen, was das Verhältnis zur derzeitigen Regierung trüben und Frankreich noch mehr in die Hände Rußlands treiben würde. Die deutsche Presse möge doch der schlechten chauvinistischen Presse in Frankreich nicht allzu große Bedeutung schenken.[26]

Am 6. Januar 1895 wiederholte Graf Münster dringend seine Mahnung und bat, wegen der schwierigen Stellung des Ministerpräsidenten nichts «Kompromittierendes» in der Presse verlauten zu lassen, denn dieser habe ihn im Gespräch inständig gebeten, nicht auf der «öffentlichen Rektifizierung» des Sachverhaltes zu bestehen, da sonst ein neuer Pressestreit zu erwarten sein würde.[27]

Diese Berichte des Grafen Münster gemahnten an Bismarck. Sie zeugten von einem sachlichen Urteilsvermögen, das freilich gegenüber dem Prestigeempfinden der deutschen Regierung und des Kaisers nicht zur Geltung kam. Dieser bestand auf einer öffentlichen Berichtigung, die dann in abgeschwächter Form erfolgte. Auch da zeigte sich wieder die grundsätzliche Wandlung der deutschen Politik seit Bismarcks Rücktritt. Daß sie sich auf die deutsch-französischen Beziehungen nicht günstig auswirken würde, war anzunehmen.

Besonders empfindlich war man in Berlin in den Fragen, die mit dem *elsaß-lothringischen Problem* zusammenhingen. Dieses Problem hatte immer trennend zwischen den beiden Mächten gestanden. Be-

[25] G. P. IX, No. 2330 und Rbm.
[26] G. P. IX, No. 2331.
[27] G. P. IX, No. 2336.

zeichnend genug für Bismarcks realpolitisches Empfinden und für seinen Weitblick, daß er 1870/71 die Erwerbung der beiden Provinzen nur mit höchst gemischten Gefühlen aufnahm. Er war sich der schwerwiegenden Folgen jenes Schrittes bewußt. Darum seine entgegenkommende Haltung gegenüber Frankreich!

Als 1897 der Gedanke einer Neutralisierung Elsaß-Lothringens von seiten Österreichs als Vorbedingung einer deutsch-französisch-österreichischen Einigung aufgeworfen wurde, schrieb Baron von Holstein dem deutschen Botschafter, Graf Eulenburg, nach Wien: «An Elsaß-Lothringen und an den Gräbern der vielen Tausende, die dafür ihr Leben gelassen haben, darf ein deutscher Kaiser nicht rühren.»[28]

Im August 1890 regte der spanische Ministerpräsident Silvela in Berlin die Idee der Bildung eines Defensivbundes gegen England an. In Berlin wies man diesen Gedanken nicht von der Hand, sah aber keine Möglichkeit zur Verwirklichung, solange Frankreich nicht bedingungslos den neuen deutschen Besitzstand gewährleistete. Damals war es, daß die spanische Königin in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Madrid, von Radowitz, zuhanden des Kaisers erklärte, in führenden Kreisen Frankreichs werde der Gedanke einer Verständigung mit Deutschland ernsthaft erwogen. Eine solche würde erleichtert werden, wenn das Reich Elsaß-Lothringen mehr Selbständigkeiten gewährte, die dessen Ehrgefühl und Eitelkeit mehr Rechnung trügen. — Das sei dummes Zeug, bemerkte der Kaiser zu dieser königlichen Anregung. Das Reichsland sei deutsch, und Deutschland werde bei sich zu Hause tun, was ihm beliebe, und das gehe Frankreich nichts an.[29]

Am 11. März 1900 schrieb der deutsche Botschafter in Petersburg, Fürst von Radolin, in einem Brief an Holstein über einen amtlichen Bericht: Er habe darin vermieden zu schreiben, daß der russische Außenminister Graf Murawiew erklärt habe, die elsaß-lothringische Frage ließen die Franzosen um keinen Preis fallen, vor allem aus dem Grunde, weil man ihm, dem Botschafter, seinerzeit von Berlin aus geschrieben habe, *Deutschland anerkenne keine elsaß-lothringische Frage.*[30]

Der Frankfurter Friede sei für Deutschland nicht diskutierbar, schrieb Bülow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, am 31.

---

[28] G. P. XII, 1, No. 3116.
[29] G. P. XV, No. 4211.
[30] G. P. XV, No. 4487.

März 1900 an Metternich.[31] Und schließlich bemerkte der Kaiser zu einem Bericht des Botschafters Fürst zu Eulenburg aus Wien über ein Gespräch mit Graf Nigra, seinem italienischen Kollegen, worin die Rede war von kolonialen Entschädigungen für eine Rückgabe von Elsaß-Lothringen oder doch wenigstens des letzten an Frankreich, er müsse sich ernstlich verbitten, daß über «integrierende Theile» des deutschen Reiches wie über afrikanische Kolonien «per Compensation» immer noch verhandelt werde.[32]

Alle diese Äußerungen zeigten deutlich, wie sehr man die elsaß-lothringische Frage als eine Prestigefrage höchsten Ranges betrachtete, über die man nicht einmal zu reden gestattete. Wenn auch wirklich wenig darüber gesprochen wurde, so war das Problem doch da und belastete durch seine Existenz die deutsch-französischen Beziehungen. Es war für sie verhängnisvoll, daß sich die deutsche Politik unter dem Einfluß des Prestigegedankens gegenüber Frankreich und dessen Kolonialpolitik wesentlich veränderte. Wir haben früher festgestellt, wie die deutsche Politik gerade in der für die Franzosen so wichtigen Marokkofrage immer mehr und mehr eine antifranzösische Tendenz erhielt, wie dadurch der Revanchegedanke, der in Frankreich ja nie verschwunden war, neue Nahrung erhielt, und wie sich auch deutschfreundliche Kreise und Persönlichkeiten von Deutschland abwandten und entschieden in antideutsche Bahnen traten. Noch mehr: die deutsche Marokkopolitik brachte die beiden Westmächte England und Frankreich einander erst eigentlich nahe.

Wir müssen uns dies vor Augen halten, wenn wir die Schwere der Folgen ermessen wollen, die das Eindringen des Prestigemomentes in die deutsche Marokkopolitik nach sich zog. Auch die deutsche Bagdadbahnpolitik warf Gegensätze zwischen den beiden Mächten auf und führte erst nach langen und hartnäckigen Verhandlungen, die von den Deutschen wesentlich vom Standpunkt des Prestigegedankens aus geführt wurden, zu einem beidseitigen Übereinkommen.

Wenn auch das deutsch-französische Verhältnis in den deutschen Akten verhältnismäßig wenig Raum einnimmt, so heißt dies nicht, daß es wenig problematisch gewesen sei, im Gegenteil. Es bildete einen besonders heiklen Punkt in der politischen Problemwelt und wurde daher nur ungern berührt. Man mied es lieber, weil zu viel Prestigerücksicht mit ihm verbunden war.

Wir besitzen darüber ein sehr aufschlußreiches Dokument aus dem

[31] G. P. XV, No. 4496.

[32] G. P. XVIII, 2, No. 5861 und Rbm.

Jahre 1908. Im Juli dieses Jahres hielt sich Freiherr von Wangenheim, der deutsche Geschäftsträger in Tanger, in Paris auf und hatte eine lange Unterredung mit Tardieu über die deutsch-französischen Beziehungen. Dieser stellte die französische Neutralität für den Fall eines deutsch-englischen Krieges in Aussicht, wenn Deutschland Frankreich in Marokko restlos machen lasse. Wangenheim antwortete, er bezweifle, daß diese «wohlwollende» Absicht sich verwirklichen lasse. Sollte Deutschland auf dem Meere Schlappen erleiden, so würde sich im Volke mit elementarer Gewalt der Drang geltend machen, mit Hilfe der Landarmee das gefährdete Prestige Deutschlands wiederherzustellen. Diese kriegerische Aufwallung könnte sich aber nur gegen Frankreich richten, das mit England verbündet sei, und von dem man befürchten müsse, daß es nur eine Schwächung Deutschlands abwarten werde, um seinerseits über das Reich herzufallen. Eine Neutralität Frankreichs in einem deutsch-englischen Kriege sei beinahe eine psychologische Unmöglichkeit.[33]

Ein starkes Mißtrauen gegenüber Frankreich klang aus diesen Worten Wangenheims. Er stand damit nicht allein. Man stellte deutscherseits allgemein mit bitteren Gefühlen fest, daß sich das französische Selbstbewußtsein nach dem Abschluß der Entente Cordiale beständig hob, besonders nach der Algeciraskonferenz, die die französisch-englische Einmütigkeit so augenfällig offenbart hatte. Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt, Freiherr Langwerth von Simmern, wies in einer Aufzeichnung darauf hin und betonte, daß durch militärische Zeitschriften und anderes im französischen Volk der Glaube erweckt worden sei, als habe Frankreich seine 1870 verlorene Überlegenheit Deutschland gegenüber wieder erlangt. Es werde damit gerechnet werden müssen, daß in maßgebenden Kreisen der Gedanke Platz greifen werde, man brauche Deutschland gegenüber nicht mehr die alte Rücksicht walten zu lassen, weil man sich ihm mindestens gewachsen fühle. Langwerth von Simmern kam dann zum Schluß, Deutschland könne bei dieser Lage die weitere Erhaltung des Friedens nur dadurch gewährleisten, daß es durch die Fortentwicklung seiner militärischen Machtmittel für Frankreich das Risiko einer kriegerischen Politik steigere. Bei der Überlegenheit der deutschen Bevölkerungszahl besitze Deutschland die Möglichkeit, dies in einer Weise zu tun, daß Frankreich die Puste ausgehen werde.[34]

---

[33] G. P. XXIV, No. 8351.

[34] G. P. XXXIX, No. 15635.

Man empfand in deutschen Kreisen das Anwachsen des französischen Selbstgefühls allgemein als unerträglich. In einer Reichstagsrede wies der Reichskanzler darauf hin und stützte sich dabei auf die Ausführungen des Vortragenden Rates.

Das deutsch-französische Verhältnis blieb sich unter Wilhelm II. wesentlich gleich. Entwicklungsfähig war es nicht. Man machte in Berlin eigentlich nie ernsthaft den Versuch, sich der Republik zu nähern. Man wollte sich nicht dem Schein aussetzen, als laufe man Frankreich nach.[35] Seine feindliche Gesinnung gegenüber dem Reich nahm man als gegeben hin. Wenn trotzdem gelegentlich Versuche gemacht wurden, in Einzelfragen mit Frankreich zusammenzugehen, dann geschah dies in der Regel bloß aus Verstimmung über eine andere Macht, nicht mit Rücksicht auf Frankreich. *Einer wirklichen Annäherung standen Gefühl und Prestigegedanke im Wege.*

22. Kapitel

Das Verhältnis zu England

Im Gegensatz zu dem deutsch-französischen und vielfach auch zum deutsch-russischen war das deutsch-englische Verhältnis *entwicklungsfähig*. Noch kurz vor Ausbruch des Weltkrieges war die Stellungnahme Englands ungewiß. Nichts entschied aber dann das Los des Deutschen Reiches so sehr wie die Teilnahme des Weltreichs an der Seite Frankreichs. Von den Beziehungen Deutschlands zu den einzelnen Großmächten waren deshalb diejenigen zu England ganz besonders wichtig.

Das deutsch-russische Verhältnis wurde durch Deutschlands Balkan- und Orientpolitik belastet; dasjenige zu Frankreich in erster Linie durch die elsaß-lothringische Frage und durch das Marokkoproblem; das deutsch-englische Verhältnis aber *wurde fast durch alle Probleme berührt*, die es irgendwo in der weiten Welt gab.

Schon die Tatsache, daß das Deutsche Reich als *Wirtschafts-* und *Handelsmacht* überall in der Welt aufzutreten und mit dem englischen Handel zunehmend erfolgreicher zu wetteifern begann, belastete das gegenseitige Verhältnis und brachte von Anfang an eine gewisse Spannung in die Beziehungen zwischen den beiden Mächten. Der kommerzielle und wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands erregte

---

[35] *Hohenlohe* S. 296 f.

begreiflicherweise Unbehagen und Verstimmung in England, das seit langem die unbestrittene Führung innehatte.

Hinzu kam, daß England als größte Kolonialmacht den deutschen kolonialen Unternehmungen vielfach in den Weg trat. Wir konnten dies in Ostasien, in Samoa, am Kongo, in Marokko, in Persien, der Türkei und schließlich auch in Südafrika feststellen. Überall ging es dabei den Deutschen nicht nur um die Gewinnung und Verteidigung realer Werte, sondern um die Behauptung des deutschen Prestiges.

Nichts belastete aber die deutsch-englischen Beziehungen verderblicher als Deutschlands Haltung in der *Flottenfrage*, die für England von besonderer Wichtigkeit war, weil sie seine Seeherrschaft berührte. Wir haben bereits festgestellt, daß es der Prestigegedanke war, der die maßgebenden deutschen Persönlichkeiten dabei bestimmte, und daß andere, sachlich urteilende Stimmen ihm gegenüber nicht aufzukommen vermochten.

So wurde das deutsch-englische Verhältnis durch fast alle Probleme berührt und getrübt, und es war schließlich nicht verwunderlich, daß England bei Kriegsausbruch auf die gegnerische Seite trat.

Bismarck legte immer großen Wert auf freundschaftliche Beziehungen zu England und war bestrebt, das Inselreich irgendwie dem Dreibund anzugliedern. Dies gelang teilweise durch das Zustandekommen der von ihm geförderten Mittelmeerentente von 1887. Versuche aber, England unmittelbar an das Reich zu binden, blieben erfolglos. Weil er den Wert guter Beziehungen zu England ermaß, vermied er es womöglich, mit der britischen Kolonialpolitik zusammenzustoßen. Trotzdem kam es gelegentlich zu Reibereien, die Bismarck jeweils durch Sachlichkeit meisterhaft zu überwinden verstand.

Nach seinem Rücktritt fanden die kolonialpolitischen Schwierigkeiten im Helgoland-Sansibar-Vertrag eine vorläufige Lösung. Aber schon nach kurzer Zeit kam es in Samoa und in Afrika zu neuen Reibereien, und als die Engländer gleichzeitig, beunruhigt über das Vorgehen der Franzosen am Tschadsee, eine gemeinsame, gegen Frankreich gerichtete Politik vorschlugen, wichen die Deutschen aus, unter Hinweis auf die Verständnislosigkeit, die Deutschland bisher in kolonialen Fragen bei England gefunden habe.[36] Hatzfeldt, der Botschafter in London, machte den britischen Kolonialminister Lord Kimberly auf die Mißstimmung in der deutschen öffentlichen

[36] G. P. IX, No. 2022.

Meinung aufmerksam, die von der Regierung nicht außer Acht gelassen werden könne. Ein Umschwung sei nur dann zu erwarten, wenn Deutschland in die Lage komme, den verstimmten Kreisen durch offenbare Tatsachen den Nachweis zu liefern, daß ein Wandel in der englischen Kolonialpolitik zugunsten Deutschlands eingetreten sei. Lord Kimberly drohte darauf dem deutschen Botschafter mit dem Gespenst einer englisch-französischen Annäherung, ohne ihn jedoch zu beeindrucken. Hatzfeldt berichtete Reichskanzler Caprivi, er habe durch seine Haltung bei Kimberly den Eindruck hinterlassen, daß solche Einschüchterungsversuche fruchtlos seien. Selbstverständliche Voraussetzung der gewünschten Annäherung sei ein größeres Entgegenkommen der Engländer auf kolonialem Gebiete.[37] Auch Freiherr von Marschall, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, sprach sich zum englischen Vorschlag dahingehend aus, daß Deutschland bei der bisherigen Haltung Englands keinen Anlaß habe, ihm entgegenzugehen.[38]

Man war in Deutschland sichtlich verstimmt über die Haltung Englands in der Kongofrage, im Burenkonflikt, in Armenien und in Ostasien. Besonders der Kaiser war ungehalten darüber. Er stellte in den folgenden Jahren seine regelmäßigen Englandfahrten ein und äußerte dem englischen Militärbevollmächtigten, Oberst Swaine, gegenüber die Worte: Deutschland und der Dreibund seien fortgesetzt beleidigt und gehänselt worden. Mit den Interessen seines Landes sei es aber nicht zu vereinen, alle Launen der englischen Politik mitzumachen und auf unbestimmte Andeutungen und rätselhafte Aussprüche der englischen Staatsmänner zu antworten. Ein solches Verhalten Englands zwinge ihn förmlich, mit Frankreich und Rußland gemeinsame Sache zu machen. England müsse aus seiner «isolation» heraustreten, in die es durch seine «policy of selfishness and bullying» geraten sei und rückhaltlos entweder auf seiten des Dreibunds oder gegen ihn auftreten.[39]

Diese Äußerungen Wilhelms II. schienen dem Auswärtigen Amte nun doch zu scharf, und es ließ ihnen durch den Botschafter in London die Spitze abbrechen. Man verhielt sich aber in Berlin weiterhin ablehnend, auch als Salisbury mit einem die Türkei betreffenden Aufteilungsplan an die deutsche Regierung herantrat. Die andauernd schlechten Beziehungen zu England wirkten sich auf die

---

[37] G. P. IX, No. 2025.
[38] G. P. IX, No. 2028/2023/2158.
[39] G. P. XI, No. 2579.

deutsche Politik nachteilig aus, die fast überall in der Welt mit der britischen Macht rechnen mußte.

Anfangs 1897 schien es, als ob England zu einem neuen Vorgehen in Südafrika entschlossen sei. Die Burenfrage tauchte erneut auf. Der deutsche Botschafter in London befürwortete eine Verständigung mit England. Die deutsche Regierung, so meinte er, müsse versuchen, für das, was nicht mehr zu halten sei — Deutschlands Stellung in den Burenstaaten —, eine entsprechende Entschädigung zu erhalten. England könnte z. B. Deutschlands Wünsche in China befriedigen. Dies dürfte dem Reich einen Erfolg einbringen, der für die Entwicklung des deutschen Handels und der deutschen Flotte vielleicht schwerer wiegen würde als manche Erwerbungen in Afrika. Auch würde die Stellung des Reiches in Europa eine viel freiere und einflußreichere werden, wenn die gespannten Beziehungen zu England wieder normal wären.[40] — Mit diesen sachlichen Beweisgründen vermochte Hatzfeldt sogar den Kaiser zu überzeugen. Mit dessen Zustimmung schnitt er in einer Unterredung mit Salisbury die Entschädigungsfrage an, ohne aber auf Verständnis zu stoßen.[41] Darüber war der Kaiser wieder höchst erbost, und er bemerkte zum Bericht des Botschafters: Deutschland kriege nichts, was es sich nicht mit bewehrter Hand nehme. Als England im Juli den deutsch-englischen Handelsvertrag kündigte, erklärte er, dieses werde alsbald versuchen, die deutsche Industrie und den Handel zu vernichten, wenn das Reich nicht energisch und rasch eine Flotte baue.[42]

Und so sollte es die Regel werden: Je verstimmter man auf deutscher Seite über das englische Verhalten war, je stärker man das Gefühl hatte, man werde von den Engländern nicht als gleichwertig betrachtet und behandelt, desto zwingender regte sich das Verlangen, durch den Bau einer eigenen Flotte England an der Stelle zu treffen, wo es verletzlich war.

1898 schien sich in der englischen Politik ein Umschwung anzuzeigen, als sich dort der Wunsch regte, die «splendid isolation» aufzugeben. Das britische Reich stand vor großen Schwierigkeiten. Seine Interessen verlangten die Annäherung an eine andere Großmacht. Ein Versuch, mit Rußland zu einer Entente zu gelangen, wurde aufgegeben, weil der Zar und seine Minister keinen

[40] G. P. XIV, 1, No. 3404.
[41] G. P. XIV, 1, No. 3407.
[42] G. P. XIV, 1, No. 3414.

Eifer verrieten. Daraufhin wurde der britische Kolonialminister *Joseph Chamberlain* beauftragt, in Berlin diesbezüglich zu sondieren. Ende März 1898 trat er mit greifbaren Vorschlägen an die deutsche Regierung heran. Eine günstige Gelegenheit schien sich ihr zu bieten, England unmittelbar an das Reich zu binden. Sie ging aber auf den Vorschlag nicht ein, obschon Chamberlain sogar bereit war, den Vertrag öffentlich durch das Parlament genehmigen zu lassen, und obgleich er durchblicken ließ, daß sich England widrigenfalls auch Frankreich und Rußland anschließen könnte.

Bülow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, begründete am 3. April 1898 in einem Privatbrief an den Botschafter in London den deutschen Standpunkt. Neben sachlichen Beweisgründen, die er anführte, und auf die wir hier nicht eingehen können, spielten auch gefühlsmäßige hinein. So wies er auf die öffentliche Meinung hin, die unter dem Eindruck der Pressefehde der letzten Jahre vorwiegend antienglisch gesinnt sei. Der Mangel an Entgegenkommen, den Deutschland bei England in allen Kolonialfragen finde, halte diese englandfeindliche Stimmung wach. Es würde einige Mühe kosten, der breiten Schicht des deutschen Volkes den unvermittelten Übergang von Feindschaft zur Kameradschaft und die Notwendigkeit eines Bündnisses mit England einleuchtend zu machen. Ferner sei zu bedenken, daß, wenn der Bündnisversuch am Widerstand des englischen Parlamentes scheitern sollte, dies schwere Folgen haben würde für alle Autorität im Deutschen Reich, die höchste nicht ausgenommen.[43]

Prestigehaftes und Sachliches bestimmte die Haltung des Staatssekretärs. Es mutet seltsam an, wenn man sieht, wie man in Berlin in einer so bedeutenden Frage Rücksicht nehmen zu müssen glaubte auf die öffentliche Meinung. Warum machte man nicht den Versuch, durch sachliche Politik mit England zu einer Zeit zusammenzugehen, da dies wirklich möglich schien? Daß sich England mit Frankreich und Rußland zusammenschließen könnte, das glaubte man freilich nicht. Als dies 1904 und 1907 Tatsache wurde, da war es für die deutsche Politik bedeutend schwieriger, England vertraglich an das Deutsche Reich zu binden, ja vielleicht überhaupt nicht mehr möglich ohne schwere Opfer. Das Argument Bülows aber, daß mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung ein unvermittelter Übergang von Feindschaft zur Kameradschaft kaum möglich sein würde, wurde durch die Beispiele von 1904 und 1907 widerlegt. Daß er sich in einer

[43] G. P. XIV, 1, No. 3785.

solch wichtigen Angelegenheit vom Urteil der öffentlichen Meinung nicht völlig freizumachen vermochte, kennzeichnete einmal mehr die *Unsachlichkeit* seiner Politik. Statt daß man die günstige Gelegenheit ausnützte, um, ungeachtet der bisherigen Haltung Englands, zu einem engen Zusammenarbeiten mit ihm zu gelangen, das sich auf die deutsche Politik nur günstig ausgewirkt haben würde, spielte man aus Verstimmung auf das Vergangene an und lehnte ab. *Man war nicht imstande oder nicht gewillt, den englischen Vorschlag ganz unvoreingenommen, rein vom Nützlichkeitsstandpunkt aus, zu betrachten.* Es fehlte der realpolitische Sinn für die Bedeutung des Augenblicks. England sollte nicht meinen, daß man in Berlin auf alles eingehe. Ungefähr so dachte man hier. Zu einem Bericht des deutschen Botschafters aus London, daß Chamberlain und Salisbury im Wunsche übereinstimmten, eine politische Verständigung mit Deutschland zu finden, bemerkte der Kaiser: Dieser Wunsch gelte nur, wenn es nichts koste und Deutschland herangekrochen komme. Man sei gerade so weit wie früher. «Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß!» England brauche Deutschland, wolle aber, um das «face» zu retten, daß Deutschland den Anfang mache, um sich dann großmütig herbeizulassen und Deutschland in Gnaden anzuhören. «Tirez les premiers, Messieurs les Anglais!»[44]

Diese Äußerungen des Kaisers stimmten in ihrer Grundhaltung mit denjenigen Bülows überein. Man beurteilte die Bündnisfrage allgemein unsachlich, obschon Hatzfeldt vor der Möglichkeit einer Verständigung Englands mit Frankreich und Rußland warnte. Man änderte die Einstellung auch dann nicht, als Chamberlain Ende 1899, anläßlich eines Besuches Wilhelms II. und Bülows in London, den Bündnisgedanken erneut anregte und sogar die Beteiligung an der Bagdadbahn und eine für Deutschland vorteilhafte Verständigung über Marokko in Aussicht stellte.

Noch einmal bot sich die Gelegenheit, Bündnisverhandlungen aufzunehmen, als Wilhelm II. 1901 ans Sterbebett der Königin Victoria eilte. England stand damals vor Schwierigkeiten in China und Südafrika. Die Verhandlungen zogen sich durch das ganze Jahr hin. In Deutschland war man verstimmt über die Haltung Englands in der Frage der portugiesischen Kolonien, das Burenproblem wirkte nach, und all dies bewirkte, daß man nicht gewillt war, auf das englische Anerbieten einzugehen. Es wäre ein großer Fehler der deutschen Politik, argumentierte Bülow, sich ohne bedeutende Gegenleistungen

[44] G. P. XIV, 1, No. 3801 Rbm.

und richtige Garantien mit Rußland auseinanderbringen zu lassen. Ohne englische Zugeständnisse in Afrika könne die deutsche Regierung vor Parlament und öffentlicher Meinung ein Zusammengehen mit England nicht rechtfertigen.[45]

England müsse Farbe bekennen, erklärte der Kaiser dem König von England und dem englischen Botschafter in Berlin. Nach allem, was sich in der letzten Zeit zugetragen habe, könne es sich nicht wundern, daß Deutschland auf allgemeine Phrasen über Freundschaft und Zusammenstehen nicht mehr eingehe. Es könne nur auf Grund fester Abmachungen verhandeln. Ohne daß die englische Regierung einen paragraphierten Vertrag dem Parlament vorlege und von diesem vor aller Welt ratifizieren lasse, sei mit Deutschland und dem Dreibund, denn ohne die Verbündeten lasse er sich auf nichts ein, nichts mehr zu wollen.[46]

In einem Telegramm an Hatzfeldt wies Holstein auf die Haltung der englischen Regierung in der Frage der portugiesischen Kolonien hin, die im deutschen Volke die Ansicht habe aufkommen lassen, daß die deutsche Regierung übers Ohr gehauen worden sei. Die Angriffe gegen Kaiser und Reich würden sich mehren bei einem derzeitigen Bündnisabschluß mit den Engländern. Diese müßten von sich aus mit dem Anerbieten von Gegenleistungen hervortreten. Er finde es einer Großmacht unwürdig, wenn sie sich wiederholen lassen müsse, sie fordere zu viel für ihre Freundschaft. (Zustimmung Bülows.) Und in einem Telegramm an den Freiherrn von Eckardstein betonte er: «Wenn wir nur mal zur Beruhigung unserer öffentlichen Meinung auf *einen* wirklichen materiellen Vorteil hinweisen könnten, den wir dem Zusammengehen mit England verdanken.»[47]

Neben durchaus realpolitischen Überlegungen waren es doch in einem starken Grade Prestigemomente, die die deutsche Haltung beeinflußten. Man hatte Enttäuschungen erlebt, war von den Engländern gedemütigt worden, so empfand man es wenigstens, und jetzt sollte man ihnen ohne Gegenleistungen entgegengehen! Man glaubte, auf das Urteil der öffentlichen Meinung Rücksicht nehmen zu müssen, sah aber nicht ein, daß erst ein wirkliches Zusammengehen mit England Erfolge zeitigen und die Verbindung zwischen den beiden Mächten enger und fester gestalten konnte, wie es dann später bei der Entente der Fall sein sollte. Die englische Drohung,

---

[45] G. P. XVII, No. 4988/4989 Rbm.
[46] G. P. XVII, No. 5023.
[47] *Eckardstein* II, S. 315.

widrigenfalls mit Rußland oder Frankreich zusammenzugehen, wurde von Holstein als «bluff» abgewiesen.[48]

Vergeblich warnte Eckardstein, der Botschaftsrat in London, überzeugt von der Notwendigkeit eines Zusammengehens mit England. Er verurteilte scharf die unsachliche Politik der deutschen Regierung und betrachtete die Ablehnung der englischen Bündnisangebote als Anfang der Einkreisung Deutschlands, die schließlich zum Weltkrieg geführt habe.[49]

Vergeblich wies der Botschafter in Paris, Graf Münster, auf die Zweckmäßigkeit eines Bündnisses hin, umsonst schließlich auch Metternich, der nachmalige Botschafter in London, damals noch preußischer Gesandter in Hamburg, der in einem Bericht an den Reichskanzler betonte, es handle sich nicht nur darum, die augenblickliche Burenfreundlichkeit der Deutschen, sondern auch die allgemeine Abneigung gegen England «mit Staatsraison» zu überwinden.[50]

In den heftigen Gefühlsausbrüchen und Kundgebungen der öffentlichen Meinung, hervorgerufen durch die Ereignisse des Burenkrieges, gingen diese mahnenden Stimmen unter, und mit Bitterkeit stellte Geheimrat Dr. Hamann in einem Gespräch mit Eckardstein fest, ein großer Teil der deutschen Presse und der Reichstagsabgeordneten tue nichts weiteres, als den deutschen Feinden, Frankreich und Rußland, ihre Geschäfte zu besorgen. — Die deutsche Regierung wollte den Engländern keinen Schritt entgegentun.

Noch Ende 1901 faßte Lord Lansdowne, der Staatssekretär des Auswärtigen, den Entschluß, Deutschland einen weitern Vorschlag zu unterbreiten, der die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens im Mittelmeer und im Adriatischen Meer, ferner im Ägäischen und Schwarzen Meer und schließlich am Persischen Golf zum Gegenstande gehabt hätte. Wenn auch dieser Vorschlag kein eigentliches Bündnis vorsah, sondern eher Abmachungen in der Art der spätern Entente, so hätte doch seine Verwirklichung den Grund legen können zu einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit, eine gemeinsame Interessenbasis schaffen können, die für die Zukunft gemeinsames Handeln ermöglicht haben würde.

Metternich aber mußte bei der uns bekannten Haltung der deutschen Regierung am 19. Dezember dem englischen Außenminister erklären, ein solcher Vorschlag werde von der deutschen Regierung

---

[48] *Eckardstein* II, S. 100.
[49] *Eckardstein* II, S. 272.
[50] G. P. XVII, No. 5018.

nicht in Betracht gezogen werden, denn sie fordere alles oder nichts. Damit fanden die Verhandlungen ihren endgültigen Abschluß. Ein Ergebnis war nicht erreicht worden. Wieder einmal mehr hatte die deutsche Regierung unter dem Einfluß des Prestigegedankens *günstige Aussichten verschmäht*, die sich nicht wieder zeigen sollten, das erreichbar Bessere um des unerreichbaren Besten willen verscherzt. Die Zukunft sollte die beiden Mächte nie mehr so nahe zueinander bringen, die Engländer nie mehr so bereitwillig zeigen, denn ein Problem tauchte nun auf, das kaum lösbar schien und die beiden Mächte einander immer stärker entfremdete: die *Flottenfrage*. Sie nötigte die Engländer, sich in zunehmendem Maße den Russen und Franzosen zu nähern, die Differenzen mit ihnen zu bereinigen und schließlich mit ihnen zusammenzugehen.

Der Marokkokonflikt von 1905 führte den Deutschen die veränderte Lage zum erstenmal recht deutlich vor Augen. Mit Erbitterung sahen sie, wie sich die Engländer entschieden hinter den neuen Freund stellten, so entschieden, daß in England der Eindruck aufkam, man sei in der deutschfeindlichen Haltung doch zu weit gegangen. Damals, am 4. Dezember 1905, richtete Metternich, jetzt Botschafter in London, getreu seiner Haltung, das Ersuchen ans Auswärtige Amt, den Kaiser davon zu überzeugen, daß der psychologische Augenblick gekommen sei für eine Wiederannäherung zwischen England und Deutschland. Der Wunsch zu einer Aussöhnung sei in englischen Kreisen sehr stark und sei in einer allgemeinen Bewegung öffentlich zum Ausdruck gekommen. Deutschland vergebe sich nichts, wenn es die dargebotene Hand ergreife, und es könnte ihm nur von Nutzen sein, wenn die gefährliche Spannung zwischen den beiden Mächten beseitigt würde. Sogar der englische König, wohl im Gefühl, daß er im vergangenen Sommer zu weit gegangen sei, wünsche einen Ausgleich der Gegensätze.[51]

Diese sachlichen Argumente Metternichs vermochten nicht durchzuschlagen. Der Kaiser lehnte es ab, auf neue Verhandlungen einzugehen. Ein Entgegenkommen hielt er für verfrüht, weil Deutschland zurzeit zu tief verletzt sei. England solle durch Taten erst seine veränderte Haltung zeigen.[52] Wilhelm II. war so aufgebracht, daß er am 29. Dezember 1905 gegenüber dem Börsenfreund und Spekulanten Eduards VII., Herrn Beit, erklärte, er möge sofort dahin wirken, daß die Pressehetze in Paris eingestellt werde, denn wenn die Presse fort-

---

[51] G. P. XX, 2, No. 6883.

[52] G. P. XX, 2, No. 6883 Rbm.

fahre, gegen Deutschland zu hetzen, sei die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß die Franzosen schließlich bei fortgesetztem Aufputschen seitens der Engländer und im Vertrauen auf englische Hilfe Deutschland gegenüber dergestalt «ungezogen, renitent und provokant» auftreten würden, daß die nationale Ehre ins Spiel kommen werde und dieser zuliebe die Waffen angerufen werden müßten. Der Kaiser stand ohne Zweifel unter dem Eindruck der im Marokkokonflikt durch das englisch-französische Zusammengehen erlittenen Niederlage, deshalb versteifte er sich so entschieden auf den Prestigestandpunkt.

Metternich zog andere Folgerungen daraus. Er wies darauf hin, daß ein freundschaftliches Verhältnis zu England solange unmöglich sein werde, als zwischen Deutschland und England-Frankreich die Spannung Marokkos wegen andauere, denn England müsse Frankreich vertragsmäßig unterstützen. Er hielt deshalb eine Beendigung des marokkanischen Abenteuers für notwendig.[53] Der Reichskanzler pflichtete seinen Ausführungen bei und mahnte zu ruhigem und umsichtigem Handeln, damit die in Marokko fortbestehenden Unstimmigkeiten weder das deutsche Prestige schädigten, noch den Gegensatz zu Frankreich und namentlich zu England mehr und mehr verschärften. Er stand freilich immer noch im Banne des Prestigegedankens. Dies verhinderte eine wirkliche Umstellung der Reichspolitik in der marokkanischen Frage und gab England 1911 ein zweitesmal Gelegenheit, sich an die Seite Frankreichs zu stellen, sehr zum Schaden der deutschen Politik. Auch 1911 nötigte die deutsche Haltung in der Marokkofrage England, eine antideutsche Politik zu treiben, und auch damals wurde das englisch-französische Zusammengehen als demütigend empfunden.

Inzwischen liefen die Verhandlungen wegen der Flottenfrage weiter, ohne daß ein Ergebnis erreicht worden wäre, denn die maßgebenden deutschen Persönlichkeiten versteiften sich auf ihren Prestigestandpunkt und vereitelten eine Verständigung mit den Engländern. Umsonst warnte Metternich und befürwortete im Interesse der deutschen Politik, die überall in der Welt auf das englische Wohlwollen angewiesen sei, ein Nachgeben in der Flottenfrage. Man hörte nicht auf ihn. Noch am 9. Dezember 1911 berichtete er in einem Privatbrief an Reichskanzler Bethmann Hollweg von der Möglichkeit, ein großes Kolonialreich in Afrika zu erwerben.[54] England

[53] G. P. XXI, 2, No. 7219.
[54] G. P. XXXI, No. 11339.

sei die Macht, die dem Deutschen Reich zur Ausführung dieses Planes verhelfen könne, aber auch diejenige, die sie ihm verunmöglichen könne. Die Umstände lägen günstig. Die Flottenfrage stehe allerdings zwischen den Mächten. Deutschland solle versuchen, trotz ihr zu einem «modus vivendi» mit den Engländern zu gelangen, der die Gegensätze mildern und die Flottenfrage nicht notwendigerweise zu einer Kriegsfrage werden lassen würde. Eine Vereinbarung mit England über ein wichtiges Problem der Zukunft im Rahmen des praktisch Erreichbaren würde eine Änderung der deutschen Politik bedeuten, ohne daß England sich plötzlich auf Deutschlands Seite stellen werde, was allmählich auch dem Blindesten klar sein müsse. Die Deutschland günstige Gelegenheit sei hervorgegangen aus der Erkenntnis der drohenden Gefahr, in die Deutschland und England infolge ihrer feindseligen Politik geraten seien, und sie beruhe auf dem Wunsche, Deutschland durch einen Platz an der Sonne zu versöhnen. Man hoffe in England auch, durch die Gestaltung eines besseren Verhältnisses zu Deutschland das deutsche Verlangen nach einer Flottenvermehrung wieder einschlummern zu machen. Deutschland könne, wenn es jetzt die Gelegenheit ausnütze, umsonst, ohne Waffengang und auf dem Wege einer friedlichen Verständigung möglicherweise erreichen, was vielleicht selbst eine verstärkte Flotte nicht erkämpfen könnte. Falls aber Deutschland in die bevorstehenden Wahlen mit dem Ruf nach einer Flottennovelle ziehe, oder diese vor- und nachher einbringe, dann hätten Erörterungen mit England über ein etwaiges Kolonialabkommen nur einen akademischen Wert.

Die Lage war ähnlich wie nach dem ersten Marokkokonflikt, und wie damals so befürwortete Metternich auch jetzt ein Nachgeben in der Flottenfrage, weil es den deutschen Interessen entspreche, und er betonte die Notwendigkeit, *sich mit dem Erreichbaren zu begnügen* und nicht Unmögliches zu fordern. Seine Argumente waren sachlich und frei von jeglichen Empfindlichkeiten.

Auch der Reichskanzler Bethmann Hollweg war für einen Versuch, mit den Engländern zusammenzugehen, obgleich er daran zweifelte, daß der Kaiser und ein großer Teil der öffentlichen Meinung koloniale Erwerbungen auf Grund eines Einvernehmens als hinreichend betrachten würden, um einen Aufschub der Flottennovelle zu begründen.[55]

Metternich suchte in der Folge den englichen Außenminister Grey auf, um mit ihm die deutsch-englischen Beziehungen zu besprechen,

---

[55] G. P. XXI, No. 11338.

wobei auch über die Bagdadbahn und einzelne Kolonialfragen diskutiert wurde, ohne daß allerdings etwas Fruchtbares herausgeschaut hätte, da keiner von beiden mit positiven Vorschlägen herausrückte.

Dies veranlaßte den Kaiser, seinem Unmut über die Engländer von neuem Ausdruck zu geben. Das sei nicht die Art, in der der deutsche Kaiser und sein Volk erwarten könnten und eventuell müßten, von England «approchirt» zu werden, um zu einem anderen politischen Verkehr und Benehmen zu kommen. «Es diktirt, und wir sollen acceptiren! Davon ist keine Rede! we must be approached and taken at *our own worth*, oder es bleibt beim Alten! — Jedenfalls müssen energisch Schiffe gebaut werden! von London muß die Melodie gewaltig anders klingen, ehe ich mich auf irgend etwas einlasse.»[56]

Wir wissen bereits, *wie* man sich in Berlin zu der neuen Lage stellte, und wie alle Versuche der sachlich urteilenden Persönlichkeiten, die deutsche Politik umzustellen, an der Macht des Prestigegedankens scheiterten. Wie eine Tragik lag es in jenen Jahren über den deutsch-englischen Beziehungen. Man mißtraute sich gegenseitig und wagte es nicht, einander einen Schritt entgegenzutun. — Wie sehr auch auf englischer Seite der Prestigegedanke seine Rolle spielte, müßte erst noch untersucht werden. Sicher ist, daß auch die Haltung der Engländer nicht rein sachlich war.

Anfangs 1912 drang ein neuer Mahnruf über den Kanal nach Berlin. Der deutsche Geschäftsträger von Kühlmann trieb zur Ausnutzung der augenblicklich in London herrschenden Stimmung, um unter Beibehaltung des Flottenbauprogramms Großbritanniens Zustimmung zu einem «Arrangement» zu sichern, welches Deutschland eine Zukunft als koloniale Großmacht verbürgen und zugleich eine Entspannung zwischen den Mächten herbeiführen würde. Die politischen Beziehungen zwischen England und dem Reich seien nach der Lösung der Marokkokrise wieder an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt. Von den in der allernächsten Zeit in Deutschland getroffenen Entschlüssen werde nicht nur das Verhältnis zu England, sondern die gesamte nationale Zukunft in der schwerwiegendsten und vielleicht unwiderruflichsten Weise beeinflußt werden. Beschleunige die deutsche Regierung den Ausbau, oder bringe sie eine Novelle ein, so zerstöre sie dadurch die Möglichkeit einer kolonialen aber auch einer allgemeinen politischen Verständigung mit England und erhöhe zugleich die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Zusam-

---

[56] G. P. XXXI, No. 11344 Smb.

menstoßes mit der Tripelentente. England werde noch mehr gewillt sein, diese fester zu schmieden und unter Umständen sogar einen Einfluß auf Italien ausüben, so daß es aus dem Dreibund austrete. Durch das Einbringen der Flottennovelle würde übrigens kaum eine wesentliche Verschiebung des bestehenden Mächteverhältnisses eintreten. Unter diesen Umständen könne es doch für Deutschland nur von Vorteil sein, alles zu vermeiden, was den Zusammenstoß mit England herbeiführen könnte, bevor seine eigenen, insbesondere die «finanziellen Ressourcen» ihrem Höhepunkt nähergekommen seien. In letzter Linie werde der Kampf zwischen England und Frankreich *durch die größere Finanzkraft entschieden werden.* «Es wäre ein schwerer Fehler für die deutsche Politik, statt einzuheimsen und festzulegen, was uns die jetzige Stimmung in England erreichbar vor die Hand stellt: die Gründung eines mächtigen deutschen Kolonialreiches und die Anbahnung besserer Beziehungen zu England, um einer an sich geringfügigen Vermehrung unserer maritimen Machtmittel willen vielleicht für immer zu verscherzen.»[57]

Es waren im großen und ganzen die Ansichten Metternichs, die in dem sachlichen und weitblickenden Berichte von Kühlmanns zum Ausdruck kamen. Vom Kaiser wurden sie als Ansichten des «Schülers Metternichs» abgewiesen. Er war nicht mehr imstande, unvoreingenommen über die Lage zu urteilen. England habe in der Marokkoaffäre durch Wort und Tat das deutsche Volk sehr beleidigt und tief erregt, erklärte er. Diese Erregung werde sich in eine Wehrvorlage für Heer und Marine umsetzen. Das Spiel Englands sei klar. Deutschland solle mit Vorspiegelungen eines Kolonialreiches in Afrika, mit Erwerbungen auf Kosten anderer in Verwicklungen hineingezogen und abgezogen werden von der Weltpolitik, d. h., man wolle die große asiatische Frage ohne Deutschland zwischen der Tripelentente, Japan und Amerika lösen. Auf diese Lösung der asiatischen Frage mit Deutschland sei aber die ganze Politik auch der Marine aufgebaut und Deutschlands militärische Konzentration in Europa. Der Reichskanzler habe im Herbst mit seiner ausdrücklichen Billigung den Grundsatz aufgestellt, vor jedem Einzelabkommen erst ein «political working agreement», d. h. Anerkennung des politischen Wertes und der politischen Gleichberechtigung Deutschlands und Festlegung der allgemeinen und parallelen Bahnen in der Welt. England aber wolle statt dessen das Reich mit kolonialen Brocken abspeisen, um es in der Welt loszuwerden. Das Angebot sei müßig.

[57] G. P. XXXI, No. 11345.

Die Wehrvorlage bleibe bestehen ohne Rücksicht auf solche Träumereien.[58]

Wir kennen das weitere Schicksal der deutsch-englischen Verhandlungen, wissen, daß sie schließlich endgültig *an der Prestigeeinstellung des Kaisers und des Admirals scheiterten,* die beide im Grunde nie wirklich bereit waren, den Engländern in der Flottenfrage entgegenzugehen. Ihrer Haltung lag das Gefühl zugrunde, als werde das Reich von dem mächtigen England nicht als gleichwertig betrachtet und behandelt. Darum das Verlangen, durch den Bau einer starken Flotte den Engländern mindestens *ebenbürtig* zu werden. Mit dem Flottenbau aber stieß man die Engländer vor den Kopf, machte sie mißtrauisch und trieb sie zu einer deutschfeindlichen Politik. *Sie* betrachteten fortan ein Nachgeben der Deutschen in der Flottenfrage als Voraussetzung zu einer allgemeinen Verständigung, die Deutschen umgekehrt eine solche als Voraussetzung zu einem Flottenübereinkommen — ein Sichfinden war im Grund der Dinge bereits unmöglich geworden, umsomehr als England nicht mehr allein stand, sondern mächtige Freunde gefunden hatte. Alle Versuche der Reichskanzler und des Botschafters in London, die deutsche Politik auf einen andern Weg zu führen, scheiterten am Widerstand des Kaisers und seines Admirals. Das deutsch-englische Verhältnis änderte sich bis zum Ausbruch des Weltkrieges nicht mehr wesentlich. Es verlor zunehmend seine Entwicklungsfähigkeit, England wurde immer stärker auf die deutschfeindliche Seite getrieben, und als 1914 der Krieg ausbrach, war seine Haltung im Grunde bereits festgelegt. Damit wurde aber das Kräfteverhältnis zuungunsten Deutschlands verschoben, die militärische Lage des Reiches bedeutend verschlechtert und, was einzelne befürchtet hatten, Italien aus dem Dreibund herausgerissen. Bald nahm dieses ebenfalls gegen das Reich Stellung.

So wirkte sich auch in der Englandpolitik des Reiches der Prestigegedanke *verhängnisvoll* aus, verhängnisvoller als irgendwo anders.

---

[58] G. P. XXXI, No. 11346.

23. Kapitel

Das Verhältnis zu den Dreibundmächten

Durch sein Bündnissystem war es Bismarck gelungen, das Deutsche Reich nach allen Seiten hin zu sichern. Dies gab ihm ein Gefühl der Sicherheit und Stärke und ermöglichte es ihm, in allen auftauchenden Fragen ruhig zu bleiben und sachlich zu entscheiden. Nach seinem Rücktritt gingen aber wesentliche Sicherungen verloren. Neue Bindungen, *gegen* das Reich gerichtet, wurden Tatsache. Begreiflich, daß man deutscherseits das Gefühl der Sicherheit und Stärke zusehends verlor und das Bedürfnis empfand, die verbliebenen Sicherungen zu erhalten. *Die Existenz der noch bestehenden Bündnisse wurde zu einer ausgesprochenen Prestigefrage.*

Von hier aus müssen wir die deutsche Dreibundpolitik nach dem Rücktritt Bismarcks betrachten. Es ging den neuen Männern nicht mehr in erster Linie um den wirklichen Machtfaktor in der Bündnispolitik, sondern um das Prestige. Das Bündnis zu Italien z. B. wurde nicht deshalb hartnäckig aufrechterhalten, weil man ihm praktisch noch einen großen Wert beigemessen hätte, sondern weil man die Prestigeeinbuße vermeiden wollte, die mit einem sichtbaren Abgehen des Bundesgenossen vom Dreibund verbunden gewesen wäre.

Die *Neueinstellung der deutschen Regierung zum Bündnisproblem* wirkte sich bald einmal aus. 1898 wurde sie bei einem Zwischenfall offenbar: In der österreichischen Regierung und im Parlament hatte der langjährige Nationalitätenkampf allmählich eine Verschiebung zuungunsten der Deutschösterreicher herbeigeführt. Da das stets in schärfster Auseinandersetzung mit dem Deutschtum sich befindliche Tschechentum dem österreichisch-deutschen Bundesverhältnis (Zweibund) nichts weniger als freundlich gegenüberstand, so ergab sich die Gefahr einer Beeinträchtigung der gegenseitigen Beziehungen. Weil damals gerade die preußische Regierung die Ausweisung österreichischer Untertanen slawischer und polnischer Herkunft schärfer handhabte als zuvor, drohte der österreichische Ministerpräsident Graf Thurn, der tschechischer Gesinnung war, anläßlich einer Interpellation im österreichischen Abgeordnetenhaus am 29. November 1898 mit Gegenmaßregeln.

Dieser Vorfall gab Anlaß zu einem regen diplomatischen Briefwechsel zwischen Berlin und Wien. In Deutschland empfand man allgemein, daß eine derartige Sprache doch wohl kaum einem befreundeten, geschweige denn einem verbündeten Reiche gegenüber

zulässig sei.[59] Der Staatssekretär des Auswärtigen, Bülow, holte sich vom Kaiser die Erlaubnis zu einem Warnungsschreiben an die Wiener Adresse. Darin betonte er, daß die Drohung des österreichischen Ministerpräsidenten die deutsche Regierung in die Unmöglichkeit versetze, gegenüber österreichischen Ausweisereklamationen noch entgegenzukommen, da dies als Schwäche gedeutet werden könnte. Bei einem solchen Geiste erscheine der Wert des deutsch-österreichischen Bündnisses zweifelhaft und werde die deutsche Regierung und öffentliche Meinung zu einer entsprechenden Erklärung genötigt.[60]

Bülow schlug dem Kaiser eine unmittelbare Darlegung des deutschen Standpunktes gegenüber dem österreichischen Kaiser vor. Er wies auf die Folgen der Äußerungen des Grafen Thurn hin, welche notwendigerweise in der Presse aller Länder Erörterungen über den Bestand und die Festigkeit des Bundesverhältnisses zwischen den beiden Reichen hervorrufen müßten.[61] Darauf fußte der Kaiser in seiner Darlegung, indem er seinem Bedauern Ausdruck gab über den Vorfall, der zur unverhohlenen Freude aller Gegner des Dreibunds im In- und Ausland als Anzeichen einer Erschütterung des deutsch-österreichischen Bundesverhältnisses aufgefaßt werde. Der durch diese Bedrohungen hervorgerufene Eindruck sei umso trauriger, als gar kein Anlaß zu einem solchen Vorgehen vorgelegen habe, gleichwohl aber seither keine «Remedur» eingetreten sei. Äußerungen dieser Art seien geeignet, die Völker Deutschlands und Österreichs irrezuführen und den Mut der Dreibundfeinde zu erhöhen.[62]

In seiner persönlichen Antwort versicherte der österreichische Kaiser erneut die Treue und stellte das Ganze als eine durch die übelwollende Presse weit über Gebühr vergrößerte Mißdeutung dar. Umsomehr empfand man es in österreichischen Kreisen, als man deutscherseits trotzdem auf einer *öffentlichen Zurückziehung* der Drohung beharrte. Man hatte das Gefühl, der Vorfall sei von den Deutschen unnötigerweise aufgebauscht worden. Diesen Eindruck erhalten auch wir beim Durchlesen der Akten und fragen uns unwillkürlich, warum man deutscherseits so empfindlich war. Die Erklärung liegt wohl darin, daß damals Berichte nach Berlin kamen über russische Intrigen, die bezweckten, Österreich vom Dreibund

---

[59] G. P. XIII, No. 3477.
[60] G. P. XIII, No. 3479.
[61] G. P. XIII, No. 3481.
[62] G. P. XIII, No. 3482.

abzuziehen. Deshalb war man so sehr bestrebt, alles zu vermeiden, was den Eindruck hervorrufen konnte, als verschlechtere sich das deutsch-österreichische Bundesverhältnis. Man wollte die Prestigeeinbuße verhüten, die damit verbunden gewesen wäre. Wie das «Fremdenblatt» am 13. Dezember schrieb, warteten die Gegner schon lange darauf, den unerschütterlichen Bau des Dreibunds wieder einmal als schlecht gegründet hinzustellen.

Durch Artikel in der österreichischen Presse, die von oben her inspiriert waren und Klärung und Beruhigung schaffen sollten, erfolgte dann die förmliche Erledigung der Angelegenheit. Ein starkes Mißtrauen gegen die zisleithanische Politik blieb freilich in den deutschen Kreisen zurück.

Die große Empfindlichkeit der Deutschen in Bezug auf den Bestand des Dreibunds zeigte sich anläßlich seiner Erneuerung im Jahre 1902 wieder. Damals machte Bülow, der sich auf einer Italienreise befand, dem Grafen Lanza den deutschen Standpunkt klar und wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß *im Hinblick auf die gesamte europäische Lage* die Erneuerung noch im Laufe des Monats erfolgen sollte.[63] Wenige Tage später berichtete der Staatssekretär des Äußern, Freiherr von Richthofen, im ähnlichen Sinne an den Botschafter in Rom, den Grafen von Wedel, er hoffe, daß es ihm, Wedel, gelingen werde, Italien zum unverzögerten Bündnisabschluß zu bewegen, denn ein solcher liege sehr im Interesse der Autorität des Dreibunds und damit der Vollkraft des Bundes für die Aufrechterhaltung des Friedens und den Schutz der monarchischen Einrichtungen.[64]

Man dachte also im Grunde an das Prestige des Dreibunds und des Reiches. Dies sollte noch deutlicher werden. Die Italiener zögerten nämlich die Erneuerung hinaus. Dies war den Deutschen höchst peinlich. Bülow ließ den Grafen Lanza wissen, eine solche Verschleppung sei nur dann annehmbar, wenn die italienische Regierung sich in bindender Form verpflichte, in der Kammer über ihren festen Entschluß, den Dreibund unverändert zu erneuern, keinen Zweifel walten zu lassen. Nach der Art und Weise, wie die Erneuerung verschleppt worden sei und im Hinblick auf die Treibereien der französischen Presse und die Intrigen der französischen Diplomatie würde eine unklare oder ausweichende Erklärung bezüglich des Dreibunds dessen Erneuerung für Deutschland unmög-

---

[63] G. P. XVIII, 2, No. 5746.
[64] G. P. XVIII, 2, No. 5752.

lich machen. Der Kaiser wünsche, daß über die neuerdings mit Italien entstandenen Schwierigkeiten von allen beteiligten Seiten so wenig als möglich nach außen verlaute.

Die deutsche Regierung wollte nach außen hin den Eindruck vermeiden, als seien bei der Erneuerung des Dreibundes irgendwelche Schwierigkeiten aufgetaucht. Dies war auch der Grund, weshalb Kaiser und Reichskanzler wünschten, daß die damals bevorstehende Reise des österreichischen und des deutschen Botschafters nach Rom kein besonderes Aufsehen machten und namentlich nicht als Anzeichen für neu eingetretene Schwierigkeiten aufgefaßt würden.[65]

Dieselbe Empfindlichkeit kam erneut zum Ausbruch bei Anlaß des Besuches des italienischen Königspaares in Paris im Oktober 1903. Bülow gab dem Botschafter in Rom die Weisung, den italienischen Ministerpräsidenten darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn dieser Besuch von den Franzosen benützt würde, um den Dreibund als erschüttert darzustellen, dies nicht nur eine empfindliche Schwächung der Stellung des Dreibunds zur Folge haben, sondern insbesondere auch die Beziehungen Deutschlands zu Italien ungünstig beeinflussen würde.[66] Man wachte in Deutschland eifersüchtig darüber, daß Italien nicht vom Dreibund absprang. Deshalb sah man begreiflicherweise jedes neue Aufflackern der irredentistischen Bewegung, der der junge König von Italien wohlwollend gegenüberstand, als eine Gefährdung des Dreibundes höchst ungern.

Gerade damals waren auf handelspolitischem Gebiete zwischen Österreich und Italien Unstimmigkeiten aufgetreten und verschlechterten die ohnehin unfreundlichen Beziehungen. Reichskanzler Bülow wies deshalb den Botschafter in Wien an, bei der Wiener Regierung im Hinblick auf das auf dem Spiele stehende hohe politische Interesse nachdrücklich für eine baldige Verständigung mit der italienischen Regierung einzutreten.[67]

Aus demselben Grunde bemühte man sich immer und immer wieder, die beiden deutschen Bundesgenossen in den auftauchenden Balkanfragen auseinanderzuhalten und zu verhindern, daß sie zusammenstießen. Trotz diesen Bemühungen wurde Italien dem Dreibund immer mehr entfremdet, besonders als England sich Frankreich zu nähern begann. In Berlin befürchtete man umso stärker ein Ab-

---

[65] G. P. XVIII, 2, No. 5756 Sbm.
[66] G. P. XVIII, 2, No. 5781.
[67] G. P. XVIII, 2, No. 5787.

springen Italiens vom Dreibund. Am 4. Februar 1904 berichtete der Botschafter aus Rom, für den Besuch, den der Präsident der französischen Republik in Erwiderung des Pariserbesuches Victor Emanuels vom Oktober des vergangenen Jahres im April beabsichtige, sei am italienischen Hof ein großes Programm mit einer Revue beider Flotten in Aussicht genommen, während für den am 26. und 27. März vorangehenden Besuch des deutschen Kaisers in Neapel ein wesentlich bescheideneres Programm abgewickelt werden sollte.

Auf diese Nachricht hin ließ Bülow die italienische Regierung wissen, daß, wenn dieser Besuch so aufgebauscht und das Verhältnis zu Deutschland während dieser Zeit von Italien verleugnet werde, dies den «glas funèbre» des italienisch-deutschen Bündnisses bedeuten würde. Es gebe Dinge, welche sich weder die deutsche Regierung noch das Volk zumuten ließen. Deutschland könne nicht «loyal» und ohne Einschränkung alle Gefahren und Lasten des Bündnisses mit Italien auf sich nehmen, wenn dieses das Bündnis durch sein Verhalten gegenüber Frankreich «illusorisch» mache. Die Festlichkeiten für den Präsidenten der französischen Republik dürften nicht großartiger gestaltet werden als diejenigen für Seine Majestät, und des Bündnisses mit Deutschland solle in einem königlichen Toast Erwähnung geschehen, ansonst die Fortdauer des Bündnisses unmöglich sein werde.

Mit der Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten, daß der italienische Außenminister bei seinem bevorstehenden Besuche in Berlin dort einen sehr warmen Toast auf Wilhelm II. anbringen werde, und daß das italienische Schiffsaufgebot für die Abfahrt Loubets beschränkt werde, wollte man sich in Berlin nicht begnügen. «Das Prestige der Regierung Seiner Majestät des Kaisers und das Ansehen des Dreibundes vor Europa erheische gänzlichen Fortfall des auf Neapel bezüglichen Teils des französischen Besuchsprogramms», erwiderte Graf Monts auf das italienische Angebot.[68] Er selbst gab zwar in einem Bericht ans Auswärtige Amt der Befürchtung Ausdruck, daß Frankreich den Besuch unter den veränderten Umständen ablehnen könnte, Rußland ebenfalls vorgesehene Besuche nicht erwidern würde, was einen schweren Schlag für die italienische Dynastie und das Königtum bedeuten würde. Er machte also vom realpolitischen Gesichtspunkt aus gewisse Bedenken gegen die deutsche Politik geltend. Dies trug ihm den Vorwurf Holsteins ein, er, Graf

---

[68] G. P. XX, 1, No. 6390.

Monts, scheine weich zu werden. An die deutsche Regierung und deren Stellung vor der öffentlichen Meinung denke er nicht.[69]

Graf Monts erklärte schließlich Tittoni im Sinne der Regierungspolitik, er müsse zwischen dem Neapeler Flottenfest und dem Dreibund wählen. Ähnlich äußerte er sich auch in Gegenwart des italienischen Außenministers.[70] Als dann in den verschiedenen Trinksprüchen anläßlich des französischen Besuches trotzdem keinerlei Erwähnung des Dreibundes geschah, drohte man Italien mit einer Schwenkung zur russisch-österreichischen Balkanpolitik hin, wenn Tittoni im Parlament nicht eine zufriedenstellende Erklärung über Italiens Stellung im Dreibund abgebe.[71] Von einer Einladung des Grafen von Turin und des Kommandierenden Generals von Neapel zu den deutschen Herbstmanövern wurde abgesehen, damit man in Italien nicht den Eindruck erwecke, Deutschland laufe Italien nach. Ebenso wurde auf eine größere Feier anläßlich der Übergabe eines Goethedenkmals in Rom verzichtet.

Wenn dann auch die verlangten Erklärungen Tittonis im Parlament vorsichtig abgewogen und zu nichts verpflichtend waren, so erlaubten sie doch, wie Graf Monts mit Genugtuung berichtete, «mit Anstand vor der Welt im Rahmen des Dreibunds zu verbleiben.» Er möchte in Zukunft lieber jedes Eingehen auf dieses heikle Thema Tittoni gegenüber vermeiden. Die Auflösung des Dreibunds würde auf französischer Seite als großer Triumph über Deutschland ausposaunt worden sein.[72]

Diesen Äußerungen stimmte Bülow bei und fügte hinzu, man würde — und nicht nur in Frankreich — sagen, daß die deutsche Politik nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck erst das Bündnis mit Rußland, dann die guten Beziehungen zu England und schließlich den Dreibund preisgegeben habe. Dies möglichst lange zu verhindern, solle man daher die Dreibundrolle ruhig fort- beziehungsweise ablaufen lassen.

Hier wurde es deutlich, wie sehr man deutscherseits die italienische Mitwirkung im Dreibund nur noch vom Standpunkt des Prestigegedankens aus beurteilte. «Für Friedenszeiten und für alle internationalen Kombinationen», schrieb Bülow am 5. März 1905 dem Kaiser, «liegt es in unserem Interesse, die Fassade des Dreibundes

---

[69] G. P. XX, 1, No. 6390 Rbm.
[70] G. P. XX, 1, No. 6392/6394.
[71] G. P. XX, 1, No. 6414.
[72] G. P. XX, 1, No. 6419.

möglichst intakt zu erhalten.»[73] Man rechnete bloß mehr mit *Scheinwerten* und war sich der Tatsache wohl bewußt, daß Italien nur noch der Form nach im Dreibund stand. Auch das ein Grund, weshalb man das Bedürfnis hatte, das Bündnis mit Österreich-Ungarn enger zu gestalten und dem einzigen noch zuverlässigen Freunde gegenüber den wahren Sachverhalt zu verbergen, damit das Reich in dessen Augen nicht an Prestige verlor. In einer Aufzeichnung vom 31. Mai 1906, die für den nach Wien reisenden Monarchen bestimmt war, hieß es bezeichnenderweise: Österreich-Ungarn sei der einzig wirkliche Bundesgenosse. Deshalb seien die Beziehungen zu ihm sehr wichtig. Es sei notwendig, daß Deutschland seine relative *politische Isoliertheit* Österreich so wenig wie möglich merken lasse. Man dürfe daher in Wien weder ein zu starkes Bedürfnis nach Anlehnung durchblicken lassen, noch tun, als ob man sich irgendwie isoliert fühle. Die Österreicher müßten den Eindruck gewinnen, daß Deutschland in jeder Lage volles Vertrauen zu sich selbst habe. Es müsse seine Beziehungen zu Rußland, Italien und England als besser hinstellen als sie in Wirklichkeit seien und selbst mit begründetem Verdruß wegen Italiens Politik zurückhalten.[74]

Aus Sorge, daß der Dreibund nicht mehr erneuert werde, vermied man es 1907, die Initiative zu Vertragsveränderungen zu ergreifen, obgleich man festgestellt hatte, daß die Bestimmungen des Vertrages die verbündeten Mächte ungleich belasteten. Daß man dies überhaupt jetzt feststellte, zeugte ebenfalls von der Wandlung der Einstellung zu den politischen Problemen. Bismarck hatte diese Ungleichheit gern in Kauf genommen, weil er in dem Bestehen des Dreibundes einen wirklichen Vorteil für die deutsche und besonders die österreichische Politik sah. Jetzt nahm man sie auch in Kauf, aber aus einem andern Grunde. Der Vortragende Rat Klehmet stellte in einer Aufzeichnung vom 9. Juli 1906 fest, daß die Aufhebung des Dreibunds in der öffentlichen Meinung Beunruhigung hervorrufen und vorwiegend als ein Erfolg der Gegner über Deutschland aufgefaßt werden würde.[75] — Daran dachte man in Berlin, nur daran! 1907 wurde der Dreibundvertrag stillschweigend erneuert.

1908 gefährdete das Vorgehen Österreich-Ungarns im Balkan den Dreibund von neuem. Wir haben über die Bosnische Krise an anderer Stelle gesprochen, stellen hier aber noch einmal fest, daß die deutsche

---

[73] G. P. XX, 1, No. 6428.
[74] G. P. XXI, 2, No. 7154.
[75] G. P. XXI, 2, No. 7159.

Regierung, ihrer bisherigen Haltung gemäß, alles tat, um einen Konflikt zwischen ihren beiden Verbündeten zu vereiteln. Kaum war aber diese Gefahr vorüber, als durch das Vorgehen der Russen und den Besuch des Zaren in Racconigi die deutschen Befürchtungen für den Bestand des Dreibundes erneut geweckt wurden. Graf Monts berichtete aus Rom, am politischen Himmel sei eine russisch-italienische Entente aufgetaucht. Eine erhebliche Minderung des deutschen Ansehens sei in Italien festgestellt worden, die sich namentlich seit Algeciras in Presse, Gesellschaft und öffentlicher Meinung zeige.[76] Aus Paris meldete Botschafter von Radolin, in der durch die Entrevue von Racconigi bekundeten italienisch-russischen Annäherung werde eine Schwächung des Dreibundes gesehen.[77] Und aus Petersburg schließlich kam die Nachricht, daß selbst im italienischen Sozialistenblatt «Avanti» die Entrevue im Sinne einer vorbereitenden Loslösung Italiens vom Dreibund angeschaut werde.[78]

Diesen Versuchen gegenüber, den Dreibund als gefährdet, ja erschüttert hinzustellen, beharrte die deutsche Regierung bei ihrem Bestreben, ihn nach außen hin solange wie möglich als unerschüttert erscheinen zu lassen. Jagow meldete am 25. Oktober 1909 aus Rom, der Dreibund lange noch etliche Jahre. Abgesehen von dem Nutzen, den er bisher dem europäischen Staatensystem und dem Weltfrieden gebracht habe, sei es auch für das Prestige der deutschen Politik erforderlich, daß die alte Grundlage des Bundes keinen vorzeitigen Riß bekomme. Die Entscheidung hierüber liege nicht zum mindesten in der Gestaltung des österreichisch-ungarischen Verhältnisses und darin, ob es Wien verstehe, Italien mit seinen Balkanbeklemmungen und trotz etwaigen russischen Lockungen bei der Stange zu halten.[79]

Von diesem Standpunkt aus wurde die deutsche Politik weiterhin bestimmt. Man befürwortete daher ein italienisches Ansinnen auf Abschluß eines österreichisch-italienischen Balkanabkommens gegenüber dem Freiherrn von Aehrenthal und erreichte, daß dieser seinen anfänglichen Widerstand dagegen aufgab. Versuche von russischer und französischer Seite, Mißtrauen zwischen Deutschland und seine Verbündeten zu säen, blieben nicht aus. Das Verhältnis zum Zarenreich wurde schlechter und schlechter. Bezeichnend noch einmal für die deutsche Haltung, daß der Reichskanzler dem Kaiser vor einer Reise

---

[76] G. P. XXVII, 1, No. 9877.
[77] G. P. XXVII, 1, No. 9878.
[78] G. P. XXVII, 1, No. 9879.
[79] G. P. XXVII, 1, No. 9880.

nach Österreich im September 1910 nahelegte, Österreich nicht in die Schwierigkeiten einzuweihen, mit denen das Reich zu kämpfen habe. Die Furcht vor Rußland und der Gedanke, daß Deutschland sich auf Österreichs Kosten mit jenem verständigen könnte, habe die Donaumonarchie in Deutschlands Arme getrieben und auf seiner Seite gehalten. Die Gesinnung des Kaisers Franz Joseph bürge zwar dafür, daß Österreich unter allen Umständen zu Deutschland halten werde; wenn aber die österreichischen Staatsmänner sähen, daß Deutschland noch mehr Schwierigkeiten mit Rußland habe als Österreich selbst, würde in ihnen die alte Neigung erwachen, die Leitung im Dreibund, die Deutschland gebühre, an sich zu reißen.[80]

Damals übte der Botschafter in Wien, von Tschirschky, *Kritik* an der deutschen Politik. Das Deutsche Reich, so meinte er, werde es vermeiden müssen, an irgendwelcher Abmachung über den Balkan teilzunehmen. Deutschland sei keine Balkanmacht. Es habe im vergangenen Jahr aus Gründen höherer Politik (des Prestiges!) das Schwergewicht seines politischen Einflusses für Österreichs Balkaninteressen in die Waagschale geworfen. Deutschland würde aber seines Erachtens besser tun, eine Wiederholung dieses Vorganges möglichst zu vermeiden. Es müsse sich für die Zukunft *freie Hand* wahren und sich so wenig wie möglich in die Balkanfragen hineinziehen lassen, schon deshalb, um im psychologischen Augenblick seine Stellung frei wählen, beziehungsweise so teuer wie möglich verwerten zu können.[81]

Diese Kritik war ohne Zweifel in erster Linie gegen jene Identifizierung mit der österreichischen Politik gerichtet und befürwortete eine Rückkehr zur Politik Bismarcks. Tatsächlich machte dann, wie wir festgestellt haben, Staatssekretär von Kiderlen-Waechter während der Balkankriege von 1912/13 den Versuch, eine sachliche, von Gefühlsmomenten freie Politik zu treiben. Sein Tod verhinderte jedoch die Fortführung dieser Politik. Es war überhaupt fraglich, ob eine Rückkehr zu Bismarcks Politik damals noch möglich gewesen wäre, ob sie nicht zur Auflösung des Dreibunds geführt haben würde, die man doch um jeden Preis verhindern wollte.

Man begrüßte die Begegnung des österreichischen Thronfolgers mit dem König von Italien im April 1913 auf neutralem Gebiet, weil dadurch der Glaube, daß der Erzherzog dem König wie über-

---

[80] G. P. XXVII, 2, No. 9943.
[81] G. P. XXVII, 2, No. 9949.

haupt Italien feindlich gesinnt sei, entkräftet werden konnte.[82] Darum auch wirkte man auf die Wiener Regierung ein, daß sie Italien in der Triesterfrage entgegenkomme, und betonte, daß bei einer unnachgiebigen Haltung Österreichs unliebsame Folgen für die allgemeine Lage des Dreibunds heraufbeschworen würden.[83] Große Empfindlichkeit verriet man dann wieder, als im Oktober 1913 von der italienischen Regierung vertrauensvoll mitgeteilt wurde, Barrère, der französische Botschafter in Rom, sei bereits vor einigen Tagen mit dem Vorschlag eines französisch-italienischen Mittelmeerabkommens an sie herangetreten.[84] Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Zimmermann, erwiderte dem italienischen Geschäftsträger auf diese vertrauliche Mitteilung, daß jedes inhaltlich auch noch so unverfängliche und bedeutungslose Abkommen Italiens mit Frankreich über Mittelmeerfragen französischerseits als großer Erfolg gegen die Dreibundpolitik und als Schwächung des Dreibunds ausgelegt würde. Auch würden Presse und öffentliche Meinung in Deutschland wieder mit einer Kritik an sogenannten «Extratouren» des italienischen Bundesgenossen einsetzen.[85]

Ähnlich drückte sich von Tschirschky in einem privaten Schreiben an Zimmermann vom 1. November 1913 aus, worin er der Meinung Ausdruck gab, daß eine Ablehnung der französischen Anregung sehr zu wünschen sei, da das Prestige des Dreibundes beim Bekanntwerden eins solchen Abkommens ernstlich leiden würde.[86]

Zu dieser vom Prestigegedanken bestimmten Bündnispolitik gehörten auch alle Versuche, Rumänien wenn möglich fester an den Dreibund zu binden und zu verhindern, daß es von ihm abfiel.[87] Deshalb wirkte man immer und immer wieder in diesem Sinne auf die anders gerichtete österreichische Politik ein,[88] griff in den Geldsack, um in Rumänien dreibundfreundliche Stimmung zu machen und vermied alles, was in Bukarest als Schwächezeichen aufgefaßt werden konnte. Der erhoffte Stimmungsumschwung, bemerkte von Jagow am 24. April 1914 in einem geheimen Bericht an den Gesandten in Budapest, von Waldthausen, dürfte sich umso eher vollziehen, je sorgsamer die Dreibundmächte es vermieden, Unruhe und Nervosität an

---

[82] G. P. XXXIX, No. 15722.
[83] G. P. XXXIX, No. 15753.
[84] G. P. XXXIX, No. 15770/15772.
[85] G. P. XXXIX, No. 15772.
[86] G. P. XXXIX, No. 15773.
[87] G. P. XXXIX, No. 15713 und Anm. * S. 440.
[88] G. P. XXXIX, No. 15811.

den Tag zu legen, die von den Rumänen als Zeichen der Schwäche gedeutet werden könnten.[89]

Zusammenfassend sei über die deutsche Politik gegenüber den Dreibundmächten gesagt: Das Deutsche Reich versuchte alles, *um einen offensichtlichen Abfall Italiens vom Dreibund zu verhindern,* weil es einen empfindlichen Prestigeverlust in den Augen der Feinde und des eigenen Volkes vermeiden wollte. Es konnte freilich nicht verhindern, daß sich Italien mehr und mehr dem Dreibund entfremdete, besonders als England sich Frankreich anschloß und Italien im türkisch-italienischen Krieg von Deutschland keine wirkliche Hilfe erhielt. Die Entfremdung war 1914 so weit fortgeschritten, daß das Abspringen Italiens nur noch eine Frage der Zeit war.

Dieser Tatsache gegenüber hatte die deutsche Regierung ein umso stärkeres Bedürfnis, den einzigen noch zuverlässigen Freund, *Österreich-Ungarn, sich zu erhalten,* wenn das Reich nicht eine Schwächung und einen empfindlichen Prestigeverlust zugleich erleiden wollte. Darum denn die weitgehende *Identifizierung* mit der österreichischen Politik in den Balkanfragen, die verhängnisvolle Folgen nach sich zog. Versuche, die deutsche Politik in der Balkanproblematik wieder frei zu machen, blieben ohne dauernden Erfolg. Eine Umkehr zu Bismarcks Politik war kaum mehr möglich. Mit Bitterkeit stellte der Botschafter in Wien, von Tschirschky, in einem Brief an den Staatssekretär von Jagow am 22. Mai 1914 fest: «Wie oft lege ich mir in Gedanken die Frage vor, ob es wirklich noch lohnt, uns so fest an dieses in allen Fugen krachende Staatengebilde anzuschließen und die mühsame Arbeit weiter zu leisten, es mit fortzuschleppen. Aber ich sehe noch keine andere politische Konstellation, die uns einen Ersatz für das immerhin noch vorhandene Plus bieten könnte, das in der Allianz mit der mitteleuropäischen Macht liegt.»[90]

---

[89] G. P. XXXIX, No. 15825.
[90] G. P. XXXIX, No. 15734.

24. Kapitel

Das Wesen der deutschen Politik unter Wilhelm II.

Man pflegt mit Recht die Politik unter Wilhelm II. als die Politik des *neuen Kurses* zu bezeichnen, unterschied sie sich doch wesentlich von derjenigen unter Bismarcks Führung. Wir kennen diese und brauchen nicht mehr darauf einzugehen. Festgehalten sei aber, daß sich die allgemeine Weltpolitik nach Bismarcks Rücktritt nicht wesentlich verändert hatte, setzen wir doch den Beginn des imperialistischen Zeitalters weit vor den Rücktritt Bismarcks. Wenn sich folglich die deutsche Politik im besondern nach 1890 wesentlich veränderte, dann müssen wir die Ursachen nicht so sehr in den äußern Umständen als vielmehr *in der Einstellung der verantwortlichen deutschen Persönlichkeiten suchen.*

Und da sei nun gleich *eines* vorangestellt: Die Männer des neuen Kurses waren nicht geneigt, eine politische Lage unvoreingenommen und rein sachlich zu beurteilen und sich bei politischen Entscheidungen von Gefühlsmomenten freizumachen. Sie waren keine Realpolitiker. Wenn wir die wesentlichsten Probleme betrachten, die sich der deutschen Regierung in dieser Zeit stellten, dann ergibt sich folgendes Bild:

Die *Flottenfrage:* Der Kaiser und sein Admiral betrachteten sie als eine Prestigefrage, und *sie* gaben den Ausschlag.

Die *Abrüstungs-* und *Schiedsgerichtsfrage:* Sie wurde einhellig vom Prestigestandpunkt aus beurteilt.

Das *Ostasienproblem:* wurde vom Kaiser und weitgehend auch von Bülow als Prestigesache betrachtet, und *sie* trieben das Reich zu einer aktiveren Chinapolitik. Ebenso verhielt es sich in der *Samoafrage.*

Die *Bagdadbahnfrage:* war dem deutschen Botschafter in Konstantinopel und dem Kaiser eine Prestigeangelegenheit, und *sie* bestimmten die deutsche Haltung in der Orientpolitik.

Die *Marokkofrage:* wurde vor allem von Bülow als Prestigefrage empfunden, und *er* gab in ihr den Ausschlag.

Und so war es in den meisten anderen Fragen: *Diejenigen Persönlichkeiten gaben den Ausschlag, die vom Standpunkt des Prestigegedankens aus urteilten* und nicht willens waren, sachlich und unvoreingenommen zu entscheiden. Diejenigen aber, die sich aus realpolitischen Gründen mahnend und warnend der neuen Politik ent-

gegenstellten wie Botschafter Graf Metternich, Geschäftsträger von Kühlmann und andere, vermochten nicht durchzudringen. Hing das vielleicht mit dem allgemeinen Charakter oder der Stimmungslage des deutschen Volkes zu jener Zeit zusammen? Wir werden diese Frage später noch zu beantworten suchen.

Unter dem Einfluß des Prestigegedankens wurde die deutsche Politik stark mit *Gefühlsmomenten* durchsetzt. Sie verlor dadurch das, was die Bismarcksche Politik ausgezeichnet hatte, den klaren, durchsichtigen und steten Charakter. Sie wurde vielfach *undurchsichtig* und *unberechenbar*, gab sich öfters gefährlicher, als sie tatsächlich war und geriet infolgedessen in den Verruf einer friedenstörenden und eroberungslustigen Politik, der man mit wachsendem Mißtrauen gegenübertrat.

Die Undurchsichtigkeit und Unberechenbarkeit der deutschen Politik wurde dadurch noch verstärkt, daß seit Bismarcks Rücktritt nicht mehr *ein* genialer Kopf die Leitung der Außenpolitik innehatte, sondern daß mehrere oft nicht einmal gleichgesinnte Persönlichkeiten den Ausschlag gaben. Wohl nicht mit Unrecht stellte Generalfeldmarschall von Waldersee fest, daß nach dem Rücktritt Bismarcks das Ansehen und das Vertrauen zur deutschen Politik erheblich gesunken sei.[1]

Da die neue Politik weitgehend vom Prestigegedanken beeinflußt wurde, ging sie sehr oft *über das Zweckmäßige und Notwendige hinaus*, begnügte sich nicht mit dem Erreichbaren, sondern forderte das Unmögliche. Es fehlte ihr das Maß, und dies wirkte sich verhängnisvoll aus. Wir konnten dies in vielen einzelnen Problemen verfolgen, vor allem aber in der Flotten- und Kolonialpolitik Wilhelms II. Was Bismarck immer und immer wieder hatte vermeiden wollen, wurde jetzt die Regel: *Man stieß die andern Mächte vor den Kopf.*

Wie nichts anderes schuf der deutsche *Flottenbau* Beunruhigung. Hatte es wirklich einen Sinn, in einen Wettbewerb mit den Engländern zu treten? Mußte nicht einem unvoreingenommenen Beurteiler eine solche Politik von vornherein aussichtslos und verderblich erscheinen? Es war doch zu erwarten, daß England niemals so lange zusehen würde, bis Deutschland seine Seeherrschaft hätte gefährden können. War nicht vielleicht doch die Einstellung Bismarcks die gegebenere, der eine Sicherung der Kolonien in erster Linie auf dem Festland suchte und nicht auf dem Wasser? Und wenn man doch

---

[1] *Waldersee* II, S. 366 f.

schließlich durch den Bau einer Flotte die Sicherung verstärken wollte, warum beschränkte man sich nicht wesentlich auf Einheiten, die zur Verteidigung dienten und in England nicht die Vermutung aufkommen ließen, als baue Deutschland gegen England? — Aber es ging ja dem Kaiser und Tirpitz nicht in erster Linie darum, das deutsche Kolonialreich durch eine starke Flotte zu sichern, sondern darum, der englischen eine ebenbürtige Flotte zur Seite zu stellen, damit das Reich von den Engländern als *gleichberechtigt* behandelt würde. Die Anerkennung der unbestrittenen britischen Seeherrschaft war den Deutschen, weil sie vom Standpunkt des Prestigegedankens aus urteilten, unerträglich geworden.

Schwerwiegend die Folgen einer solchen Politik! Bitter das Urteil derjenigen, die sie vom sachlichen Standpunkt aus mißbilligten: «Wenn man nun aber schon eine Kampfflotte in großem Stile durchaus bauen wollte, so durfte es doch zum mindesten keine Paradeflotte sein, deren Hauptwert darin bestand, daß Wilhelm II. Gelegenheit geboten wurde, sich in tönenden Reden dem Auslande gegenüber damit zu brüsten.»[2] So äußerte sich Freiherr von Eckardstein in seinen Memoiren, und der geniale Botschafter Graf von Hatzfeldt betonte immer und immer wieder: «Wenn man in Deutschland doch nur stillsitzen könnte, dann würde die Zeit bald kommen, wo uns die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Aber diese fortgesetzten hysterischen Schwankungen Wilhelms II. sowie auch vor allem die abenteuerliche Flottenpolitik des Herrn von Tirpitz werden uns ins Verderben bringen.»[3]

Denken wir an die Urteile und Warnungen Metternichs, Kühlmanns und anderer! Sie alle verwarfen die Prestigepolitik des Kaisers und des Admirals, aber sie wurden nicht erhört.

Ähnlich verhielt es sich mit der *Kolonialpolitik* des neuen Kurses. Was Bismarck auch hier hatte vermeiden wollen, wurde jetzt die Regel: Zusammenstöße über Zusammenstöße mit andern Mächten. Wieder war es das Verlangen nach Prestigeerfolgen, das sich verhängnisvoll auswirkte und dazu führte, *daß man um kleiner kolonialer Gewinne willen die guten Beziehungen zu den Großmächten aufs Spiel setzte*, daß man mehrmals wegen geringwertiger Objekte bis nahe an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu irgend einer Macht schritt.

Verhängnisvoll auch, die durch das Prestigebedürfnis geförderte

---

[2] *Eckardstein* II, S. 160.

[3] *Eckardstein* II, S. 161.

Meinung, Deutschland müsse überall da, wo andere Mächte etwas zu gewinnen suchten, auch ein Stück des Gewinnes beanspruchen oder doch wenigstens eine entsprechende Entschädigung verlangen. Dieses Bestreben, nicht leer auszugehen und nicht zu kurz zu kommen, brachte neben anderem das Reich in den Ruf der *unbegrenzten Begehrlichkeit* und nährte Haß und Mißtrauen bei den andern Völkern. Es fehlte überhaupt der deutschen Kolonial- und Weltpolitik ein fester Plan, ein Gesamtprogramm. Darum erschien sie undurchsichtig und abenteuerhaft.

Gerade darin zeigte sich so recht, daß die neue Prestigepolitik ihren Ursprung nicht in der Außenwelt, sondern in der Innenwelt der maßgebenden Persönlichkeiten, in ihrem politischen *Willen* hatte. Dies wurde von einzelnen Stimmen verurteilt: «Ich hatte das Gefühl, daß wir uns in Abenteuer stürzten und habe es jetzt in stärkerem Grade. Wir sollen Weltpolitik treiben. Wenn ich nur wüßte, was das sein soll; zunächst doch nur ein Schlagwort»,[4] urteilte Waldersee am 13. Juli 1900, und am 25. Dezember 1902 bemerkte er dazu: «Wir sind durch unsere recht wirre Kolonialpolitik und durch die gewiß nicht zweckmäßige Proklamierung einer Weltpolitik bei den neuen Konstellationen mehr beteiligt als vielleicht zweckmäßig. Größere Zurückhaltung hätte sicherlich nichts geschadet, wahrscheinlich genützt.»[5]

Schon am 14. April 1898 gab Graf Münster in einem Brief an den Freiherrn von Eckardstein seiner Befürchtung Ausdruck, daß die an «Größenwahn leidenden Marinekreise» bei «ihrer üblichen Urteilslosigkeit und Ungeschicklichkeit» Deutschland im Pazifik irgend eine abenteuerliche Suppe einbrocken könnten.[6]

Was diesen bittern Urteilen gemeinsam war, war die Verurteilung des Abenteuerlichen an der deutschen Politik. — Hier ist nun aber doch eines zu bedenken: Das Deutsche Reich, kraftvoll als Militärmacht, leistungsfähig als Wirtschaftskörper, jung und lebenswillig, folgte doch eigentlich einem *natürlichen* Triebe, wenn es schließlich in den *allgemeinen* Zug der imperialistischen Politik einrückte. Es kam aber spät, als die Welt zum großen Teil schon unter die verschiedenen Kolonialmächte aufgeteilt war. Wenn es noch etwas gewinnen wollte, dann mußte es fast unvermeidlich überall anstoßen, wurde ungeduldig und empfand ein immer stärker werdendes Res-

---

[4] *Waldersee* II, S. 449.
[5] *Waldersee* III, S. 198.
[6] *Eckardstein* I, S. 298.

sentiment gegenüber den Mächten, die ihm zuvorgekommen waren und über den größten Teil der Kolonialgebiete verfügten. Einmal im imperialistischen Zuge drin, konnte das Reich aber kaum mehr umkehren. In der Ostasienfrage z. B. hatte Tirpitz das Gefühl, Deutschland sei vielleicht doch zu weit gegangen, «aber», führte er weiter aus, «wir können nicht zurück, wie wir überhaupt in unserer Weltstellung nicht stehen bleiben, sondern stets vorwärts gehen müssen.»[7]

So war es in der Tat: Jedes Stehenbleiben, wie viel mehr jedes Zurückgehen, galt den Männern des neuen Kurses als ein Zurückkrebsen, als Prestigeverlust und mußte deshalb vermieden werden.[8] So wurde denn die deutsche Politik auf der neuen Bahn vorwärts getrieben, unaufhaltsam einem Ziele entgegen, das für sie die Katastrophe sein sollte.

Es muß nun aber festgestellt werden, daß diese Politik *dem Charakter und dem Willen jener deutschen Generation weitgehend entsprach.* Man denke nur an die Äußerungen in Presse und Parlament! Bülow selbst urteilte darüber wie folgt: Das deutsche Volk folge seit jeher in der Politik mehr dem Gefühl als kühler Erwägung. Bezeichnenderweise gebe es nur in der deutschen Sprache das Wort «Kannegießern», d. h. den «Begriff des rein gefühlsmäßigen, allen Realitäten, vor allem dem eigenen Vorteil abgewandten, durchaus theoretischen und unpraktischen Hin- und Herschwätzens über politische Vorgänge.» Wenigstens in seiner Neigung zum Kannegießern sei Wilhelm II. ganz deutsch gewesen.[9]

Ministerialdirektor Althoff klagte gegenüber Bülow: «Die Gabe, die uns in der Politik vor allem versagt ist, scheint mir das Maß zu sein. Wir sind zu geneigt, in die Extreme zu gehen. Dadurch bekommt unsere Geschichte etwas Sprunghaftes.»[10]

Schließlich erklärte selbst der Kaiser, es sei in Deutschland überhaupt schwer, einen guten diplomatischen Nachwuchs heranzuziehen, denn es fehle dem deutschen Volke der Sinn und die Begabung für die Diplomatie.[11]

Daß man aber diesem Volke, beziehungsweise der *öffentlichen Meinung,* derart großen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik einräumte, wie wir festgestellt haben, während sich Bismarck wenig um sie gekümmert hatte, war bezeichnend für die neue Politik unter

---

[7] *Hohenlohe* S. 498.

[8] siehe Rede vom 12. Juni 1900 im Reichstag! *Hohenlohe,* S. 575.

[9] *Bülow* I, S. 220 f.

[10] *Bülow* I, S. 187 f.

[11] E. u. G., S. 63 f.

Wilhelm II. «Wir müssen auf die öffentliche Meinung viel mehr Rücksicht nehmen als zu Fürst Bismarcks Zeit»,[12] bemerkte Reichskanzler Caprivi und gab damit die starke Abhängigkeit zu. Und als Wilhelm II. im Januar 1901 gegen den Willen der öffentlichen Meinung ans Sterbelager der Königin Victoria eilen wollte, erklärte ihm der Reichskanzler, so lägen auch in dem noch ziemlich patriarchalischen Deutschland die Dinge nicht mehr, «daß Kaiser und Regierung unbekümmert um die öffentliche Meinung die ihnen richtig erscheinende Politik durchführen» könnten.[13]

Hatzfeldt schließlich teilte am 16. Dezember 1899 dem Freiherrn von Eckardstein zuhanden Chamberlains vertraulich mit: «Wir lebten nicht mehr in der Zeit, wo Fürst Bismarck in der auswärtigen Politik allmächtig war und nichts zu fürchten hatte, auch wenn er in seiner auswärtigen Politik auf die öffentliche Meinung keine Rücksicht nahm.»[14]

Selbst der Kaiser urteilte ähnlich über das Problem, und zwar in einem Brief vom 27. März 1900 an die Königin Wilhelmina von Holland: Die Weltkarte sei im Begriff, große Umgestaltungen zu erfahren. Dementsprechend änderten sich die Ziele und die Bahnen der althergebrachten Diplomatie. Die Interessen der Völker würden maßgebend für ihr Verhalten zueinander und für die Entschlüsse ihrer Staatsmänner. Diese müßten umso vorsichtiger erwogen werden, als sich bei der Leidenschaftlichkeit der Presse unversehens leicht die Ehre oder die Sicherheit des Staates mit in Einklang befinde, die nur durch den Appell an die Waffen gelöst werden könne.[15]

Die Tatsache, daß die deutsche Außenpolitik nach dem Rücktritt Bismarcks in einem viel stärkeren Maße von der öffentlichen Meinung abhängig wurde, daß sie, anders ausgedrückt, viel mehr auf das Prestigebedürfnis des Volkes achtete, alles zu vermeiden suchte, was dieses verletzen konnte und umgekehrt alles versuchte, um ihr Ansehen zu vergrößern, bewirkte, daß man immer mehr mit Scheinerfolgen aufrückte, um im Volke Stimmung zu machen. Die Politik wurde bisweilen zur *Bluffpolitik.*

Damit hing eine merkliche Steigerung der offiziellen Staatsbesuche zusammen, das Reisen und das Prahlen mit großen Worten, wie sie besonders die deutsche Politik verhaßt machten. Vor allem der Kaiser liebte es, sich mit Reden hervorzutun, sehr oft zum Schaden

[12] G. P. VII, No. 1609 Rbm.
[13] *Bülow* I, S. 503.
[14] *Eckardstein* II, S. 127.
[15] G. P. XV, No. 4494.

der offiziellen deutschen Politik, der mit weiser und sachlicher Zurückhaltung besser gedient gewesen wäre. «Herrlichen Tagen führe ich Euch noch entgegen ... Mein Kurs ist der richtige, und *er* wird weitergesteuert», rühmte er in einer Rede beim Diner des Brandenburgischen Provinziallandtages am 26. Februar 1892. Waldersee bemerkte zu dieser Rede, sie werde böses Blut machen. Der Kaiser erkläre seinen Kurs für den richtigen, vergesse aber dabei, daß er, der früher gesagt habe, der Kurs solle der alte bleiben, ihn gänzlich abgeändert habe, daß niemand wisse, wohin es eigentlich gehe. «Dazu wieder eine so starke Selbstüberschätzung! Er wird, so sagt er, Deutschland zu Größe und Glück führen und hat es bisher nur zurückgebracht. Wie war doch demgegenüber der alte Kaiser Wilhelm groß in seiner Bescheidenheit.»[16]

Daß die Prahlsucht des Kaisers sehr oft aus einem Unsicherheitsgefühl herausstieg, das er zu übertönen suchte, wurde selbst in seinen Kreisen erkannt. Bülow äußerte sich darüber in einem Gespräch mit Hohenlohe: Wilhelm II. neige zur Hybris. Diese äußere sich in einer Renommiersucht, die politisch gefährlich sei. Sie entspringe vielfach dem Wunsch, «die innere Unsicherheit, ja Bangigkeit zu verdecken, die der Kaiser häufiger fühlt, als dies die Welt glaubt.»[17] Und in seinen Denkwürdigkeiten urteilte er weiter: «Wenn er in Worten renommierte oder gar drohte, so war es übrigens nicht selten, um seine innere ängstliche Gemütsstimmung zu betäuben.»[18] Auch Waldersee war überzeugt, daß alle diese Worte und Reden des Kaisers aus einem Furchtgefühl stammten, und er verglich den Kaiser mit einem Kind, das in den Wald schreie, um sich Mut zu machen.[19] Freiherr von Eckardstein schließlich sprach von einem «im Grunde genommen ängstlichen Naturell» des Kaisers.[20]

Was für den Kaiser galt, galt für das Reich, und hier kommen wir der Frage auf den Grund, weshalb der Prestigegedanke nach dem Rücktritt Bismarcks immer mehr Einfluß auf die offizielle deutsche Politik erhielt: Was Bismarcks Führung zugrunde lag und es ihm ermöglichte, in allen Streitfällen unbeeinflußt vom Prestigegedanken zu entscheiden, war das Gefühl der *Sicherheit und Stärke*, das ihm und dem Volke eigen war. Dieses Gefühl ging unter seinen Nachfolgern verloren. Sicherungen rissen, andere wurden unzuverläs-

[16] *Waldersee* II, S. 233 f.
[17] *Bülow* I, S. 140.
[18] *Bülow* I, S. 445.
[19] *Waldersee* II, S. 239 f.
[20] *Eckardstein* II, S. 431.

sig. Mit Erbitterung und Besorgnis erkannte man, wie sich eine deutschfeindliche Mächtegruppierung immer enger und fester um Deutschland zusammenschloß und das Reich isolierte. Man begann die Schwäche des Reiches zu empfinden, wurde unruhiger und unruhiger und hatte in zunehmendem Maße das Verlangen, *nach außen hin den Schein der Stärke und Sicherheit vor aller Welt und vor dem eigenen Volk zu wahren.* Es ist auffällig, wie die Macht des Prestigegedankens in dem Maße zunahm, als man dem Verhängnis entgegenging, das einsichtige Männer herankommen sahen. «Der Teil unserer Feinde hat ganz recht, der sagt: ‚Wir müssen warten, in Deutschland entwickelt sich alles zum Schlechten, unser Weizen blüht allmählich auf'», urteilte Waldersee schon am 2. November 1892, wenige Jahre nach dem Rücktritt Bismarcks.[21] Sein Urteil sollte immer deutlicher werden:

Im Januar 1902: «Was ich schon vor meiner Chinafahrt empfand, daß unsere Politik uns soweit gebracht hat, völlig isoliert zu sein, gilt nunmehr in verstärktem Maße; es traut uns niemand, und überall wünscht man, daß es uns recht schlecht gehen möge. Nirgends versteht man unsere Politik, was auch ganz natürlich ist, da eine Schwenkung der andern folgt.»[22]

Einen Monat später: Deutschland habe «im Jahre 1888 angesehener in der Welt» dagestanden als zur Zeit.[23]

Im September: «Sollte es ernst werden, so haben wir von keiner Seite auf Hilfe zu rechnen; im Gegenteil werden sich *alle* freuen, wenn wir Rückschläge erleben. Leider ist der Schaden, den uns England zufügen kann, ein ganz gewaltiger. Wer trägt aber die Schuld, daß wir da ohne Allierten sein werden? Allein doch unsere Politik.»[24]

Und im November schließlich: Das Ziel Englands, Deutschland zu isolieren, sei eigentlich schon erreicht. Daß es so sei, sei die «ganz natürliche Folge» der deutschen Politik nach Bismarcks Rücktritt.[25]

Waldersee spürte den neuen Zug in der deutschen Politik und verurteilte ihn. Er stand dabei nicht allein. Ein Mann wie Graf Münster nannte die deutsche Politik «elende Kirchturmpolitik» und rügte ebenfalls das Prestigehafte an ihr,[26] und Freiherr von Eckard-

---

21 *Waldersee* II, S. 267 f.
22 *Waldersee* III, S. 176.
23 S. 181.
24 S. 190.
25 S. 193.
26 *Eckardstein* I, S. 298.

stein machte seinem Unmut über die deutsche Politik mit den Worten Luft: «Möchte doch der deutsche Michel endlich einmal begreifen lernen, daß *Diplomatie Schachspielen bedeutet und nicht Kegelschieben!*»[27]

Hart lauteten alle diese Urteile über die deutsche Politik. Sie verwarfen einhellig das, was ihr nach Bismarcks Rücktritt in zunehmendem Maße verhängnisvoll geworden war: *das Eindringen des Prestigegedankens mit seinen verderblichen Auswirkungen.*

---

[27] *Eckardstein* II, S. 35.

Mein bisheriger Lebenslauf

Am 16. März 1913 wurde ich als Sohn eines Lokomotivführers in Biel geboren, wo ich die verschiedenen Schulen besuchte und im Herbst 1931 die Maturitätsprüfung bestand. Nach Studien in Bern, London und Berlin erhielt ich im Mai 1937 an der Universität Bern das Gymnasiallehrerdiplom. Im Februar 1940 schloß ich meine Studien mit dem Doktorexamen ab. Herrn Prof. Dr. W. Näf danke ich für die Hilfe, die er mir bei der Bearbeitung dieser Dissertation gewährt hat.

Biel, Frühjahr 1941. *Der Verfasser.*